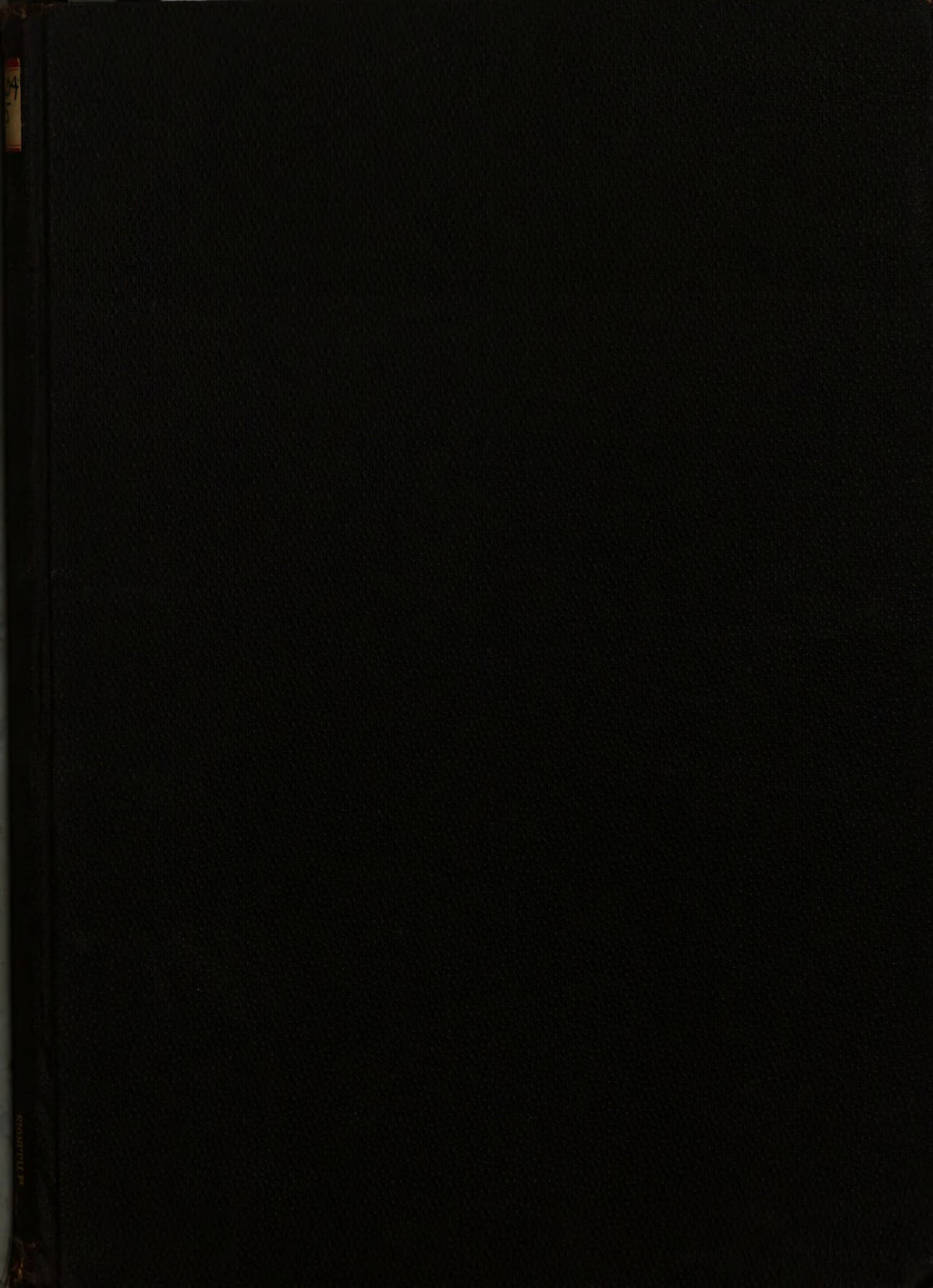


MONOGRAPHIEN DEUTSCHER STÄDTE

NEUKÖLLN

MONOGRAPHIEN DEUTSCHER STÄDTE

Darstellung deutscher Städte und ihrer Arbeit in Wirtschaft, Finanzwesen, Hygiene, Sozialpolitik und Technik.

Herausgegeben von

Erwin Stein,

Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik.

BAND I

NEUKÖLLN



1912.

Verlag der „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik"
Gerhard Stalling, Verlagsbuchhandlung, Oldenburg i. Gr.
Gründungsjahr der Firma 1789.



NEUKÖLLN

Herausgegeben von Oberbürgermeister Dr. Kurt Kaiser
Bürgermeister Dr. Richard Weinreich
Generalsekretär Erwin Stein

in Verbindung mit

Stadtrat Dr. Glücksmann, Neukölln. Dr. Büchner, Direktor des statistischen Amtes Neukölln. Stadtrat Dr. Mann, Neukölln. Schulleiter Sasse, Neukölln. Gartenbauinspektor Halbritter, Neukölln. Stadtrat Mier, Neukölln. Stadtrat Arlart, Neukölln. Stadtbaurat Weigand, Neukölln. Stadtbaurat Kiehl, Neukölln. Gewerksdirektor Riemann, Neukölln. Voss, Direktor des Elektrizitätswerkes Neukölln. Bürodirektor Maerker, Neukölln. Professor Dr. Sultan, Neukölln.

Mit 99 Abbildungen im Text.



1912.
Verlag der „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik"
Gerhard Stalling, Verlagsbuchhandlung, Oldenburg i. Gr.
Gründungsjahr der Firma 1789.

Monographien deutscher Städte.

Geleitwort.

In dem Bestreben, die Richtlinien der kommunalen Entwicklung für einzelne deutsche Städte von kundiger Hand zeichnen zu lassen, habe ich im Laufe eines Jahres im Rahmen der von mir geleiteten „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik" Sonderhefte herausgegeben, die sich mit Düsseldorf, Chemnitz, Posen und Dresden beschäftigt haben.

Es erschien geboten, den zwar reichlich bemessenen, aber doch bei der Fülle des Stoffes stets voll in Anspruch genommenen Raum der „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik" zu entlasten. Vor allem aus diesem Grunde erscheinen in Zukunft solche Darstellungen in anderer Form unter dem Titel:

Monographien deutscher Städte.

Diese werden sich ausschließlich mit den großen deutschen Städten beschäftigen. Darstellungen der Mittel-, Kleinstädte und Landgemeinden, die bisher in der Literatur vernachlässigt wurden und deshalb besonders zu pflegen sind, erscheinen außerhalb des Rahmens dieser Sammlung, in anderer Anlage und Form.

Die Monographien des Städtewesens behandeln jeweils für eine Stadt die wesentlichen Grundzüge der Entwicklung des kommunalen Lebens, die Finanz- und Steuerverhältnisse, Einwohnerzahl und soziale Struktur der Bevölkerung, Grundbesitz- und Bodenverhältnisse, soziale und hygienische Fragen, Armenwesen, öffentliche Fürsorge, die kommunale Technik, kurz alles, was für die Betätigung der Stadtverwaltungen überhaupt in Frage kommt. Besonders hervorzuheben sind dabei diejenigen Einrichtungen und Veranstaltungen, die als neue Merksteine auf dem langen Wege der kommunalen Betätigung anzusehen sind, Maßnahmen, die besonders wertvolles und auch für andere Gemeinwesen beachtenswertes Erfahrungsmaterial bieten. Dabei sollen aber auch, natürlich kurz, Organisation und Ergebnisse älterer kom-

munaler Institute und Einrichtungen geschildert werden, damit sich ein vollständiges, abgerundetes Bild von Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik der betreffenden Stadt ergibt.

Bei Festlegung des Arbeitsprogramms konnte mit der Mehrzahl der großen deutschen Städte Abmachungen für die nächsten Jahre getroffen werden. Für 1912 sind Berlin, München, Darmstadt, Magdeburg, ferner die Vororte Neukölln und Wilmersdorf in Aussicht genommen. Weitere Bände folgen diesen Monographien in rascher Folge.

Der Grundsatz, diese Darstellungen nur von durchaus erfahrenen, in der Praxis stehenden Männern schreiben zu lassen, ist selbstverständlich, wendet sich doch die Sammlung zunächst an den in Verwaltung und Wirtschaft tätigen Fachmann. Eine Unmenge von Arbeit, Mühe und Zeitaufwand wird erforderlich sein, ehe der letzte Band der Sammlung die Presse verläßt. Die Ermunterungen, die mir die Stadtverwaltungen zu teil werden ließen, zeigten mir aber deutlich, daß hier keine unerwünschte Arbeit geleistet wird. Hat das Gesamtwerk die außerordentlich reichhaltigen und großen Leistungen des deutschen Städtewesens vollständig erfaßt, dann wird es viele Freunde finden. Es wird schließlich immer an den Städten selbst liegen, ob die einzelnen Monographien den berechtigten Ansprüchen genügen.

Berlin-Friedenau, Juli 1912. **Erwin Stein.**

Neukölln.

Die Sammlung „Monographien deutscher Städte" wird mit der Darstellung von Verwaltung und Wirtschaft der Stadt Neukölln eröffnet. Es war eine besonders reizvolle Aufgabe, die typische Entwicklung einer großen Berliner Vorortgemeinde in ihren einzelnen Arbeitsgebieten zu verfolgen. Die meisten der in der Praxis des kommunalen Lebens stehenden Mitarbeiter haben sich der ihnen gewordenen Aufgabe in verhältnismäßig kurzer Zeit entledigen müssen, trotzdem ist fast überall ein abgerundetes Bild erzielt worden.

Die alte Stadtgemeinde Rixdorf, jetzt Neukölln, bestand bis 1874 aus zwei Teilen: Deutsch-Rixdorf und Böhmisch-Rixdorf, von denen das erstere bis 1435 dem Johanniterorden gehörte, das andere wurde 1737 von evangelischen Böhmen angelegt. Mit dem 1. April 1899 wurde Rixdorf selbständiger Stadtkreis. Am 27. Januar 1912 erhielt die Stadt, deren Gebiet zu einem großen Teil früher der 1709 mit Berlin vereinigten Stadt Kölln angehörte, die Königliche Genehmigung, fortan den Namen Neukölln zu führen.

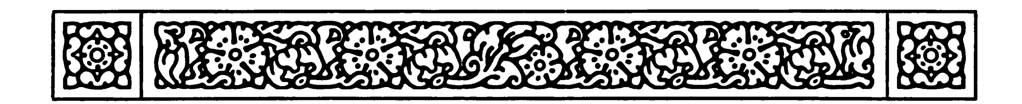
Der Schwerpunkt der Entwicklung entfällt auch bei Neukölln auf die Zeit nach dem großen Kriege und in diesen Zeitraum vor allen Dingen in das letzte Jahrzehnt. Es wäre ein Unrecht, diese Monographie Neuköllns der Öffentlichkeit übergeben zu wollen, ohne des vor einigen Jahren verstorbenen Oberbürgermeisters Boddin besonders zu gedenken. Diesem seinem ersten Bürgermeister verdankt Neukölln außerordentlich viel; manche der großzügigen kommunalen Einrichtungen und Anstalten, die in der letzten Zeit ins Leben getreten sind, wären ohne die Vorarbeit dieses Mannes nicht möglich gewesen.

Neukölln hat in der letzten Zeit Einrichtungen geschaffen, die sich in anderen Städten mit ebenfalls schneller Entwicklung nicht regelmäßig finden. Es sei vor allen Dingen an die Städtische Hypothekenbank erinnert, der auch ein besonderes Kapitel dieses Buches gewidmet ist. Des weiteren hat die Grundeigentumspolitik sowie der Bau der Kanalisation und des Schiffahrtskanals für Neukölln eine besondere Bedeutung gewonnen. Einen guten Ruf weit über die Grenzen der Stadt hinaus genießen die städtischen Werke, deren Einfluß auf die Finanzen der Stadt ein überaus großer ist.

Die Stadtverwaltung hat mich bei meiner Absicht in der entgegenkommensten und liebenswürdigsten Weise unterstützt. Ich glaube ihr noch an dieser Stelle meinen besonderen Dank sagen zu sollen, vor allen Dingen aber Herrn Bürgermeister Dr. Weinreich, der es dem Werk an wirksamer Förderung und eifrigster Mitarbeit nicht hat fehlen.

Erwin Stein.

Inhalts-Verzeichnis.

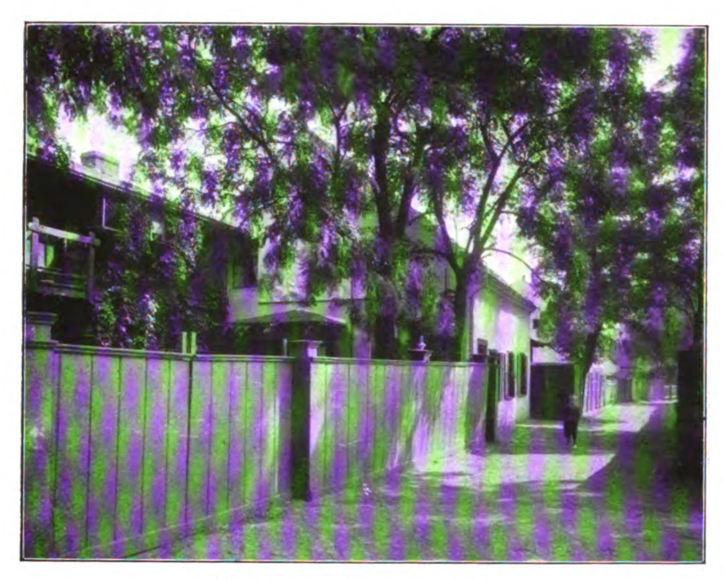


Städtebauliche Entwicklung und Grundeigentums-Politik.

Von Stadtrat Dr. *Glücksmann*, Neukölln.

Die städtebauliche Gestaltung Neuköllns empfängt durch die eigenartige Enwicklung des Orts ihre charakteristischen Züge. Die günstige Lage zwischen dem großen Luftraum des Tempelhofer Feldes und den Grünflächen der Oberspree hätte bei systematischer Besiedelung sehr günstige Bedingungen für eine städtebaulich gesunde Großberliner Stadterweiterung geboten. Aber von einem planmäßigen Vorgehen konnte bei einem Gemeinwesen von dieser Artung keine Rede sein. Das alte Dorf, das Anfang der 70er Jahre nur erst wenige Gehöfte an der Hauptchaussee, heutigen Berliner- bzw. Bergstraße, sowie in der Umgebung des Richardplatzes, der alten Dorfaue, aufwies, erfuhr plötzlich den Ansturm der wohnungssuchenden Großstädter, und die Eigentümer, die über Nacht ihren Acker zu Baugelände werden sahen, strebten naturgemäß nach einer möglichst schleunigen und möglichst gründlichen Beteiligung an dem so lohnenden Geschäft der Wohnungsversorgung. So wurden stückweise und in dem Bestreben, recht schnell baureife Gemarkungsteile zu schaffen, Umlegungen und Separationen, Aufteilungen und Bebauungsplan-Festsetzungen betrieben, und hierbei mußte immer der Neigung der Eigentümer, möglichst wenig von ihrem kostbaren Areal für Freiflächen herzugeben, Rechnung getragen werden. So entstanden einige städtebaulich wenig vorteilhafte Bauquartiere. Zwar wurde außer den beiden Hauptstraßenzügen der Berliner- bzw. Bergstraße und der Hermannstraße noch eine dritte Verkehrsstraße, die Kaiser Friedrichstraße, in ansehnlicher Breite durch das Stadtgebiet gelegt. Zwar wurden einige Platzflächen von insgesamt etwa 42 Morgen Größe ausgespart. Ebenso wurde in jüngerer Zeit auch im westlichen Stadtteil eine schöne breite Avenue, die Schillerpromenade, geschaffen. Aber diese Freiflächen bedeuteten wenig angesichts der Wohnungsansammlungen, die sich in der Folgezeit im Stadtgebiet vollzogen. Und

zur Aufnahme dieser Mietermassen bildeten sich infolge schmaler Straßen und fehlender Aufteilungen langgestreckte tiefe Baublöcke, in denen sich mitunter mehrere Hinterhäuser und kleine, für die Licht- und Luft-Versorgung durchaus nicht ausreichende Höfe gruppierten. Gewiß fehlte es auch nicht an gesunden Wohnquartieren, namentlich in der Umgebung der ausgedehnten Friedhöfe, die von Berliner Kirchengemeinden angelegt, vorzügliche Lungen für das Gemeindegebiet abgeben. Aber als vorherrschend entwickelte sich doch der Typ der eng zusammengedrängten Mietskasernen. Die schon frühzeitig geschaffene Vollkanalisation und günstigen Verkehrsverhältnisse verursachten eine Bevölkerungs-



Straße im böhmischen Dorf.*)

einwanderung von solcher Wucht, daß es zu einer ruhigen städtebaulichen Überlegung garnicht kam.

Eine solche setzte erst in neuerer Zeit ein. Es begann die Erkenntnis sich Bahn zu brechen, daß es nicht nur darauf ankomme, möglichst viel Menschen im Stadtgebiet unterzubringen, sondern auch darauf, wie sie untergebracht sind und wie die Besiedlung auf das kommunale Gepräge des Orts wirkt. Man kam zur Besinnung, als man sah, daß große Massen überwiegend minderbemittelter Bewohner eingewandert waren, daß die Untermischung mit den leistungsfähigeren Steuerträgern ausgeblieben war, daß aber die Mengen von kleinen Wohnungen auch gar

*) Die in diesem Kapitel eingestreuten Bilder geben einige Einzelheiten aus Neuköllns geschichtlicher Entwicklung.

nicht einen sozialpolitisch befriedigenden Zustand aufwiesen. Die modernen städtebaulichen Ideen fanden Eingang in der Verwaltung und setzten sich um in Bemühungen, die Intensität der Besiedlung soweit einzuschränken, daß sich nicht mehr die Bewohner gegenseitig Licht und Luft entzogen. Es wurde besonders dem Bebauungsplan eine erhöhte Sorgfalt zugewandt. Nach und nach wurden die Fluchtlinienpläne des alten Stadtgebiets, soweit der Stand der Bebauung noch solche Maßnahmen zuließ, einer Revision unterzogen, die Blöcke umgestaltet und aufgeteilt, kleine Platzanlagen eingeschoben. Hierbei wurde auch, da die Zuständigkeit zum Erlaß von Baupolizeiverordnungen den Groß-



Kirchgasse (Böhmisches Dorf) mit Betsaal der Brüdergemeine.

berliner Stadtverwaltungen leider fehlt, von den Möglichkeiten des Preußischen Verunstaltungsgesetzes ergänzend Gebrauch gemacht. Es wurde z. B. für eins der ältesten Stadtquartiere, das sogenannte „Böhmische Dorf", gleichzeitig mit der Schaffung eines neuen Bebauungsplans ein Ortsstatut auf Grund des Verunstaltungsgesetzes erlassen, das dem historischen Charakter dieser Stadtgegend sich anpassend, die von der bestehenden Bauordnung diesseits der Ringbahn zugelassene 5geschossige Bebauung abstuft zu 4 und 3 Stockwerken und die Bebauung dieses Gebiets auf die Randflächen der Blocks beschränkt, so daß die Entstehung freundlicher Wohnquartiere mit Innengärten und reicherer Licht- und Luftzuführung gewährleistet ist. Am durchgreifendsten konnte mit der Schaffung guter Bebauungspläne allerdings da vorgegangen werden, wo es noch Neuland zu beackern gab. So ist in dem

gänzlich unerschlossenen südöstlichen Stadtgebiet eine gesunde Bebauungszone für alle Zukunft gewährleistet. Dort wird in dem etwa 283 Morgen großen Gebiet der Köllnischen Heide und des Bärwinkels schon seit 7 Jahren unter Vermittlung der Generalkommission ein Zusammenlegungsverfahren betrieben, das aus den langen schmalen Feldern durch Umlegung brauchbare Baugrundstücke herzustellen strebt. Für dieses Gebiet ist jetzt unter Zustimmung der Interessenten, namentlich einer hauptbeteiligten Terraingesellschaft, ein Bebauungsplan zustande gekommen, der 33 % des Areals für Freiflächen in Anspruch nimmt, ein städtebaulich zwar noch bescheidenes, aber für die Verhältnisse des inneren Großberliner Bebauungskerns, dem Neukölln noch angehört, doch schon recht ansehnliches Maß. Da für dieses Viertel und das angrenzende, ebenfalls jetzt gründlichen Bebauungsplanänderungen unterworfene Gebiet vor einigen Jahren durch eine Polizeiverordnung Fabrik-Etablissements usw. ausgeschlossen sind, so ist dort für eine Wohngegend gesorgt, die auch bemitteltere Elemente anlocken wird. Es ist dies ebenfalls ein sozialpolitisch wichtiges Ziel einer gesunden kommunalen Städtebau-Politik. Denn in einem so stark mit Arbeiterbevölkerung besiedelten Vorortgebiet können bei den heutigen Zuständen kommunaler Dezentralisation in Groß-Berlin die sozialpolitischen Anforderungen, die an die Stadtgemeinde zu stellen sind, auf die Dauer nicht befriedigend erfüllt werden, wenn die leistungsfähigen Steuerzahler fehlen. Aber auch aus allgemeinen Gründen ist eine Mischung der Bevölkerung im Stadtgebiet stets anzustreben. Diese Durchsetzung der Wohnstadt mit Wohnungen für die bemittelteren Kreise wird aber noch besser erreicht dadurch, daß man diesen Kreisen das Wohnen angenehm macht, ihnen günstigere Wohnbedingungen bietet, als dadurch, daß man, wie es auch in Neukölln versucht worden ist, durch die Mehrzimmerklausel in gewissen Straßenzügen den Typ der größeren Wohnung festlegt. Günstige Wohnbedingungen aber hat Neukölln für die bauliche Zukunft der



Bauerngehöft in der Richardstraße.

Stadt durch seine Stadterweiterungsmaßnahmen gründlich anzubahnen versucht.

Hierbei hat die Stadtverwaltung allerdings bald die Beobachtung machen müssen, daß die private Terrainspekulation sich nicht immer den kommunalen Zielen voll anpaßte, und daß, wenn nicht bloß Pläne auf das Papier gebracht, sondern auch in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollten, die Stadt selbst eingreifen und das Landerschließungs-

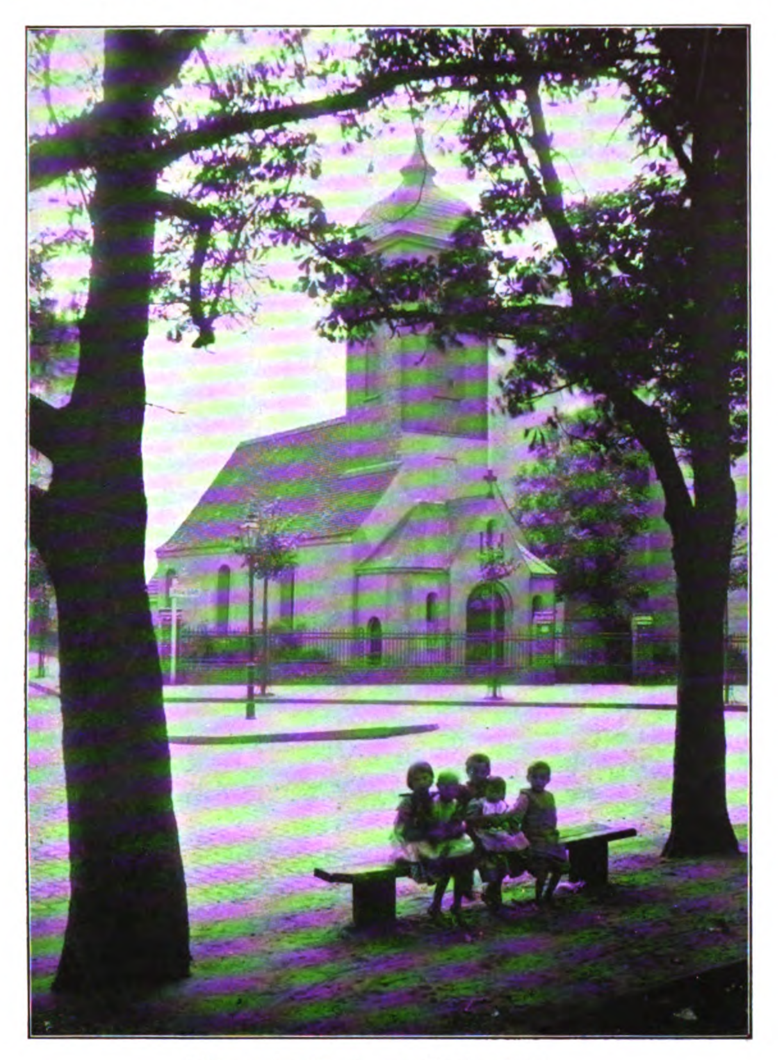


Richardplatz.

geschäft hier und da selbst in die Hand nehmen mußte. Nachdem eine derartige Transaktion, bei der die Stadt zwecks Durchführung einer wichtigen Aufteilungsstraße die beteiligten Gesamtgrundstücke im Objekt von etwa 2 Millionen Mark ankaufte und die nach Regulierung der Straßen verbleibenden Baustellen unter Vorbehalt eines Einflusses auf Fassaden und Grundrisse wieder veräußerte, nicht bloß städtebaulich sehr vorteilhaft, sondern auch mit günstigem finanziellen Erfolge durchgeführt war, wurden weitere ähnliche Unternehmungen auch größeren Stils in die Wege geleitet, und die Stadt setzte sich in den letzten Jahren

systematisch in den Besitz des Baugeländes, bei dem eine städtebaulich gesunde Erschließung eines an sich bevorzugten Wohngebietes sonst in Frage gestellt war. Die Stadt bediente sich dabei des Mittels, das zur Durchführung einer systematischen kommunalen Grundstückspolitik jetzt vielfach angewandt wird, nämlich der Schaffung eines Grundstückserwerbsfonds, aus dem das Geld zum Ankauf von Vorratsgrundstücken entnommen wird, die als besondere Vermögensmasse mit dem Fonds zusammen verwaltet werden, und deren Gegenwert im Falle einer Veräußerung des Grundstücks bzw. einer Überweisung für einen endgiltigen kommunalen Bauzweck dem Fonds wieder zugewiesen wird. Durch diese Einrichtung wird es besonders auch ermöglicht, planmäßig und rechtzeitig in den verschiedenen Stadtgebieten, so lange diese noch nicht voll ausgebaut sind und die Grundwerte noch nicht ihren höchsten Stand erreicht haben, diejenigen Gelände zu erwerben, die zur Befriedigung des künftigen kommunalen Baubedarfs doch einmal gebraucht werden. In Neukölln ist besonders für die Zwecke der Schulverwaltung, die immer neue Anforderungen an das Bauwesen der Stadt stellt, eine solche vorsorgliche Grundstückspolitik erforderlich. In welchem Umfange diese für beide Zwecke — dem der Beteiligung an der Wohnungsversorgung und dem der Bereithaltung von Bauplätzen für öffentliche kommunale Bauten — in Neukölln betrieben worden ist, erhellt am besten aus der Entwicklung, die der Grundstückserwerbsfonds genommen hat. Als dieser im Jahre 1907 gegründet wurde, hatte die Stadt, die als junge kommunale Gründung des angestammten Grundbesitzes entbehrte, schon einige Jahre systematisch Ankäufe betrieben. Sie hatte es aber immerhin vom 1. Januar 1900 bis zum 1. Januar 1906 von einem Stammgrundbesitz von etwa 15 ha auf nur ca. 28 ha Baulandbesitz gebracht. Nunmehr wurde der Fonds gegründet und mit anfangs 4,5 Mill. Mark dotiert. Bereits im Jahre 1910 wurde dieser Betrag um 2,2 Mill. Mark erhöht, und gegenwärtig wird zur Deckung schon vollzogener Ankäufe und zur Bereitstellung neuer Mittel auf einstimmigen Beschluß der städtischen Körperschaften die Neuaufnahme einer Verstärkungsanleihe von 20 Mill. Mark betrieben. Die Stadt verfügt gegenwärtig über einen innerstädtischen Grundbesitz von 90,1 ha, ausschließlich der Flächen der im Bebauungsplan endgiltig festgestellten Straßen und Plätze. Hiervon sind mit Gebäuden besetzt 23,8 ha, Bauland 66,3 ha. Dieses noch zur Verfügung stehende Bauland wird in Hauptsache als Laubenkolonie genutzt, wobei Generalpächter und Schankwirte grundsätzlich ausgeschlossen und lediglich die kleinen Parzellen an Einwohner der Stadt zur eigenen gärtnerischen Nutzung zu mäßigem Pachtpreis überwiesen werden.

Wie die Stadtgemeinde die großen Flächen, die sie lediglich zu dem Zweck erworben hat, um sie später gesunden Wohnzwecken zuzuführen, verwerten wird, darüber ist eine Entscheidung bisher noch



Böhmische Kirche am Richardplatz.

nicht getroffen. Jedenfalls ist der Wille der städtischen Körperschaften, auch soweit hierbei die Privatspekulation mit herangezogen werden sollte, dahin festgelegt, daß das gemeinnützige Moment hierbei gewahrt werden wird, daß die Stadt einen vollen Einfluß auf die städtebauliche Aufschließung sich sichert. Die hierbei verfolgten Intentionen kommen am besten

zum Ausdruck in dem Programm eines städtebaulichen Wettbewerbs, den die Stadt zur Erschließung der beiden erworbenen Hauptareale von 10,5 ha und 10,8 ha Größe jüngst veranstaltet hat. In diesem Wettbewerb, bei dem namhafte Sachverständige, wie Goecke, Muthesius, Eberstadt, als Preisrichter mitgewirkt haben, waren Preise von 6000, 4000 und 3000 Mark ausgesetzt. Gefordert waren Entwürfe für Bebauungspläne, die nicht bloß die Aufteilung der beiden Komplexe an sich, sondern auch die organische Eingliederung in den Gesamtplan des betreffenden Stadt-



Möbelfabrik von Pfaff am Maybach-Ufer.

viertels darstellen, ferner Vorschläge für die bauliche Verwertung des städtischen Besitzes nebst Probegrundrissen und einer Rentabilitätsberechnung. Im Programm ist festgelegt, daß die Aufteilung nur Vorderhäuser zur Entstehung kommen lassen darf, Quergebäude sind schlechthin ausgeschlossen, ebenso werden Einzimmerwohnungen nicht zugelassen, eine notwendige Maßnahme in einem Wohngebiet, in dem mit der Ausbreitung des Schlafstellenwesens erheblich zu rechnen ist. Ausreichende Erholungsplätze sollten in beiden Komplexen angeordnet werden. Daß aber Freiflächen in größtem Maßstab auch dauernd den entstehenden Wohnquartieren gesichert bleiben, ist durch die Vorschrift gewährleistet, daß die angrenzenden ausgedehnten Kirchhofskomplexe

dauernd von der Bebauung freizuhalten sind. Dieser Wettbewerb hat ein sehr befriedigendes Ergebnis gezeitigt, und in den Entwürfen ist auch der neuzeitliche Gedanke, daß durch geschickte Blockaufteilung selbst auf teurem Baugrund kleine Häuser in Gärten, für eine oder wenige Familien bestimmt, entstehen können, zur überzeugenden Darstellung gebracht. Ein Versuch der Verwirklichung dieses Gedankens wird von der Stadtgemeinde, wenn sie ihr Areal der Besiedlung zuführt, sicherlich gemacht werden. Jedenfalls wird sie dafür sorgen, daß gesunde, hygienisch befriedigende Wohnquartiere entstehen, daß die Grundeigentumspolitik der Stadt für eine gute städtebauliche Gesamtentwicklung Pionierarbeit leistet.

Bevölkerungsstatistik.

Von Dr. *O. Büchner*, Direktor des Statistischen Amts, Neukölln.

Über die Einwohnerzahl Neuköllns in früheren Jahrhunderten liegen in alten Urkunden nur vereinzelte Angaben vor. So ist bekannt, daß sich bei der Umwandlung des Hofes Richardsdorf in ein Dorf von 25 Hufen im Jahre 1360 die Einwohnerzahl auf 50, etwa 200 Jahre später, im Jahre 1541 auf 140 Seelen belaufen und daß sie unter den Folgen des dreißigjährigen Krieges eine Verminderung von 150 auf 100 erfahren hat.

Für Deutsch-Rixdorf ist dann erst wieder eine Ziffer für das Jahr 1771 vorhanden, in dem es etwa 200 Einwohner enthielt. Von der neuen im Jahre 1737 gegründeten Kolonie Böhmisch-Rixdorf aber ist bekannt, daß sie infolge Zuströmens zahlreicher böhmischer Nachzügler im Jahre 1747 bis auf 300 Personen angewachsen war.

Seit dem Beginne des 19. Jahrhunderts liegen zuverlässige Einwohnerzahlen gleichzeitig für beide Gemeinden vor. Von dieser Zeit an gestaltet sich die Bevölkerungszunahme folgendermaßen:

Jahr	Einwohnerzahl nach der Volkszählung	Durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme von Zählung zu Zählung	
		absolut	in Prozent der mittleren Bevölkerung jeder Periode
1801	714		
1822	1 318	29	2,85
1831	2 074	84	3,95
1840	2 430	40	1,78
1849	2 850	47	1,78
1861	4 468	135	3,69
1871	8 125	366	5,81
1875	15 323	1800	15,35
1880	18 729	681	4,00
1885	22 775	709	2,42
1890	35 702	2 685	9,18
1895	59 945	4 849	10,14
1900	90 422	6 095	8,11
1905	153 513	12 618	10,35
1910	237 289	16 755	8,57

Die Bevölkerung Neuköllns ist in dem Zeitraum von 1801—1910 von 714 auf 237 289, d. h. auf das 332fache, angewachsen. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hielt sich die Zunahme in engen Grenzen; die Einwohnerzahl wuchs von 1801 bis 1849 an von 714 auf 2850. Dann trat eine lebhaftere Entwicklung ein. Bis 1861, also in 12 Jahren, stieg die Bevölkerung auf 4468, im folgenden Jahrzehnt auf 8125. Nach dem deutsch-französischen Kriege, in den Jahren 1871—1875, erreichte der relative Bevölkerungszuwachs mit einer jährlichen Vermehrung um 15,35 Prozent seinen Höhepunkt; die Einwohnerzahl nahm in diesen 4 Jahren bis auf 15 323 zu. Aber auch noch um diese Zeit trug der Ort rein dörfliches Gepräge und das Straßenbild verriet in nichts die Nähe Berlins. Nach einem Jahrzehnt schwächerer Entwicklung stellte sich alsdann die Einwohnerzahl im Jahre 1885 auf 22 775, um darauf in lebhafterem Tempo anzusteigen auf 35 702 im Jahre 1890, 59 945 im Jahre 1895 und auf 85 182 am 1. April 1899, an welchem Tage der Ort Stadtrechte erhielt. Bei der Volkszählung von 1900 wurden 90 422 Einwohner erreicht, und im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts kam endlich eine Steigerung von 90 422 auf 237 289, also um mehr als das 2½fache zustande. In dieser Zeit hat Neukölln nicht weniger als 18 deutsche Großstädte, darunter solche mit tausendjähriger Vergangenheit, überflügelt und ist vom 37. auf den 19. Platz aufgerückt.

Die eigentliche großstädtische Entwicklung datiert also erst seit der Jahrhundertwende. Sie beruht nur in geringem Grade auf der Eigenvermehrung der Bevölkerung, dem Überschuß der Geburten über die Sterbefälle, in ganz überwiegendem Maße dagegen auf dem der Zuzüge über die Abzüge, dem Wanderungsüberschuß. Durch Eingemeindung hat die Stadt nur einmal im Jahre 1904 bei Einverleibung des früher zu Tempelhof gehörigen bebauten Teils der Hasenheide 2192 Personen gewonnen.

Wie sich die in dem lezten Jahrzehnt von 1901 bis 1911 insgesamt 162 281 Personen ausmachende Bevölkerungsvermehrung im einzelnen aus Geburten- und Wanderungsüberschuß zusammensetzt, ist in der folgenden Übersicht (Seite 12) dargestellt.

128 348 Personen, d. s. 79 % entfallen auf Zugewanderte und nur 33 933 (21 %) auf den natürlichen Geburtenüberschuß. Der Wanderungsgewinn hatte sein Minimum im Beginn dieser Jahresreihe mit 2079 oder 54 % der Gesamtzunahme, er stieg in den darauf folgenden Jahren auf 5349 und 10 073 bzw. 71 und 83 % und erreichte im Jahre 1904 mit 18 684 Personen oder 88 % eine Höhe, die bisher nicht wieder festgestellt werden konnte. Welche große Bedeutung die Wanderungsbewegung für das Wachstum der Stadt gehabt hat, ergibt sich aus dem

Jahr	Bevölkerung am Anfang des Jahres	Geburtenüberschuß absolut	Geburtenüberschuß in Prozent der Bevölkerungszunahme	Zuzugsüberschuß absolut	Zuzugsüberschuß in Prozent der Bevölkerungszunahme	Absolute Bevölkerungszunahme überhaupt
1901	90 672	1782	46,15	2 079	53,85	3 861
1902	94 533	2151	28,68	5 349	71,32	7 500
1903	102 033	2049	16,90	10 073	83,10	12 122
1904	114 155	2454	11,61	18 684	88,39	21 138
1905	135 293	2735	14,62	15 978	85,38	18 713
1906	154 006	3462	16,48	17 540	83,52	21 002
1907	175 008	3890	21,31	14 366	78,69	18 256
1908	193 264	3819	29,55	9 106	70,45	12 925
1909	206 189	3875	26,53	10 731	73,47	14 606
1910	220 795	4136	23,58	13 405	76,42	17 541
1911	238 336	3580	24,49	11 037	75,51	14 617
1901–1911		33933	20,91	128 348	79,09	162 281

Umstande, daß die Bevölkerung unter Ausschaltung der durch die Wanderungen bewirkten Zunahme, also lediglich infolge des durch den Überschuß der Geburten über die Sterbefälle bedingten natürlichen Bevölkerungszuwachses seit Verleihung der Stadtrechte am 1. April 1899 bis zum 1. April 1912 nicht von 85 182 auf 255 490, sondern nur auf 109 007 angewachsen wäre. Die tatsächlich mehr vorhandenen 146 483 Personen sind also Zuwanderer und deren Nachkommen.

Ein charakteristisches Moment des Neuköllner Wanderungsgewinns ist es, daß dieser nicht so sehr die Folge ganz besonders starken Zuzugs als vielmehr des hinter dem Zuzuge erheblich zurückbleibenden Abzugs ist; es kommen durchschnittlich jährlich $^2/_7$ der Bevölkerung hinzu, während nur $^1/_5$ der Bevölkerung die Stadt verläßt. In Berlin ist der Bruchteil der zu- und abziehenden Bevölkerung mit $^1/_8$ kleiner, in den westlichen Vororten infolge der starken Dienstbotenwanderung größer. Von dem Neuköllner Wanderungsüberschusse kommen im Durchschnitte der letzten 2 Jahre 66 % aus Berlin, 7 % aus anderen Großberliner Gemeinden, 7 % aus weiter entfernten Orten der Provinz Brandenburg, 16 % aus dem sonstigen Preußen und 4 % aus dem übrigen Deutschland. Von dem aus dem sonstigen Preußen (außer der Provinz Brandenburg) stammenden Zuzugsüberschuß stellten die östlichen Provinzen mehr als $^3/_4$, die westlichen knapp $^1/_4$. Wie Berlin, so ist eben auch Neukölln der Herkunft seiner Bewohner nach eine ostelbische Stadt.

Bei dem im wesentlichen auf Wanderungsgewinn beruhenden starken Wachstum der Stadt in den letzten Jahren ist die Zahl der Ortsgebürtigen nur gering. Nach der vorletzten Volkszählung waren wenig mehr als $^1/_5$, genau 32500 oder 21,2 % der Gesamtbevölkerung geborene Neuköllner, dagegen 38777 oder 25,3 % geborene Berliner. Die im Orte selbst Geborenen gehörten zu mehr als $^3/_4$, genau 78,7 % den jüngeren Altersklassen bis zu 15 Jahren an, während die Mehrzahl der Berliner, genau 62,3 %, mehr als 15 Jahre zählte. An Berlin hatte nach den Ergebnissen der 1905er Zählung Neukölln 6417 im Orte Geborene abgegeben, d. h. 51,0 % der in Neukölln geborenen und in einem anderen Orte der preußischen Monarchie gezählten Personen.

Wie das weibliche Geschlecht im Reiche, in Preußen und in Berlin in der Mehrheit ist, so auch in Neukölln. Nach der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1910 überwog bei einer Gesamtbevölkerung von 237289 das weibliche Geschlecht um 5937. Der Frauenüberschuß, der nach der letzten Volkszählung 51,3 % der Gesamtsumme ausmachte, ist bereits seit dem Jahre 1880 (50,3 %) vorhanden. Vordem hatte Neukölln, wie heute noch insbesondere eine Reihe rheinisch-westfälischer Industriestädte, Männerüberschuß gehabt. Mit jener Anteilziffer des weiblichen Geschlechts von 51,3 % weist es fast die gleiche Ziffer auf wie Leipzig, Cöln a. Rh., Frankfurt a. M. und Nürnberg. Hinter Berlin (52,0 %) und namentlich hinter den westlichen Vororten Charlottenburg (54,8 %), Schöneberg (56,0 %) und Wilmersdorf (59,0 %), in welchen der Frauenüberschuß auf der stärkeren Dienstbotenhaltung beruht, bleibt seine Ziffer erheblich zurück.

Der Altersaufbau der Neuköllner Bevölkerung läßt den Einfluß der Wanderungsbewegung deutlich erkennen. Aus der letzten Volkszählung von 1910 liegen Ermittelungen über die Altersgliederung noch nicht vor. Wenn man die Ziffern von 1900 und 1905 vergleicht, so bemerkt man eine eigentümliche Verschiebung. Es ist, wohl unter dem Einfluß der Zuwanderung von Personen der kräftigsten Altersklassen, der Prozentanteil der 18—30jährigen von 21,8 auf 24,2 gestiegen, während die Angehörigen der jüngeren Altersklassen bis zu 18 Jahren nicht unerheblich, nämlich von 41,6 bis auf 38,0 % der Gesamtheit abgenommen haben. Im übrigen ist charakteristisch der starke Anteil der Kinder und der im lebenskräftigsten Alter stehenden Erwachsenen und der verhältnismäßig geringe Satz der älteren Leute. Nach dem Stande der vorletzten Volkszählung entfielen auf das vorschulpflichtige Alter von 0—6 Jahren 16,0 %, auf das schulpflichtige Alter von 6—14 Jahren 15,8 % der Gesamtheit. Mit dieser letzteren Ziffer steht Neukölln sehr viel ungünstiger da als die westlichen Vororte Berlins, die mit einer Durchschnittsziffer von

12,5 % für die Beschulung von sehr viel weniger Kindern zu sorgen haben. In dem jugendlichen Alter von 14—18 Jahren standen 6,2, im Alter von 18—21 Jahren 4,9 und im Alter von 21—25 Jahren 7,1 % der Bevölkerung. Insgesamt gehörte gerade die Hälfte der Bevölkerung den Altersklassen bis zu 25 Jahren an. Auf das erwerbsfähigste Alter von 25 bis zu 50 Jahren entfielen 41,3 %, auf die Periode der bereits sinkenden oder teilweise schon aufhörenden Berufstätigkeit von 50—70 Jahren nur 7,7 und auf das völlig unproduktive Alter von mehr als 70 Jahren genau 1 % der Gesamtheit.

Von der Gesamtbevölkerung war (nach der vorletzten Volkszählung) mehr als die Hälfte ledig, 79 654 oder 51,9 %, 43,6 % waren verheiratet, 4,0 % verwitwet und 0,5 % geschieden. Unter den jetzt vorhandenen 6 Großberliner Städten weist Neukölln die niedrigste Ledigenziffer auf, eine Tatsache, die sich aus dem Fehlen einer Garnison, aus der geringen Zahl der Dienstboten und aus dem Umstande erklärt, daß unserer Stadt bei dem Bevölkerungsaustausche mit Berlin — offenbar wegen der billigen Wohnungsmieten — sehr viel jungverheiratete Personen zufliessen.

Wie im Altersaufbau so ist auch in den Verhältnissen der Hauptkonfessionsgruppen zwischen den letzten Volkszählungen eine Änderung eingetreten.

Nach der Zählung von 1910 befanden sich unter der Gesamtbevölkerung 201 189 oder 84,8 % Evangelische, 23 301 oder 9,8 % römische Katholiken, 2034 oder 0,9 % sonstige Christen, 2080 oder 0,9 % Juden und 8685 oder 3,6 % Personen sonstiger oder unbekannter Konfession. Gegen die Zählung vom 1. Dezember 1905, deren entsprechende Verhältnissätze 87,8, 9,7, 17,07 und 0,1 betragen hatten, bedeutet dies einen Rückgang des Anteils der Evangelischen, der „sonstigen Christen und der sonstigen und unbekannten Fälle“, dagegen eine Steigerung des Anteils der Katholiken und der Juden. Ein Rückblick um 10 Jahre (Volkszählung von 1900) aber zeigt, daß die Bevölkerung damals noch aus 90,1 % Evangelischen, 8,7 % Katholischen, 0,5 % sonstigen Christen, 0,5 % Juden und 0,2 % Personen sonstiger und unbekannter Konfession bestand. Es hat somit mit zunehmender Bevölkerungszahl eine fortschreitende Vermischung der Konfessionen stattgefunden.

Die Klassifikation der Einwohner nach dem Berufe wie sie zuletzt bei der Berufszählung vom 12. Juni 1907 durchgeführt worden ist, ergibt, daß etwa 43 % der damals 177 055 Seelen zählenden Bevölkerung in Beruf und Erwerb tätig war und sich selbst und den andern Teil der Bevölkerung, die nicht Erwerbstätigen, durch ihre Tätigkeit erhielt.

Mit dieser Ziffer steht Neukölln unter den deutschen Großstädten recht ungünstig da, denn im Durchschnitte aller 42 damals vorhandenen Städte mit mehr als 100000 Einwohnern machte die Ziffer der Erwerbstätigen 48,2 % aus. Auch in den drei anderen Großberliner Stadtgemeinden mit mehr als 100000 Einwohnern war sie größer; sie belief sich in Berlin auf 52,9, in Charlottenburg auf 47,6 und in Schöneberg auf 47,0 %. Dieses im ersten Augenblicke überraschende Zurückbleiben der Neuköllner Ziffer findet wie so manche Eigentümlichkeit seine Erklärung in der Zusammensetzung der Bevölkerung, insbesondere in dem hohen Anteil der jugendlichen Altersklassen, der geringen Zahl weiblicher Dienstboten sowie lediger Frauen überhaupt, dem fast gänzlichen Fehlen sogenannter in Berufsvorbereitung stehender Personen (Studenten) sowie Rentiers und Pensionäre, welch letztere beiden Klassen, obschon nicht aus eigenem Arbeitseinkommen lebend, in der Berufsstatistik doch zu den Erwerbstätigen gerechnet werden. Was die Gliederung der Erwerbstätigen nach den Berufsabteilungen betrifft, so erhellt die hohe Bedeutung der Industrie als Nahrungsquelle der Bevölkerung daraus, daß nicht weniger als 70,0 % der Erwerbstätigen und 70,2 % der Gesamtbevölkerung zu dieser Berufsabteilung zählen. Handel, Verkehr und Gastwirtschaft stehen mit 22,2 % der Berufszugehörigen (Erwerbstätigen und Angehörigen) an zweiter Stelle, auf die übrigen 3 Berufsabteilungen (öffentlicher Dienst und freie Berufsarten, häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art, Landwirtschaft und Gärtnerei) entfallen zusammen nur 7,6 % der Berufszugehörigen. In besonders hohem Maße waren die Neuköllner Erwerbstätigen am Baugewerbe (mit 9054), am Handelsgewerbe (mit 8159), an der Metallverarbeitung (mit 8089), am Bekleidungsgewerbe (mit 7060) und an der Verarbeitung von Holz und Schnitzstoffen (mit 5531 Personen) beteiligt. Hinsichtlich der sozialen Schichtung bzw. Stellung, in der die Selbsttätigen am Arbeitsprozeß teilnahmen, ergab sich ein starkes Überwiegen der abhängigen Personen. Der a-Gruppe der Selbsttätigen, die nur 13 % der Gesamtheit ausmachte, standen 87 % Abhängige gegenüber und zwar entfielen 9 % auf das wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildete Personal (b-Schicht) und 78 % auf die sonstigen Gehilfen und Arbeiter (c-Schicht). Mit dieser letzten Ziffer stand Neukölln unter den deutschen Großstädten in erster Reihe, größere Anteilsziffern wiesen nur einige rheinisch-westfälische Großstädte auf.

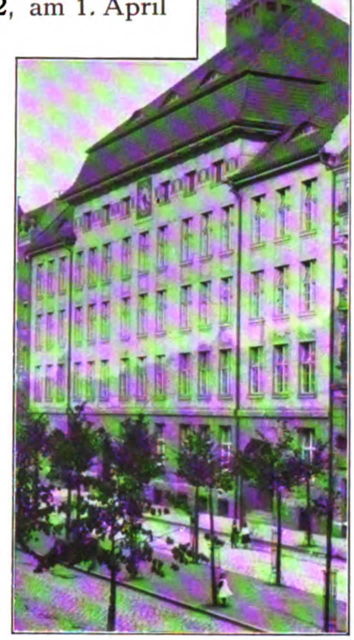
Besonders interessant ist ein Ausblick auf die zukünftige Bevölkerungsentwickelung Neuköllns, auf die wir zum Schlusse in Kürze eingehen wollen. Von dem gesamten 1187,55 ha großen Stadtgebiete sind mit Häusern bebaut (Haus- und Hofraumfläche) 285 ha. Der Rest

von rd. 900 ha ist etwa zur Hälfte zu Bauzwecken nicht zu verwenden, so daß rd. 450 ha für die Anlegung von Straßen und für die Bebauung noch zur Verfügung stehen. Auf diesem Gebiet kann eine Bevölkerung von ungefähr einer Viertelmillion noch angesiedelt werden. Nach vollständigem Ausbau wird demnach die Stadt eine halbe Million Einwohner zählen. Bei der Fortdauer der durchschnittlichen jährlichen Zunahme der letzten 23 Jahre (seit Verleihung des Stadtrechts) von rd. 9,3 % wird Neukölln bereits in 8 Jahren, im Jahre 1920, an der äußersten Grenze seiner Entwicklungsmöglichkeit angelangt sein, und selbst bei dem Zuwachs des letzten Jahres um nur 6,1 % würde es bis dahin auch nur etwa 11 Jahre, bis 1924, dauern. Allerdings ist ein solches Tempo der Bevölkerungszunahme kaum denkbar. Man muß annehmen, daß die relative Zunahme mit ansteigender Bevölkerungszahl geringer werden und daß die Entwicklung, je mehr sie sich der Höchstgrenze nähert, in ruhigere Bahnen einlenken wird.

Das städtische Schulwesen Neuköllns.

Von Bürgermeister Dr. *Weinreich.*

Die schnelle Entwicklung der Stadtgemeinde, wie ihr Charakter als Wohnort für die in Berlin gewerbtätige Bevölkerung brachte es mit sich, daß speziell an das Volksschulwesen ganz außerordentlich hohe Anforderungen seit jeher gestellt sind und auch in der Zukunft gestellt werden. Folgende Zahlen illustrieren das am schlagendsten: 1875 betrug die Zahl der Schulkinder 1305, der Lehrstellen 12, am 1. April 1912: 34500 bzw. 598. Auf das, was in diesem Zeitraum für die Beschulung der Kinder geleistet werden mußte, und was erst in das rechte Licht gerückt wird, wenn man es mit dem hoch entwickelten Groß-berliner Volkschulwesen in Beziehung bringt, hat die städtische Verwaltung stets ihre besondere Sorge und ihr opferwilliges Interesse gerichtet.



Gemeindeschule Elbestraße.
(Erbaut 1906.)

Die besondere Schwierigkeit lag darin, die sich progressiv steigernden Anforderungen für das Schulwesen mit den nicht annähernd in gleichem Maße anwachsenden Finanzkräften der Stadt in Einklang zu bringen. Manche in den wohlhabenderen Gemeinden Großberlins durchgeführte Einrichtung auf dem Gebiete der Schulwohlfahrtspflege mußte die Stadt zu ihrem Bedauern zurückstellen, um nur den grundlegenden Aufgaben der Schulverwaltung gerecht zu werden.

Bis zum Jahre 1876 stand dem damaligen Schulvorstand zur Aufnahme der Volksschulkinder nur das im Jahre 1841 auf dem jetzigen Hohenzollernplatz errichtete Schulhaus zur Verfügung. Im Jahre 1876 wurde das 2. Schulgebäude errichtet. Bis zum Jahre 1899 standen die

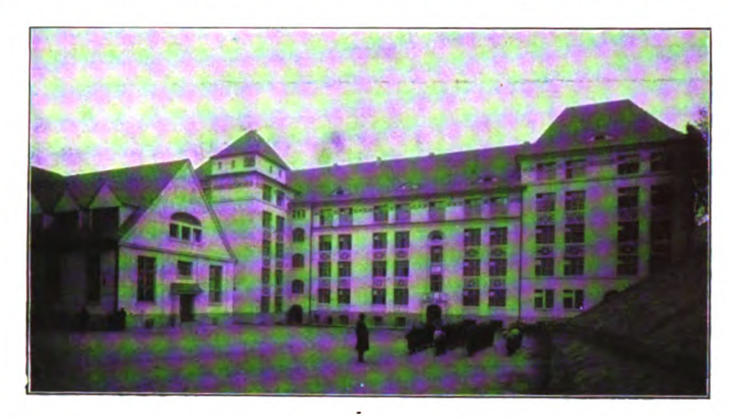
sämtlichen Volksschulen unter der Leitung eines Rektors, neben dem eine Anzahl von Hauptlehrern amtierte. Die Hauptlehrerstellen wurden später zu Rektorenstellen umgewandelt. Bis zur Stadtwerdung Neuköllns im Jahre 1899 lag die Schulverwaltung in Händen der geistlichen Ortsschulinspektion und des damaligen Schulvorstandes, dessen Vorsitzender der Geistliche der evangelischen Gemeinde war. Mit der Verleihung der Städterechte übernahm die Leitung des äußeren Schulbetriebes die neugebildete städtische Schuldeputation, deren Vorsitzenden in der Bearbeitung der Geschäfte in dem Königlichen Kreisschulinspektor ein schultechnischer Beirat zur Seite stand. Schulgeldfreiheit für einheimische Kinder besteht erst seit dem Jahre 1892.



Gemeindeschule am Mariendorfer Weg. (Erbaut 1907.)

Mit der Stadtwerdung hat sich ein gewaltiger Umschwung im städtischen Schulwesen vollzogen. Seit 1900 vermehrte sich die Zahl der Schulkinder jährlich um rund 2000. Bei der in den letzten Jahren festgehaltenen Durchschnittsfrequenz von 53,8 wurde für diesen Zuwachs in jedem Jahre der Bau neuer Volksschulgebäude mit 40—50 Klassen erforderlich, wenn nicht fühlbare Mißstände eintreten sollten. Planmäßig wurde der Erwerb von Schulgrundstücken in allen Teilen des Stadtgebietes, auch des unbebauten, betrieben und die neuen Gebäude so rechtzeitig fertiggestellt, daß niemals Störungen im Schulbetriebe eintraten. Seit 1904 sind 8 Volksschulgebäude mit 273 Klassen in allen Stadtgegenden errichtet worden, und weitere 3 sind im Bau bzw. im Projekt festgestellt. Sie bilden eine Zierde der Stadt und können auf Grund der reichen Erfahrungen, die bei dieser angespannten Bautätigkeit gesammelt werden konnten, hygienisch wie schultechnisch als Muster

moderner Schulhausbauten dienen. Die Verwaltung darf es unter den obwaltenden Verhältnissen mit besonderer Befriedigung erfüllen, daß



Hof der 72klassigen Gemeindeschule an der Boddinstraße. (Erbaut 1908.)

bis auf die beiden 6klassigen Hilfsschulen, welche aus Gründen der zentralen Lage und der geringen Klassenfrequenz in geeigneten Miet-



Gemeindeschule an der Rütlistraße. (Erbaut 1909.)

räumen untergebracht sind, sich alle sonstigen Schulklassen in öffentlichen Schulräumen befinden. Die Klassenfrequenz konnte bei den obwaltenden Verhältnissen derjenigen Berlins und der westlichen Vororte

nicht gleichgestellt werden, da die entstehenden Kosten auch bei Verminderung um nur einen Schüler in der Klasse eine unverhältnismäßige Höhe gegenüber dem zu erzielenden Erfolge erreichen würden. Doch ist die Frequenz, die früher 55 überstieg, im Herabgehen begriffen.

An besonderen Einrichtungen für die Volksschuljugend, insbesondere schulhygienischer Natur, sind zu erwähnen die an der Hilfsschule eingerichteten Kurse für schwerhörige Kinder und für Kinder mit Sprachgebrechen, die Einrichtung orthopädischen Unterrichts für Knaben und Mädchen unter ärztlicher Leitung, die Veranstaltung von Jugend- und Volksspielen auch in den Wintermonaten in den Turnhallen, die Erteilung von unentgeltlichem Schwimmunterricht und die Gewährung erheblicher Beiträge für die Veranstaltung von Schülerwanderungen. In einem der neueren Schulhäuser sind umfangreiche Schulbrausebäder vorgesehen, welche auch den Besuchern anderer Schulen zugänglich gemacht werden. Die Schularztorganisation ist in der Hauptsache auf die ärztliche Untersuchung der Lernanfänger und die dauernde ärztliche Beobachtung der in der Hilfsschule untergebrachten Kinder durch einen Spezialarzt beschränkt. Die Schulzahnpflege wird vom 1. April 1912 ab durch Abschluß eines Abkommens mit 8 hiesigen Zahnärzten betrieben, durch welches eine regelmäßige Untersuchung sämtlicher Schulkinder auf Zahnkrankheiten und deren Behandlung gegen Gewährung eines Jahresbeitrages von 1 Mark durch die Eltern gewährleistet wird. Für die unentgeltliche zahnärztliche Behandlung unbemittelter Schulkinder ist ein Betrag von 3600 Mark in den Voranschlag eingestellt. Für das kommende Winterhalbjahr ist ferner in Aussicht genommen worden, bedürftigen Schulkindern die Schulräume an den Nachmittagen zur Anfertigung von Schularbeiten unter Aufsicht von Lehrpersonen zu überlassen. Ein seit 1900 im Besitze der Stadt befindliches naturkundliches Schulmuseum, welches in besonderen Räumen in dem Schulhause an der Boddinstraße untergebracht ist, enthält eine große Menge von Anschauungsmaterial, besonders biologische Gruppen, und gibt eine gute

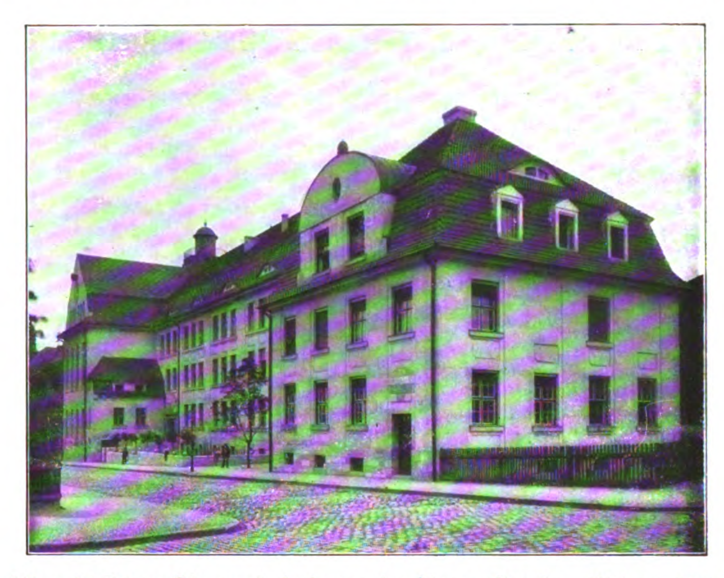


Schule Weisestraße.

Übersicht über die Lehrmittel der Neuköllner Schulen, wie Material für den heimatkundlichen und gewerbekundlichen Unterricht.

Wegen der sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen für die Jugend (Ferienkolonien, Kindervolksküchen usw.) sei auf den Bericht über den Freiwilligen Erziehungsbeirat verwiesen.

Nur mit Zögern und zu einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt sind die Gemeindekörperschaften dazu übergegangen, höhere Schulen einzurichten. Bis zum Jahre 1899 bestanden nur private mittlere und höhere Schulen für Knaben und Mädchen. Die seitdem errichtete und aus Progymnasialklassen entwickelte erste städtische Realschule erreichte



Albrecht-Dürer-Oberrealschule an der Emser Straße. (Erbaut 1907.)

indes bald eine so beträchtliche Frequenzziffer, daß im Jahre 1902 die Gründung eines räumlich damit verbundenen Realgymnasiums beschlossen wurde. Dieses gewann bald einen solchen Umfang, daß die Realschule abgetrennt und in einem besonderen Gebäude untergebracht werden mußte. Sie ist inzwischen zur Oberrealschule ausgebildet worden, während eine im Jahre 1908 eingerichtete weitere Realschule mit dem Ostertermin 1912 bereits mit 450 Schülern in ihr neues Heim am Boddinplatz übersiedeln konnte. Die höheren Lehranstalten für Knaben umfassen z. Z. rund 2100 Schüler. Die 12klassige zentrale Vorschule, die mit dem Kaiser-Friedrich-Realgymnasium verbunden ist, ist einem besonderen Vorschulleiter unterstellt. Von den besonderen Leistungen der Stadt für die höheren Schulen mag die Einrichtung unentgeltlichen Steno-

graphieunterrichts, die für alle Schulen gebildeten Fonds für Schülerfahrten, Jugendspiele und Skizzierübungen im Freien, sowie die regelmäßige Gewährung von Reisestipendien an Oberlehrer genannt werden. Um den Übergang von Gemeindeschülern an die höheren Knabenschulen zu erleichtern, ist eine Ausgleichsklasse eingerichtet.

Die im Oktober 1907 errichtete städtische höhere Mädchenschule ist inzwischen zu einem Lyceum verbunden mit Ober-Lyceum ausgebildet und wird von 640 Schülerinnen besucht. Sie hat in dem in unmittelbarer Nähe der Hauptverkehrsstraße der Stadt belegenen Schulhause ein besonders reizvoll geschmücktes Heim erhalten. Für die seit 20 Jahren bestehende private höhere Mädchenschule hat die Stadtgemeinde am Richardplatz ein besonderes Gebäude errichtet und der

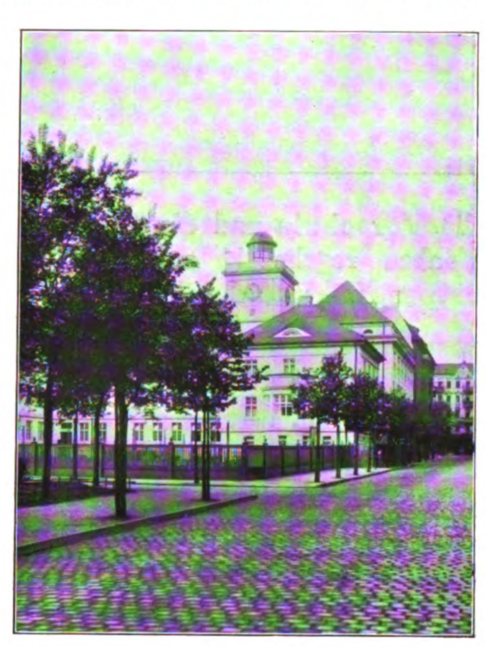


Kaiser-Friedrichstraße mit Kaiser-Friedrich-Realgymnasium.

Schulvorsteherin gegen einen die Bauzinsen deckenden Mietpreis überlassen.

Mittelschulen waren bis zum Jahre 1907 in Neukölln nicht vorhanden, obwohl der gewerbliche Charakter der Bevölkerung einen besonders günstigen Boden für das Gedeihen gerade dieser Schulgattung bot. Der von den städtischen Körperschaften gemachte Versuch, zunächst eine Mittelschule für Mädchen einzuführen, hatte einen vortrefflichen Erfolg. Die Schülerinnenzahl der einen Schule hat sich in den $4^1/_2$ Jahren ihres Bestehens von 350 auf 860 vermehrt. In dem nach den neueren Ministerialbestimmungen ausgearbeiteten Lehrplan wurde besonders Wert auf die Ausbildung der Mädchen für kaufmännische und technische Berufe gelegt und neben der französischen Sprache die englische als Wahlfach eingeführt. Das neue Schulgebäude an der Donaustraße wurde mit einem Gesangssaal, Räumen für physikalische Unterrichtszwecke und Haushaltungsunterricht ausgestattet. Das Schul-

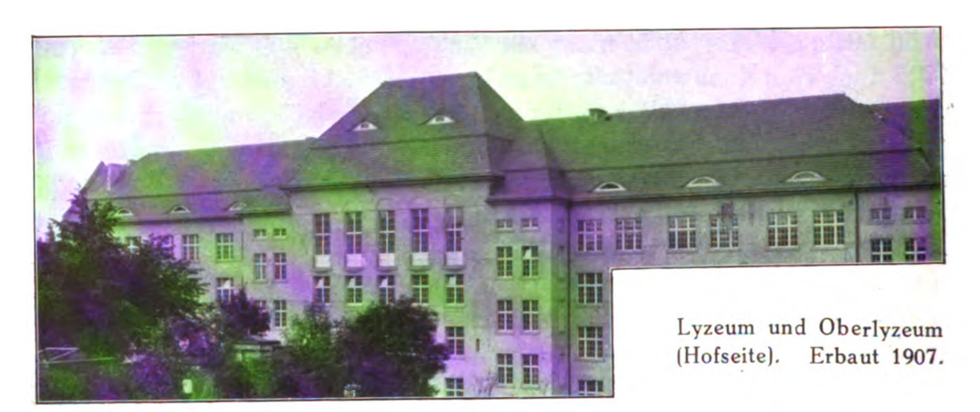
geld wurde für die Unterstufe auf 60 Mark, für die Oberstufe auf 72 Mark festgesetzt. Die Erfolge der Mädchenmittelschule ermutigten die städtischen Körperschaften, trotzdem in Großberlin im allgemeinen diese Schulgattung bisher noch nicht zur Einführung gelangt war, zum 1. April 1912 auch eine Knabenmittelschule einzurichten. Sie ist auf die 3 unteren Klassen der Volksschule aufgebaut, mit Wechselzöten ausgestattet und arbeitet nach dem amtlichen Plan einer 9stufigen Mittelschule für kaufmännische und gewerbliche Berufe. Aus der Begründung der bezüglichen Stadtverordnetenvorlage dürften bei der Aktualität der Mittelschulfrage die folgenden Ausführungen nicht ohne Interesse sein:



Realschule am Boddinplatz.

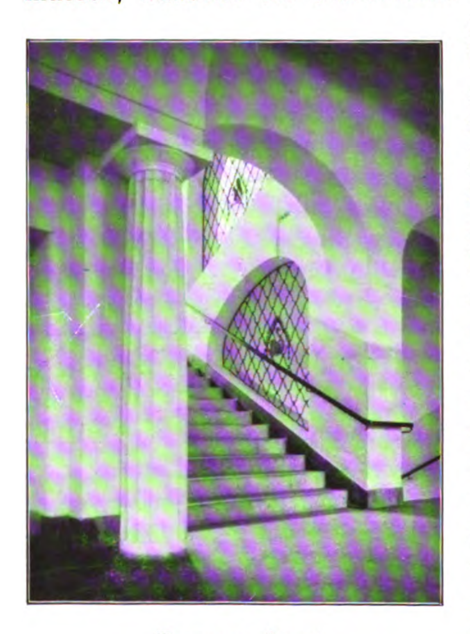
„Da es in Neukölln an einer mittleren Schulgattung, welche den gesteigerten Anforderungen des praktischen Lebens zu genügen vermag, fehlt, wird alljährlich eine große Zahl von Kindern strebsamer, aber unbemittelter Eltern den höheren Schulen zugeführt. So beträgt nach unseren Feststellungen an der Realschule i. E. der Anteil der Kinder, deren Eltern ein steuerpflichtiges Einkommen bis zu 3000 Mark haben, 67 %, an der Oberrealschule 59 % und an der Vorschule 57 %, während er an dem Realgymnasium und der höheren Mädchenschule nur 36 % beträgt. In allen Anstalten aber ist der Anteil der minderbemittelten Kinder in der Unterstufe weitaus am größten und nimmt nach der Oberstufe zu progressiv ab. Daraus ergibt sich, daß es den Eltern dieser Kinder vielfach schon infolge ihrer wechselnden Erwerbsverhältnisse nicht möglich ist, falls ihnen nicht ganze oder halbe Freistellen gewährt werden, ihre löbliche Absicht, den Kindern eine abgeschlossene höhere Schulbildung zu geben, durchzuführen. Im Zusammenhang damit steht die unverhältnismäßig hohe Zahl der Fälle, in denen das Schulgeld für den Besuch höherer Knabenschulen hier zwangsweise eingezogen werden muß. Von 7500 Schulgeldeinzahlungen im Rechnungsjahr 1910 sind 700 verspätet eingegangen, davon die Hälfte zwangsweise beigetrieben worden. Wichtiger aber ist, daß eine

größere Anzahl von Schülern auch von Hause aus nicht die nötigen Fähigkeiten mitbringt, und bald zurückbleibt. Daraus erklärt sich, daß



Lyzeum und Oberlyzeum (Hofseite). Erbaut 1907.

die Vorschule und die Unterstufen der höheren Lehranstalten für Knaben regelmäßig an Überfüllung leiden bzw. geteilt werden müssen, während die Schülerzahl in den mittleren und oberen Klassen ganz erheblich abnimmt und vielfach bedeutend hinter der Maximalziffer zurückbleibt. Durch diesen ungleichmäßigen Aufbau verteuert sich der Betrieb höherer Lehranstalten in unserer Stadt ganz bedeutend. Aber auch ein großer Teil der Schüler selbst leidet unter diesen Verhältnissen und dem unverständigen Andrang zu höheren Schulen überhaupt. Allein aus den Klassen Quarta bis Tertia haben an den drei höheren Lehranstalten, von denen die Realschule eine normal besetzte Quarta erst seit Oktober 1910 besitzt, in den letzten 3 Jahren 242 Schüler die Anstalt verlassen, von denen nur ein kleinerer Teil auf andere höhere Lehranstalten übergegangen ist. Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß diese beträchtliche Zahl von Knaben, welche bei dem Streben nach höherer Schulbildung aus inneren oder äußeren Gründen Schiffbruch leiden, nicht nur ihren Eltern unverhältnismäßig



Treppenaufgang in der höheren Mädchenschule.



Vestibül im Lyzeum und Oberlyzeum.

hohe und nutzlos aufgewendete Kosten verursachen, sondern auch, was weit schlimmer ist, infolge ihrer unabgeschlossenen und lückenhaften Vorbildung selten für das praktische Leben brauchbar werden. Auch die Anzahl derjenigen Schüler, welche die Aufnahmeprüfung für die Unterklassen der höheren Lehranstalten nicht bestehen, ist eine beträchtliche. So haben allein in der Realschule die Aufnahmeprüfung für die Sexta in den 3 letzten Jahren 97 Schüler nicht bestanden. Endlich sucht alljährlich eine Anzahl von Volksschülern die schulgeldfreie Einschulung in höhere Lehranstalten nach, die nach den erlassenen Bestimmungen nur im Falle „besonderer Befähigung" gewährt werden kann. Da diese nur in ganz vereinzelten Fällen auch bei sonst guten und fleißigen Schülern von den Rektoren bescheinigt werden kann, müssen sie in der Volksschule verbleiben.

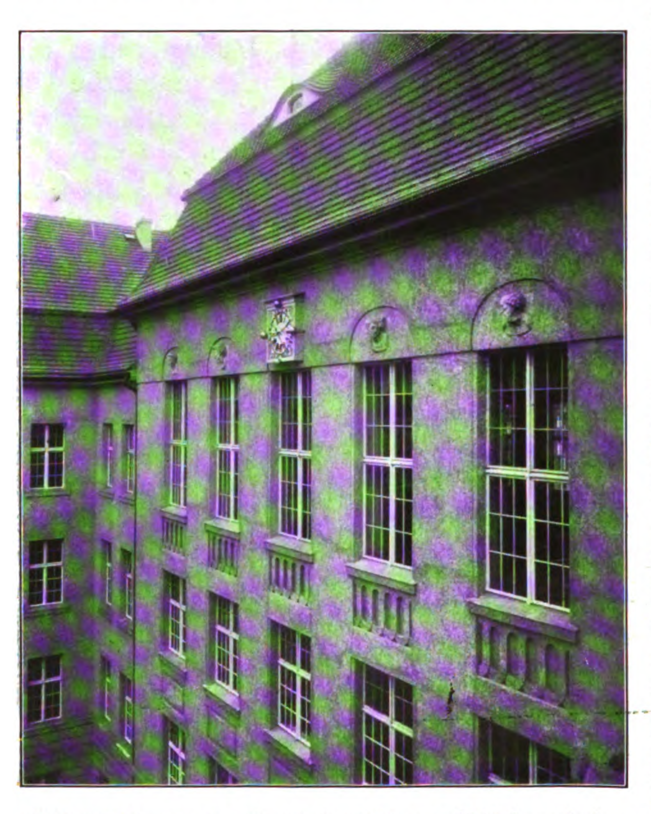


Vestibul im Lyzeum und Oberlyzeum.

Für alle diese Kategorien von Schülern fehlt es hier an einer für sie geeigneten Schulgattung. Zu ihnen tritt die große Zahl von befähigten, bisher die Volksschule

besuchenden Knaben, deren Eltern das Schulgeld einer höheren Lehranstalt nicht aufbringen können, zu geringeren Opfern aber bereit sind. Daß für sie die Knabenmittelschule einen willkommenen Ersatz bieten würde, unterliegt somit keinem Zweifel.

Es ist danach anzunehmen, daß die Knabenmittelschule sich schnell und kräftig fortentwickeln wird. Die weitere Folge aber ist, daß nicht nur mit der Errichtung einer weiteren höheren Lehranstalt, die der Stadt bekanntlich bedeutende laufende Kosten auferlegt, noch längere Zeit gewartet werden, sondern auch mit einem allmählichen Abbau von jetzt vorhandenen Parallelklassen gerechnet werden kann.



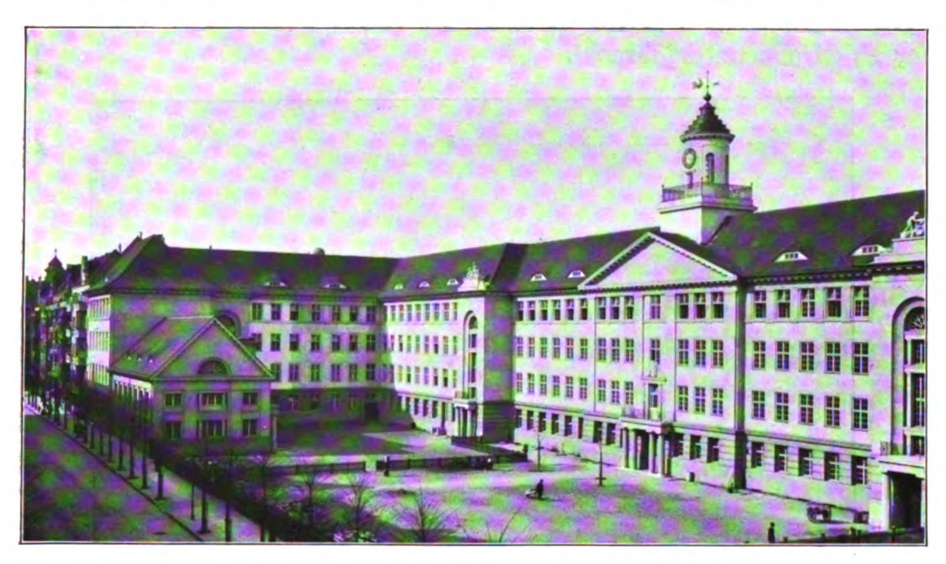
Teilansicht von der Front der höheren Mädchenschule.

Andererseits ist bei der Entwickelung unserer Stadt und nach den Erfahrungen anderer Städte nicht anzunehmen, daß durch die Errichtung einer allmählich ausgebauten Knabenmittelschule, die vorhandenen Anstalten, insbesondere etwa die Realschule i. E., eine für ihren Stand bedenkliche Minderung der Frequenz erleiden werden. Dies beweist schon der Umstand, daß trotz der hervorragenden Entwickelung der Mädchenmittelschulen die beiden hier vorhandenen höheren Mädchenschulen ebenfalls eine stattliche Schülerinnenzahl aufweisen. Erfahrungsgemäß bleibt der Anreiz der Berechtigungen der höheren Lehranstalten nach wie vor bestehen.

Zwar werden sowohl die beiden für einen 12jährigen Lehrgang ausgebauten hiesigen Vollanstalten wie die Realschule infolge der Errichtung einer Knabenmittelschule eine Anzahl solcher Schüler an diese

abgeben, von welchen sich herausstellt, daß sie das Lehrziel der höheren Lehranstalt nicht erreichen können oder wollen. Damit ist aber dem Interesse der höheren Lehranstalten nur gedient und ihre gesunde Weiterentwicklung gefördert.

Um zu verhindern, daß die Mittelschule sich zu einer Standesschule herausbildet, lediglich für solche Eltern, die Schulgeld zahlen können, würde die Aufnahme der Volksschüler an eine Prüfung zu binden sein, und unfähige Kinder wären zu entlassen. In Verbindung mit einer größeren Anzahl von Freistellen (15 %) wird hierdurch der Knabenmittelschule der Charakter einer Befähigtenschule gegeben, die eine

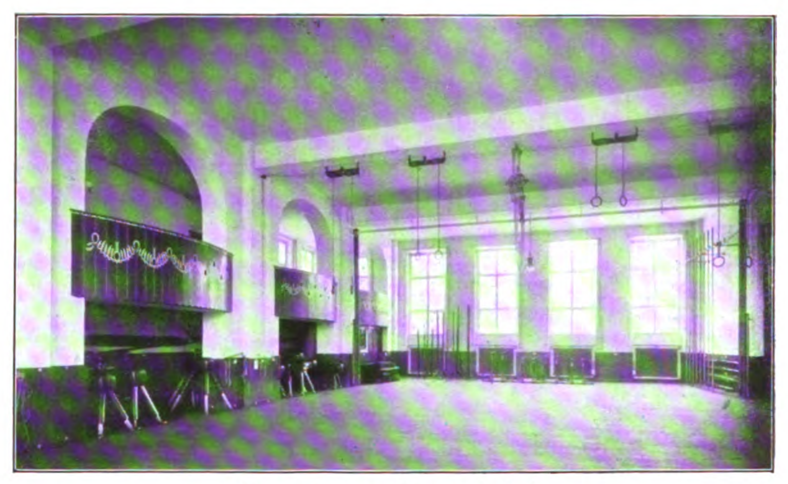


Städtische Mittelschulen an der Donaustraße. (Erbaut 1911.)

erwünschte Ergänzung der Volksschule bilden und einer großen Zahl von geeigneten Knaben eine weit bessere Vorbereitung für praktische Berufe bieten würde, als das die z. Z. hier vorhandenen Schulgattungen vermögen. Die große Zahl der vorliegenden Meldungen läßt eine schnelle und günstige Entwicklung auch dieser Schulgattung erwarten." —

Am 1. April 1912 ist gleichzeitig eine städtische evangelische 3klassige Präparandenanstalt in einem Gemeindeschulhause errichtet worden. Die Verlegung der Königlichen Taubstummenanstalt nebst Taubstummen-Lehrerseminar von Berlin auf ein von der Stadt Neukölln unentgeltlich überlassenes Grundstück im Süden des Stadtgebiets steht bevor. Ebenso sind die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen wegen Errichtung einer Königlichen Baugewerkschule in Neukölln zu einem für die Stadt günstigen Abschluß gelangt.

Die städtische Fortbildungsschule umfaßt die Pflicht-Fortbildungsschule, die im Oktober 1908 ins Leben gerufen wurde und für Lehrlinge, Arbeitsburschen, Gesellen, Gehilfen und Arbeiter im Alter von 14—17 Jahren bestimmt ist, und die Wahl-Fortbildungsschule für ältere Schüler mit freiwilligem Besuch. Sie ist einem fachmännisch vorgebildeten Direktor unterstellt und beschäftigt außer einer großen Zahl von nebenamtlichen Lehrern z. Z. 4 Berufslehrer. Der Jahresetat beträgt z. Z. in Einnahme und Ausgabe 69500 Mark. Für die Zwecke der Jugendpflege, Vorträge und Wanderfahrten sind größere Beträge im Voranschlag vorgesehen. Die Schule, an der auch in zunehmendem Maße Vormittagsunterricht erteilt wird, ist in einem besonderen Gebäude in der Erkstraße untergebracht.



Turnhalle der Oberrealschule.

Die Aufwendungen der Stadt für ihr Schulwesen sind in dem 11 jährigen Zeitraum von 1900 bis 1911 von 750753 Mark auf 2748297 Mark gestiegen. Während die Bevölkerung in diesem Zeitraum nur auf das 2,73 fache anstieg, wuchsen die Schullasten auf das 3,66 fache. Der Aufwand für die höheren Schulen beträgt etwa den 7. Teil der Volksschullasten. Im Verhältnis zur Staatseinkommensteuer beliefen sich allein die Kosten des Volksschulwesens in dem Jahre 1911 auf 127 %. Auf den Kopf der Schülers berechnet, stellte sich der Zuschuß der Stadt im Jahre 1911 bei den Volksschulen auf 71,48, bei den höheren Knabenschulen auf 94,90, bei der höheren und Mädchenmittelschule auf 102,80 Mark.

Der außergewöhnlich hohe Druck der Volksschullasten hat zunächst dazu geführt, die Stadt Berlin auf Grund des § 53 Kommunal-

abgaben-Gesetzes zu einem Schullastenbeitrage heranzuziehen. Daß die Voraussetzungen dieser gesetzlichen Bestimmungen für das Verhältnis von Neukölln zu Berlin vorliegen, ist durch Urteil der Oberverwaltungsgerichts vom 23. März 1906 für das Jahr 1897 rechtskräftig festgestellt und der Stadt für das betreffende Jahr ein Zuschuß von 40000 Mark zuerkannt worden. Die Ansprüche für die folgenden Jahre, die im ganzen etwa $2^1/_2$ Millionen Mark umfassen, befinden sich noch in der Schwebe, sind aber von dem Bezirksausschuß bereits zu einem beträchtlichen Teile als rechtlich begründet anerkannt worden. In der Erwägung, daß durch die neuere Gestaltung Großberlins und durch die Zusammendrängung der unbemittelten und kinderreichen Familien in den östlichen Vororten die zunehmende Volksschullast als immer unbilliger empfunden werden muß, hat der Magistrat verschiedentlich Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften unter eingehender Darlegung des Zahlenmaterials gerichtet, in denen praktische Vorschläge über die gleichmäßige Verteilung der Volksschullasten unter den Berliner Gemeinden gemacht worden sind. Inwieweit die weitere Entwicklung Großberlins diesem wohlbegründeten Verlangen Rechnung tragen wird, wird erst eine fernere Zukunft lehren können.



Turnhalle mit Schulmuseum an der Boddinstraße.

Städtische Bildungspflege in Neukölln.

Von Bürgermeister Dr. *Weinreich*, Neukölln.

Die Fülle der praktischen kommunalen Aufgaben, welche der zweitgrößte Berliner Vorort in seiner Entwicklung aus dörflichen zu großstädtischen Verhältnissen während des zurückliegenden Jahrzehnts zu bewältigen hatte, ließ noch bis vor wenigen Jahren ein Interesse an der Pflege der Volksbildung durch freiwillige Organisationsarbeit in den Gemeindekörperschaften nicht aufkommen; erschien es doch um so weniger geboten, etwa damit verbundene kommunale Lasten auf die finanziell schwer kämpfende Stadtgemeinde zu übernehmen, als die nahe Reichshauptstadt mit ihren reichen Bildungsmöglichkeiten diese Aufgabe für den interessierten Teil der Neuköllner Bürgerschaft anscheinend mit zu übernehmen vermochte. So hielten die maßgeblichen Kreise es zur Aufrechterhaltung eigenen geistigen Lebens in der Stadt für ausreichend, wenn hier und da in den zahlreichen Vereinen Vorträge über allgemein interessierende Gegenstände gehalten wurden, wenn sich diese auch in der Regel auf kommunal-politische Tagesfragen beschränkten. Auf künstlerischem Gebiet schienen die Veranstaltungen eines Theatervereins und gelegentliche Militärkonzerte dem Bedürfnis der Einwohnerschaft völlig zu genügen. Als zuerst im Jahre 1902 von dem Berliner Verein zur Förderung der Kunst ein Zyklus von Volksunterhaltungsabenden in der Stadt eingerichtet wurde und zur Popularisierung dieses Unternehmens auf Anregung des Magistrats eine Kunstkommission aus interessierten Bürgern der Stadt zusammentrat, fanden diese Unternehmungen nur bei einem Teil der Bürgerschaft Verständnis und Förderung. Als es sich darum handelte, einen der Gesellschaft durch die Vorträge entstandenen Fehlbetrag von einigen hundert Mark aus der Stadtkasse zu decken, kam es in der Stadtverordneten-Versammlung zu einer ausgedehnten Debatte, in der der Wert der Vorträge für die Bevölkerung von mehreren Seiten angezweifelt und von einem Redner sogar mit der drastischen Behauptung gegen den Antrag Sturm gelaufen wurde, daß der Neuköllner Bürger sein Geld besser für ein Fünfgroschenbrot verwende als für Vorträge über Literatur. Indes ging der Antrag dennoch mit überwiegender Majorität durch.

Der Gedanke, daß eine große moderne Verwaltung auch für die Volksbildung ein Scherflein übrig haben müsse, hatte sich Bahn gebrochen. Zu den Volkskunstabenden, deren Besuch allerdings in den nächsten Jahren hauptsächlich infolge der für die hiesige Hörerschaft nicht immer glücklich gewählten Programme zurückging, traten seit dem Jahre 1906 an künstlerischen Darbietungen die Konzerte des inzwischen mit Unterstützung des Magistrats gegründeten Oratorienvereins und eines Theaterunternehmens, das die Stadt mit einem jährlichen Betrage von mehreren tausend Mark subventionierte. Das unter dem Vorsitz des Magistratsdezernenten für das letztere gebildete Bürgerkomitee kontrollierte die Verausgabung der städtischen Beiträge im einzelnen und sorgte dafür, daß der Spielplan volksbildenden Charakter behielt. Der Unternehmer wurde zur Veranstaltung von zehn Volksvorstellungen mit einem 50 Pfg. nicht übersteigenden Eintrittsgelde und fünf Schülervorstellungen mit einer größeren Zahl von Freiplätzen während der Saison verpflichtet. Auch im übrigen wurden die Preise für die Vorstellungen, die in einem etwa 600 Besucher aufnehmenden Theatersaal stattfanden, auf ein für jedermann erschwingliches Maß reduziert. Wenn das Theater auch insbesondere mit den Wochentagsvorstellungen zunächst mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, so besserte sich der Besuch doch von Jahr zu Jahr, die Sonntags- und Volksvorstellungen waren in der Regel ausverkauft. Inzwischen hatte auch eine Reihe von wissenschaftlichen Bildungsinstituten Berlins mit den von ihnen veranstalteten Vortragszyklen Eingang in Neukölln gefunden. Vorträge auf hygienischem Gebiete wurden von der Zentralkommission der Krankenkassen veranstaltet, während der Verein für volkstümliche Vorträge von Berliner Hochschullehrern Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen weiterer Gebiete zur Darstellung brachte. Daneben sorgte eine Zweigstelle der Berliner Humboldt-Akademie unter dem Vorsitz des Magistratsdezernenten für die Abhaltung mehrerer wissenschaftlicher Vortragskurse seitens der Dozenten der Akademie, welche sich hauptsächlich auf philosophische, kunstwissenschaftliche und volkswirtschaftliche Themata erstreckten. Um den Besuch dieser Vorträge zu heben, stellte der Magistrat zum Teil Aulen städtischer Schulen unentgeltlich zur Verfügung und erzielte durch Übernahme eines Teils der entstehenden Kosten eine Herabsetzung der Eintrittsgelder und damit gesteigerten Besuch dieser Vorlesungen. Auch die neuerdings eingerichteten, von Studenten der Universität übernommenen Unterrichtskurse für Arbeiter sowie der von Anfang an mit nicht unbedeutendem künstlerischen Erfolge auftretende Lehrergesangverein werden von ihm durch unentgeltliche Hergabe von städtischen Räumen unterstützt.

Immerhin lehrte die Erfahrung, daß diese verschiedenartigen Vortragszyklen nur ein Publikum von ganz bestimmter Zusammensetzung anzulocken vermochten, sei es, daß die Vorträge eine gewisse Vorbildung der Hörer voraussetzten, daß sich viele Personen nicht für eine Reihe von Vorträgen verpflichten wollten, oder daß auch die erhobenen billigen Eintrittsgelder den meisten noch zu hoch erschienen. Die weiteren Schichten der Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterkreise, blieben ihnen größtenteils fern. Da entschloß sich der Magistrat erstmalig im Jahre 1908 für die Veranstaltung unentgeltlicher volkstümlicher Vorträge aus den verschiedensten Wissensgebieten einen Betrag von 600 Mk. in den Voranschlag einzustellen, der inzwischen auf 900 Mk. erhöht worden ist. Aus diesen Mitteln wurde während des Winterhalbjahres in der größten Aula der Stadt eine größere Anzahl von Vorträgen vom Magistrat veranstaltet. Ein Teil dieser Vorträge wurde von Dozenten der Gesellschaft für Volksbildung übernommen, ein anderer, der u. a. zur Einführung in die verschiedenen Zweige der städtischen Verwaltung dienen sollte (wie Einrichtung des hiesigen städtischen Krankenhauses, städtische Verfassung und dergleichen) von hier ansässigen Fachleuten. Die regelmäßig durch Säulenanschlag bekannt gemachten und mit Vorführung von Lichtbildern verbundenen Vorträge fanden eine äußerst rege Beteiligung aus allen Kreisen der Bevölkerung. Es kam oft vor, daß der Saal die Besucher nicht faßte und der Vortrag an einem anderen Tage wiederholt werden mußte. Auch in den städtischen Körperschaften überzeugte man sich von dem Wertgrade dieser Art von Bildungspflege und stellte bereitwillig die erforderlichen Beträge zur Verfügung.

Seit 1911 sind die volkstümlichen Vorträge durch Veranstaltung auch musikalischer Darbietungen, insbesondere von Volkssymphoniekonzerten durch ein erstklassiges Berliner Orchester, und Kammermusikabenden ausgebaut worden, die sich bei billigen Eintrittspreisen einer großen Beliebtheit erfreuen. Wegen Errichtung und Betriebes eines 1200 Plätze umfassenden volkstümlichen Schauspielhauses steht die Stadt z. Zt. mit der Schillertheateraktiengesellschaft in Verhandlung.

So erfreuen sich die Bestrebungen auf dem Gebiete der Volksbildung in Neukölln einer entschieden aufsteigenden Tendenz. Während noch im Jahre 1904 nur ein Betrag von einigen hundert Mark zur Unterhaltung der damals noch privaten Volksbibliothek von Stadt wegen verausgabt wurde, enthält der Voranschlag für 1912 für die oben geschilderten verschiedenen Maßnahmen einschließlich der inzwischen von der Stadt übernommenen Volksbibliothek und Lesehalle bereits den Betrag von rund 18000 Mk., im Vergleich zu den Auf-

wendungen gleich großer, aber wohlhabenderer Städte gewiß keine übermäßig hohe Summe, die indes in ihrer wohl überlegten Verwendung zur Hebung des geistigen Niveaus der Stadt nicht unerheblich beigetragen hat. Verschwindend klein aber erscheint dieser Betrag gegenüber dem 2½ Millionen betragenden jährlichen Zuschuß, den die Stadt für die pflichtmäßige Pflege ihres Schulwesens z. Zt. aufwenden muß, unerheblich auch gegenüber den bedeutenden Summen, die sie jährlich freiwillig, etwa für die äußere Ausschmückung der Stadt durch gärtnerische Anlagen und dergleichen, verausgabt. So ist die Bildungspflege ein sich neu erschließendes Gebiet kommunaler Arbeit, das mit verhältnismäßig geringem Aufwande geeignet ist, weite Kreise der Bürgerschaft zur Wertschätzung und Freude an ihrem Gemeinwesen zu führen; sie bildet eine Kulturaufgabe, zu deren Übernahme auch unter kleineren Verhältnissen gerade die Gemeinde besonders befähigt und berufen erscheint, da sie infolge ihrer zentralen Stellung, die vielfach nicht zu vermeidenden Gegensätze privater oder vereinlicher Bestrebungen gleicher Art zu überbrücken und, abgesehen von der leichteren Aufbringung der Mittel, alle für die Veranstaltungen selbst geeigneten Kräfte am besten anzuregen und zusammenzufassen vermag.



Das Verkehrswesen Neuköllns.

Von Stadtrat Dr. *Mann*, Neukölln.

Ein wesentlicher Faktor bei der gewaltigen Entwicklung, die Neukölln genommen hat, war die Gestaltung des Verkehrswesen. Die günstige Lage im Süden und Südosten der Reichshauptstadt ließ Neukölln bei den verhältnismäßig niedrigen Grundwerten und den mäßigen Wohnungsmieten und gesunder Lage, begrenzt vom Tempelhofer Felde, dem Treptower Park und der Königsheide als Wohngemeinde begehrenswert werden für die werktätige Bevölkerung, die zu 46,4 % ihren Erwerb in Berlin und anderen Vororten findet. Die Schaffung bequemer Verkehrsverbindungen nach Berlin war deshalb eine Grundbedingung für die günstige Entwicklung der Stadt.

Aus der vor etwa 40 Jahren stündlichen Omnibusverbindung nach Berlin ist jetzt ein Netz von elektrischen Straßenbahnen geworden, das mit 27 Linien die Verkehrsverbindung nach fast allen Teilen Berlins und der näheren Vororte schafft. Besteht doch durch eine Linie sogar die Möglichkeit, vom Mittelpunkt der Stadt über den Dönhoffplatz, Potsdamerplatz, Charlottenburg bis zum Spandauerbock und selbst nach Spandau auf der Straßenbahn zu kommen.

Die auch sonst gemachte Erfahrung, daß mit der Entwicklung zum großstädtischen Leben auch die Ansprüche, die jeder einzelne an die öffentlichen Verkehrsmittel stellt, wachsen, tritt tagtäglich in die Erscheinung, und es ist als eine Hauptaufgabe der Stadtverwaltung zu bezeichnen, diesen — sei es auch bisweilen übertriebenen — Ansprüchen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Daß der gesamte Straßenbahnverkehr wegen der durch die Stadt Berlin vorgeschriebenen Gestaltung in die Hand von naturgemäß nur auf Erwerb abzielenden Aktiengesellschaften gelegt ist, kann mit Recht bedauert werden. Die beträchtlichen Einnahmen aus dem Verkehr hätten die Gemeinden in den Stand gesetzt, mancherlei in einer Großstadt besonders dringende Aufgaben in umfangreicherem Maße zu erfüllen und das Verkehrsbedürfnis der Einwohnerschaft jedesmal nicht lediglich als eine Einnahmequelle zu betrachten.

Als Hauptverkehrsmittel kommen die elektrische Straßenbahn und die Stadt- und Ringbahn in Betracht. Daneben bestehen 2 Automobilomnibusverbindungen, die vom Weichbilde (Hermannplatz und Kaiser Friedrichplatz) eine beschleunigte Beförderung nach dem Innern der Reichshauptstadt ermöglichen, ferner mehrere Pferdeomnibuslinien in ähnlicher Weise und für den lokalen Verkehr in den beiden Hauptstraßen Neuköllns (Berliner- und Bergstraße) eine städtische Omnibuslinie.

Im Jahre 1893 führten 3 Pferdebahnlinien von der Reichshauptstadt nach Neukölln. Im Jahre 1898 folgte die Einführung des elektrischen Betriebes durch die Große Berliner Straßenbahn. Dieser brachte auch für Neukölln eine gewaltige Erweiterung des Straßenbahnnetzes und heute zählen wir bereits 27 Straßenbahnlinien, die sich namentlich auf die Hauptverkehrsadern des Ortes, die Berliner- und Bergstraße, die Hermann- und Kaiser Friedrichstraße, erstrecken. Neuerdings wird auch die Berliner städtische Straßenbahn sich an einem Teil des Neuköllner Verkehrs beteiligen und vermutlich in naher Zeit durch eine die Urban- und Markgrafenstraße durchziehende Linie eine recht günstige und zweifellos rentable Verbindung nach dem zentralen Berlin schaffen. Erhält diese eine direkte Ausdehnung durch die in gerader Linie bis zur Ringbahn (Kaiser Friedrichstraße) führende Weserstraße, so wird ihr ohne Zweifel ein starker Verkehr zugeführt werden. Aber auch dieses Straßenbahnnetz entspricht noch nicht völlig den Anforderungen des Verkehrs. Namentlich bei Erschließung neuer Wohnviertel muß die Stadt Aufwendungen in Gestalt von Zuschüssen zur Bestreitung der Mindereinnahmen an Straßenbahnunternehmungen leisten; denn diese wollen erst einen Ver-



Berlinerstraße mit Rathaus (Verkehrsbild).

3*

kehr haben, ehe sie die Bahnen bauen und die Linien schaffen, wogegen die Bodenpolitik der Gemeinde dahin gehen muß, günstige Verkehrsverbindungen zur Verfügung zu stellen, damit die Besiedelung in günstiger und schneller Weise erfolgen kann.

Die eisenbahnfiskalische Ringbahn war ursprünglich als Niveaubahn angelegt. Als solche brachte sie in den ersten Jahren neben der Verkehrsverbesserung auch ein großes Verkehrshindernis, indem sie die Hauptstraße des Ortes von dem äußeren Ortsteil abschnitt. Die weitere Entwicklung der Stadt konnte diese Verkehrserschwerungen nicht ertragen und so erfolgte dann im Jahre 1895 die Eröffnung des jetzigen



Kottbuser Damm.

Bahnhofs Neukölln und im Jahre 1899 die des Bahnhofs Hermannstraße. Diesen Bahnbauten war im Jahre 1896 die Betriebseröffnung der zunächst nur dem Güterverkehr dienenden Anschlußbahn Neukölln—Niederschöneweide bereits vorausgegangen. Jetzt dient diese Strecke auch dem Personenverkehr und hat für den Ausflugsverkehr nach den an der Spree sich hinziehenden Wäldern eine große Bedeutung. Für das Jahr 1913 ist die Eröffnung einer für das dort entstehende Wohnviertel wichtigen Station dieser Bahn „Köllnische Heide" in Aussicht genommen. Ihr vorausgehen wird schon in diesem Jahre die Eröffnung einer zwischen den Stationen Neukölln und Treptow am Schnittpunkt der Kaiser Friedrichstraße eingeschalteten Station der Südringbahn: Kaiser Friedrichstraße.

Auf diese Weise werden für das der Besiedelung entgegengeführte Gebiet der Köllnischen Heide und der Köllnischen Wiesen gleich im Anfang günstige Verkehrsverbindungen zur Verfügung gestellt, die nur noch durch Einführung einiger Straßenbahnlinien der Ergänzung bedürfen.

Nach dem Fahrkartenverkauf betrug der Verkehr in der Zeit vom 1. April 1910 bis 31. März 1911 auf dem Bahnhof Neukölln 2002642 Personen (1693536 Personen nach Stadt- und Ringbahnstationen und 309106 Personen nach Vorortstationen), auf dem Bahnhof Hermannstraße 1873108 Personen (1622693 Personen nach Stadt- und Ringbahnstationen, 250415 Personen nach Vorortstationen.)

Die neuesten Pläne und Bemühungen der städtischen Körperschaften bewegen sich in der Richtung, recht bald durch eine Untergrundbahn



Hasenheide mit Privatkrankenhaus.

die den modernen Verkehrsansprüchen allein völlig entsprechende Verbindung mit der Reichshauptstadt zu schaffen. Von den verschiedenen projektierten Linien steht zur Zeit im Vordergrunde der Beratung die Verlängerung der von der Stadt Berlin projektierten Nord-Südbahn nach Neukölln. Ihr den direkten und kürzesten Weg durch die Blücherstraße zu geben, ist das eifrigste Bestreben der Stadt. Die Stadt Neukölln wird dabei nicht bloß die Empfangende in Gestalt eines schnellen und angenehmen Verkehrsmittels sein, sondern sie wird auch mit ihren mehr als 250000 Einwohnern in nicht unbedeutendem Umfange den Verkehr der Nord-Südbahnstrecke befruchten und für deren Rentabilität von wesentlicher Bedeutung sein.

Daß daneben eine Untergrundbahnverbindung nach dem Alexanderplatz und dem Gesundbrunnen von der Stadt Berlin durch einen Ver-

trag mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gesichert ist, die bis zum Weichbilde Neuköllns führt, wird dem Publikum angenehm sein, wenn diese Strecke auch für das Verkehrsbedürfnis nicht von so wesentlicher Bedeutung ist, wie die zuerst genannte.

Diesen beiden Linien der Untergrundbahnen fehlt nur noch die gemeinsame Zubringerlinie, die das Stadtgebiet Neuköllns in seinen Hauptverkehrsadern durchzieht. In Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Verkehrsmittels für die weitere günstige Entwicklung der Stadt werden gewiß die Bürgerschaft und mit ihr die städtischen Körperschaften gern die erheblichen zunächst auf etwa 9 Millionen Mark veranschlagten Kosten auf sich nehmen.

Armen-, Waisen- und Wohlfahrtspflege.

Von Stadtrat Dr. *Mann*, Neukölln.

Auf dem Gebiete der Armen- und Waisenpflege sind bei dem rapiden Wachsen der Stadt stets steigende Anforderungen an die Gemeinde gestellt worden. Verwaltende Behörde ist die Armendeputation. Nach den Grundsätzen des Elberfelder Systems wird die Armenpflege selbst in 31 Kommissionen, deren Leitung den Bezirksvorstehern obliegt, durch Armenpfleger und seit dem Jahre 1906 auch durch Armenpflegerinnen geübt. Seit dem 1. Oktober 1911 fungiert auch ein besoldeter Armenpfleger, der namentlich in besonders eiligen oder schwierigen Fällen der Armenverwaltung zur Prüfung und zum schleunigen Eingreifen zwecks Beseitigung der Not zur Verfügung steht. Die dabei gemachten Erfahrungen sind durchaus gute gewesen.

Die gesamten Ausgaben für Armen- und Waisenpflege, welche bei einer Einwohnerzahl von 15 300 im Jahre 1875 rund 12 000 Mk. betrugen, sind auf 59 000 Mk. im Jahre 1890, 294 000 Mk. im Jahre 1900, 318 000 Mk. im Jahre 1905 bei 151 000 Einwohnern, 382 000 Mk. im Jahre 1907 bei 190 000 Einwohnern, 470 000 Mk. im Jahre 1908 bei 204 000 Einwohnern, 580 000 Mk. im Jahre 1909 bei 217 000 Einwohnern und 599 000 Mk. im Jahre 1910 bei 235 000 Einwohnern gestiegen.

Für das Jahr 1910 ergibt sich hiernach ein Durchschnittssatz auf den Kopf der Bevölkerung an Armenlasten von 2,55 Mk. Von den Ausgaben der Armen- und Waisenpflege entfallen hierbei 272 100 Mk. auf Krankenpflege, was einem Durchschnittsbetrage von 1,159 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung entspricht.

Im Vergleich zu den Ausgaben anderer Großberliner Gemeinden ist diese Kopfquote verhältnismäßig gering; betrug sie doch für Berlin 7,56 Mk., Charlottenburg 6,98 Mk., Schöneberg 3,36 Mk. und Wilmersdorf 1,95 Mk. Sucht man nach den Gründen für diese Tatsache, so wird man für die erhebliche Differenz der Durchschnittssätze zweifellos anführen können, daß die Auffassung darüber, welche Unterstützungssumme zum notdürftigen Unterhalt einer Person nach der Armengesetzgebung erforderlich ist, einer verschiedenen Beurteilung unterliegt, je

nachdem die prüfenden, regelmäßig im Ehrenamt stehenden Organe einer milderen oder härteren Lebensauffassung zuneigen. Es schwankten die Durchschnittsbeträge der monatlichen laufenden Unterstützungen in den einzelnen Bezirken beispielsweise im Monat November 1910 zwischen 8,45 Mk. und 17 Mk. und im Monat November 1911 zwischen 8,94 Mk. und 15,86 Mk.

Es würde jedoch durchaus verfehlt sein, dies als den einzigen oder ausschlaggebenden Grund gelten zu lassen. Spielt doch der Charakter der Stadt und die Zusammensetzung ihrer Bevölkerung eine erhebliche Rolle. In der jung erstandenen Großstadt ist der Prozentsatz der alten erwerbsunfähigen, unbemittelten — und deshalb für die Armenpflege in Frage kommenden — Leute verhältnismäßig gering. Es standen z. B. in Berlin im Alter bis zu 25 Jahren 45,4 Proz., über 25—50 Jahren 40,2 Proz., über 50—70 Jahren 12,3 Proz., über 70 Jahren 2 Proz. der Gesamtbevölkerung. In Neukölln dagegen stellen sich die entsprechenden Prozentzahlen auf 50, 41,3, 7,6 und 1 Proz. Naturgemäß muß das verschiedene Altersverhältnis seine Wirkung auch auf die der Gemeinde entstehenden Armenlasten ausüben. Die erwerbsfähige und einem Erwerb nachgehende Bevölkerung wird weniger oft in eine Notlage geraten, welche die Inanspruchnahme der Armenpflege in Gestalt von Barunterstützungen notwendig macht, als sie etwa durch Krankheit genötigt werden wird, sich einer Krankenhausbehandlung zu unterziehen und damit — mangels eigener Mittel und Eintretens der Krankenkassen — indirekt die Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Die Erfahrung der Neuköllner Armenverwaltung bestätigt diese Annahme durchaus. Von dem für 1910 ermittelten Durchschnittskopfsatz der Armenlasten von 2,55 Mk. entfallen allein 1,159 Mk. auf die Kosten der Krankenpflege im Armenwege.

Der Hauptunterscheidung der Armenpflege in eine offene und eine geschlossene, d. h. eine durch Anstaltsbehandlung gewährte, folgend, werden in Neukölln im Wege der offenen Armenpflege einmalige und laufende Barunterstützungen, Naturalien (Milch, Brot, Mehl, Kartoffeln und Kohlen), Kleidung und Heilmittel sowie chirurgische Hilfsmittel (künstliche Gliedmaßen, Bruchbänder, Brillen usw.) gewährt.

Die ärztliche Behandlung Ortsarmer erfolgt durch 8 im Nebenamte angestellte Armenärzte. Die Geburtshilfe im Armenwege ist den Hebammen nach freier Wahl der Armen übertragen. Die Armenverwaltung zahlt für den Entbindungsfall einen Pauschalsatz von 15 Mk.

Kränkliche und schwächliche Kinder werden in von Jahr zu Jahr steigendem Maße auf mehrere Wochen in Heil- und Erholungsstätten (Hohenlychen, Schreiberhau, Kolberger Deep, Groß-Lichterfelde) auf

Kosten des Ortsarmenverbandes untergebracht. Daneben steht eine Summe von 8000 Mk. zur Verfügung, um auch im Wege der Wohlfahrtspflege Kindern diese Wohltat zu gewähren.

Im Wege der geschlossenen Armenpflege wird Kur und Verpflegung in dem städtischen Krankenhause in Buckow gewährt; daneben ist durch Gewährung eines besonderen Zuschusses für den Verpflegungstag eine Anzahl von Betten in dem Bethanien-Krankenhause zu Berlin für Neuköllner Einwohner gesichert. Die Krankenhäuser der Stadt Berlin nehmen seit einigen Jahren grundsätzlich nicht mehr Angehörige fremder Gemeinden auf.



Armen- und Siechenhaus.

Die Kosten für die geschlossene Armenpflege sind, wie vorher schon angedeutet, in den letzten Jahren erheblich gestiegen. 1905 betrugen sie rd. 74 000 Mk., 1909 rd. 189 000 Mk. Wesentlich beigetragen hat zu dieser Erhöhung die allgemeine Erhöhung der Kurkostensätze in den Krankenhäusern, die im Durchschnitt 20 Proz. betrug. Diese Erhöhung bewirkte auch, daß die Krankenkassen zurückhaltender in der Übernahme von Kurkosten wurden, die durch Behandlung von Kassenmitgliedern in einem Krankenhause entstehen. Da eine gesetzliche Pflicht die Krankenkassen dazu nicht verpflichtet und im Falle der Notwendigkeit einer Krankenhausbehandlung bei Mittellosigkeit des Patienten das Eintreten der Armenpflege erfordert, so erklärt sich hieraus gleichfalls das erhebliche Anwachsen der bezüglichen Armenpflegekosten.

Für Zwecke der geschlossenen Armenpflege steht ferner das Armen- und Siechenhaus am Mariendorfer Wege zur Verfügung, das etwa 150 Personen Platz bietet. Das Armen- und Siechenhaus steht unter Leitung eines im Nebenamte tätigen Arztes. Für den inneren

Betrieb sind Schwestern des Evangelischen Diakonie-Vereins in Zehlendorf tätig.

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften wird denjenigen Insassen, die Rentenempfänger sind, aus ihrer Rente ein monatliches in zwei Raten zu zahlendes Taschengeld von 1 Mk. gewährt.

Die Beschäftigung arbeitsfähiger Ortsarmer ist in einem größeren Anstaltsgarten möglich.

Zur Unterbringung Obdachloser steht ein besonderes Gebäude zur Verfügung. Es wird verhältnismäßig nur wenig in Anspruch genommen. In der Hauptsache waren daselbst nur einige Familien — zumeist eheverlassene Frauen mit Kindern — sowie mehrere Einzelpersonen untergebracht. Vorübergehend stieg die Belegungszahl auf 30 Personen.

Die außerordentliche Armenpflege, die hauptsächlich in der Fürsorge für Geisteskranke, Idiote, Epileptiker, Taubstumme, Blinde und Krüppel besteht, erforderte in der Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 einen Aufwand von 52 100 Mk. Die der Anstaltspflege bedürftigen Geisteskranken werden der Landesirren-Anstalt zu Teupitz überwiesen. In dringenden Fällen werden Geisteskranke zur vorläufigen Bewahrung im städtischen Siechenhause aufgenommen, in dem sich einige entsprechend eingerichtete Zellen befinden. Sobald angängig erfolgt jedoch die Überführung in eine Landesirren-Anstalt.

Auf dem Gebiete der Waisenpflege ist im Jahre 1906 eine durchgreifende Neuregelung erfolgt. Es sind Grundsätze für die Beurteilung der von Bewerbern um Überlassung von Pflegekindern gestellten Anträge aufgestellt, Bestimmungen für die Pflegeeltern der in Neukölln und auf dem Lande untergebrachten Kinder getroffen, und es ist eine Geschäftsanweisung für die auf dem Lande bestellten Waisenpfleger erlassen.

Zugleich mit der Einführung einer erhöhten und streng geregelten Fürsorge für die Waisenkinder fand eine allgemeine Erhöhung der Pflegegeldsätze statt.

Für die in Neukölln untergebrachten Kinder werden monatliche Pflegegelder von 18—6 Mk. und für die auf dem Lande untergebrachten Kinder solche von 15—6 Mk. gezahlt. Außerdem wird auf Antrag die erste Ausstattung bei der Ausgabe der Kinder gewährt und eine Beihilfe zur Einsegnung gezahlt.

Eingeführt wurde ferner eine allgemeine ärztliche Beaufsichtigung der in Neukölln untergebrachten Kinder durch die Armenärzte. Danach sind Kinder bis zum 6. Lebensjahre vierteljährlich, vom 7.—14. Lebensjahr mindestens jährlich einmal zu besuchen.

Alle Kinder, die sich auf Kosten der Armenverwaltung in Pflege befinden, sogenannte Pflegekinder, werden ferner durch eine besoldete Waisenpflegerin beaufsichtigt, während zufolge Vereinbarung mit dem Königlichen Polizei-Präsidium die Aufsicht über die sogenannten Haltekinder, d. h. alle noch nicht 6 Jahre alten Kinder, die von Privatleuten gegen Entgelt in Pflege gegeben worden sind, allein von den Aufsichtsdamen der Polizei geführt wird. Die Aufsicht über alle übrigen zu beaufsichtigenden Kinder wird von den Gemeindewaisenräten im Verein mit im Ehrenamte tätigen Waisenpflegerinnen ausgeübt. Hierdurch ist erreicht worden, daß die Pflegeeltern, die bis dahin in vielen Fällen der Aufsicht aller drei Organe unterstanden, nunmehr nur noch mit den Beauftragten einer Institution zu tun haben.



Männersaal des Siechenhauses.

Kinder, für die eine Fürsorge erforderlich ist und die nicht oder noch nicht in Pflegestellen gebracht werden können, werden im städtischen Waisenhause untergebracht. Mit ihm ist eine besondere Station für Säuglinge verbunden. Es wird dabei der Grundsatz befolgt, das Waisenhaus nur als Durchgangsstation zu benutzen und die Kinder, wenn sie nicht bald an Angehörige zurückgegeben werden können, in erster Linie in auswärtige Pflege und nur wenn dies aus besonderen Gründen nicht angängig erscheint, in hiesige Pflege zu geben. Zu diesem Zwecke unterhält die Verwaltung in den um Storkow und Gransee gelegenen Ortschaften Waisenkolonien. Mit der Beaufsichtigung ist regelmäßig der Lehrer oder der Pfarrer als Waisenpfleger betraut. Durch Vereinbarung mit in der betreffenden Gegend wohnhaften Ärzten ist auch für ärztliche Beaufsichtigung gesorgt. Alljährlich wird außerdem eine Revision durch eine Kommission der Armendeputation vorgenommen. — Im Jahre 1909 befanden sich 374 Kinder in Waisenpflege, davon in Stadtpflege (Neukölln) 246, Landpflege 128.

Zu erwähnen ist hierbei, daß durch Beschluß der städtischen Körperschaften den auf städtische Kosten untergebrachten Waisen-

kindern ein Betrag von 300 Mk. aus Vermögen, welches ihnen etwa zufällt, freigelassen wird.

Bald nach Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches hat die Stadt von der im Artikel 78 § 4 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehenen Befugnis Gebrauch gemacht und eine sogenannte gesetzliche Generalvormundschaft für diejenigen Minderjährigen eingeführt, welche im Wege der öffentlichen Armenpflege unterstützt und entweder in einer geeigneten Familie oder Anstalt oder, sofern es sich um uneheliche Minderjährige handelt, in der mütterlichen Familie erzogen oder verpflegt werden. Die Generalvormundschaft wird von dem Dezernenten der Armen- und Waisenverwaltung geführt. Die Zahl der ihr unterstehenden Kinder betrug im Jahre 1906 122, im Jahre 1909 293.

Die Regelung der Geschäftsführung des Gemeinde-Waisenrates ist durch eine besondere Waisenratsordnung erfolgt; es sind die Verrichtungen des Gemeinde-Waisenrats, soweit es sich um die Abgabe von Erklärungen und Entscheidungen allgemeiner Art handelt, der Armendeputation übertragen, die sich hierbei der Bezeichnung „Städtisches Waisenamt" bedient. Die örtliche Ausübung des Amtes des Gemeinde-Waisenrates ruht in den Händen der ehrenamtlich tätigen Waisenräte, denen Waisenpflegerinnen zur Seite stehen. In starkem Maße und in nutzbringender Weise sind die Waisenräte auch auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung tätig. Fortgesetzt wachsende Schwierigkeiten begegneten jedoch ihrer Wirksamkeit bei der Ermittelung geeigneter Vormünder. Die hier bestehenden ungünstigen Verhältnisse, unter denen auch das Wohl der Mündel erheblich leiden mußte, führten zu der Einführung einer sogenannten Berufsvormundschaft, die durch einen Beamten der Waisenverwaltung geführt wird. Daneben blieb die Generalvormundschaft bestehen. Von dem Gedanken ausgehend, daß, was das persönliche Verhältnis des Vormundes zum Mündel anlangt, ein guter Einzelvormund niemals durch einen berufsmäßig tätigen Beamten ersetzt werden kann, wurde beschlossen, die Berufsvormundschaft nur auf bestimmte, für den Einzelvormund in der Erledigung schwieriger Fälle zu beschränken. Nach den hier bestehenden Grundsätzen soll die Berufsvormundschaft vorzugsweise in allen Fällen eintreten, in denen Unterhaltsansprüche unehelicher Kinder im Wege der Zwangsvollstreckung zu verfolgen sind. Wenn Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nicht mehr erforderlich sind, so soll sie regelmäßig in Wegfall kommen. Sie soll ferner in Fällen eintreten, in denen vom Vormundschaftsgericht Maßnahmen aus § 1666 Bürgerlichen Gesetzbuches getroffen sind und es notwendig ist, die Eltern zur Unterhaltungsleistung heranzuziehen oder ihnen die Kinder

wegen Gefährdung ihres allgemeinen Wohles zu entziehen. Der Berufsvormund soll schließlich als Pfleger auch in allen sonstigen Fällen eintreten, in denen seine Wirksamkeit nach der Ansicht des Vormundschaftsgerichts und der städtischen Verwaltung besonders zweckmäßig erscheint. In der Zeit vom 1. April 1910 bis Ende 1911 ist in 96 Fällen der Berufsvormund bestellt worden. Im letzten Jahre sind rd. 9000 Mk. an Unterhaltungsgeldern vom Berufsvormund eingezogen worden. Außerdem hat der Berufsvormund bisher in 43 Fällen von Erziehungsstreitigkeiten tätig sein können.

Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege hat es Neukölln trotz seiner finanziellen Lage, die ein sparsames Wirtschaften erheischte, weder an Interesse noch an der Bereitstellung beträchtlicher Geldmittel fehlen lassen. Wohlfahrtspflege soll ja vorbeugend wirken und die schwachen Glieder der menschlichen Gesellschaft davor bewahren, Armenpflege in Anspruch nehmen zu müssen. Die von der Stadt im Wege der Wohlfahrtspflege gemachten Aufwendungen werden sicherlich bei der Armenpflege gespart und dabei wird den Betroffenen das Gefühl der Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit erhalten und gestärkt, zweifellos zum Segen des Einzelnen und der Gemeinde. Während sich indes andere Gemeinden bei der Schaffung und dem Betrieb neuer gemeinnütziger Einrichtungen in der Regel auf vorhandene leistungsfähige private Vereinigungen und Stiftungen zu stützen vermögen, hat in Neukölln die Gemeinde mit wenig Ausnahmen überall selbst die Einrichtung und den Betrieb übernehmen müssen. Abgesehen von einem in der Hauptsache aus städtischen Mitteln gebildeten Wohltätigkeitsfonds und einer zum Andenken an den verstorbenen ersten Oberbürgermeister Boddin begründeten Stiftung verfügt auch die junge Stadtgemeinde über keinerlei Stiftungsvermögen für wohltätige Zwecke.



Frauensaal des Siechenhauses.

In das Gebiet der Wohlfahrtpflege fällt die an anderer Stelle ge-

schilderte städtische Säuglingsfürsorge und die seit dem 1. April 1911 in städtischer Verwaltung befindliche Rechtsauskunftsstelle, die, wie ihre Entwicklung zeigt, einem dringenden Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. In der Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 ist an 6289 Personen Rat und Auskunft erteilt worden. In 69 Fällen hat die Rechtsauskunftsstelle auch die Vertretung vor dem Schiedsgericht und Reichs-Versicherungsamt übernommen. Die Leitung hat ein auf Lebenszeit angestellter Magistratsassessor.

Die Tätigkeit des Arbeitsnachweises hat in letzter Zeit eine Umgestaltung erfahren, die eine größere Inanspruchnahme dieser Wohlfahrtseinrichtung sowohl bei Arbeitgebern als bei Arbeitnehmern gezeitigt hat. Im Jahre 1909 haben 9538 Personen Arbeit gesucht, für welche 5689 offene Stellen zur Verfügung standen, von denen 4698 Stellen besetzt werden konnten.

Um schreibgewandten Personen, welche ohne Stellung sind, vorübergehend einen geringen Verdienst zu ermöglichen, besteht eine Schreibstube, welche in der Zeit vom November 1908 bis 31. März 1910 413 Personen vorübergehend Beschäftigung gewähren konnte. Die Beschäftigungsmöglichkeit ist naturgemäß allein abhängig von der Anzahl der erteilten Schreibaufträge.

Während bisher durch städtische oder private Einrichtungen für die verschiedensten Lebensalter der Kinder Vorsorge getroffen war, fehlte es noch an einer Einrichtung, welche es den Müttern, die ihrer Arbeit nachgehen wollen, ermöglicht, ihre Kinder namentlich auch solche in den ersten Lebensjahren in sichere Obhut während des Tages zu geben. Diese Lücke wird durch eine sogenannte Kinderkrippe ausgefüllt werden. Mit dem 1. Mai d. Js. wurde eine von dem Berliner Krippenverein betriebene Kinderkrippe in Benutzung genommen.

Dem Verein ist auch die Verabfolgung warmen Frühstücks an bedürftige Schulkinder übertragen.

Außer dem an anderer Stelle geschilderten Freiwilligen Erziehungsbeirat werden verschiedene der Wohlfahrtspflege dienende Vereinigungen von der Stadt durch erhebliche Beiträge unterstützt, so z. B. der Vaterländische Frauenverein Neukölln, welcher für seine Abteilung „Bekämpfung der Tuberkulose“ 6500 Mk. und für seine Abteilung „Hauspflege“ 2500 Mk. erhält.

Als Einrichtungen zur Gewährung ärztlicher Hilfe bestehen in Neukölln eine Unfallstation, betrieben von dem Kuratorium der Berliner Unfallstationen vom Roten Kreuz und eine während der Nachtzeit geöffnete Rettungswache, betrieben von dem Ärzteverein des Berliner

Rettungswesens. Beide Einrichtungen werden durch städtische Zuschüsse untersützt.

Da bei der engen Nachbarschaft zu Berlin zahlreiche dort bestehende Wohlfahrtseinrichtungen auch Neuköllner Einwohnern zu gute kommen, so hat es die Gemeinde nie abgelehnt, zweckmäßige Einrichtungen dieser Art durch nicht unbeträchtliche Zuwendungen zu fördern. Der Asylverein für Obdachlose, die Bodelschwingh'sche Anstalt Kolonie Hoffnungstal, die Berlin-Brandenburgische Krüppel-, Heil- und Erziehungs-Anstalt und ähnliche Einrichtungen erhalten namhafte Zuschüsse von der Stadt Neukölln.

Als besondere städtische Einrichtung ist ferner noch die Trinker-Fürsorgestelle zu erwähnen, die im Jahre 1909 in 73 Fällen in Anspruch genommen wurde. Wie sonst auch wurde hier gleichfalls die Erfahrung gemacht, daß die Einwirkungen der Fürsorgestelle nur dann von einem dauernden Erfolge bei den Trinkern begleitet sind, wenn diese einer die Abstinenz von alkoholischen Getränken verfolgenden Vereinigung zugeführt werden können.

In einer im Vergleich zur Entwicklung anderer Städte kurzen Spanne Zeit ist viel Wertvolles für das Allgemeinwohl geschaffen — viel bleibt noch zu leisten. Man darf wohl erwarten, daß echter Bürgersinn auch fürderhin die Zeichen unserer Zeit verstehen und danach tatkräftig handeln wird.

Säuglingsfürsorge.

Von Stadtrat Dr. *Mann*, Neukölln.

Den Bestrebungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit wurde durch Einsetzung einer aus 4 Magistratsmitgliedern und 6 Stadtverordneten bestehenden Kommission und Errichtung einer vollständig in städtischer Verwaltung stehenden Säuglingsfürsorgestelle nachgekommen. Die am 2. Mai 1907 eröffnete Fürsorgestelle steht unter der Leitung eines erfahrenen Kinderarztes, dem jetzt noch ein zweiter Arzt zur Seite steht. Ihre Aufgabe ist es, in den an wöchentlich 3 Tagen stattfindenden Sprechstunden ratsuchenden Müttern minderbemittelter Volkskreise Aufklärung in der Säuglingspflege zu geben und namentlich auch auf natürliche Ernährung der Säuglinge hinzuwirken. Eine ärztliche Behandlung kranker Kinder darf von den Fürsorgeärzten nicht vorgenommen werden, ausgenommen natürlich eine diätetische. In Krankheitsfällen hat der Arzt die Mutter dahin zu belehren, daß sie ärztliche Hilfe evtl. durch Inanspruchnahme der Armenverwaltung suchen müsse.

Den Ärzten zur Seite stehen 2 und demnächst 3 von der Stadt besoldete Schwestern, die gleichzeitig durch häusliche Besuche die Befolgung der Ratschläge des Arztes zu kontrollieren, auf die Beseitigung etwaiger hygienischer Mißstände hinzuwirken und die Mutter über Einzelheiten der Säuglingspflege zu belehren haben.

In geeigneten Fällen werden die Mütter durch Verabreichung von Milch und auch anderen Nahrungsmitteln (sogen. Stillunterstützungen) unterstützt.

Soll nun die Säuglingsfürsorgestelle der ihr gestellten Aufgabe gerecht werden, so muß es ihr Bestreben sein, möglichst alle in Frage kommenden Mütter und Säuglinge und zwar so frühzeitig wie möglich mit ihrer Fürsorge zu erfassen. In dieser Richtung bewegen sich folgende Maßnahmen: Auf den Standesämtern gelangen Merkblätter zur Verteilung, die über sachgemäße Säuglingspflege Aufschluß geben und zugleich einen Hinweis auf die Fürsorgestelle enthalten. Den Hebammen werden Postkarten zur Verfügung gestellt, damit die Fürsorgestelle durch

sie von geeigneten Fällen Kenntnis erhält. Die Standesämter geben täglich die Geburtsanmeldungen unehelicher Kinder und von Mehrlingsgeburten an die Fürsorgestelle. In den beiden letzteren Fällen suchen die Schwestern dann die Mütter in ihren Wohnungen auf und versuchen auf sie im Sinne der Säuglingsfürsorgebestrebungen einzuwirken. Dank der verständnisvollen Arbeit der Beteiligten erfreut sich die Fürsorgestelle eines stets wachsenden Besuches.

Die Zahl der ärztlichen Konsultationen betrug im Jahre 1909: 7750 und 1910: 10353, die durchschnittliche Sprechstundenfrequenz 52 bzw. 68. In der Fürsorge befanden sich 1909 1654 und 1910 2044 Kinder. Jedes Kind wurde durchschnittlich 4,7 bzw. 5,1 mal dem Arzt vorgestellt. Von der Gesamtzahl der Lebendgeborenen mit 6286 bzw. 6302 standen 1654 bzw. 2044 Kinder in Fürsorge, das sind 26,3 bzw. 32,4 % und zwar waren 1454 bzw. 1773 Kinder (87,1 bzw. 86,7 %) der in der Fürsorge behandelten Kinder ehelich und 200 bzw. 271 Kinder (12,9 bzw. 13,3 %) unehelich.

Zur Beschaffung einwandfreier Milch sind mit mehreren Molkereien, die sich einer besonderen Kontrolle zu unterwerfen haben, Verträge geschlossen. Die Schwestern kontrollieren auch bei ihren Besuchen durch die Alkoholprobe die den Säuglingen zu verabfolgende Milch.

Der freiwillige Erziehungsbeirat für die Jugend in Neukölln.

Von dem Schriftführer des Vereins, Hilfsschullehrer *Hecke*, Neukölln.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung Neuköllns bringen es mit sich, daß soziale Notstände, ja soziales Elend sich vielfach bemerkbar machen, und zwei Faktoren sind es, die dies in erster Linie empfinden, die Armenverwaltung und die Schule des Ortes, letztere vielleicht am meisten unverfälscht, nicht getrübt durch mancherlei Nebenerscheinungen.

Es erklärt sich so, daß die Idee, hilfreiche Hand anzulegen, bei ihrem Auftauchen zuerst in den Kreisen der Neuköllner Jugenderzieher einen fruchtbaren Boden fand. Nach dem Muster des wenige Jahre vorher gegründeten Berliner Freiw. Erziehungsbeirats ging man an die praktische Betätigung der Idee durch Gründung eines

„Freiwilligen Erziehungsbeirates für schulentlassene Waisen".

Breite Kreise der Bevölkerung waren bald für die Sache interessiert und gewonnen und in 14jähriger Tätigkeit entwickelte sich die Einrichtung, wie sie heute auf vielen Orten unseres weiten Vaterlandes mit mehr oder weniger Einschränkungen übertragen worden ist. Damit soll nicht gesagt werden, daß der Freiwillige Erziehungsbeirat nicht anderwärts schon mehr oder weniger ähnliche Veranstaltungen als Vorläufer gehabt hätte. Charakteristisch aber ist seine schnelle und eigenartige Entwicklung. Der für den Verein gewählte Name erwies sich schon bald als nicht umfassend genug; er wurde nach kurzer Zeit in

„Freiwilliger Erziehungsbeirat für die Jugend in Rixdorf"

gewandelt.

Ehe auf die Arbeiten und Leistungen des Vereins im einzelnen eingegangen wird, sei vorab eine kurze Übersicht über die Verwaltung und Gliederung desselben gestattet.

Die Leitung des Vereins liegt in den Händen eines fünfgliedrigen Vorstandes, dem ein diesem völlig gleichberechtigter Verwaltungsrat, z. Zt. aus 31 Personen bestehend, Damen und Herren des verschiedensten Berufs- und Bevölkerungskreises, zur Seite steht.

Die Kleinarbeit liegt in den Händen folgender 9 Arbeitsausschüsse:

1. Arbeitsausschuß für schulentlassene Waisen,
2. „ „ Ferienkolonien,
3. „ zur Durchführung des Fürsorge-Erziehungs-Gesetzes,
4. „ Jugendklub,
5. „ für die Kindervolksküchen,
6. „ „ den Volkskindergarten,
7. „ „ den Kinderhort,
8. „ „ Jugendgerichtshilfe,
9. „ „ die Kinderlesehalle.

Als Mittelspersonen zwischen Ausschüssen und den Hilfsbedürftigen bzw. den Antragstellern, sowie auch zur Erledigung der Vorarbeiten in jedem Einzelfalle fungieren Bezirksausschüsse, z. Zt. 36. Jede Gemeindeschule besitzt einen solchen Ausschuß, der aus 3 Angehörigen des Lehrerkollegiums der Schule und einem Arzt besteht.



Volkskindergarten des freiwilligen Erziehungsbeirats. Spielplatz.

Den Vorsitz im Vorstande führt seit Jahren Herr Bürgermeister Dr. Weinreich. Der Verein besitzt eine eigene Geschäftsstelle, im Hause Kaiser-Friedrichstraße 207, parterre, die vom Berichterstatter verwaltet wird und ebenda eine Auskunftsstelle für alle Jugendfürsorgeangelegenheiten, z. Zt. besorgt durch Herrn Schulleiter Sasse. Geschäftsstelle wie Auskunftsstelle haben Telephonanschluß (Amt Neukölln — Magistrat — Freiwilliger Erziehungsbeirat). Die Erledigung der Kassengeschäfte geschieht durch eine Hauptkasse. (Schatzmeister Herr Schulleiter Heudtlaß, Kaiser-Friedrichstraße 182.)

Unterkunftsräume besitzt der Verein in verschiedenen Bezirken des Orts. Es gehört dazu der größte Teil des Hauses Steinmetzstr. 113 mit einem Klubzimmer, einem Beratungszimmer, einem Vortragsraum und der Wohnung für die Leiterin der Kindervolksküche; die Küche selbst liegt im Gebäude hochparterre. Diese Räume benutzen der

Jugendklub, die Kindervolksküche und der Knabenhort nacheinander. In den kurzen Pausen ist hinreichend Zeit zur gehörigen Lüftung, Reinigung und Herrichtung für den jedesmal bevorstehenden Gebrauch. Es sind Mietsräume. Als Mitbewohner figuriert eigentlich nur die Stadt, die in den hochparterre gelegenen Zimmern die Säuglingsfürsorgestelle eingerichtet hat. Eine recht willkommene Beigabe ist der an den Hof anstoßende Garten, der — wenn auch nicht groß zu nennen — immerhin doch Raum bietet zur Veranstaltung der verschiedensten Spiele und turnerischen Übungen im Freien während der schönen Jahreszeit.

Die Ausschüsse für schulentlassene Waisen, Ferienkolonien, Fürsorgeerziehung und Jugendgerichtshilfe benötigen zur Erledigung ihrer Geschäfte und zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes kaum besonderer und größerer Räumlichkeiten. Im Schulhause Lessingstraße halten sie in einem besonderen Geschäftszimmer ihre Sitzungen ab, falls das vorerwähnte Beratungszimmer anderweitig besetzt ist. Auch die Brockensammlung hat dort eine Unterkunftsstelle gefunden. Beim Eingehen der bis vor kurzem als Sonderschule vorhandenen Schule der Brüdergemeinde in der Kirchgasse übernahm der Verein die dazu gebrauchten Räumlichkeiten und brachte darin den Volkskindergarten unter. Auch hier fehlt nicht ein geräumiger Spielplatz. Idyllisch, inmitten schöner Garten- und Parkanlagen gelegen, präsentiert sich das Kinderheim (Cannerstr. 3), in dem die 2. Kindervolksküche und die Kinderlesehalle untergebracht sind. Es ist dies ein fester Holzbau, ehemals ein Teil des alten Rixdorfer Krankenhauses. Die Stadt stellte das Gebäude dem Verein unentgeltlich zur Verfügung.

Wie der Verein aus Kleinem herausgewachsen ist, bekundet sehr klar die Entwickelung seiner Kassenverhältnisse. Das Anschwellen der Einnahmen von 435,00 Mk. auf 44047,22 Mk. und der Ausgaben von 242,00 Mk. auf 40155,73 Mk. ist für einen Zeitraum von 14 Jahren jedenfalls ein Fortschritt zu nennen, wie er größer kaum gedacht werden kann.

Im einzelnen hier die Herkunft der Einnahmen und die Aufwendungen für die einzelnen Zweige zu beleuchten, würde über den Rahmen dieses Berichtes hinausgehen. Nicht unerwähnt aber darf bleiben, daß die Einnahmen einen festen Stützpunkt haben in den Zuschüssen der Stadt, die im letzten Geschäftsjahre sich auf 16600 Mk. beliefen.

Nunmehr sei ein kurzer Blick auf die Entwickelung des Vereins gestattet, wie sich dieselbe nach und nach durch die Erweiterung der Ziele notwendig machte und ein Blick auch auf die in den einzelnen Zweigen geleistete Arbeit.

Entsprechend dem vorab gestecktem Ziele wurde die Fürsorge zunächst den schulentlassenen Waisen zugewandt. In harmonischer Zusammenarbeit mit Schule und Haus, Behörden, Vereinen und Korporationen wird den Waisen bei ihrem ersten Schritt in das Leben eine sichere und zielbewußte Führung geboten. Dies geschieht ohne Rücksicht auf Beruf, Partei und Glaubensbekenntnis. Seit 1898 wurden von den 1930 überhaupt zur Entlassung kommenden Waisen 833 der Fürsorge teilhaftig. Der für diesen Zweck besonders eingerichtete Lehr-



Kinderlesehalle des freiwilligen Erziehungsbeirats. Spiel und Lesezimmer.

stellennachweis ermöglicht eine gewissenhafte Auswahl der in Frage kommenden Berufe. Neuerdings werden alljährlich Inspektionsreisen unternommen, durch die es dem Verein möglich gemacht wird, sich an Ort und Stelle vom Wohlergehen und Wohlverhalten seiner Pfleglinge zu überzeugen.

Die erste Erweiterung erfuhren die Bestrebungen zuerst 1901 durch die Einrichtung der Ferienkolonien. Es erübrigt sich, auf die hohe Bedeutung und den günstigen Einfluß, den diese Einrichtung auf die teilnehmenden Kolonisten ausübt, irgendwie einzugehen. Von der anfänglich geübten Praxis, neben der See-, Land- und Gebirgskolonie

eine Halbkolonie, die sogenannte Stadtkolonie, zu bilden, ist man neuerdings aus Zwekmäßigkeitsgründen abgekommen. In der Stadtkolonie wurden jüngere Kinder während der Sommerferien zum Spiel in schattigen Garten versammelt oder nach dem nahegelegenen Treptower Spielplatz und Park geführt und dort verpflegt. Im letzten Berichtsjahre wurden entsandt an die See nach Prerow 86 Knaben und 86 Mädchen in 4 Kolonien, in das Gebirge (Friedrichsbrunn) 4 Kolonien mit 70 Knaben und 67 Mädchen, aufs Land als geschlossene Kolonie nach Hagenow Heide 45 Knaben und 45 Mädchen. Insgesamt konnten berücksichtigt werden in der Zeit von 1901—1909 in Stadtkolonien 1820 Kinder, von 1902—1911 in Seekolonien 1431 Kinder, von 1906 in Landkolonien 511 Kinder und in das Gebirge wurden im Zeitraum von 4 Jahren 443 Kinder gesandt. Eingerechnet sind hierin noch nicht die in Einzelpflege untergebrachten Kinder, deren Gesamtzahl mit 800 nicht zu hoch veranschlagt ist.

Zu weiterer Betätigung zwang dann das am 2. Juli 1900 erlassene Fürsorgeerziehungsgesetz. Die Tätigkeit des dafür eingerichteten Ausschusses zur Durchführung des Fürsorge-Erziehungs-Gesetzes ist eine vielseitige; sie erstreckte sich von 1905 bis 1911 auf 187 Fälle. Gegenstand der Arbeit war, Beaufsichtigung entlassener Fürsorgezöglinge, Vorgehen gegen pflichtvergessene Eltern, Bemühungen auf Entlassung gebesserter Fürsorgezöglinge und Unterbringung Verwahrloster in bessere Hände, um sie womöglich noch vor der Erziehungsanstalt zu bewahren.

1907 begann der Verein auch der schulentlassenen Jugend, vorab der männlichen, seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die diesbezüglichen Vorverhandlungen führten bald zur Gründung des „Jugendklub". Junge Leute aus den gewerblichen und industriellen Kreisen der Stadt versammeln sich wochentags von $7^1/_2$ bis $9^1/_2$ Uhr im Heim in der Steinmetzstrasse. Vorträge, Spiel und Gesang machen den Aufenthalt angenehm; eine reichhaltige Bibliothek, Zeitschriften und Zeitungen geben Gelegenheit zur Lektüre. Es werden Marschausflüge gemacht, Besichtigungen vorgenommen, Turnen, Schlittschuhlaufen, Baden usw. gepflegt, Wettspiele veranstaltet und Unterhaltungs- und Familienabende abgehalten. Unterricht in der Stenographie, Brandmalerei, Kerbschnitzerei usw. geben reiche und vielseitige Anregung.

Zweifellos am tiefsten in das Volkselend hinein griff der Verein mit der Einrichtung der 1. Kindervolksküche im Jahre 1907. Die anfänglich festgesetzte Zahl der täglichen Portionen (100) reichte lange nicht aus, sie mußte sofort auf 400 heraufgesetzt werden, und die

Inanspruchnahme der Küche stieg derart weiter, daß sich der Verein genötigt sah, an die Einrichtung der 2. Küche heranzugehen.

Die Zahl der verabfolgten Portionen steht für

	1907	mit	11 874	
	1908	„	72 981	
	1909	„	70 756	
	1910	„	77 312	
und für	1911	„	67 818	zu Buch.



Im Kinderheim Cannerstraße.

Die Betriebskosten stiegen von 1126 Mk. im Betriebsjahre auf 7673 Mk. im Jahre 1911.

In beiden Küchen und sämtlichen Gemeindeschulen wird außerdem in den Wintermonaten vor Beginn der Schule warmes Frühstück, $^1/_2$ Liter Milch und Kakao an bedürftige Kinder verabfolgt. Die Zahl dieser Frühstücksportionen beläuft sich in den letzten 3 Jahren auf 7735 bzw. 6738 bzw. 54 731.

Weiterhin drängte sich dann dem Verein immer wieder die Frage auf „Wo bleiben die Kinder, die zuhause nach der täglichen Schulzeit verschlossene Türen finden und denen die nötige Aufsicht fehlt?“

Mit der Einrichtung des Knabenhortes fand der Verein eine Beantwortung dieser Frage. Durchschnittlich 50 Knaben finden sich täglich ein und bilden den Stamm des Knabenhortes. Unter Aufsicht eines Lehrers werden zunächst die Schularbeiten gefertigt. Spiel, Gesang und Handbetätigung lassen dann die übrige Zeit im Fluge verstreichen. Wenn auch die erwähnte Zahl der täglichen Besucher nur einen Bruchteil der auf die Straße verwiesenen Jungen in sich faßt, so hat sich der Hort doch als ein leistungsfähiger Konkurrent der Köllnischen Wiesen, des Tempelhofer Feldes und der mehr und mehr verschwindenden Rollberge erwiesen.

1908 konnte weiterhin an die Einrichtung eines Volkskindergartens herangegangen werden. Den Kleinen im vorschulpflichtigen Alter (3—6 Jahr) wird im Sommer von 7—6 Uhr, im Winter von 8—6 Uhr durch besonders dazu bestellte Damen (Kindergärtnerinnen) das Elternhaus und die Mutter ersetzt. Diese große Familie mit der überreichen Kinderschar — in Ausnahmefällen stieg sie bis über 70 — erhält die Mahlzeiten in einer eigens dazu eingerichteten Küche bereitet, in der auch manchmal notgedrungen — wenn hin und wieder einzelne noch nicht Dreijährige vor der noch verschlossenen Tür auf einseitige Abmachung hin abgegeben, d. h. abgesetzt, werden — das Milchfläschchen von „der Tante" besorgt wird. 10841 Mittagsportionen und 15149 Becher Milch waren die Leistung dieser Küche im letzten Berichtsjahre.

Die beiden jüngsten Kinder des Vereins sind die Abteilung Jugendgerichtshilfe und Kinderlesehalle. Aufgabe der Mitglieder der Jugendgerichtshilfe ist die Betätigung in allen beim hiesigen Jugendgericht zur Verhandlung anstehenden Klagen gegen Jugendliche. Es liegt ihnen ob, die Strafwürdigkeit, etwaige Strafmilderungsgründe und die Psyche des jugendlichen Übeltäters zu erforschen, den Beweggründen zur Begehung der Tat nachzugehen und sich vor Eröffnung des Verfahrens über den Angeschuldigten gutachtlich zu äußern. Im eigentlichen Verfahren stehen einzelne der Mitglieder dem Angeschuldigten als Fürsorger zur Seite. Dieser spricht sich auch über die als zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen aus und bleibt schließlich nach Erledigung des Verfahrens seinem Schützling beratend, helfend und beaufsichtigend zur Seite. 275 Einzelfälle bildeten im abgeschlossenen Jahre die Arbeit des Ausschusses.

In der Kinderlesehalle erledigen ältere Schüler unter Aufsicht von Lehrern wie im Hort zuerst ihre Schularbeiten, ein Teil — die weniger Leselustigen — wendet sich darauf den Brett- oder Gesellschaftsspielen zu, während die Hauptbesucherzahl nach den sorgfältig ausgewählten Jugendschriften greift. Durchschnittlich 100 Kinder finden

sich täglich ein, und durch staunenswerten Leseeifer bekunden sie, daß unsere Jugend auch Freude hat an Erzeugnissen der Jugendliteratur, die nicht das bunte Kleid der Räubergeschichten tragen und den verderblichen Inhalt der Schundliteratur bergen.

Nunmehr braucht nur noch kurz erwähnt zu werden, daß der Verein eine eigene Monatsschrift unter dem Namen „Neuköllner Jugendfreund" erscheinen läßt, die er seinen Mitgliedern und sonstigen Interessenten unentgeltlich übermittelt; Auflage 3000 Exemplare. Neben informierenden, belehrenden, werbenden, größeren und kleineren Artikeln aus allen Gebieten der Erziehungs- und Fürsorgetätigkeit wird in dem Blatt über die Tätigkeit des Vereins berichtet. Die hauptsächlichsten Vereinigungen mit verwandten Bestrebungen (Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, Rotes Kreuz, Säuglingsfürsorge u. a. m.) bedienen sich auch der Monatsschrift, um ihren Mitgliedern und weiten Kreisen Nachrichten über ihr Tun, ihre Veranstaltungen und ihre Erfolge zukommen zu lassen.

Es darf nach den Berichten mit vollem Recht behauptet werden, daß der „Freiwillige Erziehungsbeirat für die Jugend in Neukölln" dem schulpflichtigen und dem vor- wie nachschulpflichtigen Alter seine Hand darreicht, gleichzeitig labend und schützend eine fast nach Tausenden zählenden Schar pflegebedürftiger Menschenkinder und dazu sorgend, daß sie gesund erhalten bleiben oder — soweit sie gefährdet erscheinen — wiederum gesunden an Leib und Seele.



Schillerpromenade mit Genezarethkirche.

Öffentliche Grün- und Platzanlagen.

Von Gartendirektor *Halbritter*, Neukölln.


Hertzbergplatz

Lange Jahrzehnte hindurch genoß Neukölln den Ruf, eine Pflegstätte der Gärtnerei zu sein. Ein großer Teil seiner Bewohner hatte sich diesem Berufe gewidmet. Noch heutigen Tages besteht in dem alten böhmischen Teile unserer Stadt die „Gärtnerstraße", die von Nachkommen der durch Friedrich Wilhelm I. angesiedelten Böhmen bewohnt ist.

Mit dem Wachsen der Stadt und der Entwicklung zur Großstadt mußten die Gärtnereien und Hausgärten mehr und mehr der Bebauung weichen. Nur wenige Gärten blieben in dem alten Teile Neuköllns übrig.

Da war es nun Sache der Gemeinde, für den grünen Schmuck im Städtebilde zu sorgen. So wurden die Straßen alle mit Alleebäumen bepflanzt. Am 1. April 1911 hatte Neukölln 72,8 km bepflanzte Straßen mit 20096 Bäumen. Nur zwei Straßen im gesamten Stadtgebiete entbehrendes grünen Baumschmuckes.

Ferner wurden zur Erholung der Einwohner und zur Zierde der Stadt 20 Plätze, Schmuckstreifen, Promenaden usw. geschaffen, die eine Fläche von rund 78000 qm einnehmen. Die darin enthaltenen Spielplätze sind 17500 qm groß. Außerdem sind 2 städtische und 8 private Grundstücke bis zu ihrer Bebauung als Spiel- und Tummelplätze freigegeben.



Hohenzollernplatz mit Denkmal.

An dem Schiffahrtskanal entlang erstrecken sich schattige Uferpromenaden in einer Länge von 4,5 km.

4 öffentliche Gebäude, 4 höhere Schulen und 7 Gemeindeschulen sind mit Schmuckanlagen und Gärten versehen.

Im Entstehen begriffen ist ein neuer Park auf bewegtem Gelände in einer Gesamtgröße von rund 20 000 qm. Er wird Terrassenanlagen mit Pflanzenhäusern, Teich und Spielflächen erhalten.

Zur Anzucht des Materials für die Bepflanzung der Gartenanlagen



Weichselplatz.

ist eine Gärtnerei mit 6 Gewächshäusern und Frühbeeten (200 Fenster) sowie eine 17 000 qm große Baumschule vorhanden.

Ein Anzuchtsgarten von 4000 qm Grundfläche liefert den Schulen die Pflanzen für den botanischen Unterricht.

An der Westgrenze der Stadt, auf dem Tempelhofer Felde, das dem Militärfiskus gehört, ist die Anlage eines etwa 100 000 qm umfassenden Waldstreifens geplant, der den Bewohnern Gelegenheit zur Erholung in frischer Luft und zum Spiel unter schattigen Bäumen bieten soll.

Große ausgedehnte Grünflächen innerhalb der Bebauung sorgen dafür, Neukölln zu einem gesunden, gut durchlüfteten Orte zu machen.

So umfaßt der mit Wald bestandene Gutsbezirk Hasenheide ein Gelände von 15 ha. Der Jahnturnplatz in der Hasenheide ist 27000 qm groß, und die mit prächtigen alten Bäumen und Fliedergestrüpp bestandenen alten Friedhöfe bedecken eine Fläche von über 500000 qm.

2,2 ha städtischen Besitzes sind als Laubenkolonien (Schrebergärten) gegen eine geringe Pacht an Einwohner vergeben und bieten diesen gute Gelegenheit, sich in der berufsfreien Zeit in frischer Luft aufzuhalten und sich an den selbst gebauten Erzeugnissen des Gartens zu erfreuen.

Außerhalb des Stadtgebietes besitzt die Stadt an Grünflächen noch 2 Friedhöfe in einer Gesamtgröße von 174000 qm und die 37000 qm umfassenden Anlagen am städtischen Krankenhause. Von der zuletzt genannten Fläche sind etwa 15000 qm, die später bebaut werden sollen, nur mit Rasen angesät worden.

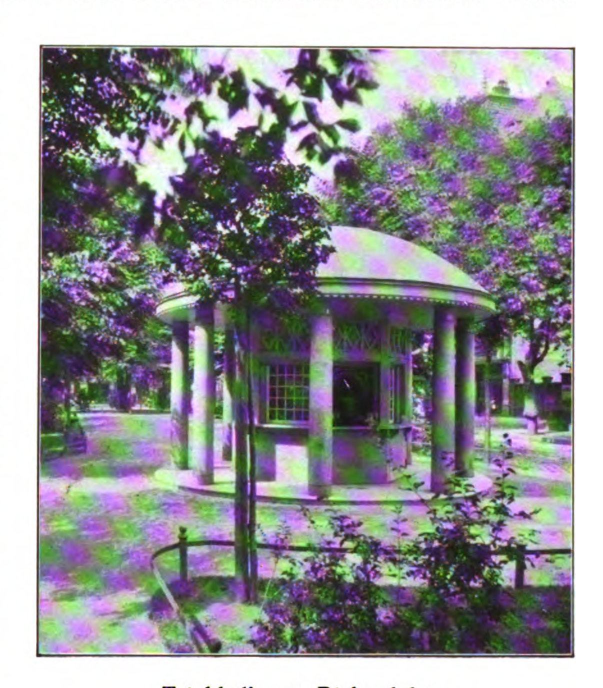


Grotte Wildenbruchplatz

Feuerlöschwesen.

Von Stadtrat *Mier.*

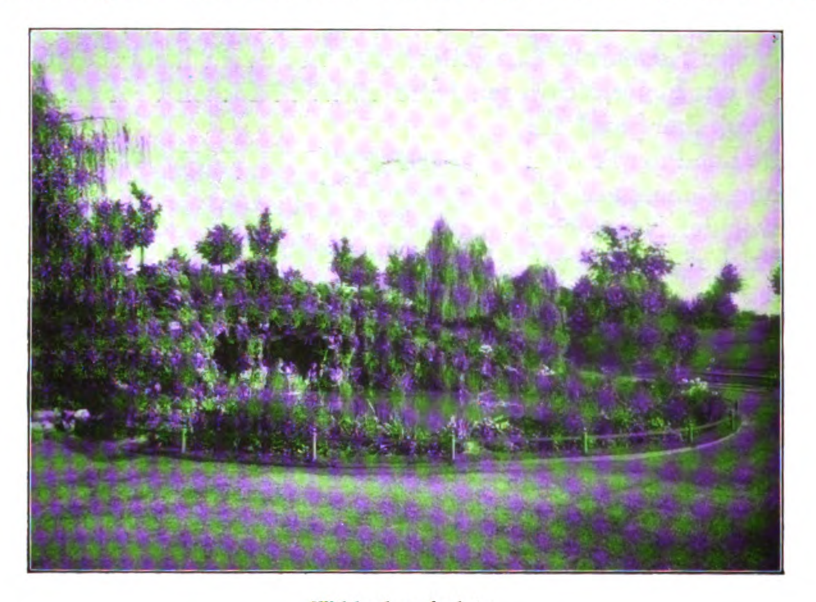
Bis gegen Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts trug das Straßenbild Neuköllns ebenso wie dasjenige der anderen Vororte Berlins mit alleiniger Ausnahme Charlottenburgs noch rein ländliches Gepräge, und auch das Feuerlöschwesen hatte einen dörflichen Charakter. Nach der Feuerlöschordnung für das platte Land der Provinz Brandenburg mußte in jedem bewohnten Hause eine vorgeschriebene Anzahl von Löschgeräten vorhanden sein, Feuerlöschhilfe hatten die Ortsbewohner unter Leitung des Spritzenmeisters zu leisten.



Trinkhalle am Richardplatz.

Seit 1876 hatte man versucht, durch Gewährung von Geldprämien an die zuerst auf der Brandstelle erschienenen Pflicht-Löschmänner und durch Entschädigung sowohl für geleistete Löscharbeit als auch für Vorspanndienste eine schnelle Feuerlöschhilfe zu sichern. Im Jahre 1878 führten dann Verhandlungen der Gemeindevertretung mit dem Turnverein „Jahn" zur Gründung der „Freiwilligen Turner-Feuerwehr", die mit 30 Mitgliedern am 23. Juli 1878 ins Leben trat. Neukölln hatte damals in etwa 360 Wohnhäusern eine Einwohnerzahl von 16000. Die Feuerlöschgeräte bestanden aus zwei Handdruckspritzen, mehreren Wassereimern, Leitern usw. Diese Geräte waren in der Berlinerstraße und am Richardplatze untergebracht.

Da das Abhängigkeitsverhältnis der neuerrichteten Wehr zum Turnverein „Jahn“ von Anfang an störend empfunden wurde, kam es noch im Gründungsjahre zur Trennung. Die „Freiwillige Feuerwehr“, wie sich das Löschkorps nunmehr nannte, war bezüglich ihrer inneren Angelegenheiten als Verein, hinsichtlich des Feuerlöschdienstes nach militärischen Grundsätzen organisiert. Die Ausbildung erfolgte durch Chargierte der Berliner Feuerwehr nach Berliner Muster, die Bespannung der Feuerlöschgeräte durch Pferde der Großen Berliner Pferdeeisenbahn-A.-G., deren Depot dem inzwischen in der Erkstraße eingerichteten Feuerwehrdepot benachbart war. Da die Gemeinde infolge ihrer schlech-



Wildenbruchplatz.

ten Finanzlage zu den Kosten der Unterhaltung der Feuerwehr und der Geräte namhafte Zuschüsse nicht leisten konnte, mußten von den Mitgliedern der Wehr Beiträge erhoben werden. Die Einrichtung der passiven Mitgliedschaft und verschiedene private Unterstützungen trugen dazu bei, daß die Feuerlöschgeräte allmählich ohne allzustarke Belastung des Gemeindesäckels verbessert werden konnten. So wurden im Jahre 1883 eine moderne Feuerspritze und ein großer Wasserwagen angeschafft, Gerätschaften, die sich besonders bei dem im Mai des Jahres 1886 wütenden großen Brande mehrerer Fabriketablissements in der Schinkestraße bewähren sollten.

Einen vollständigen Wandel im Neuköllner Feuerlöschwesen sollte der Mitte 1887 durchgeführte Einbau der Wasserleitung zur Folge haben.

Bisher war das zu Löschzwecken erforderliche Wasser aus einem durch Pumpwerk gespeisten Wasserreservoir im Amtshause entnommen und in die Wasserwagen geleitet worden. Nachdem die Gemeinde, die im Jahre 1887 schon etwa 30 000 Einwohner zählte, nunmehr an die Charlottenburger Wasserwerke angeschlossen war, konnte das Wasser unmittelbar aus den über das ganze Gemeindegebiet verstreut liegenden Hydranten genommen werden. Bald nach der Einrichtung der neuen Wasserversorgung wurde eine mechanische Feuerleiter angekauft. In Alarmierung der Wehr wurde im Jahre 1898 insofern eine wichtige



Historischer Turnplatz in der Hasenheide mit Jahndenkmal.

Änderung getroffen, als man dazu überging, die Mannschaft statt mittels der alten schaurigen Hornsignale durch in den Wohnungen der Mitglieder angebrachte elektrische Alarmglocken zusammenzurufen.

Mit der Verleihung der städtischen Verfassung an das 85 000 Seelen starke Dorf im Jahre 1899 wurde das Feuerlöschwesen neu organisiert. Es entstand die Frage, ob die Freiwillige Feuerwehr auch ferner der Bürgerschaft einen wirksamen Schutz gegen Feuersgefahr zu bieten vermöge oder ob die junge Stadt, die sich ohnehin vor eine Reihe schwerer Aufgaben gestellt sah, genötigt sein würde, sich unter großen finanziellen Opfern eine Berufsfeuerwehr zuzulegen. Man entschloß sich, die Freiwillige Feuerwehr, die sich bisher und im Jahre 1900 bei einem großen Warenhausbrande von neuem bewährt hatte, vorläufig noch weiter be-

stehen zu lassen. Freilich wurden von der Gemeinde, die nunmehr die Kosten des Feuerlöschwesens allein übernahm, alsbald in den Löscheinrichtungen mehrere wichtige Verbesserungen getroffen. In nachstehender Tabelle über die Entwicklung des Neuköllner Feuerlöschwesens sind in Spalte 15 und 16 die außerordentlichen Feuerlöschausgaben und die Neuanschaffungen selbst nachgewiesen. Im Jahre 1900 erfolgte der völlige Umbau des Feuerwehrdepots und die Errichtung einer ständigen Feuerwache in der Erkstraße. Die Bespannung der Feuerwehr wurde vom 1. April 1901 ab mit Pferden der Straßenreinigungsanstalt besorgt. Anstelle der fahrbaren mechanischen Leiter wurde eine drehbare sogenannte Magirusleiter beschafft. Da ferner durch die rapide Zunahme der Anschlüsse an das Rohrnetz der Charlottenburger Wasserwerke der Wasserdruck der Straßenleitung vermindert worden war, wurde am 12. März 1902 dem Löschkorps eine Dampfspritze übergeben. Damit waren sämtliche Einrichtungen der Feuerwehr derjenigen der Berliner Berufsfeuerwehr angepaßt. Wenn Neukölln, das im Herbst 1902 mit 100000 Einwohnern in die Reihe der Großstädte eingetreten war und das schon 5 Jahre später mehr als 190000 Einwohner zählte, bis dahin noch ohne eine besondere Berufsfeuerwehr ausgekommen ist, so verdankt es dies der Uneigennützigkeit und dem Opfermut seiner ausgezeichneten „Freiwilligen Feuerwehr", die allen Anforderungen in mustergültigster Weise allzeit gerecht geworden ist und nach dem einstimmigen Urteil aller Sachverständigen Großes geleistet hat.

Weil die außergewöhnliche Zunahme in der Zahl der Kleinfeuer eine recht schnelle Hilfe nötig gemacht hatte, waren zur Instandhaltung und Bereitmachung der inzwischen angeschafften komplizierten Geräte schon im Jahre 1900 zwei berufsmäßige Feuerwehrmänner angestellt worden. Im Jahre 1903 wurden 2 Sauerstoffapparate erworben. Anfang März 1905 konnte eine Kohlensäurespritze in Betrieb genommen werden. Nachdem die Mitgliederzahl der Berufsfeuerwehr im Jahre 1903 auf 3, im Jahre 1905 auf 5 und im Jahre 1906 auf 9 erhöht worden war, wurde am 1. April 1907 unter gleichzeitiger Annahme von 4 weiteren Berufsfeuerwehrmännern der Oberführer des freiwilligen Feuerwehrkorps, Richter, gegen Besoldung als Oberführer der Feuerwehr angestellt. In dieser Eigenschaft ist er aber auch Oberführer der freiwilligen Feuerwehr, wie auch die besoldeten Feuerwehrmänner Mitglieder des freiwilligen Feuerwehrkorps sind.

Damit war die Berufsfeuerwehr begründet, der seitdem die Leistung der Feuerlöschhilfe in der Hauptsache obliegt. Die freiwillige Feuerwehr wird nur noch in besonderen Fällen alarmiert.

Übersicht über die Entwicklung des Neuköllner Feuerlöschwesens 1900—1911.

Etatsjahr	Mittlere Bevölkerung	Mitgliederzahl der Freiwilligen Feuerwehr am Anfang des Etatsjahres	Mitgliederzahl der Berufsfeuerwehr¹) am Anfang des Etatsjahres	Zahl der Tages-Feuermeldestellen am Anfang des Etatsjahres	Zahl der Tag- und Nacht-Feuermeldestellen am Anfang des Etatsjahres	Zahl der öffentlichen Feuermelder am Anfang des Etatsjahres	Alarmierungen im Etatsjahre zu Klein-Feuer	Alarmierungen im Etatsjahre zu Mittel-Feuer	Alarmierungen im Etatsjahre zu Groß-Feuer	Alarmierungen im Etatsjahre zu Hilfeleistungen bei Unglücksfällen	Alarmierungen im Etatsjahre: blinde Alarmierungen	Alarmierungen im Etatsjahre überhaupt	Kosten des Feuerlöschwesens: Laufende Kosten der Feuerwehr überhaupt, absolut ℳ	Kosten des Feuerlöschwesens: Laufende Kosten auf den Kopf der Bevölkerung ℳ	Kosten des Feuerlöschwesens: Einmalige Aufwendungen ℳ	Art der aus den einmaligen Ausgaben gemachten Aufwendungen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1900	90323	43	2	50	9	—	21	1	2	—	5	29	6262	0.07	60000	Erweiterungsbau d. Feuerwache Erkstr. 22/25: 1. Rate.
1901	93439	56	2	50	19	—	38	9	2	—	14	63	9806	0.10	40000	Erweiterungsbau d. Feuerwache Erkstr. 22/25: 2. Rate, für eine mechanische Drehleiter 7200 Mk., für eine Dampfspritze 17000 Mk.
1902	99763	67	3	50	20	—	55	4	1	1	6	67	13206	0.13	12700	Erweiterungsbau d. Feuerwache Erkstr. 22/25: Nachbewilligung.
1903	110066	61	3	50	20	—	55	7	3	11	12	88	17614	0.16	—	
1904	128890	57	3	62	21	—	63	3	3	11	3	83	20100	0.16	—	
1905	148175	60	5	61	21	—	78	9	5	16	13	121	25600	0.17	3400	Beschaffung einer Gasspritze.
1906	168665	55	9	55	24	—	97	7	5	12	21	142	32600	0.19	15000	Bau des Steigerturms.
1907	187529	56	13²)	42	30	4	107	9	3	17	11	147	38500	0.21	9600	Aufstellung von 4 öffentl. Feuermeldern 2500 Mk., Errichtung der 2. Wache Emser Str. und Beschaffung einer Gasspritze.
1908	201996	41	19²)	—	32	4	118	21	14	28	24	205	46500	0.23	10500	Beschaffung einer 2. Drehleiter.
1909	216055	40	25²)	—	32	7	112	9	3	35	30	189	69200	0.32	37500	Aufstellung von 3 weiteren Feuermeldern 2500 Mk., Beschaffung einer Elektroautomobil-Dampfspritze 30000 Mk. und eines Bauprojektes 5000 Mk.
1910	232713	34	33²)	—	32	7	150	19	10	38	19	236	93500	0.40	225000	Bau der 2. Feuerwache 1. Rate 200000 Mk., Beschaffung einer Automobilgasspritze 25000 Mk.
1911	247352³)	30	39²)	—	32	7	172	45	13	42	25	297	110300	0.45	315000	Bau der 2. Feuerwache 2. Rate, Beschaffung einer Autodrehleiter.
1912	—	32	50	—	32	7	—	—	—	—	—	—	132500⁴)	—	15000⁴)	Restbetrag für den Bau der 2. Feuerwache.

¹) ausschließlich des von der Straßenreinigung gestellten Personals zum Fahren der Löschgeräte. ²) ausschließlich des Oberführers. ³) vorläufige Zahl. ⁴) nach dem Voranschlag.

Noch im Anfang des Jahres 1907 hatte es sich gezeigt, daß eine wirksame Bekämpfung von Feuersbrünsten, insbesondere aber die Rettung in Gefahr befindlicher Einwohner von einer Stelle des Stadtgebiets aus in Anbetracht der großen Entfernungen nicht wirksam durchgeführt werden konnte. Infolgedessen mußte im Oktober 1907 auf dem Grundstücke Emserstraße 132 eine 2. Feuerwache eingerichtet werden, sie wurde vorläufig mit 4 besoldeten Feuerwehrleuten besetzt und mit einer Kohlensäurespritze und den erforderlichen Rettungsgeräten ausgestattet. Diese 2. Feuerwache erhielt unmittelbaren Fernsprechanschluß an die Hauptfeuerwache in der Erkstraße, die Bespannung der Feuerlöschgeräte erfolgte auch hier mit Pferden der Straßenreinigungsanstalt. Anfang 1907 konnte der in der Feuerwache Erkstraße neu erbaute mit einer Schlauchtrockeneinrichtung ausgestattete Steigerturm in Benutzung genommen werden. Noch in demselben Jahre wurden 4 Feuermelder (Säulenmelder) neueren Systems aufgestellt, welche eine telephonische Verständigung zwischen dem Meldenden und der Wache ermöglichen. Eine mechanische Drehleiter mit Kohlensäureantrieb nahm die Feuerwehr im August 1908 in Gebrauch. Die Rettungsgeräte wurden durch einen Rauchschutzapparat und einen Wiederbelebungsapparat „Pulmotor" vervollständigt.

Als sich infolge der rapiden Bevölkerungszunahme, die die Einwohnerzahl bis zum Ende des Jahres 1909 auf 220000 hatte anwachsen lassen, die Notwendigkeit der Beschaffung einer zweiten Dampfspritze herausgestellt hatte, entschloß man sich, hauptsächlich mit Rücksicht auf die sofortige Alarmbereitschaft zum Ankauf einer Dampfspritze mit elektrischem Antrieb. Im Jahre 1910 wurde ein Elektroautomobil-Krankentransportwagen und eine Kohlensäurespritze angeschafft. Im gleichen Jahre wurde auch mit dem Neubau der 2. Feuerwache begonnen. Die Zahl der Feuermelder wurde auf 7 erhöht.

Um in der Hauptwache über einen kompletten Autolöschzug verfügen zu können, wurde im Jahre 1912 eine Automobildrehleiter bestellt und dafür die alte mechanische Drehleiter an die Gemeinde Mariendorf verkauft.

Über die Einrichtung und Ausstattung der Automobilfahrzeuge ist folgendes zu berichten:

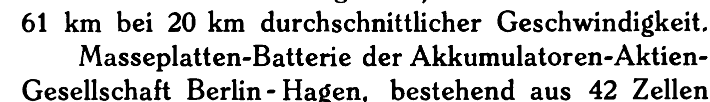
Das erste elektrisch betriebene Fahrzeug war eine dreizylindrige Dampfspritze, geliefert am 1. Februar 1910 von den vereinigten Feuerwehrgeräte-Fabriken (Fabrik Braun-Nürnberg) mit Vorderradantrieb, System J. Chr. Braun, Patent Balachowski & Caire. Die beiden Motore haben eine Dauerleistung von 16 PS. bei 220 Umdrehungen in der Minute, Aktionsradius 35 km bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit

von 20 km pro Stunde. Die Batterie — eine Masseplattenbatterie — ist von der Akkumulatorenfabrik, Aktiengesellschaft, Berlin-Hagen geliefert und in 2 Trögen unter der Haube untergebracht. Sie besteht aus 84 Zellen der Type 4 ky 285 4, Kapazität der Batterie 194 Amperestunden bei 5stündiger Entladung. Bereifung Vollgummi, Fabrikat Metzeler 850.140 mit Ledergleitschutz der Firma Hopstock, Neukölln auf sämtlichen Rädern.

Steigungen bis zu 12% können mit einer Geschwindigkeit von 10 km pro Stunde befahren werden bei einer Entladung von 250 Ampere.

Gewicht vollbesetzt und ausgerüstet 6500 kg.

Maße: Radstand 3,90 m Spurbreite vorn 1,80 m
Höhe 2,51 „ „ hinten 1,53 „
Länge 5,65 „
Größte Breite über den Achskappen gemessen:
vorn 2,22 m, hinten 1,93 m.



Feuermelder.

Der Elektroautomobil-Krankenwagen ist von der Daimler Motoren-Gesellschaft Berlin-Marienfelde — Aufbau von Kühlstein, Charlottenburg — am 25. Oktober 1910 geliefert worden; Hinterradantrieb System „Mercedes-Elektrique". Die beiden Motore haben eine Dauerleistung von je 9 PS. Aktionsradius 61 km bei 20 km durchschnittlicher Geschwindigkeit.

Masseplatten-Batterie der Akkumulatoren-Aktien-Gesellschaft Berlin-Hagen, bestehend aus 42 Zellen der Type 5 ky 285/4; in 2 Trögen unter dem Führersitz und unter der Haube untergebracht.

Kapazität der Batterie 244 Amperestunden.

Bereifung: Vorderräder Vollgummi, Hinterräder Hohlreifen Marke Peters Union und Palmer mit Ledergleitschutz der Firma Hopstock.

Die höchste Geschwindigkeit beträgt 30 km in der Stunde.

Steigungen bis zu 12% können mit einer Geschwindigkeit von 15 km in der Stunde genommen werden, bei einer Entladung von 100 Ampere.

Maße: Radstand 3,20 m Spurbreite vorn 1,44 m
Höhe 2,76 „ „ hinten 1,46 „
Länge 4,93 „
Größte Breite über den Achskappen gemessen: vorn 1.75 m
hinten 1,75 „

Die Automobil-Gasspritze mit elektrischem Vorderradantrieb ist geliefert von der Neuen Automobil-Gesellschaft in Oberschöneweide am 1. Dezember 1910 mit Aufbau der Firma Busch in Bautzen.

Motore der A.E.G. Berlin.

Die beiden Motore haben eine Dauerleistung von je 7,5 PS., überlastungsfähig auf das Doppelte. Aktionsradius 50 km bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 30 km pro Stunde.

Masseplattenbatterie der Firma Akkumulatoren-Aktien-Gesellschaft Berlin-Hagen, bestehend aus 84 Zellen, die in 2 Trögen unter der Haube untergebracht sind. Type 4 ky 285/4.

Kapazität der Batterie 200 Amperestunden bei 5 stündiger Entladung.

Die Bereifung Vollgummi Continental, Profil 850.120, auf sämtlichen Rädern mit Ledergleitschutz der Firma Hopstock-Neukölln.

Die höchste Geschwindigkeit beträgt 36 km in der Stunde.

Steigungen bis 12 % bei einer Entladung von 230 Ampere. Gewicht voll besetzt 5557 Kilo.

Maße:	Radstand	3,76 m	Spurbreite	vorn	1,57 m
	Höhe	2,42 „	„	hinten	1,60 „
	Länge	6,16 „			

Größte Breite über den Achskappen gemessen: vorn 2,00 m
hinten 1,92 „

Die Automobil-Drehleiter mit elektrischem Vorderradantrieb ist geliefert von der Neuen Automobil-Gesellschaft in Berlin-Oberschöneweide mit Aufbau der Firma Gebr. Kieslich in Patschkau. Motoren A.E.G. Berlin.

Die beiden Motoren haben eine Dauerleistung von je 7,5 PS., überlastungsfähig auf das Doppelte.

Aktionsradius ca. 50 km bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 30 km pro Stunde.

Masseplattenbatterie der Akkumulatorenfabrik A.G. Berlin-Hagen, bestehend aus 84 Zellen, die in 2 Trögen unter der Haube untergebracht sind. Type 4 ky 285/4 Kapazität der Batterie 200 Amperestunden bei 5 stündiger Entladung.

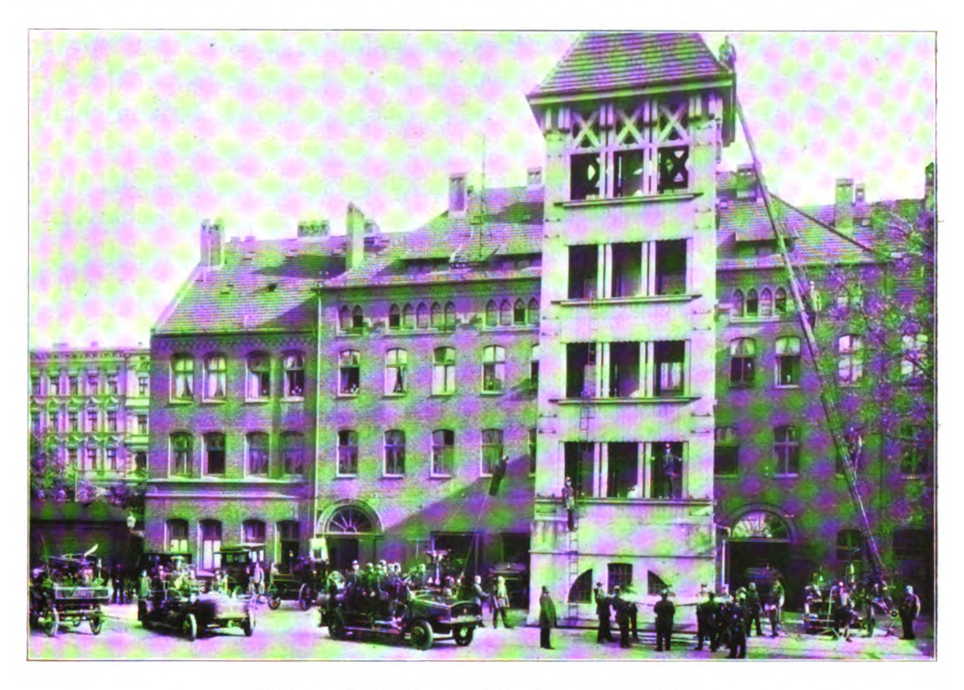
Die Bereifung Vollgummi Continental, Profil 850.120, auf sämtlichen Rädern mit Ledergleitschutz der Firma Hopstock-Neukölln.

Die höchste Geschwindigkeit beträgt ca. 36 km/Std. Gewicht voll besetzt ca. 6000 kg.

Maße:	Radstand	3,712 m	Spurbreite	vorn	1,680 m
	Höhe	2,75 „	„	hinten	1,730 „
	Länge	5,050 „			

Größte Breite über den Achskappen gemessen: vorn 1,90 m
hinten 2,00 „

Auch die Anstellungs-, Gehalts- und Dienstverhältnisse der Mitglieder der Berufsfeuerwehr mußten nunmehr geregelt werden. Die neueintretenden Berufsfeuerwehrmänner, die ihrer Militärpflicht genügt haben müssen und in der Regel nicht älter als 25 Jahre sein dürfen, werden dem Handwerkerstande entnommen, damit sie während der Zeit, in der sie für den Feuerlöschdienst nicht gebraucht werden, mit anderen Arbeiten beschäftigt werden können. Sie erhalten eine neunmonatliche sorgfältige Ausbildung. Nach dieser Zeit regelt sich der Dienst nach



Feuerwehr in der Erkstraße mit Löschzug.

dem Normal-Dienstplan, der eine achtstündige Beschäftigungszeit im Exerzier- und Arbeitsdienst vorsieht. Im Werkstättendienst sind die Feuerwehrmänner als Schlosser, Schmiede, Lackierer, Tischler, Zimmerer usw. beschäftigt, auf dem Hofe der Feuerwache befindet sich ein besonderes Werkstattgebäude. Da in der städtischen Verwaltung die verschiedensten Reparaturarbeiten erforderlich werden, sind die Feuerwehrmänner ständig beschäftigt.

Die Gebühren, welche für Dienstleistungen erhoben werden, bei denen ein öffentliches Interesse nicht vorliegt, sind tariflich bestimmt, sie werden in einen Feuerwehr-Unterstützungsfonds abgeführt.

Ganz besonders wird auch die Ausbildung der Feuerwehrmänner im Sanitätsdienst gepflegt. Einem Arzt liegt die Überwachung des regelmäßigen Unterrichts ob, und für plötzliche Unglücksfälle ist in der Hauptwache eine besondere Verbandsstube (Rettungswache) eingerichtet, die Tag und Nacht geöffnet ist.

Im Dienst stehen 3 Automobil- und 8 bespannbare Geräte, die in 3 Züge formiert sind. Es sind ausgerüstet:

der 1. Zug (Automobil-Zug der Berufsfeuerwehr) mit 1 Dampfspritze, 1 Gasspritze und 1 Drehleiter,

der 2. Zug (bespannter Zug der Berufsfeuerwehr) mit 1 Dampfspritze, 1 Gaspritze und 1 Drehleiter,

der 3. Zug (Freiwillige Feuerwehr) mit 1 Gasspritze und 2 Mannschaftswagen.

Die Züge 1 und 3 sind in der Hauptfeuerwache, der 2. Zug ist in der Feuerwache II (Emserstraße) untergebracht. An Schlauchmaterial stehen der Feuerwehr ca. 3000 m zur Verfügung.

Zurzeit besteht die Neuköllner Berufsfeuerwehr aus 1 Oberführer, 7 Oberfeuermännern, 37 Feuermännern und 6 Fahrern, insgesamt also aus 51 Köpfen. Die Freiwillige Feuerwehr, die nur noch selten alarmiert wird, ist auf 32 Mitglieder zurückgegangen; neue Mitglieder werden nicht mehr angenommen.

Nach dem Etat für 1912 stellten sich die laufenden Kosten der Feuerwehr auf 132500 Mk., die einmaligen Kosten auf 15000 Mk.

Neuköllns Straßenreinigung und Fuhrpark.

Von Stadtrat *Mier*, Neukölln.

Die Reinigung der Straßen und die Beseitigung von Schnee und Eis war hier ursprünglich observanzmäßig Sache der Grundstückseigentümer. Im Jahre 1874 erging eine Polizeiverordnung, welche die Reinhaltung der Straßen, Bürgersteige und Rinnsteine sowie die Beseitigung von Schnee und Eis den Grundbesitzern auferlegte und Zuwiderhandlungen unter Strafe stellte.

Als Neukölln auf etwa 25000 Seelen angewachsen war, übernahm im Jahre 1887 zwecks einheitlicher und planmäßiger Säuberung der Straßen die Gemeinde freiwillig die Reinigung der Fahrstraßen und Bürgersteige in eigene Regie. Nur bei eintretender Glätte und bei Schneefall lag den Grundstückseigentümern bezüglich der Bürgersteige nach wie vor die Pflicht zur Reinigung der Straßen von Schnee und Eis bzw. zur Beseitigung von gefahrbringender Glätte ob. Durch Polizeiverordnung vom 5. Dezember 1901 wurde diese Verpflichtung der Anlieger noch einmal besonders anerkannt. Vom Jahre 1889 ab erfolgte auf Kosten der Gemeinde eine planmäßige Besprengung der Straßen und zwar bis zum Jahre 1893 durch von der Stadt bezahlte Unternehmer, danach im Eigenbetriebe. Seitdem unterhält die Stadt in den Straßenreinigungsdepots Erkstraße 22/25, Emserstraße 132 und Berlinerstraße 35/39 einen eigenen Fuhrpark und einen Marstall, durch welchen zugleich Fuhren für die verschiedensten Zweige der städtischen Verwaltung, seit 1901 auch Bespannung für die Löschgeräte, geleistet werden. Der Fuhrpark des im Mai 1907 neu geschaffenen städtischen Omnibusbetriebes wurde gleichfalls dem städtischen Straßenreinigungs- und Fuhrwesen angegliedert.

Durch die fortwährende Ausdehnung des Straßennetzes hat das Straßenreinigungs- und Fuhrwesen eine ständige Zunahme erfahren. Dementsprechend wurde das Personal, der Marstall und der Wagenpark, letzterer auch durch Anschaffung von Kranken-, Desinfektions- und Leichenwagen sowie Kutschwagen, ständig vergrößert. Die umstehende Tabelle gibt über die Entwicklung eingehende Aufschlüsse.

Am 1. April 1912 waren 154 regulierte Straßen mit einem Flächeninhalt von rund 825859 qm Dammpflaster und rund 640990 Bürgersteig-

Übersicht über die Entwicklung des städtischen

Etatsjahr	Zahl der gepflasterten Straßen überhaupt	Flächeninhalt der gepflasterten Straßen: Fahrdämme (Quadratmeter)	Bürgersteige (Quadratmeter)	überhaupt (Quadratmeter)	Ständiges Personal der städtischen Straßenreinigung: Inspektoren, Aufseher	Kolonnenführer	Feger, Baggerer, Burschen	Kutscher, Stallmänner, Reservefahrer, Handwerker und Schreiber	überhaupt	Wagenpark: Arbeitsfuhrwerke der Straßenreinigungsanstalt, bespannte Löschgeräte	Krankentransportwagen	Desinfektionswagen	Leichenwagen	Kutschwagen	überhaupt	darunter Kraftfahrzeuge	Durchschnittl. Pferdebestand
	am Anfang des Etatsjahrs																
1905	120	632 850	459 530	1 092 380	2	5	60	23	90	15	2	2	1	—	20	—	46
1906	131	682 700	500 400	1 183 100	2	5	72	26	105	17	2	2	1	—	22	—	52
1907	138	707 700	514 200	1 221 900	2	6	77	27	112	19	3	2	1	—	25	—	56
1908	140	751 802	585 875	1 337 677	3	7	89	28	127	24	3	2	1	—	30	—	60
1909	152	781 923	607 258	1 389 181	3	8	89	35	135	27	3	2	1	1	34	—	63
1910	152	808 908	628 498	1 437 406	3	9	98	34	144	28	4	2	1	1	36	1	64
1911	153	825 064	640 090	1 465 154	3	9	109	38	159	29	4	3	1	1	38	1	64

pflaster vorhanden. Von der Fahrdammfläche waren rund 127342 qm mit Asphalt, 9614 qm mit Zementpflaster, 56135 qm mit Kopfsteinpflaster und 632741 qm mit Reihensteinpflaster befestigt. Die Bürgersteige sind mit geringen Ausnahmen von einzelnen Grundstücken, vor welchen Granitfliesen, Zementplatten, Gußasphalt oder Rundsteine verwendet sind, mit Bernburger Mosaiksteinen gepflastert.

Zur Durchführung einer ordnungsmäßigen Reinigung ist die Stadt gegenwärtig in 2 Aufsichtsbezirke eingeteilt, an deren Spitze Aufseher stehen. Jeder Aufsichtsbezirk zerfällt in mehrere Kehrbezirke. Den Kehrbezirken, deren es z. Zt. 11 gibt, sind bestimmte Arbeitskolonnen unter einem Vorarbeiter sowie die nötigen Gespanne und Maschinen zugewiesen. Die Hauptverkehrsstraßen werden in der Regel allnächtlich gereinigt und am Tage durch fliegende Kolonnen von Papier und groben Verunreinigungen gesäubert. Die übrigen Straßen werden werktäglich zur Tageszeit gereinigt. Nur einzelne Straßen mit ganz geringem Verkehr sind von der täglichen Säuberung ausgeschlossen. Der Straßenzug Berlinerstraße—Bergstraße sowie die Hermannstraße werden auch des Sonntags von Papier und anderen groben Verunreinigungen befreit. Über die Reinigung der zu Neukölln und den Nachbargemeinden gemeinsam zugehörenden Straßen ist mit den Verwaltungen dieser Gemeinden ein Abkommen getroffen worden.

Die Besprengung der Straßen wird gewöhnlich vom März bis in den November vorgenommen; Straßen mit starkem Verkehr werden

Straßenreinigungs- und Fuhrwesens. 1905—1911.

Für die Straßenreinigung verbrauchtes Wasser	Außerordentliche Maßnahmen zur Beseitigung von Schnee und Eis			Geleistete Fuhren (außer denjenigen für Straßenreinigung und Besprengung)	darunter insbesondere			Kosten			
	an Tagen	mit Hilfskräften	mit Gespannen	überhaupt	Krankentransporte	Desinfektionstransporte	Leichentransporte	für die Straßenreinigung	für das sonstige städtische Fuhrwesen	für das Straßenreinigungs- und Fuhrwesen überhaupt: absolut	auf den Kopf der Bevölkerung
cbm								Mark			
36 920	—	—	—	1832	944	788	100	177 700	7 300	185 000	1,25
57 766	—	—	—	2207	1252	827	128	233 300	10 100	243 400	1,44
60 993	55	2709	30	2438	1399	889	150	268 400	9 100	277 500	1,48
67 114	74	1195	40	3607	1552	1870	185	259 900	10 350	270 250	1,34
67 248	76	3742	558	5801	2037	3595	169	309 050	13 000	322 050	1,49
83 941	11	597	61	6028	[1]2246	3556	226	355 000	18 500	373 500	1,60
98 645	15	888	155	6971	[2]2884	3876	211	389 600	19 700	409 300	1,64[3]

bis zu 6mal, Straßen mit mittlerem und geringem Verkehr bis zu 4mal täglich besprengt.

Bei größeren Schneefällen ist eine gleichzeitige Inangriffnahme der Reinigungsarbeiten auf allen Straßen und Plätzen nicht möglich. Ein Teil der Reinigungskolonnen wendet seine Tätigkeit sofort der Freimachung der Straßenübergänge zu, der andere Teil ist mit Schneepflügen um die Freimachung der Hauptverkehrsstraße für den Wagenverkehr bemüht. Es ist dabei mit der Großen Berliner Straßenbahn A.-G. ein Zusammenwirken vereinbart, durch welches in den Hauptverkehrsstraßen eine beschleunigte Fortschaffung der Schneemassen von den Straßendämmen und dadurch eine Aufrechterhaltung des Straßenbahnverkehrs erreicht werden soll. Die Säuberung der Straßen mit weniger starkem Verkehr wird erst nach und nach, soweit sich Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, in Angriff genommen.

Die zur Ermöglichung bzw. Erleichterung der Straßenreinigung, insbesondere zur Aufnahme des Wassers von der Straße dienenden Straßengullys werden nach Bedürfnis gereinigt. Die Säuberung der öffentlichen Bedürfnisanstalten erfolgt täglich. Die Reinigung der Straßen, die für die von der Stadt eingerichteten Märkte zur Verfügung gestellt sind, wird von besonders hierzu bestimmten Kolonnen vorgenommen.

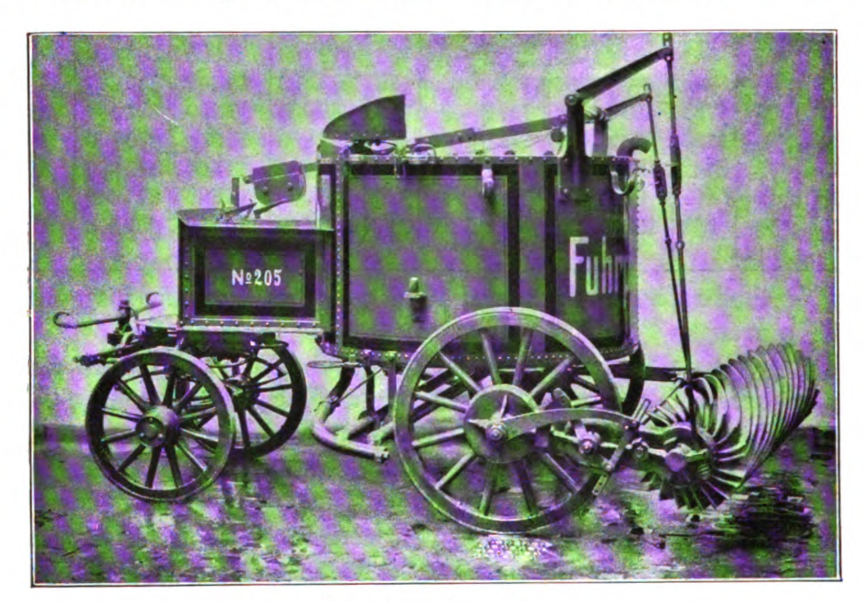
[1]) Darunter 139 vom Automobil-Krankenwagen ausgeführt.

[2]) „ 1161 „ „ „ „

[3]) Vorläufige Zahl.

Mit Rücksicht darauf, daß die Arbeitsleistung eine außergewöhnliche ist, wird der Marktverwaltung ein Betrag (im Jahre 1911 8500 Mk.) in Rechnung gestellt.

Die zusammengefegten Kehrichthaufen und die von der Kanalisationsverwaltung herrührenden Schlammstoffe werden möglichst unmittelbar durch die Kehrichtwagen der Straßenreinigungsanstalt aufgenommen. Zur vorübergehenden Unterbringung der Schmutzhaufen sind in den Hauptverkehrsstraßen an der Bordkante in die Bürgersteige sogenannte Augias-Straßenkehrichtkästen aus verzinktem Eisenblech, die Abdeckungen aus Gußeisen, eingebaut, die einen Rauminhalt von 300 l haben und



Asphaltwaschmaschine.

mittels eines am hinteren Teile des Abfuhrwagens angebrachten Drehkrans entleert werden. Die Abfuhr erfolgt durch eigene Gespanne nach den durchschnittlich 3 km von den Abfuhrbezirken entfernten Abladeplätzen.

Die Hauptreinigung des Asphalt- und Zementpflasters geschieht mittels Kehrmaschine oder von Hand mit Gummischiebern. Das Kopfstein- und Reihensteinpflaster wird bei der Hauptreinigung mit Kehrmaschinen oder von Hand mit Besen gesäubert. Es sind vorhanden: 2 Asphaltwaschmaschinen, 8 Kehrmaschinen, 1 Handkehrmaschine, 22 Kehrichtwagen, 5 Schneepflüge, 28 Kehrichtkarren, 5 Schneekarren, 7 Arbeitswagen, 30 Sprengwagen, 4 Handsprengwagen, 2 Kehrichtsammelapparate, 1 Kutschwagen. Von der Beschaffung elektro-automobiler

Asphalt-Waschmaschinen konnte in Neukölln Abstand genommen werden, weil hier infolge des besonders guten städtischen Pferdematerials die pferdebespannten Maschinen erheblich mehr als die von privaten Unternehmern bespannten Berliner Maschinen und fast ebensoviel leisten wie die Berliner elektroautomobilen Waschmaschinen.

Zum Waschen und Besprengen der Straßen wurden im Etatsjahre 1911 98645 cbm Wasser verbraucht. Die Charlottenburger Wasserwerke A.-G., welche Neukölln mit Wasser versorgen, haben vertraglich das Sprengwasser für eine Straßenstrecke von 4000 m unentgeltlich zu liefern. Für das übrige zu Straßenzwecken (Spülung der Kanäle und Bedürfnisanstalten, Sprengung usw.) erforderliche Wasser berechnet die Gesellschaft 6 Pfge. pro cbm. Als Zusatz zum Sprengwasser wurden 60703 kg Salz und Magnesiumlauge verwendet und als Streumaterial zur Glätteverhütung wurden etwa 1000 cbm Kies und Sand gebraucht.



Straßenreinigungsanstalt in der Emserstraße.

Für die Straßenreinigung und den Fuhrpark werden einheimische und ausländische Pferde verwendet. Der Pferdeankauf erfolgt durch eine Kommission bei hiesigen Pferdehändlern. Die Pferde dürfen nicht unter 5 Jahre alt sein. Der Durchschnittspreis beträgt für ein einheimisches Pferd 1000 Mk., für ein ausländisches 1200 Mk. Ausrangiert werden die Pferde gewöhnlich im Alter von 14—16 Jahren; der Erlös beträgt dann im Durchschnitt 250—300 Mk. Zur Beschaffung der Sprengwagenpferde ist mit 2 Pferdehändlern ein Abkommen dahin getroffen worden, daß sie die Pferde auf Wunsch der Stadt nach Ablauf der Sprengperiode gegen Zahlung eines um 50 Mk. niedrigeren Preises zurücknehmen.

Das Personal der Straßenreinigungsanstalt besteht zurzeit aus 1 Oberinspektor, 1 Inspektor, 2 Aufsehern, 2 Schreibern, 9 Kolonnenführern, 93 Fegern, 8 Burschen, 26 Kutschern für Kehrmaschinen und Kehrichtwagen, 3 Stallmännern, 1 Schirrmeister, 4 Schmieden und 2

Sattlern, 2 Lackierern, 1 Stellmacher. Die letztgenannten Handwerker, die ursprünglich als Reservefahrer für die Löschgeräte angenommen worden sind, übernehmen in der dienstfreien Zeit den Hufbeschlag und die Ausbesserung der Fahrzeuge, Geräte und Geschirre. Auch Neuanfertigungen können zum Teil in eigener Werkstatt ausgeführt werden.

Die Funktionen der Straßenreinigungsaufseher sind durch eine Dienstanweisung geregelt. Ein besonderer Dienstplan besteht für die Arbeiter der städtischen Reinigungsanstalt. In dem Dienstplan sind die Arbeitsstunden, die Pausen usw. genau festgelegt und zwar ist für die Feger eine 9stündige, für die Kutscher eine 11stündige Arbeitszeit vorgesehen. Sonntags haben die Feger in der Regel nur 3, jeden 8. Sonntag 9 Stunden Dienst zu tun, während die Kutscher Sonntags in der Regel $1/2$ Tag arbeiten und jeden vierten Sonntag dienstfrei sind. Für diese planmäßige Sonntagsarbeit wird ein Lohnzuschlag von 25 % gezahlt. Für die Angestellten der Straßenreinigungsanstalt ist ein Arbeiterausschuß gebildet worden, der sich aus 5 von den Arbeitern gewählten Mitgliedern zusammensetzt.

Auf einen Straßenfeger entfällt durchschnittlich eine zu fegende Fläche von 13335 qm, das macht bei einer Straßenbreite von 19 m eine Straße von 700 m Länge. Neben dem ständigen Personal wird im Sommer noch eine Anzahl von Sprengwagenkutschern (im Sommer 1911 30) und im Winter eine Anzahl von Hilfsarbeitern zur Schneebeseitigung (im Winter 1911 888) beschäftigt.

Im Jahre 1911 stellten sich die Kosten für die Straßenreinigung auf 389600 Mk., für das sonstige städtische Fuhrwesen auf 19700 Mk., für das Straßenreinigungs- und Fuhrwesen auf 409300 Mk.



Städtischer Omnibus.

Neuköllns Finanzwesen.

Von Stadtrat *Arlart*, Neukölln.

Wer den eigenartigen Entwicklungsgang unserer Gemeinde mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird vor allem die Frage stellen, welche Wege die städtischen Körperschaften eingeschlagen haben, um bei einer verhältnismäßig gering bemittelten Bevölkerung den finanziellen Anforderungen zu genügen.

Als Rixdorf im Jahre 1874 ungefähr 12300 Einwohner zählte, wies der von dem damaligen Gemeindevorstand aufgestellte Voranschlag in Einnahme und Ausgabe die Gesamtsumme von 23850 Mk. auf. Schon nach einem Jahre stiegen die Ausgaben auf 80000 Mk. und betrugen auf den Kopf der Bevölkerung berechnet 5 Mk. Diese Ausgaben wurden ungefähr zur Hälfte durch Steuern aufgebracht und zwar wurden erhoben

100 % der Einkommensteuer = . .	11 088,— Mk.
100 % der Klassensteuer = . . .	21 000,— Mk.
50 % der Grundsteuer = . . .	1 080,— Mk.
50 % der Gebäudesteuer = . . .	2 340,— Mk.
fingierte Gebäudesteuer	3 600,— Mk.
Einkommensteuer der Forensen =	4 800,— Mk.
Hundesteuer = ...	1 050,— Mk.

Weitere Deckungsmittel wurden durch Erhebung eines Schulgeldes in Höhe von monatlich 1 Mk. pro Kind aufgebracht und ergaben eine Einnahme von rund 21 700,— Mk. Diesen Einnahmen aus dem Schulgeld standen Ausgaben für Schulen in Höhe von 23 000,— Mk. gegenüber, sodaß die tatsächlichen Aufwendungen für Gemeindeschulen die Allgemeinheit nur mit 1500 Mk. jährlich belasteten. Die bis zum Jahre 1875 aufgenommenen Anleihen wiesen einen Gesamtbestand von 360 000 Mk. auf.

Nach einem Jahrzehnt, also im Jahre 1885, hatten sich die Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Bevölkerungszunahme (die Einwohnerzahl war inzwischen von 12300 auf 22200 gestiegen) auf den dreifachen Betrag erhöht. In gleichem Maße war die Anleiheschuld zu einer Gesamtbelastung von 1 012 500 Mk. angewachsen. Die immer größeren Aufgaben, welche in den nun folgenden Jahren an die schnell

heranwachsende Landgemeinde Rixdorf herantraten, so der Ankauf der Gasanstalt, die Einrichtung der Kanalisation, die Erweiterung des Amtshauses, Verbesserung des Straßenpflasters, der Bau von Gemeindeschulen, der Krankenanstalt, des Armen- und Siechenhauses, nahmen die Einnahmen derart in Anspruch, daß in den Jahren 1892, 1893 und 1894 der Einkommensteuerzuschlag auf 180 % stieg. Eine wesentliche Erleichterung brachte der Gemeinde das im Jahre 1895 in Kraft getretene Kommunalabgabengesetz. Von den durch dieses Gesetz eingeräumten Befugnissen machte Rixdorf unverzüglich den umfassendsten Gebrauch. Neben einer Umsatz- und Lustbarkeitssteuer wurde eine Biersteuer und die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert eingeführt. In richtiger Würdigung der örtlichen Verhältnisse übernahm den Hauptteil der steuerlichen Belastung der Grundbesitz.

Diese Reformen ermöglichten die Herabsetzung des Einkommensteuerzuschlages auf 100 %. Das gesamte Steueraufkommen hatte inzwischen die Höhe von 626 384,— Mk. erreicht.

Die mit der Stadtwerdung besonders stark einsetzende Bevölkerungszunahme hatte eine neue bedeutende Steigerung der laufenden Ausgaben zur Folge. Bereits im Jahre 1895 betrugen diese nahezu 1 Million, ohne daß die zugezogene Bevölkerung das nötige Äquivalent an Steuereinnahmen brachte, so daß in den Folgejahren wieder eine Erhöhung der Einkommensteuerzuschläge zunächst auf 133⅓ %, später auf 150 % erforderlich wurde. Diese Steuererhöhung bewirkte, daß der Zuzug wohlhabender Bürger so gut wie ausgeschaltet wurde. Die städtischen Körperschaften entschlossen sich deshalb zu einer stärkeren Heranziehung des inzwischen im Wert bedeutend gestiegenen unbebauten Grundbesitzes durch Erhöhung der Umsatzsteuer im Jahre 1904 von 1 auf 1½ % und im Jahre 1906 auf 2 %. Infolge der Mehreinnahmen an Umsatzsteuer und Grundsteuer konnte bereits im Jahre 1904 die Einkommensteuer auf 130 %, im Jahre 1905 auf 120 % und im Jahre 1906 auf 100 % ermäßigt werden. Der günstige Einfluß auf den Zuzug blieb unverkennbar und wird nach menschlichem Ermessen anhalten.

Für die eigenartige Lage, in der sich Neukölln befindet, ist im übrigen die Tatsache charakterisch, daß es in Ansehung des Ertrages der staatlichen Einkommensteuer beinahe an letzter Stelle unter den preußischen Großstädten steht, während es andererseits mit dem durch die Nachbarschaft der Reichshauptstadt bedingten niedrigen Zuschlage zur Gemeindeeinkommensteuer den wohlhabendsten Städten der Monarchie gleichsteht.

Die nachfolgende Gegenüberstellung läßt erkennen, welche ganz außergewöhnlichen Anforderungen einzelne Verwaltungszweige in den letzten Jahrzehnten gestellt haben. Es haben sich erhöht die Ausgaben für

	1895		1905		1910
a) die allgemeine Verwaltung von	106 000 Mk.	auf	948 600 Mk.	auf	2 969 340 Mk.
b) die Schulverwaltung von	258 000 Mk.	auf	1 096 600 Mk.	auf	3 183 765 Mk.
c) Armen- u. Krankenpflege von	111 000 Mk.	auf	509 700 Mk.	auf	1 453 100 Mk.
d) Verzinsung und Tilgung der Anleihen von	215 000 Mk.	auf	1 340 300 Mk.	auf	3 955 000 Mk.

Ein Bild der außerordentlichen Entwicklung der Stadt gibt auch der Abschluß der Haushalts-Voranschläge, welcher betragen hat:

im Jahre 1900	5 861 651,—	Mk.
„ „ 1902	9 641 444,—	„
„ „ 1904	12 995 275,—	„
„ „ 1906	16 177 183,—	„
„ „ 1908	18 938 440,—	„
„ „ 1910	31 663 344,—	„
„ „ 1912	36 351 598,—	„

Daß auch der Wohlstand in der Stadt sich im Laufe der Jahre gehoben hat, geht daraus heraus, daß die Anzahl der Staatssteuerzahler, die im Jahre 1906 37 304 betrug bis zum Jahre 1911, also in 5 Jahren, auf 72 889 gewachsen ist.

Die besonders auffällige Vermehrung der Zins- und Tilgungsbeträge für Anleihen rechtfertigt sich durch die der Gemeinde in einem kurzen Zeitraum gestellten außerordentlich großen Aufgaben. Darunter sind vor allem die Errichtung zahlreicher Schulgebäude — in jedem Jahre muß ein neues Schulgebäude von 50—60 Klassen errichtet werden —, ferner die Erweiterung der Kanalisation, der Bau der Gasanstalt, des Elektrizitätswerkes, des neuen Krankenhauses, des neuen Rathauses, der Bau des Amtsgerichtsgebäudes, die Fortführung des Schiffahrtskanals, hervorzuheben. Wesentlich zur finanziellen Entlastung der Stadt tragen die gewerblichen Unternehmungen bei, von denen die Gasanstalt im Jahre 1912 einen Überschuß von 1 766 000,— Mk., das erst am 15. Oktober 1911 eröffnete städt. Elektrizitätswerk im Jahre 1912 bereits einen Überschuß von 450 600,— Mk. nach dem Wirtschaftsplan erbringen soll.

Die Schuldenlast der Stadt Neukölln beträgt zurzeit rund 60 Millionen Mark, der ein Vermögensbestand von 88 Millionen Mark gegenübersteht, so daß die Stadt ein Reinvermögen von rund 28 Millionen Mark besitzt.

Der wirtschaftlichen Besonnenheit und der Opferwilligkeit ihrer Bürger wird es gelingen, auch den Aufgaben der kommenden Zeit, unter welchen die Lösung der Schnellbahnfrage finanziell eine besondere Rolle spielen wird, gerecht zu werden.

Sparkasse und Leihamt in Neukölln.

Von Stadtrat *Arlart*, Neukölln.

Lange Jahre fehlte es in der Gemeinde Rixdorf an einer eigenen Sparkasse. Gelegenheit zum Sparen wurde der Einwohnerschaft nur durch die am Orte vorhandene Annahmestelle der Teltower Kreis-Sparkasse geboten. Die Errichtung einer eigenen Sparkasse wurde am 7. Mai 1896 von der Gemeinde-Vertretung beschlossen. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgte am 2. Juni 1897 und am 1. Oktober 1897 wurde dann die „Sparkasse der Gemeinde Rixdorf" eröffnet.

Aufgabe der Sparkasse ist es, Ersparnisse, insbesondere auch Mündelgelder, zur sicheren verzinslichen Anlegung entgegenzunehmen. Der Zinssatz für die Spareinlagen hat bis jetzt ständig 3% betragen. Bei Einlagen über 10000 Mark werden bei sechsmonatiger Kündigungsfrist $3^1/_2$% Zinsen gewährt. Bis Juli 1907 wurden die Zinsen für Spareinlagen nach vollen Monaten, von Juli 1907 bis März 1908 nach halben Monaten berechnet und seit dem 1. April 1908 ist die tägliche Verzinsung eingeführt.

Die Sparkasse hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens eine ungemein günstige Entwicklung durchgemacht und wird in späteren Jahren zweifellos für die ganze finanzielle Entwicklung der Stadt von außerordentlich großer Bedeutung sein. Die Zahl der Sparer stieg beständig und betrug am 31. Dezember 1901 . . . 9 309
31. „ 1906 . . . 25 280
31. „ 1911 . . . 51 080

Die Spareinlagen hatten am
31. Dezember 1901 die Höhe von 2089279,51 Mark
31. „ 1906 „ „ „ 9843148,65 „ u.
31. „ 1911 „ „ „ 23089143,10 „ erreicht.

Die Geschäftsumsätze stiegen von 600000 Mark im Jahre 1897 auf 3810000 Mark im Jahre 1901, auf 17040000 Mark im Jahre 1906 und auf 40550000 Mark im Jahre 1911. Zu dem Kundenkreise der Kasse zählen nicht nur die Sparer größerer Kapitalien, sondern auch und zwar in überwiegender Zahl die sogenannten „kleinen Leute". So lauteten von den am Schlusse des Jahres 1911 im Umlaufe befindlichen 51080 Sparbüchern

auf Einlagen	bis		60	Mark	19278	Stück	
„ „	von	60 —	150	„	8233	„	
„ „	„	150 —	300	„	6676	„	
„ „	„	300 —	600	„	6741	„	
„ „	„	600 —	1500	„	6577	„	
„ „	„	1500 —	3000	„	2387	„	
„ „	„	3000 —	10000	„	1150	„	und
„ „	über		10000	„	38	„	

Den Sparern konnte bis zum Schlusse des Jahres 1911 für ihre eingezahlten Kapitalien insgesamt 3228819,98 Mark an Zinsen gutgeschrieben oder gezahlt werden. Die Anlegung der verfügbaren Gelder erfolgte den Satzungen entsprechend durchweg in mündelsicheren Werten und zwar zur Hälfte in Hypotheken an zumeist Neuköllner Grundbesitzer.

In den ersten 4 Jahren des Bestehens erforderte die Sparkasse nach Abzug der von ihr gezahlten Verwaltungskosten Zuschüsse der Stadtgemeinde von rund 30000 Mark. Seit dem Jahre 1901 hat jedoch bereits ein Reservefonds angesammelt werden können, der zurzeit 521000 Mark = 2,26 % des Einlagebestandes beträgt und in mündelsicheren Wertpapieren angelegt ist. Außer der Hauptstelle vermitteln zurzeit eine Zweigstelle und 11 in den verschiedenen Stadtgegenden errichtete Nebenstellen den Verkehr mit den Sparern. Durch die Nebenstellen sind der Sparkasse bis zum 31. Dezember 1911 2361333,18 Mark Spareinlagen zugeflossen, während die erst am 1. April 1911 errichtete Zweigstelle bis zum 31. Dezember 1911 ein Mehr an Spareinlagen von 608887,32 Mark bei 2108 neu ausgegebenen Sparbüchern erbrachte.

Die Sparkasse wird durch einen aus 7 Mitgliedern bestehenden Vorstand verwaltet. Zur Abwicklung des Verkehrs sind zurzeit 2 Zahlstellen im Betriebe; das Institut ist ausgestattet mit den sogenannten „fliegenden" Konten, das sind Sparkonten in Kartenform, die eine schnellere Abfertigung des Publikums ermöglichen. Zur Aufstellung der täglichen Kontrollen sowie zur schnelleren Herstellung des Jahresabschlusses dienen 3 Burrouch'sche Additionsmaschinen. Neu eingeführt ist auch das alphabetische Kartenregister, der Betrieb von Heimsparbüchsen und die Aufbewahrung von Sparbüchern gegen eine Jahresgebühr von 50 Pfennig für jedes Sparbuch. Die Zahl der Abfertigungen an den Kassenschaltern betrug

im Jahre 1901 21599, im Jahre 1906 62022, im Jahre 1911 146871.

Der von Jahr zu Jahr in erheblichem Umfange steigende Verkehr hat schon mehrfach die Verlegung des Sparkassenbetriebes in größere Räume notwendig gemacht. Da auch der jetzige Kassenraum im neuen

Rathause, den die Sparkasse mit der Stadthauptkasse teilt, auf die Dauer zur Unterbringung beider Kassen nicht ausreicht, so ist der Bau eines eigenen Verwaltungsgebäudes für die Sparkasse in Aussicht genommen, der möglichst noch im Laufe dieses Jahres in Angriff genommen werden soll. Der Neubau soll neben einem modern eingerichteten Kassenlokal nebst Nebenräumen eine Tresoranlage mit etwa 10000 Safes enthalten.

Die Eröffnung des städtischen Leihamts erfolgte am 1. März 1910. Zweck der Errichtung des Leihamts war der Schutz der wirtschaftlich schwachen Bevölkerung, der in Fällen vorübergehender Not Gelegenheit gegeben werden sollte, sich Kredit bei erheblich niedrigerem Zinssatze, als ihn die privaten Pfandleihanstalten beanspruchen, zu verschaffen. Auch sollte dafür Sorge getragen werden, daß durch Verlängerung der Einlösungsfrist den Kunden des Leihamts die Möglichkeit der Wiedererlangung des versetzten Gegenstandes soviel als möglich erleichtert wird.

Beliehen werden Schmucksachen, Edelsteine, Gold, Silber, Kupfer, Zinn, Messing und andere metallene Sachen, Waren, Kleidungsstücke und Betten, sowie alle sonstigen beweglichen Gegenstände, sofern zu deren Aufbewahrung kein übermäßig großer Raum erforderlich ist. Die Verwaltung des Leihamtes erfolgt durch eine Deputation von 7 Mitgliedern. Die Abschätzung der Pfänder geschieht durch die vereidigten Schätzer. Auf Edelsteine und Metalle werden Darlehen bis $^2/_3$, auf alle übrigen Gegenstände bis zur Hälfte des Taxwertes gewährt. An Zinsen werden erhoben für jeden Monat und jede Mark $1^1/_2$ Pfennig von Darlehen bis zu 30 Mark und 1 Pfennig für den Monat und jede Mark von Darlehen über 30 Mark.

Bis zu dem am 31. März 1911 beendeten ersten Geschäftsjahr sind 11230 Pfänder zum Versatz und 7295 Pfänder wieder zur Einlösung gekommen. An Darlehen wurden gewährt 317376,— Mark und zurückgezahlt 197877,— Mark.

In der Zeit vom 1. April 1911 bis Ende Februar 1912 sind dagegen 12551 Pfänder mit 198827,— Mark beliehen, während 11086 Pfänder mit 206605,— Mk. zur Einlösung kamen. An Zinsen wurden vereinnahmt im ersten Geschäftsjahr 5484,18 Mark, im zweiten Geschäftsjahr bis Ende Februar 1912 13397,27 Mark. Es haben 3 Versteigerungen verfallener Pfänder stattgefunden. Der Prozentsatz der versteigerten Pfänder betrug 7,9 %, 6 % und $4^1/_2$ %.

Nennenswerte Überschüsse wird und soll das Pfandamt nicht erzielen. Es ist in der Haupsache eine soziale Einrichtung. Daß es in dieser Beziehung seinen Zweck vollauf erfüllt, beweist das Ergebnis der beiden ersten Geschäftsjahre.

Neuköllns städtische Hypothekenanstalt.

Von Stadtrat *Arlart*, Neukölln.

Die Frage der Erleichterung des städtischen Realkredits, die seit Jahren die Haus- und Grundbesitzervereine beschäftigt, ist auch für die Kommunalverwaltungen von größter Wichtigkeit. Dadurch, daß die Stadt den Hauseigentümern, die den Stamm ihrer ständigen Bürger bilden und immer mehr zu den Steuern herangezogen werden müssen, billigen Realkredit zur Verfügung stellt, fördert sie nicht einseitig die Interessen eines Teils der Bürgerschaft. Auch der Mieter wird Vorteil davon haben, wenn die Lasten des Hauseigentümers sich in mäßigen Grenzen halten und ihre Abwälzung durch Steigerung der Mieten nicht erforderlich ist. Die zweckmäßige Organisation des Realkredits ist auch für die Allgemeinheit insofern von außerordentlichem Interesse, als bei geregelter Hypothekenbeschaffung stets ein genügendes Angebot von modernen und gesunden Wohnungen zur Verfügung stehen und den Zuzug steuerkräftiger Bürger zur Folge haben wird.

Vielfache Schwierigkeiten waren zu überwinden, bevor es gelang, die Genehmigung zur Errichtung der städtischen Hypothekenanstalt zu erhalten und der Wunsch der städtischen Körperschaften, die Mittel der Hypothekenanstalt durch Ausgabe von Pfandbriefen, für welche die Stadt die Garantie übernehmen wollte, zu erlangen, blieb bisher leider unerfüllt, weil in der Ausgabe von Pfandbriefen eine Konkurrenz für die seitens des Pfandbriefamtes der Provinz Brandenburg zur Ausgabe gelangenden Pfandbriefe erblickt wurde.

Wenn deshalb auch zunächst die Aufbringung der Betriebsmittel durch Aufnahme einer Schuldscheinanleihe von 20 Millionen Mark erfolgen mußte, so hoffen wir doch, nachdem die Lebensfähigkeit und Notwendigkeit unserer Anstalt sich in der Praxis erwiesen hat, die Genehmigung zur Ausgabe von Pfandbriefen von dem zuständigen Ministerium zu erhalten. Nach dem Ortsstatut über die Errichtung der städtischen Hypothekenanstalt, welches am 5. März 1912 die Genehmigung des Bezirksausschusses erlangt hat, hat die Anstalt den gemeinnützigen Zweck, den Grundbesitz innerhalb des Stadtgebiets und die Pflege des Wohnungswesens dadurch zu fördern, daß sie Darlehne an die Eigentümer Neuköllner Grundstücke gegen Bestellung von Hypotheken auf

diese Grundstücke gewährt. Die Verwaltung der Anstalt wird durch eine Deputation von 9 Mitgliedern geführt, welche für gewisse häufig wiederkehrende Geschäfte durch einen Vorstand vertreten wird. Die Anstalt beleiht bebaute und unbebaute Grundstücke, die im jeweiligen Stadtgebiet Neukölln liegen. Sie gewährt nur Darlehen gegen erststellige Hypotheken und zwar nicht über 60 % des Grundstückswertes hinaus. Die Erwerbung vorhandener zweitstelliger Hypotheken darf erfolgen, wenn die erste Hypothek gleichzeitig übernommen wird und die zweite noch innerhalb der für die Beleihung durch die Anstalt vorgeschriebenen Grenze von 60 % des Grundstückswertes liegt. Bis zu der vorbezeichneten Wertgrenze ist auch die Gewährung von Zusatzhypotheken zu solchen der städtischen Sparkasse zulässig. Unbebaute Grundstücke werden nur dann beliehen, wenn das Grundstück an anbaufähiger Straße liegt, der Eigentümer seine Anliegerleistungen bewirkt hat und wenn das Darlehn zur Bebauung des Grundstücks Verwendung findet. Die Zahlung des Darlehns erfolgt in diesem Falle in Raten je nach der Fertigstellung des Baues. Fabrikanlagen werden nur bis zu 60 % des Wertes der Grundfläche beliehen. Die Wertfeststellung erfolgt durch 2 vom Magistrat gewählte gerichtlich vereidigte Sachverständige. Die Hingabe des Darlehns erfolgt zunächst auf 10 Jahre unkündbar, alsdann beiderseits mit halbjährlicher Kündigung, jedoch ist auch die Verlängerung des Darlehnsvertrages auf je weitere 10 Jahre zulässig. Sofortige Kündigung des Darlehns seitens der Hypothekenanstalt kann erfolgen, wenn die Feuerkassenbeiträge von dem Eigentümer nicht bezahlt werden, wenn über das Grundstück die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung eingeleitet wird, wenn der Eigentümer des Grundstücks in Konkurs gerät und dergl. Von den Überschüssen der Anstalt wird die Hälfte zur Bildung des Reservefonds verwendet, bis dieser die Höhe von 5 % des dem Betriebe der Anstalt gewidmeten Kapitals erreicht hat. Die Bestände des Reservefonds müssen mündelsicher angelegt werden.

Da die Gewinnerzielung nicht der Hauptzweck der Hypothekenanstalt ist, so werden die Unkosten der Grundbesitzer bei der Beschaffung der Hypotheken erheblich geringer sein können als bei der Beleihung durch die in erster Linie die Interessen ihrer Aktionäre wahrnehmenden Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschaften. Vollständig in Fortfall kommt, da die Hypothekenanstalt nur direkt mit den Grundbesitzern verhandelt, die besonders in Groß-Berlin oft hohe Vermittlungsgebühr. Die Höhe des Zinsfußes richtet sich naturgemäß nach dem Zinsfuße der Anleihe. In keinem Fall soll der Zinsfuß mehr als ½ % über den Zinsfuß betragen, den die Anstalt selbst für das beschaffte Betriebskapital zu

zahlen hat. Zurzeit erfolgt die Ausgabe der Hypotheken zu $4^1/_4$ % Zinsen und einer einmaligen Verwaltungskostenentschädigung von 1 %.

Während die Hypothekenanstalt nur erste Hypotheken bis zu 60 % des Beleihungswertes gewährt, ist bereits seit dem 1. Juni 1911 auch die Gewährung von zweiten Hypotheken durch eine besondere Satzung seitens der städtischen Körperschaften geregelt, da gerade auf dem Gebiete der zweiten Hypothek sich in Groß-Berlin eine wucherische Ausbeutung der Hausbesitzer breitgemacht hat. Die Stadtgemeinde gewährt zweite Hypotheken in der Regel bis zur Höhe von 75 %, bei besonders günstig gelegenen Gebäuden und hinreichender Kreditfähigkeit des Besitzers sogar bis zu 80 % des Taxwertes des Grundstücks. Die Mittel hierzu werden den städtischen Sammelfonds, über die den städtischen Körperschaften das freie Verfügungsrecht zusteht, entnommen. Die Verzinsung dieser zweiten Hypothek beträgt 5 %, wovon $4^1/_2$ % den Sammelfonds zugute kommen und $^1/_2$ % als Sicherheitsfonds angelegt wird. Es ist in Aussicht genommen, nach Vergebung der Sammelfonds auch Anleihemittel für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen und durch Gründung einer Genossenschaft der Hausbesitzer eine Ausbietungsgarantie für die aus Anleihemitteln gewährten zweiten Hypotheken herbeizuführen.



Park des städtischen Rieselgutes Waßmannsdorf.



Rieselgut Boddinsfelde. Gesamtansicht.

Stadtentwässerung und Schiffahrtskanal.

Von Stadtbaurat *Weigand*, Neukölln.

Seit alter Zeit bildete der in Rudow entspringende und in dem ehemaligen Flußbette des mitteleuropäischen Urweltstromes die Britzer, die Rixdorfer und die Köllnischen Wiesen durchziehende Wiesengraben die Vorflut für die Niederschläge, während die in den Hofstellen entstehenden Abwässer gesammelt und zur Düngung verwendet wurden. Als sich in dem allgemeinen Aufschwunge nach dem Kriege 1870/71 zu den landwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben die Industrie gesellte und umfangreiche Miethäuser entstanden, wuchs die Menge der flüssigen Abgangsstoffe besonders nach Versorgung des Ortes mit Wasser und der Einführung von Spülaborten in solchem Maße, daß die Abfuhr immer schwieriger wurde. So wurden die für die Ableitung der Niederschlagswässer bestimmten unterirdischen Rohrleitungen mißbräuchlich auch zur Abführung von Fäkalien usw. benutzt, welche den Wiesengraben in eine übelriechende Kloake verwandelten und auch die Vorflut desselben, den Berliner Schiffahrtskanal,



Gutshof in Waßmannsdorf.

verunreinigten. Diese Mißstände veranlaßten den unvergeßlichen Gemeindevorsteher Boddin, energisch und zielbewußt auf Abhilfe zu dringen, welche darin gefunden wurde, den Ort mit einer geregelten Beseitigung der Abwässer zu versehen. So wurde am denkwürdigen 17. Januar 1889 von der Gemeindevertretung beschlossen, Schwemmkanalisation mit Rieselbetrieb einzuführen. Es war dies ein in vielen Beziehungen schwerwiegender Beschluß. Wurde einerseits dadurch die Grundlage geschaffen für die Entwicklung des Dorfes zur Großstadt, so war es andrerseits ein Wagnis sondergleichen, wenn die jeglichen Kämmereivermögens entbehrende Dorfgemeinde, deren Gesamtetat bei



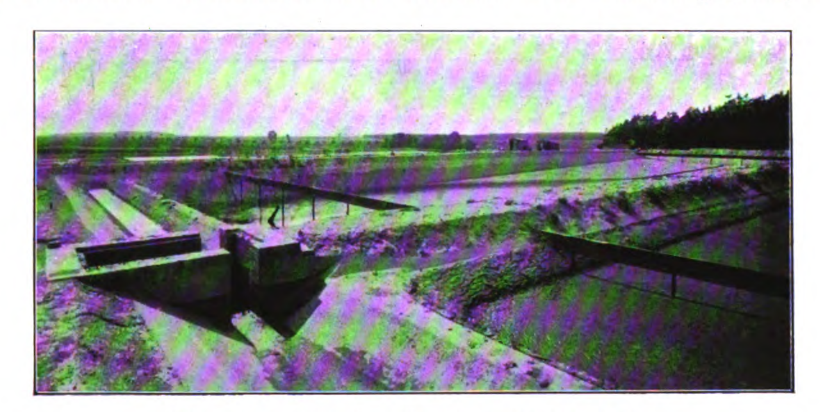
Schule auf dem städtischen Rieselgute Waßmannsdorf.

200 % Zuschlag zu den Personensteuern und 100 % Zuschlag zu den Realsteuern mit rund 324000 Mk. abschloß, sich zur Übernahme der auf 3070000 Mk. veranschlagten Kosten durch Aufnahme ihrer ersten größeren Anleihe entschloß. Gegenüber den ängstlichen Gemütern, welche den finanziellen Untergang des Ortes prophezeiten, behielt Boddin Recht, welcher im Gegenteil das Aufblühen des Ortes vorhersagte; ja, die in der Folgezeit eingetretene, einzig in Deutschland dastehende Entwicklung des Ortes hat seine Erwartungen noch weit übertroffen. Der Fluß dieser Entwicklung nötigte zu einer ständigen Erweiterung der Anlagen der Stadtentwässerung und der Abwasserreinigung, so daß jetzt nicht nur das Radialsystem Nordwest westlich und nördlich des Schiffahrtskanals nahezu ausgebaut ist, sondern auch das Radialsystem Südost in Angriff genommen und neben dem ersten Rieselgut Waßmannsdorf ein zweites



Rieselgut Boddinsfelde. Gutshof.

Rieselgut Boddinsfelde erworben und für die Abwässerreinigung nutzbar gemacht werden mußte. Während das Radialsystem Nordwest nach Berliner Muster im Mischsystem ausgebaut ist, wurde für das Radialsystem Südost Trennsystem vorgesehen auf der Grundlage, daß das Niederschlagswasser von sämtlichen Regenfällen von einer Stärke bis zum Jahresmittel mit den Brauchwässern nach den Rieselfeldern gefördert wird und nur das überschießende Wasser stärkerer Regenfälle, welches keine nennenswerten Mengen von Straßenkot und sonstigen Verunreinigungen mehr enthält, in das Regenwasserkanalnetz eintritt und dem Neuköllner Schiffahrtskanal zufließt. Den Zentrifugalpumpen im



Kläranlagen auf dem Rieselgute Boddinsfelde.

Pumpwerk werden das Brauchwasser und das verunreinigte Niederschlagswasser ohne vorheriges Abfangen von Schlamm und Sinkstoffen

und ohne Zurückhalten solcher in Schlammfängen der Regeneinlässe unmittelbar zugeführt. Als Betriebskraft sind Dieselmotore vorgesehen. Bei den Vorzügen, welche diese Anordnung vor der im Radialsystem Nordwest angewendeten Wasserförderung durch Kolbenpumpen mit Dampfbetrieb hat, wird auch das Pumpwerk Nordwest in gleicher Weise umgebaut. Auch das Kanalnetz dieses Radialsystems wird eine Verstärkung erfahren, da die Hobrechtschen Annahmen über die Menge des abzuführenden Wassers sich für die jetzigen Verhältnisse in Groß-Berlin als unzureichend erwiesen haben. Als Vorflut für die Notauslässe zur Abführung des Regenwassers wurde zunächst der Wiesengraben benutzt, derselbe genügte jedoch bei der



Falkstraße mit Wasserturm.



Ladestelle am Schiffahrtskanal.

der abzuführenden Wassermenge nur wenige Jahre nach der am 20. Dezember 1893 erfolgten Betriebseröffnung der Stadtentwässerung. Er

außergewöhnlichen Zunahme wurde daher in den Jahren 1902—1904 auf der Strecke vom Landwehrkanal bis zur Ringbahn erweitert und zu einem schiffbaren Kanal von den Abmessungen des Landwehrkanals ausgebaut und wird binnen Jahresfrist seine Verbindung mit dem Teltowkanal erhalten. Die wenigen Jahre seit der Erbauung des Neuköllner Schiffahrtskanals haben nicht nur einen überaus lebhaften Lade- und Löschverkehr, sondern auch auf dem Gelände zwischen dem Kanal und der alten Dorflage einen neuen Stadtteil entstehen sehen, während sich an den Ufern bedeutende Industriestätten niedergelassen haben.



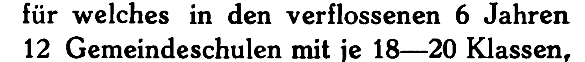
Neuköllner Schiffahrtskanal, südlicher Teil.

Das städtische Hochbauwesen Neuköllns.

Von Stadtbaurat *Kiehl.*

Das Hochbauamt wurde im Jahre 1905 eingerichtet und hat seit dieser Zeit Hochbauten im Werte von rund 14 Millionen Mark errichtet.

Die Hauptanforderungen an das Hochamt stellt das Schulwesen, für welches in den verflossenen 6 Jahren



12 Gemeindeschulen mit je 18—20 Klassen,
1 Vorschule mit 12 Klassen,
1 Oberrealschule mit 20 Klassen,
2 höhere Töchterschulen mit 22 und 15 Klassen,
1 Lehrerinnenseminar mit 14 Klassen,
1 Mädchenmittelschule mit 22 Klassen,
1 Realschule nebst Vorschule mit 18 Klassen und
8 freistehende Turnhallen

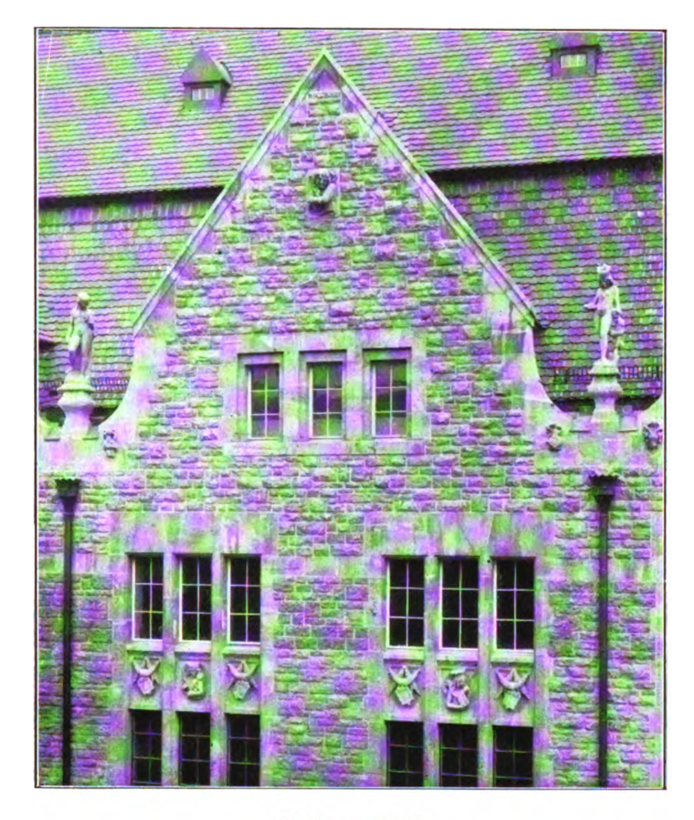
zur Errichtung gelangten.



Rathausfassade
in der Schönstedtstraße.

Bei der äußeren Gestaltung dieser Schulbauten wurde, wie die Abbildungen zeigen, jedes überflüssige Beiwerk vermieden und besonderer Wert auf eine gute Gruppierung der Baumassen und zweckmäßige Anordnung des Grundrisses gelegt. Die innere Einrichtung ist entsprechend den beschränkten Mitteln in einfacher Weise durchgeführt. Die Klassen haben Holzfußboden erhalten und sind mit schwellenlosen Bänken ausgestattet. Zu jedem Schulgebäude gehört ein Turnsaal und ein besonderer Zeichensaal. Außerdem haben die höheren Schulen naturwissenschaftliche Lehrsäle, Gesangsäle und Aulen erhalten. Bei allen Schulen sind die hygienischen Einrichtungen in einheitlicher Weise durchgeführt.

Eine besonders wichtige Aufgabe für das Hochbauamt ist der Neubau des Rathauses, dessen 70 m hoher in der Achse der Hauptverkehrsstraße errichteter Turm den von Berlin kommenden Besuchern weithin entgegengrüßt. Von der für 500000 Einwohnern berechneten Gesamtanlage sind in dem zur Zeit ausgebauten Teile das Zentral-Verwaltungsgebäude, die städtischen Kassen, die Diensträume für den Oberbürgermeister und die Dezernenten, die Sitzungssäle für die Stadtverordneten,

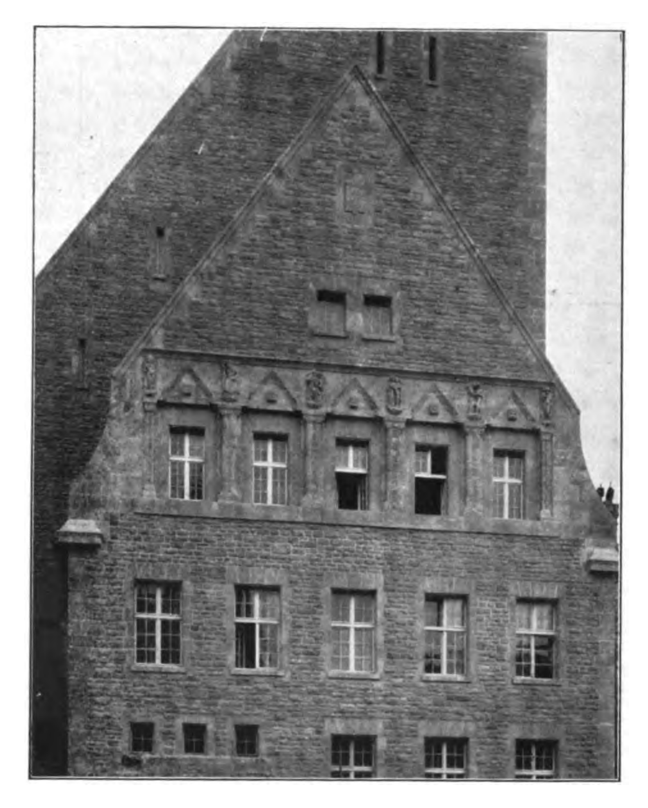


Rathausgiebel.

den Magistrat und die Deputationen und ca. 300 Bureauräume untergebracht. Die Erweiterung des mit einem Kostenaufwand von $1^1/_2$ Mill. Mark errichteten Gebäudes soll bereits im nächsten Jahre erfolgen.

Zu den interessantesten Ausführungen gehört auch das im Oktober 1909 mit 350 Betten in Betrieb genommene städtische Krankenhaus. Die auf 920 Betten projektierte Gesamtanlage ist nach dem Pavillon-System erbaut, liegt etwa 4 km vom Stadtzentrum entfernt in ländlicher Gegend und bildet infolge der vielgestaltigen Einzelgebäude gewisser-

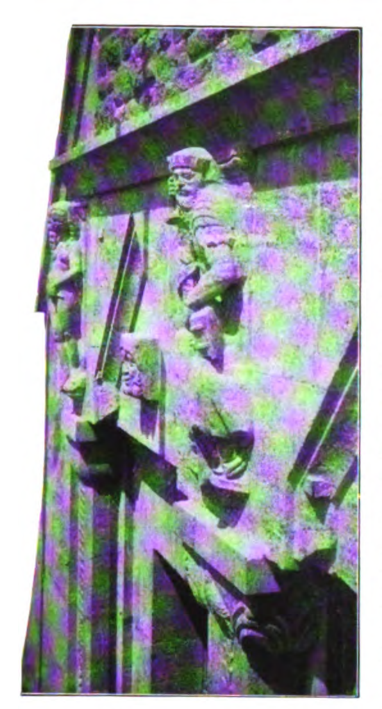
maßen eine kleine Stadt für sich. Straßenwärts ist das Verwaltungsgebäude angeordnet, welches durch überdeckte Gänge auf der einen Seite mit den Pavillons der medizinischen Abteilung nebst Badehaus, auf der anderen Seite mit den Pavillons der chirurgischen Abteilung nebst Operationshaus verbunden ist. Im rückwärtigen Teile des Grundstücks befinden sich die Isolierpavillons für ansteckende Krankheiten, die um einen geschlossenen Hof gruppierten Wirtschaftsgebäude, sowie



Rathausgiebel in der Berlinerstraße.

das Leichenhaus. Das Krankenhaus hat ein eigenes Elektrizitäts- und Wasserwerk. Es hat für den ersten Bauteil die Summe von $4^1/_2$ Millionen Mark erfordert. Zur Zeit wird ein Erweiterungsbau mit 244 Betten vorgenommen, welcher nach dem Kostenanschlag 1,6 Millionen Mark kosten wird.

Eigenartige Anforderungen stellte auch der Neubau des städtischen Elektrizitätswerkes, welches im Jahre 1911 dem Betrieb übergeben wurde. Das am Schiffahrtskanal in unmittelbarer Nähe eines Wohn-



Von der Rathausfassade
in der Berlinerstraße.

viertels errichtete Kraftwerk baut sich um einen zur Verhütung der Staubentwickelung überdeckten Kohlenhof auf. Kessel-, Maschinenhaus und Kühlwerk sind in der Mittelachse, Verwaltungs- und Wohngebäude seitlich des Hofes angeordnet. Die Kohlen gelangen durch fortlaufende Transportbänder auf unterirdischem Wege in das Lager und von dort durch becherartige Hebewerke in die über den Kesseln angelegten Bunker. Zur Dampf-Entwickelung sind vorläufig 3 Siederohrkessel mit drehbarem Kettenrost und automatischer Beschickungsvorrichtung aufgestellt. Die Stromerzeugung erfolgt durch 3 für Drehstrombetrieb eingerichtete Dampfturbinen mit einer Leistung von 3750 KW. bei 6000 Volt Spannung. Die Gebäudekosten betragen rund 720000 Mark.



Detail vom Rathausgiebel
in der Schönstedtstraße.

Auf Veranlassung der Deputation für das Feuerlöschwesen, wurde im Jahre 1908 eine Feuermeldeanlage nach einem neuen System ausgearbeitet und ausgeführt. Die Meldung erfolgt hierbei außer dem üblichen Glockensignal durch lautsprechende Telephone. Der Meldende ist nach Ziehen eines plombierten Griffes in der Lage, sich durch den phonographenartigen Apparat mit der Feuerwehr zu verständigen und die Brandstelle oder den Unfall anzugeben. Die Feuerwehr braucht nun nicht erst den Weg bis zum Melder, der häufig ein Umweg ist, zu machen, sondern fährt direkt zur



Detail vom Rathausgiebel.



Rathaus. Obere Halle.

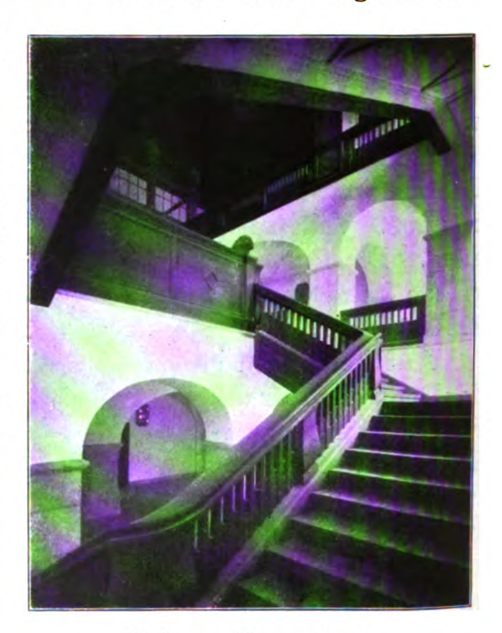
Brandstelle ab und erzielt hierdurch eine Zeitersparnis.

Auf Veranlassung der Deputation für das Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen wurden ferner an den Hauptverkehrs- und Marktplätzen 5 öffentliche Bedürfnisanstalten erbaut. Die in Backstein ausgeführten Häuschen haben je nach dem Umfang 6000—10000 Mark gekostet und enthalten außer den entsprechenden PP-Ständen Aborte mit und ohne Waschgelegenheit für Männer und Frauen. Für die Wärterin ist ein kleiner Aufenthaltsraum vorgesehen.

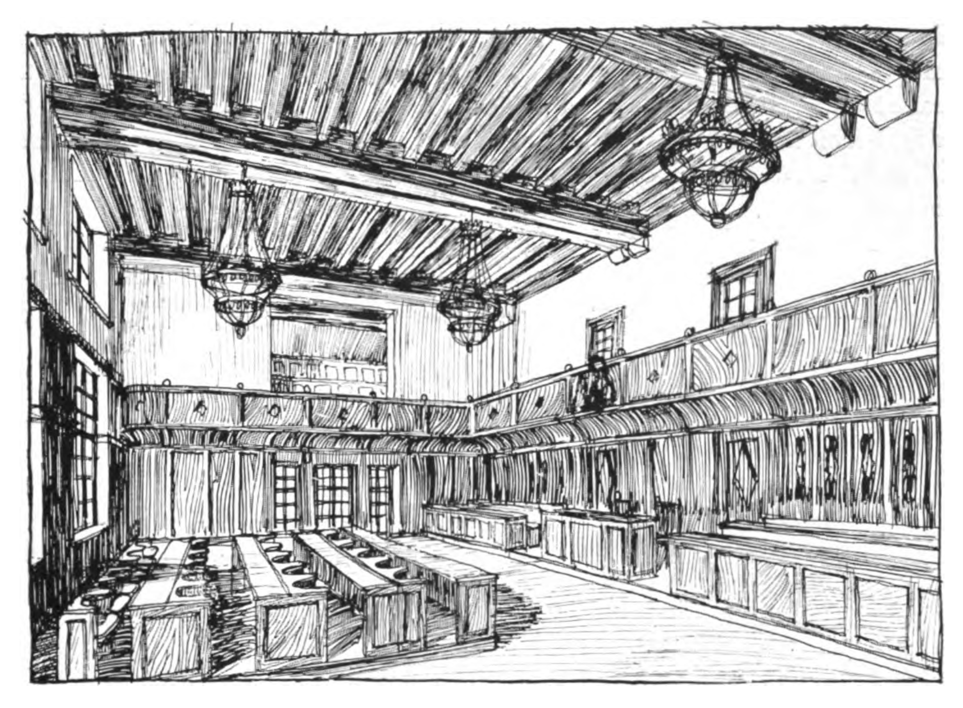
Zu den kleineren Bauausführungen zählen auch die Errichtung eines Freibankgebäudes, die Ausführung eines Hundeasyls, sowie der Umbau einer angekauften Lederfabrik zu Stallungen und Wagenremisen für den städtischen Omnibusbetrieb.

Für das Straßenreinigungswesen wurde im Jahre 1911 eine besondere Anstalt mit Stallungen für 50 Pferde und Vorratsräume, Wagenremise, sowie einem Dienstwohngebäude mit einem Kostenaufwand von 220000 Mark zur Ausführung gebracht.

In Gemeinschaft mit der Deputation für die städtischen Rieselgüter wurde auf dem Rieselgut Boddinsfelde ein Wirtschaftsgehöft, bestehend aus Gutshaus mit 2 Wohnungen, einem Pferdestall für 36 Pferde, einem Kuhstall für 60 Kühe, 15 Ochsen und 20 Stück Jungvieh, einem Leutewohnhaus für 4 Wohnungen mit je Stube, Kammer, Küche und Stallungen, 2 Acht-



Rathaus. Treppenhaus.



Rathaus. Stadtverordneten-Sitzungssaal.

familienwohnhäuser wie vor, einem Wanderarbeiterhaus und einer Schule mit Lehrerwohnung und Stallung, für einen Kostenbetrag von 480000 Mark angelegt. Die Gebäude sind sämtlich massiv erbaut, die Ställe sind rechteckig um einen Wirtschaftshof herum gelagert.

Zu gleicher Zeit wurde auf dem städtischen Rieselgut Waßmannsdorf eine Dorfschule mit 4 Klassen und 2 Lehrerwohnungen errichtet.



Rathaus. Untere Halle.

Die im Jahre 1908 geschaffene Bauberatungsstelle des Hochbauamts hat bisher über 100 Fassaden bearbeitet und die beteiligten Unternehmer durch unentgeltliche Raterteilung und zum Teil durch Anfertigung von Detailzeichnungen unterstützt.

Zwecks Besserung der Verkehrsverhältnisse wurden ferner die Entwürfe zur Anlage von Straßendurchbrüchen mit Platzanlagen, einem

Bahnhofsvorplatz mit angrenzender Bebauung, einem Denkmalsplatz im alten böhmischen Dorf, sowie die Vorschläge zur Erschließung und rationellen Ausnutzung der städtischen Grundstücke und die aus Anlaß der Verbreiterung der Hauptverkehrsstraße notwendigen Projekte zum Neubau einer Friedhofskapelle nebst Wohngebäude durch das Hochbauamt ausgearbeitet.

Zur Zeit befinden sich in der Ausführung:

die städtische Badeanstalt mit 2 Schwimmhallen für Männer und Frauen, irisch-römischen, medizinischen Wannen- und Brausebädern,
eine 54klassige Gemeindeschule,
ein Orangeriegebäude für die städtische Gartenverwaltung nebst kleinem Museumsbau am Körnerplatz,
der Erweiterungsbau des Krankenhauses für 244 Betten,
eine Feuerwache für einen Löschzug mit Automobilbetrieb und
eine Erweiterung des Rathauses um 76 Bureauräume.

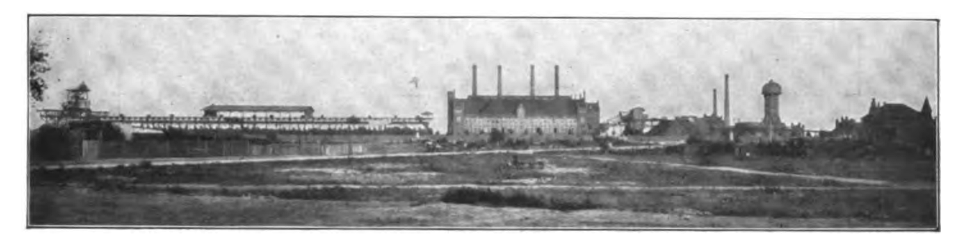
An Projekten werden zur Zeit bearbeitet:

ein Krematorium,
eine Baugewerksschule,
ein Stadttheater,
eine Desinfektionsanstalt,
ein Sparkassengebäude,
ein Wohnhausbau für die städt. Pumpstation.

In dem neu geschaffenen Stadt-Erweiterungsamt werden augenblicklich die Pläne zum Ausbau des Ortsgebietes hinter der Ringbahn aufgestellt.



Freibank an der Kirchhofstraße.



Städtische Gasanstalt. Gesamtansicht.

Die städtischen Gaswerke Neuköllns.

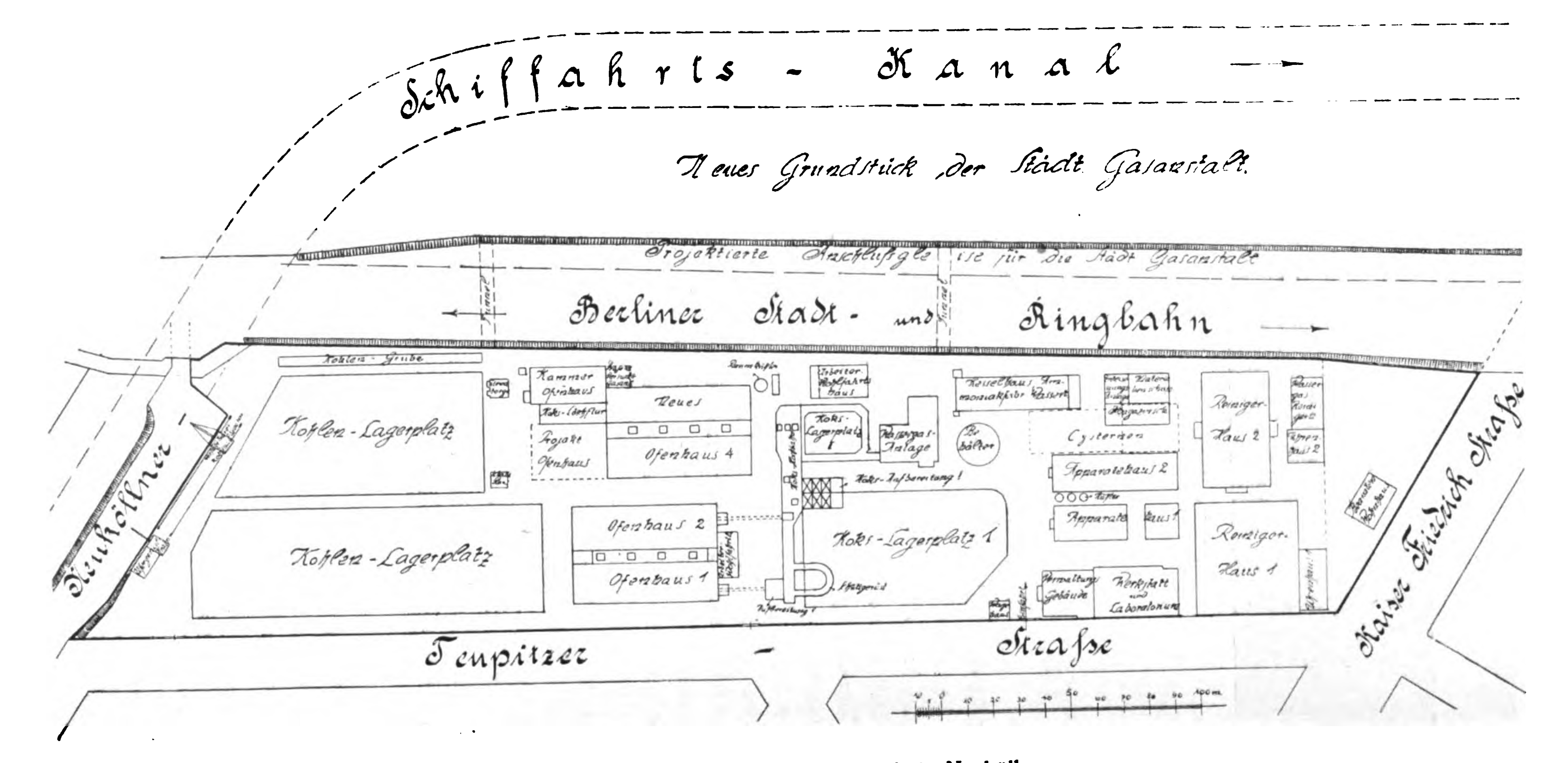
Von Gaswerksdirektor *Riemann*, Neukölln.

Mit 1 838 000 Mk. Sollbetrag ist die Einkommensteuer in den Etat der Stadt Neukölln für das Rechnungsjahr 1911/12 eingestellt worden. Fast der gleiche Betrag, 1 635 000 Mk. fließt den städtischen Finanzen als Überschuß aus dem Gaswerk zu; nichts charakterisiert wohl deutlicher die Bedeutung dieses Werkes für die Stadt.

Die Gasversorgung Neuköllns lag nicht von Anfang an in den Händen der Stadt. Erst im Jahr 1893 gelang es, ein bereits 1878 im Südosten des Stadtgeländes gelegenes privates Gaswerk von der Rixdorfer Gas-Aktien-Gesellschaft käuflich zu erwerben. Wenn dieses Werk auch nur sehr klein war — bei Übernahme wurden ca. 1 Million Kubikmeter Gas erzeugt —, so war damit doch eine Entwicklung angebahnt, welche dahin geführt hat, daß die Stadt heute, nach noch nicht ganz 20 Jahren, im Besitze eines der modernen Gastechnik durchaus entsprechenden Gaswerkes mit einer Jahresproduktion von ca. 23 Mill. Kubikmeter Gas ist.

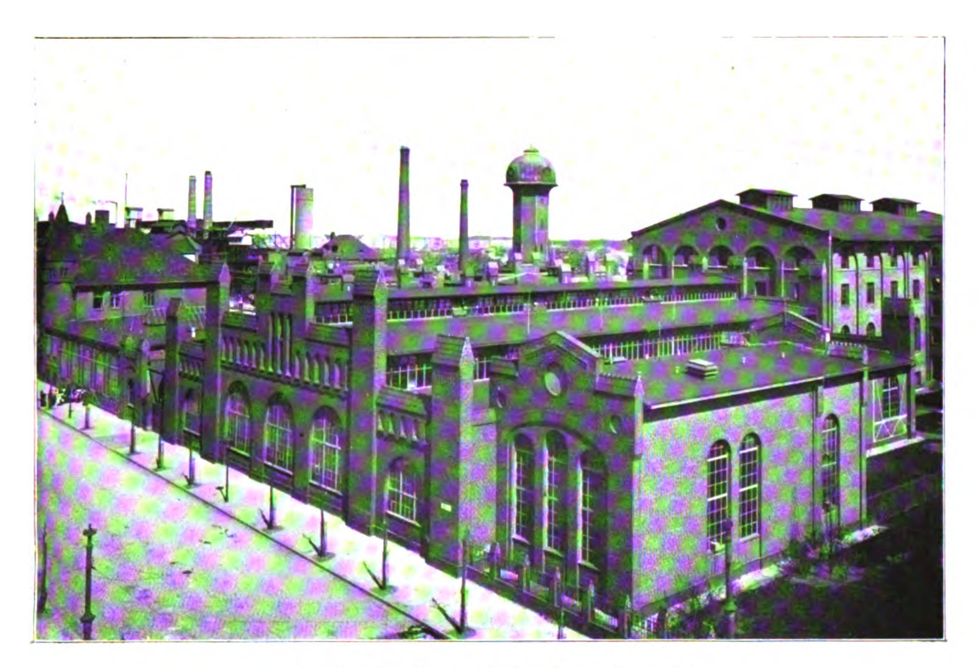
Zweifellos ist die fast beispiellose Bevölkerungszunahme Neuköllns der Grund für die nicht minder überraschende Entwicklung der Gasproduktion. Mußte doch, um dieser genügen zu können, ein neues Werk angelegt werden, wofür heute das in der Kannerstraße gelegene ältere Werk als Gasbehälterstation dient.

Wenn dies in den Jahren 1902 und 1903 erbaute Werk die oben gezeigte gewaltige Steigerung der Produktion zu bewältigen vermochte und noch weiteren Steigerungen für eine Reihe von Jahren wird standhalten können, so ist das den sehr günstigen Verhältnissen des Werkes zu verdanken. Insbesondere ist die Lage des Grundstücks außerordentlich gut gewählt. Das parallelogrammförmige Terrain von etwa 500 m Länge zieht sich nämlich auf einer Längsseite neben der Berliner Ring-



Lageplan der städtischen Gasanstalt in Neukölln.

bahn in der Mitte zwischen dem Bahnhof Treptow und Neukölln hin, während es mit einer ca. 100 m breiten Schmalseite an den Neuköllner Schiffahrtskanal grenzt. Damit stehen dem Werk zwei sich gegenseitig ergänzende Verkehrsmöglichkeiten, Eisenbahn und Schiffahrtsweg, zur Verfügung, was nicht nur für die Zufuhr der zur Vergasung benötigten Kohlen, sondern auch für den Verkauf der Nebenprodukte sehr wertvoll ist. Zur Vergasung gelangen sowohl englische wie schlesische Kohlen (im Verhältnis von 2 : 1).



Städtische Gasanstalt. Gesamtansicht.

Entgegen dem im Bauprogramm (siehe Lageplan) vorgesehenen Ausbau des Werkes, der 4 Bauabschnitte zu Grunde legt, ergab sich nach Vollendung der ersten beiden Bauabschnitte die Notwendigkeit, die Produktionsfähigkeit des Werkes zu steigern, um dem weiteren Bedürfnis der sich schnell entwickelnden Großstadt zu genügen. Durch zweckmäßige Gruppierung gelang es die Leistungsfähigkeit des dritten und vierten Bauabschnittes zu verdoppeln und so eine Tagesleistung von 220 000 cbm zu erreichen, die noch durch eine Wassergasanlage um 20 000 cbm gesteigert werden konnte.

Der Ausbau gliederte sich in der Reihenfolge der einzelnen Fabrikationsstätten genau dem bestehenden Programm an.

I. Kohlenbetrieb.

Für die Belagerung der Kohlenlagerplätze und zum Transport der Kohle sind zwei Einrichtungen vorhanden.

Die erste Einrichtung für die beiden zunächst gebauten Retortenhäuser hat eine Leistung von 30 Tonnen. Auf einem ca. 12 m hohen eisernen Unterbau befindet sich ein fahrbarer Förderturm, der die Kohle mittels Greifers aus den Fahrzeugen entnimmt und in einen Trichter abwirft. Aus diesem werden die Kohlen in Wagen einer Heckelschen Transportbahn abgezogen, die sich in der Längsachse des Kohlenlagers



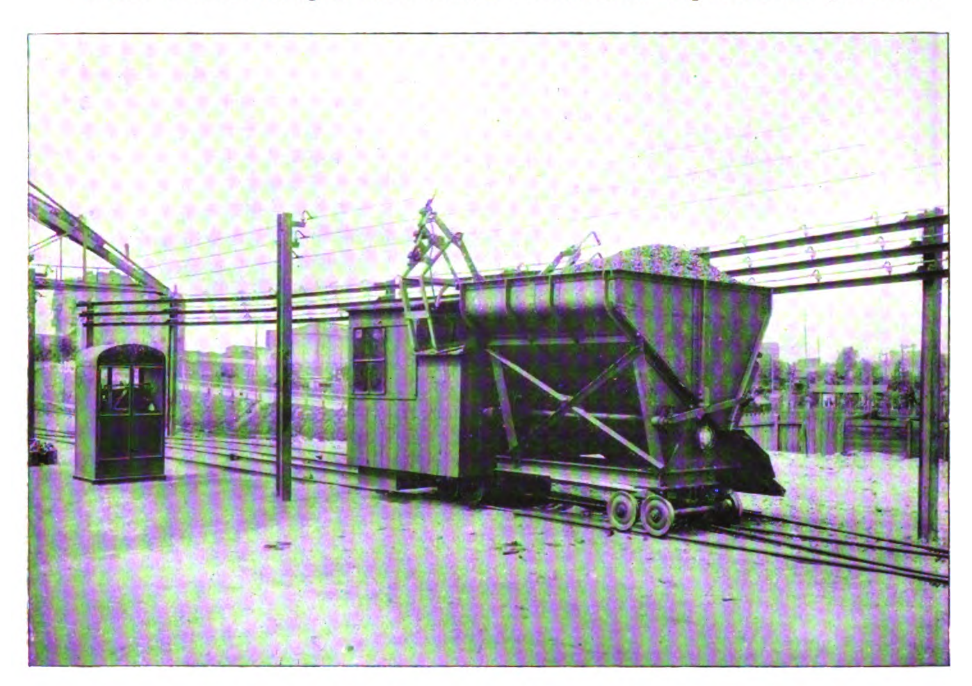
Städtische Gasanstalt. Kohlenkrane.

(Größe 6000 qm) befindet. Die Kohle kann direkt auf den Platz geschüttet oder durch 2 Quertransportbänder auf das Lager verteilt werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Kohle direkt nach den Brechergruben der Retortenhäuser I und II gelangen zu lassen. Der Transport vom Lager nach den Brechergruben geschieht von Hand.

Die zweite Anlage hat eine Stundenleistung von 40 Tonnen. Sie besteht aus einem längs der Kaimauer des Hafens fahrbar angeordneten Förderturm. Die Kohle wird mittels Greifers in einen Behälter gehoben, aus welchem sie in einem elektrisch angetriebenen Wagen abgezogen wird. Der Wagen fährt beim Transport der Kohle zum Lager II an

eine das Lager überspannende fahrbare Brücke heran und schüttet seinen Inhalt in eine parallel zur Fahrbahn angeordnete Grube. Aus dieser Grube wird die Kohle durch einen an der Brücke hängenden Greifer aufgenommen und auf das Lager (Größe 3200 qm) verteilt. Dieselbe Einrichtung dient auch für den Transport der Kohlen vom Lager nach der Brechergrube. Der Platzgreifer entleert in einen an der Brücke angebrachten Behälter, aus welchem die Kohle in den Transportwagen gestürzt wird.

Beide Förderanlagen sind durch Zwischentransportmittel (Elevator



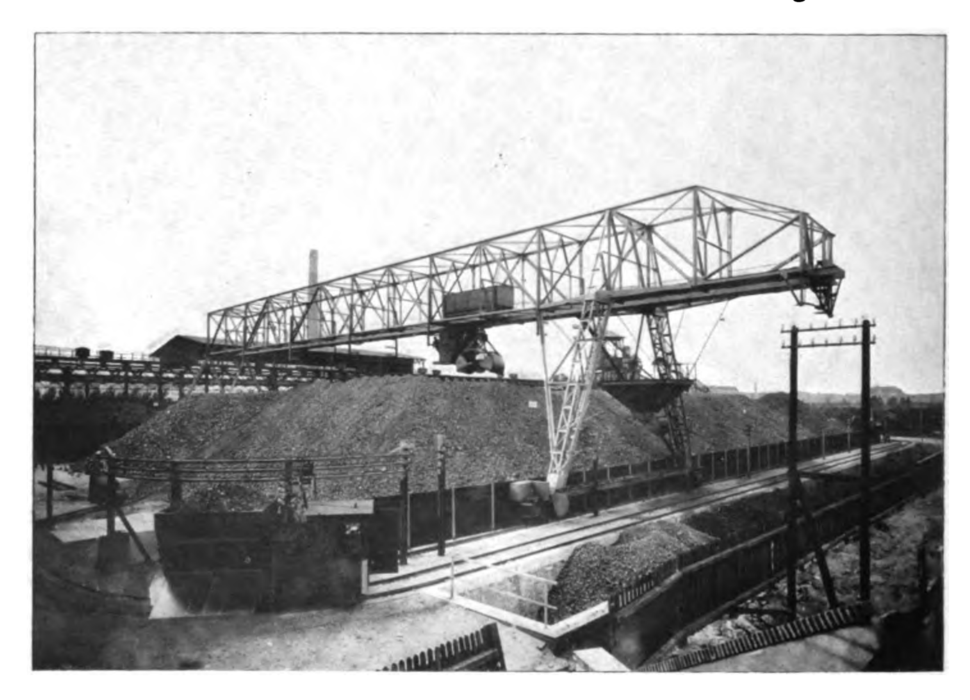
Städtische Gasanstalt. Kohlenbahn.

und Schurre) derart miteinander verbunden, daß sie sich gegenseitig ergänzen. Der Antrieb erfolgt durch Elektrizität.

II. Ofenhäuser.

Die zuerst gebauten Ofenhäuser haben eine Länge von 54 m und 15,5 m Tiefe. Der nebenstehende Querschnitt zeigt die Anordnung des Hauses, welches mit Eisenfachwerk umschlossen ist. In jedem Haus sind 2 Ofenblocks von je 6 Schrägretortenöfen mit je 9 Stück 4,85 m langen Retorten. Die Leistung pro Ofeneinheit beträgt 3300—3600 cbm in 24 Stunden. Die zur Vergasung gelangende Kohle wird zunächst

gebrochen, an der Stirnseite des Ofenhauses durch Becherwerke gehoben und durch einen Kratzertransport in die über den Öfen angeordneten Kohlenbunker verteilt. Aus diesen Bunkern wird die Kohle in fahrbar angeordnete Füllvorrichtungen abgezogen und durch eine Schurre in die Retorte geladen. Die Retorten haben eine Neigung von 33 Grad und gestaltet sich daher die Entleerung derselben nach der Entgasung fast selbsttätig. Als Transportvorrichtung für den aus der Retorte kommenden glühenden Koks dient eine Brouwersche Rinne, in welcher bereits innerhalb des Hauses eine leichte Ablöschung des Kokses



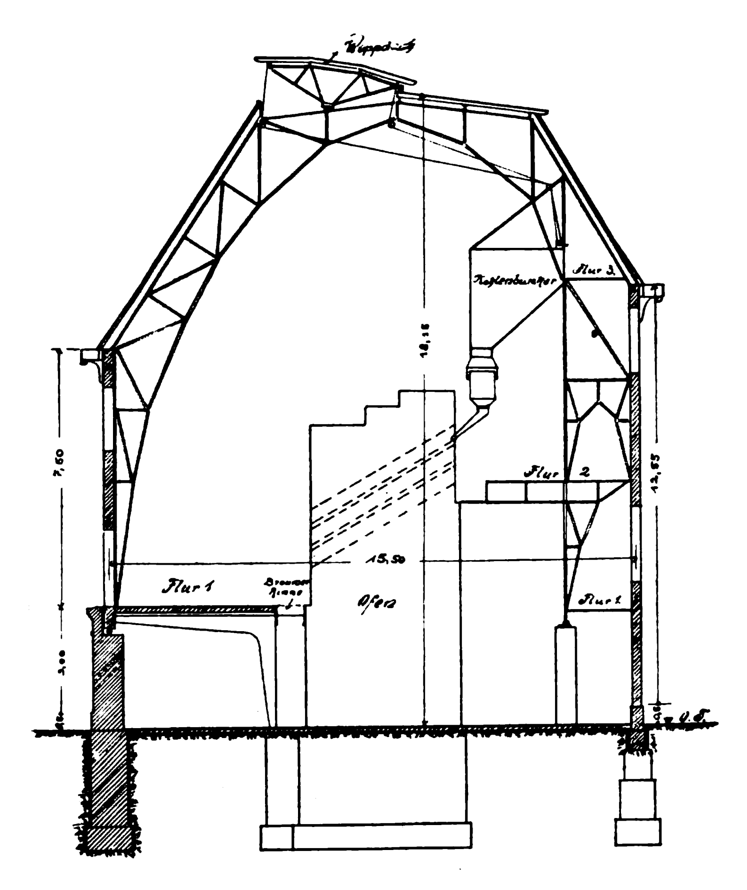
Städtische Gasanstalt. Kohlenplatzbrücke mit Greiferbetrieb.

stattfindet. Der Koks fällt beim Austritt aus dem Ofenhaus auf eine schräg ansteigende Rinne ähnlicher Konstruktion, welche ihn auf eine Kokshochbahn und von hier auf die Aufbereitungsanlage oder auf das Lager befördert.

Der Antrieb der Kohlenbrecher und Becherwerke geschieht durch Gasmotoren, für die Kohlen- und Kokstransportanlagen wird als Antriebskraft Dampf verwendet.

Bei der notwendig werdenden Erweiterung der Anstalt bestand die Absicht, anstelle von Retortenöfen Großraumöfen, sogenannte Kammeröfen zu bauen. Da über derartige Öfen jedoch hinreichende Erfahrungen

noch nicht vorlagen, wurde zunächst eine Probeanlage von 5 Öfen errichtet. Die Abmessungen des Gebäudes wurden so gewählt, daß beim Fehlschlagen des Versuches anstelle der Kammeröfen Vertikalöfen eingebaut werden konnten. Die Versuchsanlage besteht aus 5 Öfen à 4 Kammern; die einzelnen Kammern haben eine Länge von 6 m, einen lichten Querschnitt von 2 × 0,4 m; die Kohlenladung beträgt 4000 kg,

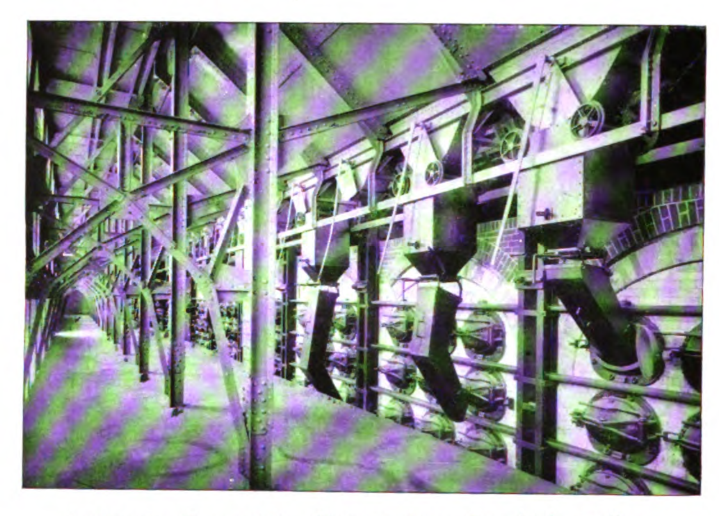


Städtische Gasanstalt. Ofenhaus I und II.

die Gasungsdauer 24 Stunden. Der Kohlentransport zum Ofenhaus geschieht durch einen Elevator mit vorgeschaltetem Brecher. Der Bunker ist an der Giebelseite angeordnet und faßt 100 Tonnen. Die Kohle wird vermittelst Füllwagen durch zwei an der Kammerdecke befindliche Öffnungen in die Kammer eingebracht und maschinell eingeebnet. Beim Entleeren der Kammer wird der ausgestandene Kokskuchen durch eine Ausstoßmaschine auf eine vor den Öfen liegende Koksbühne gedrückt

und hier von Hand abgelöscht. Zur Zeit wird der Koks auf ein sich an die Bühne anschließendes Kokslager gebracht; später ist der Transport nach der Aufbereitung durch ein mechanisches Fördermittel in Aussicht genommen. Sämtliche Bewegungsfunktionen werden elektrisch ausgeübt.

Obwohl die mit den Kammeröfen erzielten Resultate im allgemeinen befriedigten, stellte sich doch heraus, daß sie sich für das Werk nicht eigneten. Der Grund hierfür liegt in der Schwierigkeit, dem in den Kammern erzeugten großstückigen und schweren Koks ein geeignetes Absatzgebiet zu verschaffen.



Städtische Gasanstalt. Retortenhaus, Beschickungsflur.

Inzwischen sind auf anderen Gaswerken Schrägretortenöfen für eine größere Produktionsfähigkeit mit bestem Erfolg gebaut und entschloß sich die Stadtgemeinde zu diesem Ofensystem zurückzukehren. Die Platzverhältnisse gestatteten anschließend an die Kammerofenanlage ein großes Doppelretortenhaus zu bauen, in welchem 2 Reihen von je 11 Schrägretortenöfen mit 6 m langen Retorten und einer Leistungsfähigkeit von ca. 4700 cbm Platz finden können. Zunächst werden nur 11 Öfen gebaut.

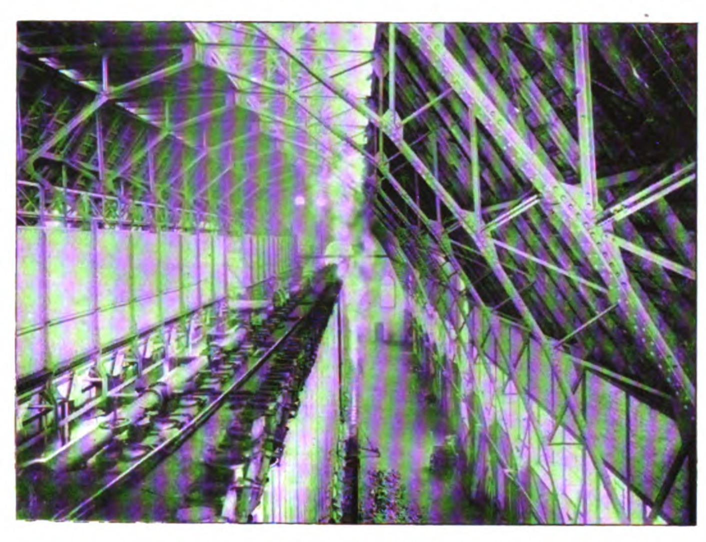
An der Innenseite der sich gegenüberliegenden Ofenbatterien befinden sich die Ladeflure, an der Außenseite die Entladeflure.

Die Kohlen- und Kokstransporte erfolgen in gleicher Weise wie bei den Retortenhäusern I und II. Abweichend jedoch von der alten Anordnung wird hier der Koks beim Verlassen der Horizontal-Brouwer-Rinne in einen an der Giebelseite angebrachten Behälter entleert. Aus

diesem wird der Koks in $1^1/_2$ cbm große Kipplowries abgezogen und mit Aufzügen auf die Hochbahn gefördert.

III. Koksvertrieb.

Einige Schwierigkeiten bereitete die Lösung der Anordnung des Koksvertriebes. Bei den Ofenhäusern III und IV war die Anwendung schräg angeordneter Transportrinnen wegen des kurzen Weges zwischen Ofenhaus und Kokshochbahn nicht möglich und mußte aus diesem Grunde hier zu dem Fahrstuhlbetriebe übergegangen werden. Der Wunsch, eine für die Betriebe sämtlicher Ofenhäuser genügend groß

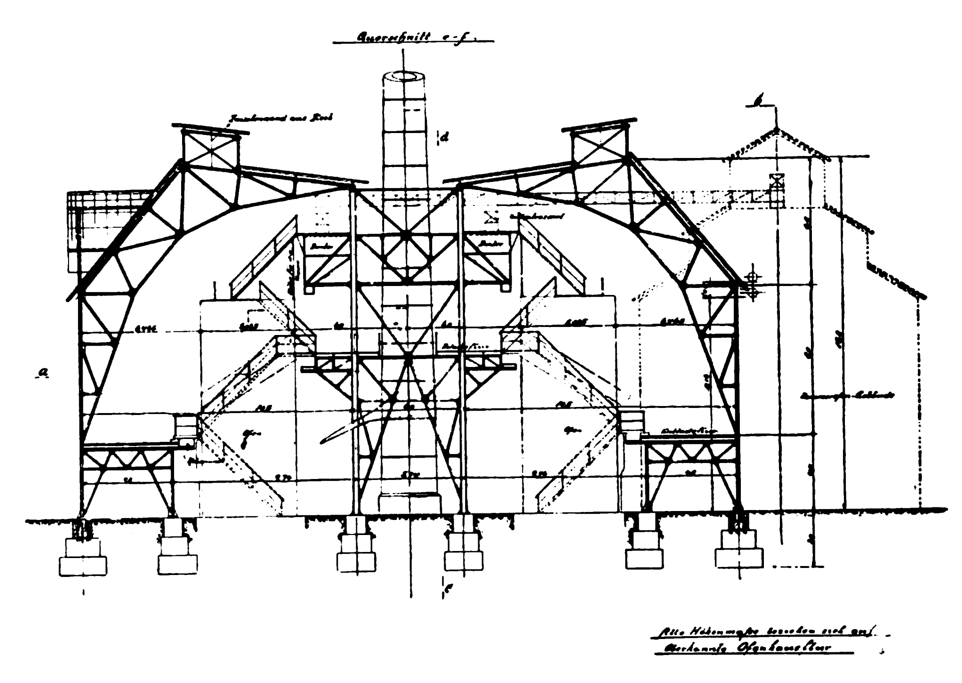


Städtische Gasanstalt. Retortenhaus.

angelegte Aufbereitung zu schaffen, machte es notwendig, die Brech- und Sortieranlage höher als die bereits vorhandene Kokshochbahn zu legen. Diese Maßnahme erforderte zwar die Anordnung weiterer Fahrstühle, um den Koks in die Höhe zu heben. Doch war damit der Vorteil verbunden, große Koksbunker zu gewinnen. Der nutzbare Inhalt der Behälter beträgt 700 cbm = 7000 hl. Zum Sortieren des Kokses in verschiedene Größen sind über den Behältern zwei Schüttelsiebe von je 450 hl Stundenleistung angeordnet, eine Brechvorrichtung ist nur dem einen Sieb vorgeschaltet. Der Koks wird in drei Sortierungen gewonnen und in Vorratsbehälter aufgenommen. Die Größenverhältnisse der drei Abteilungen des Koksbehälters sind

Grusbehälter . . .	15 %	(1000 hl)
Kleinkoksbehälter .	28 %	(1900 hl)
Grobkoksbehälter. .	57 %	(4100 hl).

Nicht nur der Wunsch, einen möglichst großen Vorratsbehälter zu haben, gab Veranlassung, den unbequemen zweimaligen Kokstransport in den Kauf zu nehmen, sondern auch die Möglichkeit, die Ausläufe der Koksbehälter so hoch anzuordnen, daß eine Vermessung des Kokses unmittelbar in darunter stehende Fuhrwerke möglich war. Zu diesem Zweck befinden sich unter den Koksbehältern 2 Durchfahrten mit darüber liegendem Meßboden. Die Meßvorrichtungen sind mit automatischen Zählwerken versehen. Die im Jahr 1902 im Anschluß an



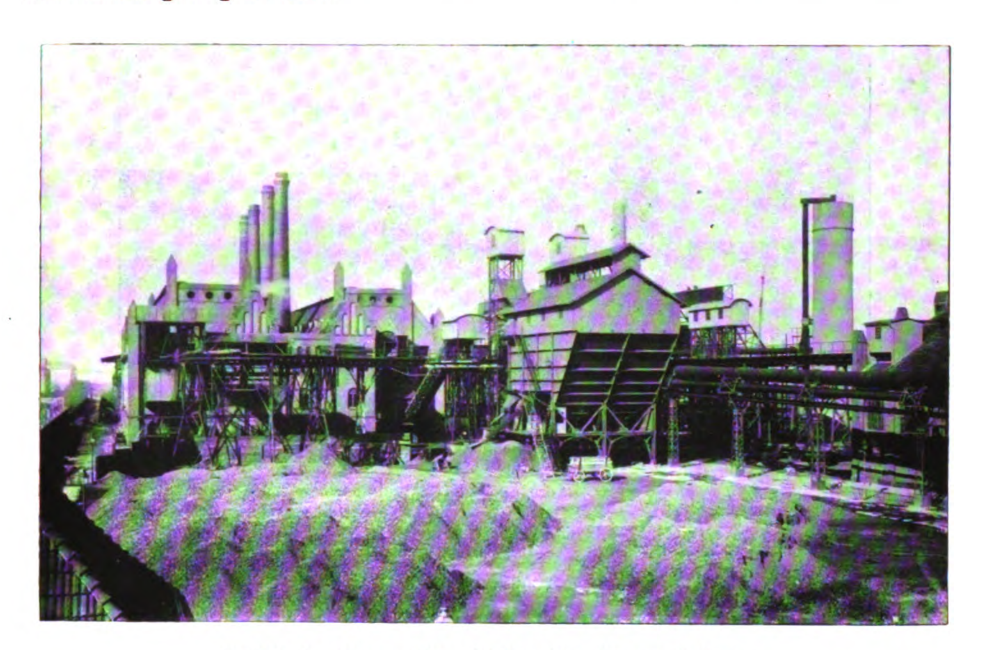
Städtische Gasanstalt. Ofenhaus.

das Ofenhaus I und II erbaute Koksaufbereitung ist ebenfalls mit automatischen Meßeinrichtungen ausgestaltet und dient ausschließlich dem Kleinverkauf.

IV. Betriebsrohr.

Die von den Vorlagen abgehenden Betriebsrohre sind außerhalb der Retortenhäuser mit einem Gefälle von 1 : 35 auf eisernen Fachwerksstützen verlegt. Die Länge derselben von den Retortenhäusern bis nach den Apparategebäuden beträgt ca. 200 m. Die Hochleitung der Betriebsrohre liegt in der Längsachse des ganzen Werkes zwischen

den beiden Koksplätzen über der hier angeordneten Straße. Die Betriebsrohre der Ofenhäuser I und II haben eine lichte Weite von 500 mm und liegen auf den Stützen nebeneinander. Über denselben ist ein 1000 mm-Rohr angelegt, durch welches das von den Ofenhäusern III und IV gewonnene Gas geleitet wird. Die Rohre sind mit Remanit isoliert und durch Rollenlager und Expansionsscheiben gegen Temperaturschwankungen gesichert.



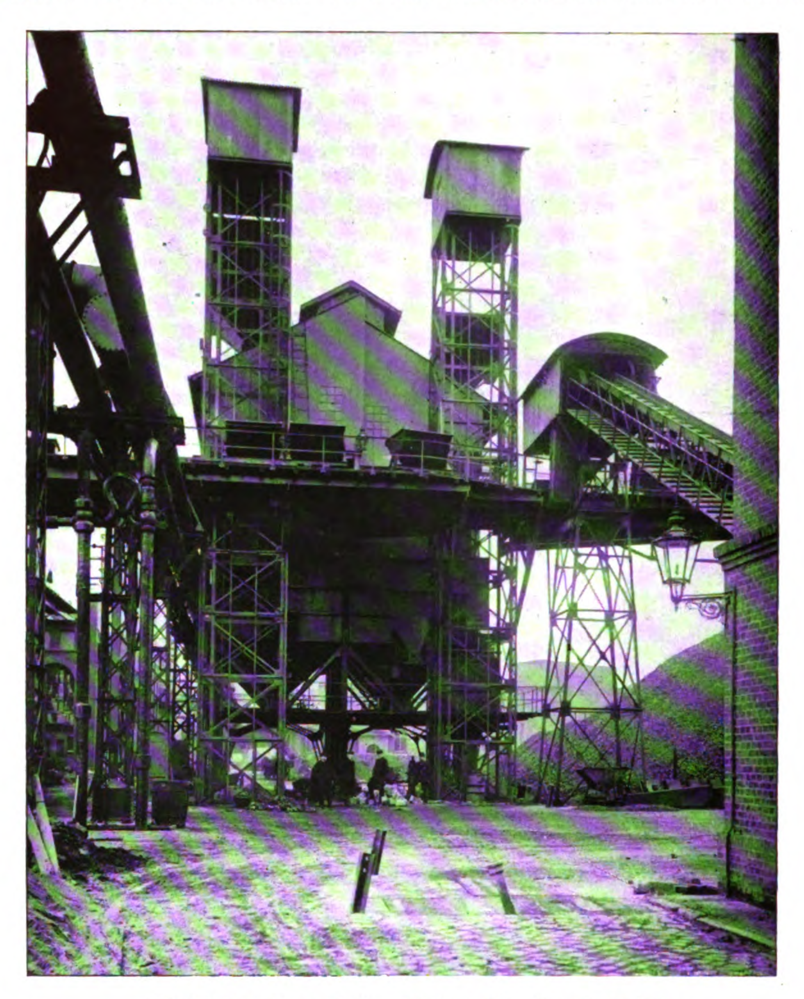
Städtische Gasanstalt. Koksaufbereitungs-Anlage.

V. Apparate.

Der nach dem Projekt für die Apparatehäuser vorgesehene Platz sollte ausreichen für 2 Häuser mit je 2 Apparatesystemen von 35000 cbm Tagesleistung. Der erste Ausbau ist auch programmäßig ausgeführt. Durch zweckmäßige Anordnung der Apparate, durch Einschaltung eines an der Giebelseite des Ofenhauses IV stehenden Raumkühlers von 30 m Höhe und 5 m Durchmesser, ferner durch Errichtung dreier Wasserkühler zwischen den Apparategebäuden gelang es aber, im zweiten Haus eine der Leistungsfähigkeit der Ofenanlage entsprechende Apparateanlage von 150000 cbm unterzubringen.

Die Anordnung der Apparate ist in allen Systemen die gleiche; Wasserkühler, Gassauger, Teerwäscher System Audouin & Pelouze, Naphthalin- und Cyanwascher nach Bueb, Reutterkühler mit Spülvorrich-

tung und ein rotierender Wascher zur Ausscheidung von Ammoniak (Standard-Wascher). Die abfließenden Teer- und Ammoniakwasser werden von hier aus mit natürlichem Gefälle den benachbarten Zisternen zugeführt. Die Kellerräume sind mit durchlochten flußeisernen Blechen



Städtische Gasanstalt. Koksaufbereitungs-Anlage.

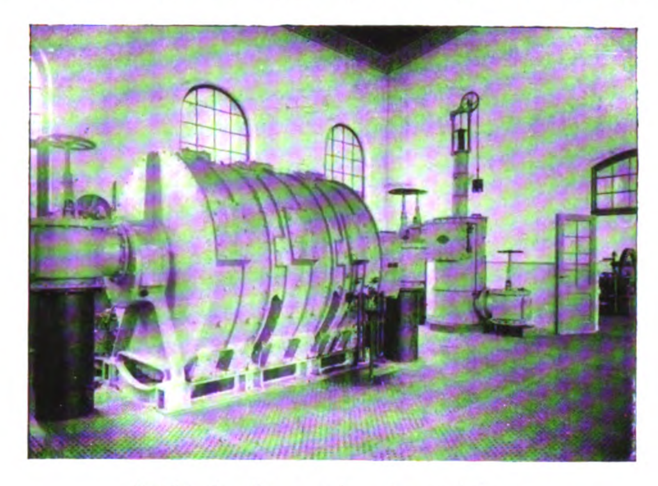
auf Trägerrosten von den eigentlichen Apparateräumen getrennt, so daß sich durch diese Anordnung die einfachste Belichtung und Lüftung des Kellers mit seinen vielen Rohren und Ventilen ergibt.

VI. Reinigerhalle.

Die für die erste Hälfte des Werkes errichtete Reinigerhalle ist als große dreischiffige Anlage in Eisenkonstruktion ausgeführt und hat

ein 22 m breites mit hohem Seitenlicht versehenes Mittelschiff und je 9 m breite niedrigere Seitenschiffe. Die Längsseite der Halle ist aus Eisenfachwerk, die Giebelseiten sind aus massivem Mauerwerk. Je 4 gußeiserne Reiniger von 8 × 8 m Grundfläche und 1,5 m Tiefe gehören zu einem System und sind in der Mittelhalle angeordnet. Die Reinigerdeckel werden durch einen fahrbaren Bockkran gehoben, mechanische Transportanlagen zum Füllen und Entleeren der Reiniger sind nicht vorhanden.

Leider war es nicht möglich, für den zweiten Bauteil eine gleichartige Reinigerhalle zu errichten, weil auch hier nur Platz für eine Anlage für 2 × 35 000 cbm vorhanden war. Es war erforderlich, um 150 000 cbm Gas reinigen zu können, zwei Systeme von je 75 000 cbm



Städtische Gasanstalt. Apparatehaus.

zu bauen. Da die Platzverhältnisse eine Vergrößerung der Reinigergrundfläche von 8 × 8 m nicht zuließ, ergab sich für die doppelte Leistung auch doppelte Tiefe, so daß die Reiniger eine Tiefe von 3 m erhielten.

Die neue Reinigerhalle ist ein massives viergeschossiges Gebäude mit Kellergeschoß, dem eigentlichen Reinigerraum und zwei Regenerierböden. Auch hier gehören vier Reiniger zu einem System. Sie stehen auf einer eisernen Unterkonstruktion. Die Reinigung des Gases geschieht in geteiltem Strom. Zum Abheben der Deckel sind zwei Laufkräne angeordnet; die Entleerung der Reiniger geschieht durch vier im Boden angeordnete Öffnungen mit Mortonverschluß. Die Reinigungsmasse wird in kleine Kipplowries geschüttet und durch einen elektrischen Fahrstuhl auf die Regenerierböden transportiert. Die Füllung geschieht

in einfachster Weise durch einen Füllschlauch von den oberhalb gelegenen Regenerierböden aus.

VII. Stationsgasmesser.

Das Stationsgasmesserhaus für den ersten Bauteil schließt sich unmittelbar an die Reinigerhalle an und liegt an der südwestlichen Ecke des Werkes. In dem Raum sind drei Gasmesser von je 35000 cbm Tagesleistung aufgestellt, zwei davon dienen zum Messen des Steinkohlengases aus den Ofenhäusern I und II, der dritte zur Feststellung der Produktion des Wassergases. Das zweite Gasmesserhaus ist als besonderes Gebäude neben dem Reinigerhaus II errichtet. Es können in demselben zwei Gasmesser für je 75000 cbm Tagesleistung Platz finden. Beide Stationsgasmesserräume sind abweichend von den übrigen Betriebsgebäuden der Gasanstalt reicher ausgestattet. Die hölzerne, gewölbte Decke ruht auf eisernen Bogenbindern. Die Wände sind mit einem Paneel aus grünen Fliesen mit roter Holzumrahmung und geschmackvollen Friesen ausgestattet.

VIII. Zisternen.

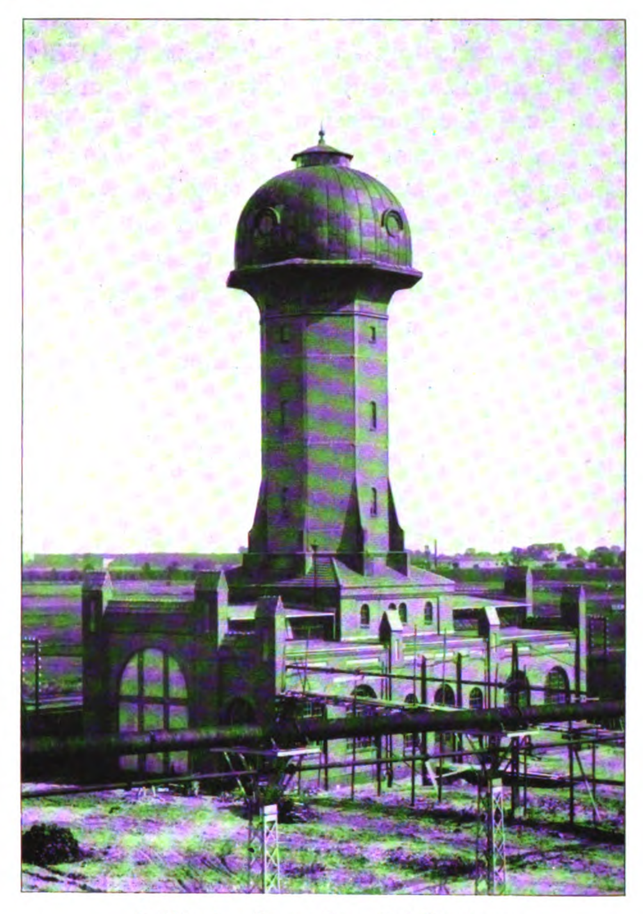
Die Ammoniakwasser und Teerzisternen liegen zwischen dem Apparatehaus II und dem Magazinschuppen. Sie sind aus Eisenbeton mit Moniergewölbe hergestellt und mit großen Einsteige- und Lichtöffnungen versehen. Der gesamte Fassungsraum beträgt 2250 cbm. Die Sohle der Zisternen liegt etwa $1^1/_2$ m unter dem niedrigsten Wasserstand.

IX. Behälterturm, Kesselhaus und Ammoniakfabrik.

In unmittelbarer Nähe der Zisternen sind der Behälterturm, das Kesselhaus und die Ammoniakfabrik errichtet. Der Turm ist 32 m hoch und hat einen Durchmesser von $7^1/_2$ m. Die Behälter sind übereinander angeordnet. Im Schaft des Turmes befinden sich 3 kleine halbkugelförmige Behälter, welche zur Aufnahme der Wendeltreppe und der verschiedenen Druck- und Abfallrohre zylindrisch durchbrochen sind. Jeder Behälter hat einen Inhalt von 40 cbm. Der untere ist für Teer, der mittlere für schweres, der obere für leichtes Ammoniakwasser bestimmt. Im Kopf des Turmes ist ein Wasserbehälter von 150 cbm Inhalt unter einem gewölbten Kupferdach aufgestellt.

Die Pumpen für Teer, Ammoniak- und Betriebswasser befinden sich im Erdgeschoß des Turmes, im Kellergeschoß liegt die Speisewassergrube.

Das aus zwei Tiefbrunnen gewonnene Betriebswasser wird durch eine besondere Enteisenungsanlage „System Reisert“ gereinigt, das Kesselspeisewasser durch eine im Turm untergebrachte Wasserreinigungsanlage enthärtet.



Städtische Gaswerke. Behälterturm.

Auf der nördlichen Seite des Wasserturmes liegt das Kesselhaus, in welchem zur Zeit zwei Kessel von je 80 qm, drei von je 100 qm Heizfläche aufgestellt sind. Die drei großen Kessel sind für Koksgrusfeuerung eingerichtet. Auf der südlichen Seite des Turmes befindet sich die Ammoniakfabrik. Aufgestellt sind hier drei Apparatesysteme zur Verdichtung von Ammoniakwasser mit einer Gesamtleistung von 100 cbm in 24 Stunden. Das gewonnene Produkt wird zur Zeit von einer in der Nähe liegenden großen chemischen Fabrik abgeholt. Das abgetriebene Wasser wird in die städtische Tiefkanalisation geleitet.

X. Wassergasanlage.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Werkes wurde in den Jahren 1905/06 eine Wassergasanlage „System Humphreys & Glasgow" errichtet, und zwar zwei Gruppen mit je 9000 cbm und eine Gruppe mit 20000 cbm Tagesleistung. Die in unmittelbarer Nähe des Kesselhauses und Kokslagers errichtete Anlage besteht aus 2 Räumen, dem Generatorraum, in welchem auch die Kühler und Skrubberanlage Platz gefunden hat, und dem Maschinenraum, in dem die Gebläseanlage, die Gassauger und der Teerwascher stehen. Zwei Gebläse werden elektrisch, das dritte durch eine Dampfturbine angetrieben. Der neben der Wassergasanlage stehende Ausgleich-Gasbehälter, in dessen Bassin der Behälter für das Carburieröl eingebaut ist, hat einen Inhalt von 1000 cbm. Das Gas wird in einer besonders errichteten Reinigerhalle, welche sich neben dem großen Reinigerhaus II befindet, gereinigt und gelangt von hier nach dem Gasmessergebäude I, um hinter dem Gasmesser dem Kohlengas beigemischt zu werden.

XI. Verwaltungs-, Werkstättengebäude und Beamtenwohnhaus.

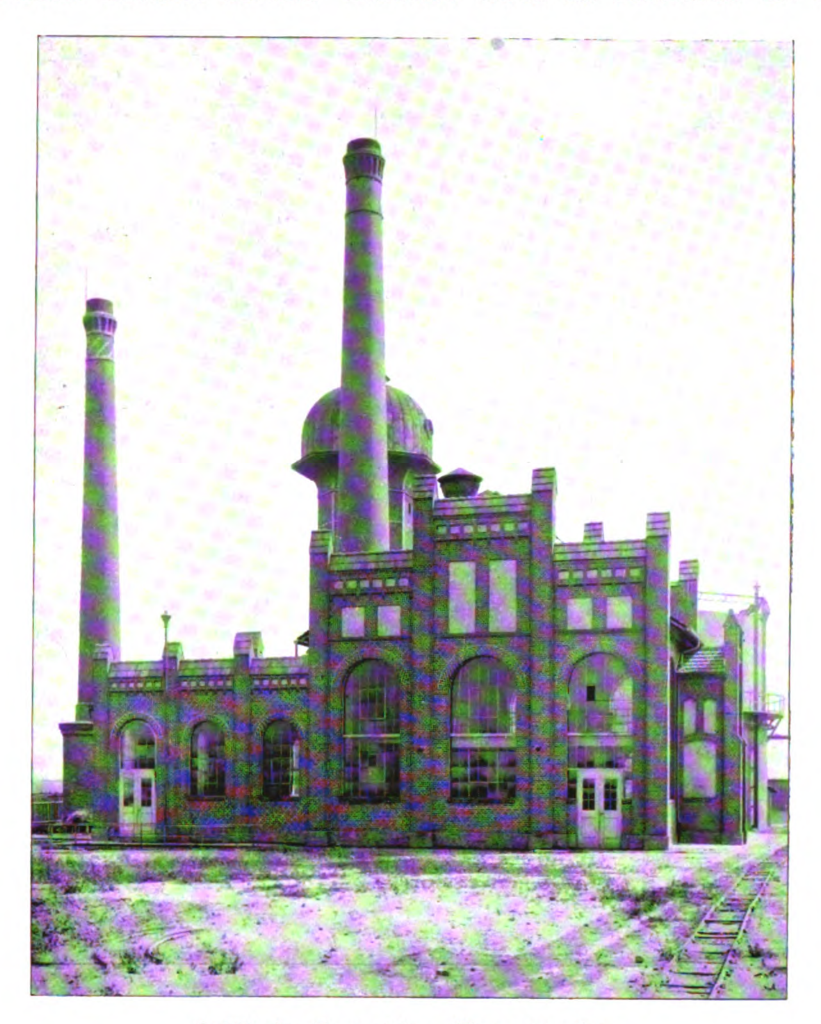
Neben der Haupteinfahrt zum Grundstück liegt das Verwaltungsgebäude, in dem bis vor kurzer Zeit die nunmehr nach dem neuen Verwaltungsgebäude verlegten Verwaltungs- und Kassenräume untergebracht waren. Zur Zeit befinden sich in dem Gebäude die Betriebsbüros, ein Revierbüro, die Lohnbuchhalterei und das Magazin. Auf der anderen Seite der Haupteinfahrt ist das Wiegehaus mit Pförtnerloge und Koksmarkenausgabe gelegen. Das Werkstattgebäude mit Schmiede, Reparaturschlosserei und Maschinenraum schließt sich unmittelbar an das Verwaltungsgebäude an und ist in leichtem Eisenfachwerk gebaut. In diesem Gebäude hat außerdem das Laboratorium Platz gefunden. Auf dem an der Kaiser-Friedrichstraße gelegenen Teil des Grundstücks befindet sich das Beamtenwohnhaus mit Gartenanlagen.

XII. Wohlfahrtseinrichtungen.

Für die Arbeiter ist in sehr reichlicher Weise für Unterkunftsräume und Wohlfahrtseinrichtungen gesorgt. Für die in den Ofenhäusern beschäftigten Leute befindet sich an der Koksseite der Retortenhäuser I und II über den Maschinenräumen ein großer reich belichteter Speiseraum mit darüber liegendem Bade- und Waschraum. Das Treppenhaus dieses Gebäudes ist von jedem Arbeitsflur der Retortenhäuser zugänglich, eine Einrichtung, welche von den Arbeitern angenehm empfunden

wird, da sie, ohne der Zugluft ausgesetzt zu sein, die Aufenthaltsräume direkt erreichen können.

Für die Hofarbeiter ist ein besonderes freistehendes Gebäude an der Bahn errichtet worden. Dasselbe erhält im Souterrain die Bade-



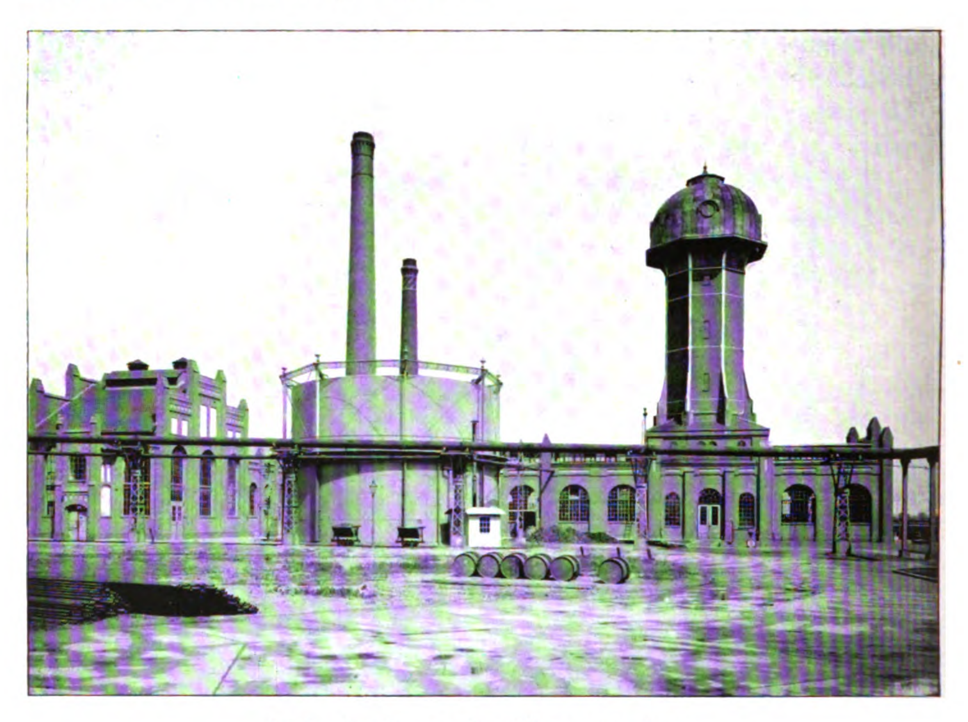
Städtische Gasanstalt. Wassergasanlage.

und Waschanlagen sowie die Heizanlagen. Im Erdgeschoß befindet sich der Arbeiterankleideraum, im Obergeschoß ein sehr geräumiger, gut belichteter und ventilierbarer Speisesaal nebst Kantine. Ankleide- und Baderaum sind zur Bequemlichkeit der Arbeiter und um den Verkehr über die zugige Haupttreppe zu vermeiden, durch eine besondere Treppe verbunden. Aus Zweckmäßigkeitsgründen sind in allen Räumen und

im Treppenhaus Wände und Fußböden mit Kacheln bekleidet, so daß eine schnelle und gründliche Reinigung leicht möglich ist.

Für die Handwerker sind im Werkstattgebäude Wohlfahrtseinrichtungen in hinreichender Weise vorhanden.

An der ¦Giebelseite der Wohlfahrtsgebäude ist eine der Neuzeit entsprechende Abortanlage angebaut.



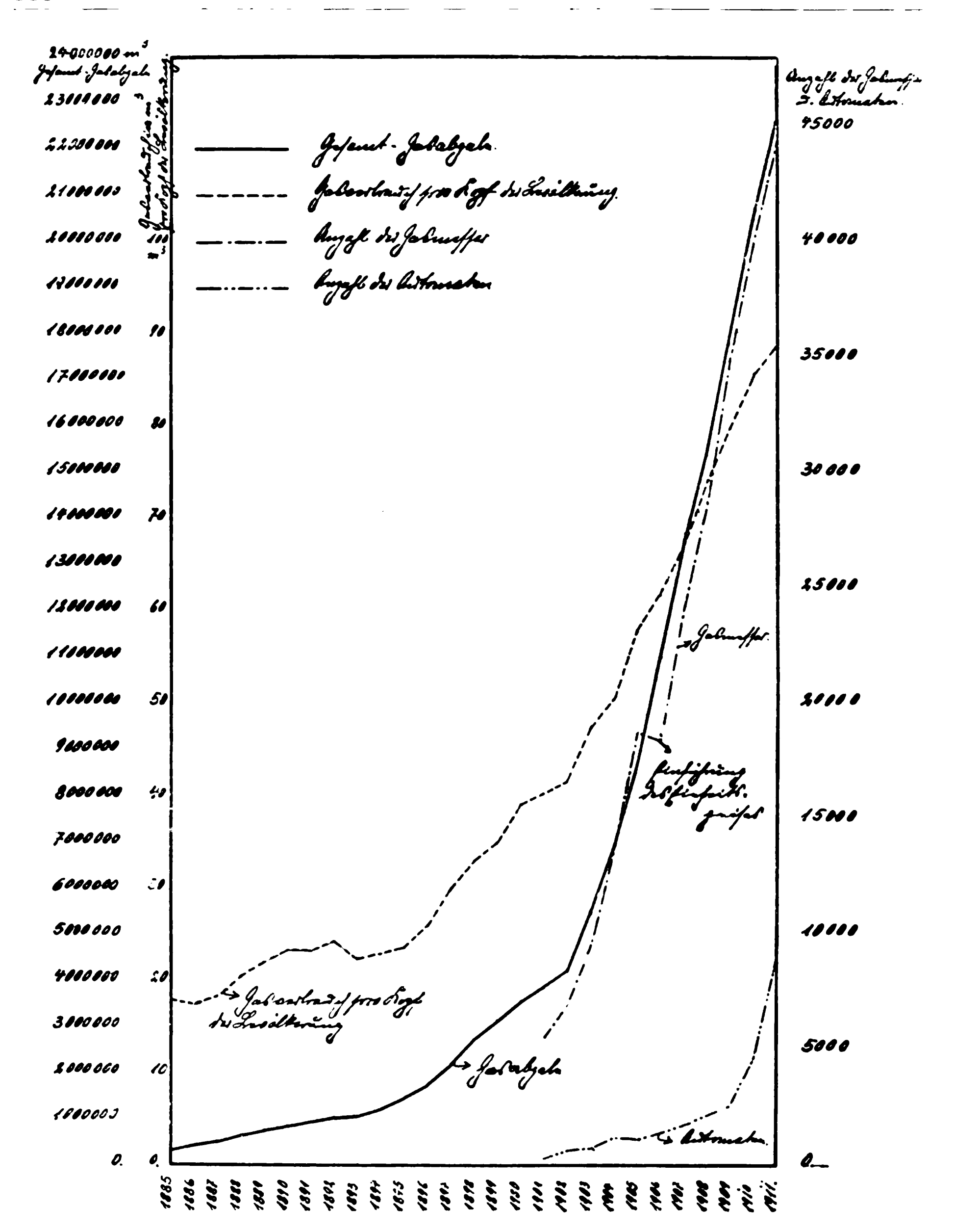
Städtische Gasanstalt. Wassergasanlage.

Gasbehälterstation.

Die Gasbehälterstation befindet sich auf dem ehemaligen Gasanstalts-Grundstück in der Kannerstraße. Das in der Gasanstalt an der Teupitzerstraße erzeugte Gas wird durch 2 Rohrleitungen von je 600 mm lichter Weite der Gasbehälterstation zugeführt. Das Reglergebäude ist ähnlich wie die Apparategebäude auf der Gasanstalt ausgeführt. Zur Zeit sind 4 Gasbehälter von $5000 + 2 \times 25000 + 85000 = 140000$ cbm Inhalt vorhanden. Sämtliche Gasbehälter sind freistehend und haben ein schmiedeeisernes Flachbodenbassin. Die Zuführung des Gases zur Stadt geschieht durch 2 Hauptrohre von 750 mm lichter Weite. Die zugehörigen 2 Stadtdruckregler sind einfachster Konstruktion mit Wasserbelastung.

Das neue Werk, welches mit einer Gasabgabe von ca. 4,3 Millionen cbm begann, gibt heute, nach einem kaum 10jährigen Zeitraum, bereits ca. 23 Mill. cbm Gas ab. Im einzelnen ist die Entwicklung der Gasabgabe aus der beigegebenen Tabelle und dem Diagramm ersichtlich.

Jahr	Einwohnerzahl	Gesamtabgabe im Jahr cbm	Höchste Gasabgabe in 24 Stunden cbm	Verhältnis der Maximal-Tagesabgabe z. Jahresabgabe cbm	Jahresabgabe p. Kopf der Bevölkerung cbm	Absolute Zunahme der Einwohnerzahl	Absolute Zunahme der Jahresabgabe	Zunahme in Prozenten der Einwohnerzahl	Zunahme in Prozenten der Jahresabgabe	Zunahme in Prozenten der Maximal-Tagesabgabe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1885/86	22 665	408 017	2 085	1:195,7	18,00	—	—	—	11,9	—
86/87	25 668	451 783	2 483	1:181,9	17,60	3 003	43 766	13,25	10,7	19,1
87/88	27 716	524 643	2 570	1:204,1	18,89	2 048	72 860	7,98	16,1	3,5
88/89	30 227	634 122	3 148	1:201,1	20,98	2 511	109 479	9,06	14,7	22,5
89/90	33 523	743 907	3 675	1:202,5	22,19	3 296	109 785	10,90	17,3	16,7
90/91	35 702	835 390	3 715	1:224,9	23,40	2 179	91 483	6 50	12,3	1,1
91/92	40 603	979 680	4 890	1:200,3	24,13	4 901	144 290	13,73	17,3	31,6
92/93	43 821	1 065 010	4 850	1:219,6	24,30	3 218	85 330	7,92	8,7	0,8
93/94	48 321	1 092 900	5 180	1:210,9	22,62	4 500	27 890	10,27	2,6	6,8
94/95	53 589	1 234 168	6 330	1:194,9	23,03	5 268	141 268	10,90	12,92	22,20
95/96	59 937	1 429 020	7 220	1:197,9	23,84	6 348	194 852	11,85	15,79	14,06
96/97	65 354	1 707 000	8 650	1:197,5	26,12	5 417	277 980	9,04	19,45	19,80
97/98	72 004	2 188 960	11 110	1:287,0	30,40	6 650	481 960	10,18	28,23	28,44
98/99	81 633	2 707 705	13 580	1:207,3	33,16	7 629	518 745	13,37	23,70	22,23
99/1900	89 220	3 130 560	14 650	1:213,7	35,09	7 587	422 855	9,29	15,62	7,88
1900/01	90 422	3 564 250	17 430	1:204,5	39,41	1 202	433 690	1,35	13,85	18,98
01/02	94 538	3 834 170	17 460	1:219,6	40,55	4 116	269 920	4,55	7,57	0,17
02/03	102 495	4 289 030	20 740	1:206,8	41,85	7 957	454 860	8,42	11,86	18,79
03/04	113 585	5 424 420	25 870	1:209,7	47,76	11 090	1 135 390	10,83	26,47	24,73
04/05	136 968	6 968 980	36 000	1:193,6	50,88	23 383	1 544 560	20,59	28,47	39,16
05/06	152 858	8 680 250	41 340	1:209,97	56,79	15 890	1 711 270	11,60	24,55	14,83
06/07	179 067	10 990 660	50 370	1:218,20	61,38	26 209	2 310 410	17,15	26.62	21,84
07/08	195 916	13 518 310	63 680	1:212,30	69,00	16 849	2 527 650	8,90	23,00	26,44
08/09	209 023	15 552 030	72 900	1:213,33	72,59	13 107	2 033 720	9,80	15,04	14,80
09/10	224 876	18 011 730	84 100	1:214,17	82,40	15 853	2 459 700	4,90	15,82	15,36
10/11	238 416	20 457 530	100 570	1:203,4	85,81	13 540	2 445 800	6,02	13 58	19,59
1911/12	255 217	22 693 670	104 510	1:217,13	88,92	16 801	2 236 140	7,04	10,93	3,92



Wenn auch der Jahreskonsum pro Kopf der Bevölkerung mit ca. 89 cbm hinter dem von Berlin (131 cbm), Charlottenburg (182 cbm) zurücksteht, so ist er doch weit größer als beispielsweise der Konsum von Lichtenberg (69 cbm), Spandau (62 cbm) und kann im Vergleich zu anderen Städten, welche ebenfalls wie Neukölln in der Hauptsache

von industriellen Arbeitern bewohnt werden, als sehr günstig bezeichnet werden. Jedenfalls ist die Steigerung der Gasabgabe, die prozentual in einer Reihe von Jahren sogar größer ist als die Steigerung der Einwohnerzahl, ganz außerordentlich.

Neben dem wachsenden Verständnis der Bevölkerung für die Vorteile der Gasverwendung in Haushalt und Küche ist es auch besonders die Einführung der Münzgasmesser, welche auf den Gasabsatz von bestem Erfolg gewesen ist. In welch raschem Tempo diese bei der Einwohnerschaft Aufnahme gefunden haben, geht aus folgender Statistik hervor:

Jahrgang	Gasabgabe durch			Zahl der		
	Gasmesser cbm	Münzgasmesser mit Einrichtung	Münzgasmesser ohne Einrichtung	Gasmesser	Münzgasmesser mit Einrichtung	Münzgasmesser ohne Einrichtung
1901	3 332 579	20 382	—	5 470	238	—
1902	3 689 507	122 739	—	6 885	705	—
1903	4 665 407	233 322	—	9 506	748	—
1904	5 944 761	378 750	—	13 458	1080	—
1905	7 451 334	393 812	—	18 706	1007	—
1906	9 714 969	463 730	1 209	18 242	1282	6
1907	11 997 741	606 436	5 481	23 820	1655	14
1908	13 750 784	690 263	18 601	28 763	1956	129
1909	15 596 652	830 590	120 149	34 942	2236	318
1910	17 298 633	925 576	331 887	41 246	3194	1359

Bei den Münzgasmessern wird auch in Neukölln die Koch- und Beleuchtungseinrichtung ohne Vorbezahlung gegen einen kleinen Aufschlag im Gaspreis den Konsumenten geliefert, eine Maßnahme, die hauptsächlich dem Mangel an Kaufkraft der unteren Volksschichten entgegenkommt. Außerdem stellt die Gasanstalt auch Münzgasmesser ohne Beigabe von Einrichtungsgegenständen auf. Der Preis für das cbm Leuchtgas ist hier derselbe wie bei Entnahme durch gewöhnliche Gasmesser. Während erstere es in 5 Jahren ihrer Installation auf 1007 Abonnenten brachten, sind letztere in dem gleichen Zeitraum auf 1359 gestiegen. Es ist das ein Beweis dafür, daß die bequeme Zahlungsweise der Münzgasmesser auch ohne sogenannte Gratislieferungen der Apparate Zugkraft hat. Die Einrichtung empfiehlt sich auch da, wo man mit zahlungsunsicheren Abnehmern rechnen muß.

Bis zum Jahre 1906 wurde das Gas auf Grund eines Doppeltarifes abgegeben, und zwar wurden erhoben 16 Pfennig für Gas zu Leucht-

zwecken, 10 Pfennig für Gas zum Kochen und zu gewerblichen Zwecken. Der dann eingeführte Einheitsgaspreis rechnet mit 13 Pfennige pro cbm. Ob dieser Einheitspreis auf die Konsumsteigerungen einen Einfluß gehabt hat, läßt sich nicht feststellen. Zur Zeit kommt auf je 5 Einwohner 1 Gasmesser, so daß, wenn — wie es in Neukölln der Fall sein würde — die Bevölkerung pro Familie auf 4—5 Köpfe gerechnet wird, sicherlich der größte Teil der Haushaltungen heute Gasanschluß hat.

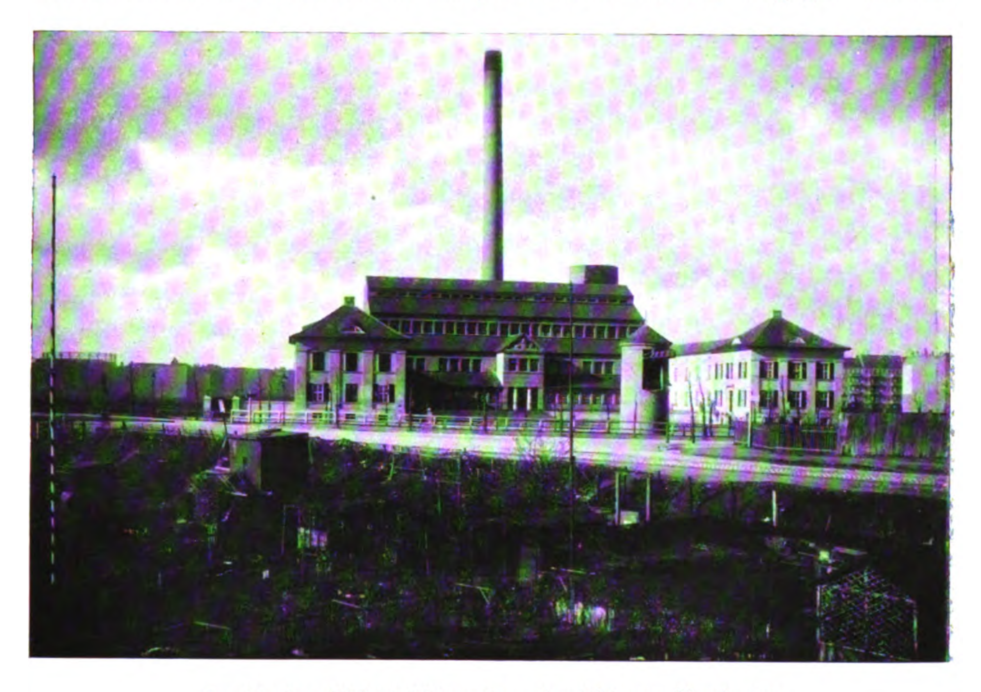
Die öffentliche Beleuchtung erfolgt zur Zeit ausschließlich durch Gas, und zwar in der Form des stehenden wie des hängenden Glühlichtes. Es sind ca. 2500 Laternen aufgestellt. Ab Oktober d. J. werden auch 2 Hauptstraßenzüge mittelst Preßgas beleuchtet werden, denen ein Straßenzug mit elektrischen Bogenlampen zur Seite tritt.

Für die bei der raschen Bevölkerungszunahme auch in Zukunft zu erwartende Erweiterung des Werkes ist insofern gesorgt, als bereits heute in unmittelbarer Nähe lediglich durch den Bahnkörper getrennt, größere Terrains von der Stadt erworben wurden, die mit dem alten Grundstück durch 2 Unterführungen verbunden sind. Da seitens der Bahnverwaltung ein Anschlußgeleise lediglich nach der den neuen Terrains zugelegenen Seite gestattet wird, so ist damit zugleich die längst ersehnte Möglichkeit direkten Bahnanschlusses gegeben. Das neue Gelände wird zunächst als Kohlenlagerplatz benutzt werden, später lassen sich daselbst etwa notwendig werdende Erweiterungsbauten des Gaswerks errichten.

Das Elektrizitätswerk Neuköllns.

Von Direktor *Voss*, Neukölln.

Die Frage der Errichtung eines stadteignen Elektrizitätswerkes ist bereits Ende der neunziger Jahre von unseren städtischen Körperschaften erwogen. Es wurde auch von einem Sachverständigen ein Projekt für den Bau eines Werkes ausgearbeitet, das jedoch nicht zur Ausführung gelangte, wie wir jetzt nachträglich sagen können „glücklicherweise"! Die städtischen Körperschaften nahmen dagegen ein An-



Städtisches Elektrizitätswerk. Ansicht von Nordosten.

gebot der Berliner Elektrizitätswerke, die Stadt von dem Werk „Oberspree" aus mit Strom zu versorgen, an. Für die Konzession, in den Straßen Kabel verlegen und aus denselben Strom abgeben zu dürfen, hatten die Berliner Elektrizitätswerke an die Stadt jährlich eine Zahlung zu leisten, deren Höhe sich nach der abgegebenen Strommenge richtete.

erbaut und außen rauh verputzt. Von diesen 3 Gebäuden dreiseitig begrenzt und gegen die Straße Weigandufer durch eine Betonmauer abgeschlossen, also zwischen Kanal und dem Kesselhause — möglichst kurze Transportwege für das Rohmaterial —, liegt das Kohlenlager, das durch eine auf Eisenbetonstützen ruhende Betondecke überdeckt ist, deren Oberseite asphaltiert ist und den Betriebshof des Elektrizitätswerkes bildet.

Auf der vom Kanal abgewendeten Seite des Maschinenhauses an der Straße 38 D ist eine Rückkühlanlage für das Kühlwasser der



Städtisches Elektrizitätswerk. Greiferturm.

Maschinen erbaut. Der Bau einer Rückkühlanlage war erforderlich, da der Kanal, aus dem das Kühlwasser sonst wohl hätte entnommen werden können, bisher als Stichkanal ausgeführt ist, der keine Zirkulation besitzt.

Auf der Kanalböschung, vom Grundstück des Werkes bzw. vom Kohlenlager getrennt durch die Straße „Weigandufer" ist ein rundes Türmchen von etwa 6 m ä. Durchmesser und ca. 9 m Höhe errichtet, das zur Aufnahme einer Greiferanlage dient. Hier wird die aus den oberschlesischen Gruben bezogene Nußkohle aus den Schiffen durch den Greifer gehoben, in den Turm befördert und einer Conveyoranlage übergeben, die sie unter der Straße hinweg auf das Kohlenlager bzw.

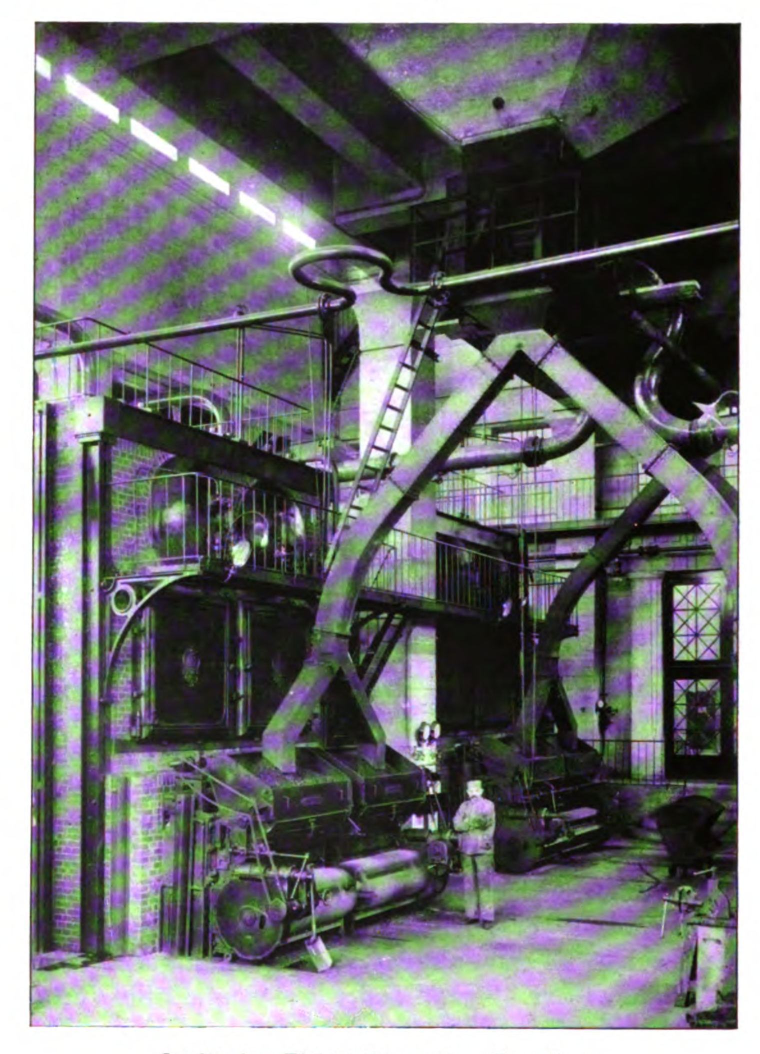
Der für die Folge wichtigste Paragraph dieses Konzessionsvertrages war derjenige, nach welchem bestimmt wurde, daß die Stadt das Recht haben sollte, bereits nach 10 Jahren — gerechnet von der erstmaligen Stromlieferung — nach voraufgegangener 2jähriger Kündigung die Stromversorgung anderweitig zu regeln. Von diesem Rechte wurde zum erstmöglichen Termin Gebrauch gemacht und gleichzeitig beschlossen, ein eigenes Werk zu erbauen. Maßgebend für diesen Beschluß war ein sehr eingehendes Gutachten eines hervorragenden Fachmannes. Dieser Beschluß wurde jedoch erst gefaßt, nachdem lange und eingehende Verhandlungen mit den Berliner Elektrizitätswerken ergeben hatten, daß es für die städtischen Finanzen nicht unwesentlich günstiger sei, die Stromversorgung aus einem eigenen Werk selbst zu übernehmen, trotzdem die Berliner Elektrizitätswerke ein nicht zu unterschätzendes Entgegenkommen zeigten. Es soll gleich hier gesagt werden, daß bereits das erste halbe Betriebsjahr einen Reingewinn — nach Abzug aller Unkosten, auch der Verzinsung und Abschreibung — ergibt, der etwa das Fünffache der Konzessionsabgabe der BEW. beträgt.

Da laut Vertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken bei Kündigung durch die Stadt das Kabelnetz nebst Zubehör von der Stadt zum Buchwert übernommen werden mußte, so handelte es sich bei der Errichtung eines stadteigenen Werkes lediglich um den Bau des Kraftwerkes und dessen Verbindung mit dem Mittelpunkt des Verbrauchsgebietes, d. h. dem bisherigen im Rathause befindlichen Hauptspeisepunkt. Für die Wahl des Bauplatzes war die Rücksicht auf eine möglichst wohlfeile Kohlenzufuhr maßgebend. Es wurde daher ein am Schiffahrtskanal in unmittelbarer Nähe des Gaswerks belegenes Areal von rund 10000 qm für 500000 Mk. erworben, von welchem etwa 8000 qm für das Kraftwerk benötigt wurden.

Der etwa 50 m lange und 30 m breite Hauptbau, der zur Aufnahme der Kessel- und Maschinenanlagen dient, ist vollständig aus Beton bzw. Eisenbeton hergestellt. Es ist dieses modernste Baumaterial angewendet, weil es bei den während der Bauzeit sehr niedrigen Zementpreisen billiger war als das bisherige Material — Ziegelsteine und Konstruktionseisen — und außerdem wesentliche Vorteile gegenüber letzterem aufweist. Im Gegensatz zu einem Bau aus Ziegelsteinen und Konstruktionseisen, einem absolut unhomogenen, nur mechanisch miteinander verbindbaren Material, ist ein Betonbau in gewisser Weise *aus einem Guß* hergestellt; er ist ein Ganzes ohne Verankerungen und Fugen und hat daher einen außerordentlich innigen Zusammenhalt.

Rechts und links wird der Hauptbau flankiert von einem Verwaltungsgebäude und einem Wohngebäude. Beide sind aus Ziegelsteinen

in die über dem Bedienungsgang des Kesselhauses befindlichen Kohlenbunker befördert. Diese Conveyoranlage, die eine Leistung von 25 t pro Stunde hat, ist selbstverständlich so eingerichtet, daß auch die zunächst auf dem Lager untergebrachten Kohlen später auf die Bunker

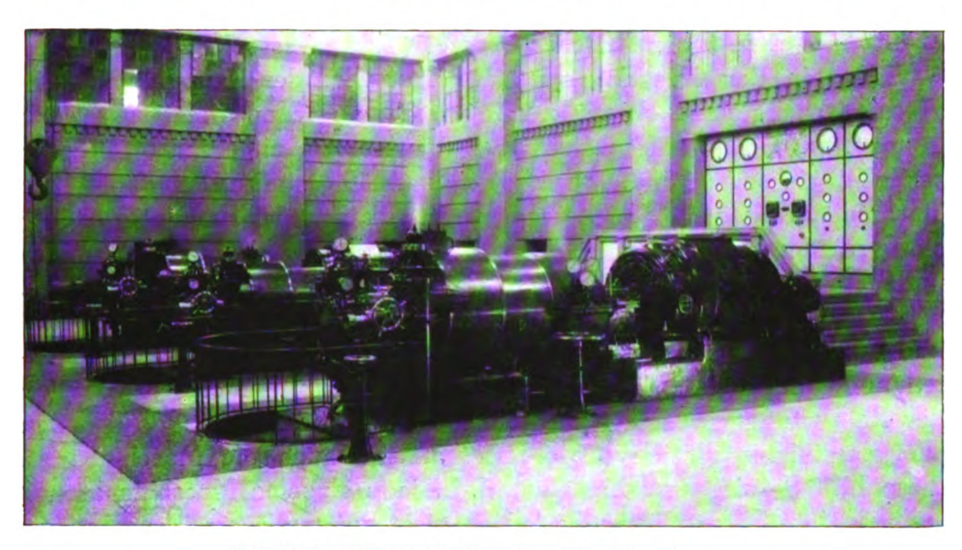


Städtisches Elektrizitätswerk. Kesselhaus.

hinaufbefördert werden können. Das Kohlenlager selbst bietet Raum für etwa 4000 Tonnen, während in den 3 Bunkern etwa 1000 Tonnen gelagert werden können. Bevor die Kohlen auf das Lager bzw. auf die Bunker gebracht werden, werden sie auf einer automatisch wirkenden

selbstregistrierenden Wage gewogen. Ebenso ist unterhalb der trichterförmigen Bunkerausläufe je eine automatische Kohlenwage mit Zählwerk eingebaut, so daß eine ständige Kontrolle sowohl der eingehenden wie der täglich verfeuerten Kohle gewährleistet ist. Nach Passieren der Wagen unter den Bunkern fallen die Kohlen durch viereckige Eisenrohre in die Vorratstrichter der Kessel und werden von den durch einen Elektromotor angetriebenen Kettenrosten neuster Konstruktion der Verbrennung zugeführt. Es werden sonach die Kohlen vollständig maschinell vom Schiff bis zur Verbrennung befördert, ohne von einer Schaufel berührt zu werden, stets unsichtbar und ohne Staubentwicklung.

Das Kesselhaus, das eine Länge von 27 m und eine Breite von



Städtisches Elektrizitätswerk. Maschinenhaus.

30 m hat, bietet Raum für 6 Kessel, die in 2 Reihen angeordnet sind. Zunächst sind 3 Röhrenkessel System Babcock & Wilcox von je 410 qm Heizfläche aufgestellt, während ein vierter bereits in Bestellung gegeben ist. Jeder Kessel ist mit einem Überhitzer von 120 qm und einem besonderen Economiser von 240 qm Heizfläche ausgerüstet und erzeugt stündlich 12000 kg (30 kg pro qm Heizfläche) Dampf von 16 Atm. Überdruck und 380° C., während die Economiser das Speisewasser von etwa 40 auf 110° C. vorwärmen, und so auch noch den letzten Rest der Wärme der Verbrennungsgase, soweit dieselbe nicht für den Auftrieb erforderlich ist, ausnutzen. Nach Passieren der Economiser gelangen die Verbrennungsgase durch zwei von einander unabhängige Füchse in einen 75 m hohen, oben 3 m weiten Schornstein ins Freie. Hervor-

gehoben soll hier werden, daß die Verbrennung der Kohle auf den Kettenrosten eine durchaus vollständige, d. h. rauchfreie ist.

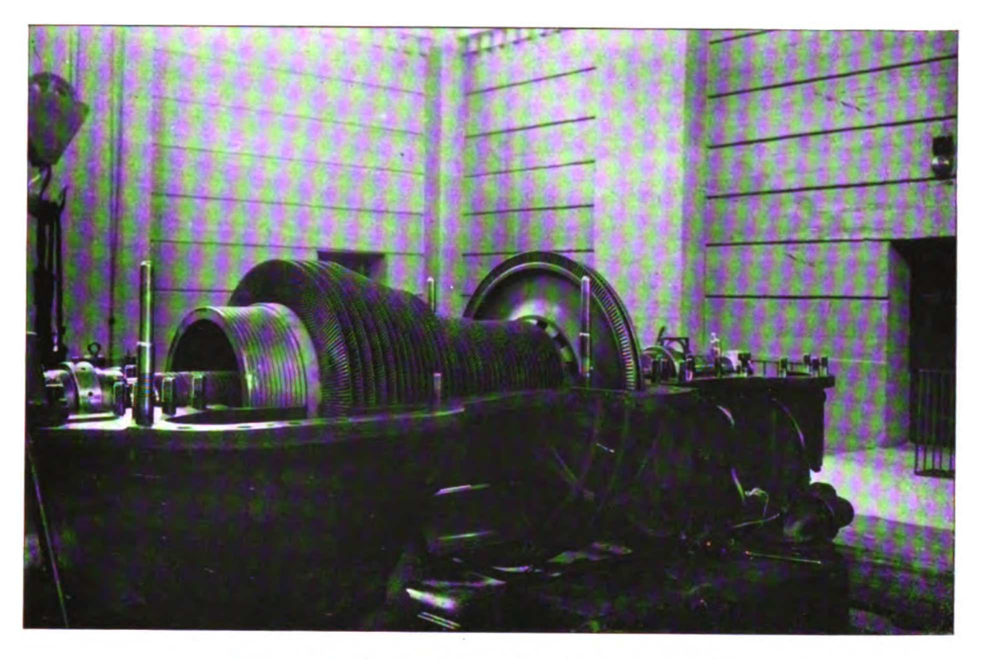
In dem Kesselhause ist ferner ein dreiteiliges Speisewasserbassin aus Beton untergebracht, auf dessen Decke zwei elektrisch angetriebene Speisepumpen mit einer stündlichen Leistung von je 30 cbm und 4 Injektoren von je 15 cbm Leistung aufgestellt sind. Die Speisepumpen werden durch einen automatischen Speisewasserregler selbsttätig an- und abgestellt, wenn der Wasserstand im Kessel dies erforderlich macht. Als Notreserve ist noch eine Dampfspeisepumpe aufgestellt. Da das zur Verfügung stehende Wasser einen sehr hohen Härtegrad besitzt, so wird es, bevor es in das Bassin fließt, durch einen automatisch betätigten Wasserreiniger von 3 cbm Stundenleistung enthärtet. Es wird jedoch täglich nur etwa 1 cbm frisches Wasser (Zusatzwasser) benötigt.

Der in den Kesseln erzeugte Dampf wird der Hauptleitung über automatische Rohrbruchventile, die auch von Hand betätigt werden können, zugeführt. Diese direkt auf den Kesseln angebrachten Ventile schließen sich selbsttätig, sobald eine übermäßig starke Dampfentnahme stattfindet, d. h. bei einem Zerreißen oder Platzen der Hauptrohrleitung; sie verhindern also automatisch ein weiteres Nachströmen des Dampfes und beseitigen somit eine schwere Gefahr für das Bedienungspersonal.

Die Hauptrohrleitung ist als vollständige Ringleitung ausgebildet und durch mehrere Absperrventile unterteilbar. Eine derartige Unterteilung ist nötig, um etwa erforderliche Reparaturen an einzelnen Teilen der Rohrleitung vornehmen zu können, ohne den Betrieb des ganzen Werkes stillzulegen. So wie die Kessel sind auch die Maschinen an diese Hauptleitung angeschlossen, d. h. jede einzelne Maschinenleitung ist durch ein Hauptventil, das jedoch nicht automatisch wirkt, absperrbar. Zur Ableitung des sich etwa bildenden Kondenswassers sind sämtliche Hauptleitungen mit den erforderlichen Kondenstöpfen versehen, welch letztere das Kondensat selbsttätig und ohne Dampfverlust in das Speisewasserbassin zurückführen.

Vom Kesselhaus durch eine Betonwand getrennt ist das Maschinenhaus. Seine Länge wurde so gewählt, daß sie gleich der Breite des Kesselhauses ist, also 30 m. Dadurch wurde erreicht, daß beide Räume, abweichend von der bisher üblichen Anordnung, unter einem Dach vereinigt werden konnten und beide äußerlich als ein um so imposanteres Ganzes wirken. Die Breite des Maschinenhauses ist 18 m. Der mittlere Teil (18 : 18 m) ist fast ebenso hoch wie breit und oben durch eine durchbrochene Kasettendecke, deren Öffnungen die Ventilation des Raumes bewirken, abgeschlossen. In etwa 10 m Höhe über Fußboden befindet sich die Laufbahn für einen über die ganze Länge des

Maschinenhauses verfahrbaren Montagekran, der mit zwei Laufkatzen von je 15 000 kg Tragfähigkeit ausgerüstet ist, so daß Stücke bis zu 30 000 kg Gesamtgewicht mit demselben gehoben und transportiert werden können. Decke und Wände des Maschinenhauses sind nur mit dem Scharriereisen bearbeitet; ohne Kachelbelag, Putz oder Anstrich und ohne jede unnötige Verzierung zeigen sie die rohe Struktur des Betons. Rauh und ungleichmäßig im Einzelnen machen sie als Ganzes einen äußerst harmonischen und imposanten Eindruck und erbringen wie das ganze Werk den Beweis, daß es auch ohne Aufwand reicher

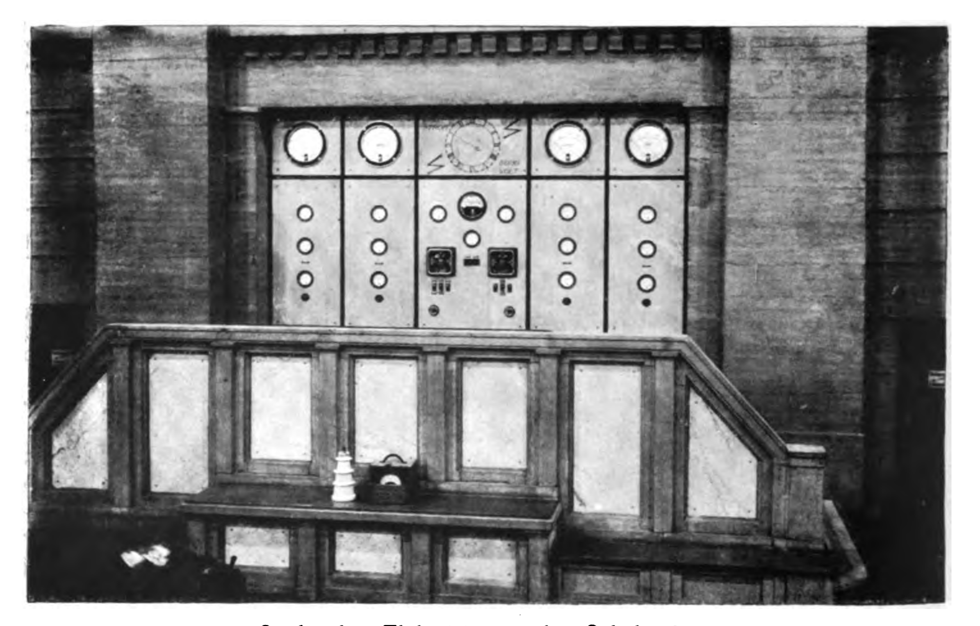


Städtisches Elektrizitätswerk. Turbine, geöffnet.

architektonischer Formen möglich ist, einen reinen Industriebau, der lediglich seinem Zweck angepaßt ist, harmonisch und schön zu gestalten.

Auf der vom Kanal abgewendeten Seite des Maschinenhauses hat wie bereits oben erwähnt ein Kühlwerk Platz gefunden. Es besteht abweichend von der bisher allgemein üblichen Bauart (Holz) aus einem massiven Gebäude, in dem die Horden untergebracht sind, und aus einem über 30 m hohen und oben 10 m weiten Schornstein aus gelben Ziegeln. Dieses Kühlwerk, das im Laufe dieses Sommers noch einen Schwesterbau erhalten wird, dient für die Rückkühlung des für die Kondensation des Dampfes erforderlichen Wassers.

In dem gewiß recht imposanten, für ein großstädtisches Elektrizitätswerk aber doch verhältnismäßig kleinen Maschinenraum ist Platz für 5 Dampfturbinen. Aufgestellt sind zunächst jedoch nur, entsprechend dem jetzigen Strombedarf in der Stadt, 2 Maschinen à 1500 KW. (ca. 2400 PS.) und eine (Nachtmaschine) von 750 KW. Eine weitere von 5000 KW.-Leistung ist bereits in Bestellung gegeben und soll im Herbst d. Js. in Betrieb kommen. Alle drei Turbinen, die nach dem kombinierten System Brown, Boveri-Parsons gebaut sind, arbeiten mit 3000 Umdrehungen in der Minute und sind mit den zugehörigen Dynamomaschinen direkt gekuppelt, welch letztere Drehstrom von 6000 Volt Klemmen-



Städtisches Elektrizitätswerk. Schaltanlage.

spannung liefern. Stromart und Spannung mußten mit Rücksicht auf das vorhandene Kabelnetz bzw. die vorhandenen Transformatoren so gewählt werden, um große und teure Umänderungen zu vermeiden.

Bevor der von den Maschinen erzeugte Strom in die Hauptkabel gelangt, muß er eine Reihe von Apparaten und Instrumenten bzw. die diese betätigenden Strom- und Spannungswandler durchfließen. Die für die Beobachtung und Regulierung der Maschinen erforderlichen Instrumente sind in Schaltpulten untergebracht, die auf einem erhöhten Podium im Maschinenhause stehen und zwar so, daß der sie bedienende Maschinist auch die Maschinen übersehen kann. Die Generalmeßinstrumente, die automatischen Spannungsregler für die Maschinen so-

wie die Ampèremeter für die abgehenden Kabel sind auf einer Marmortafel montiert; diese aus mehreren Teilen zusammengesetzte Tafel von etwa 5 · 5 m Größe ist in eine Aussparung der dem Kesselhause gegenüber liegenden Giebel-(Längs-)wand des Maschinenhauses eingebaut, bildet also gewissermaßen einen Teil dieser Giebelwand und zwar an der Stelle, wo das Schaltpodium steht. Hinter dieser Marmortafel, also bereits außerhalb des Hauptgebäudes und im Verwaltungsgebäude befindlich liegt der eigentliche Hochspannungsraum. Alle Leitungen und Apparate, die lebensgefährliche elektrische Ströme führen, sind in feuersicheren, dreiseitig geschlossenen Zellen untergebracht, deren vierte, d. h. die Vorderseite durch Drahtgittertüren ebenfalls abgeschlossen ist. Da die Hochspannungsschaltanlage gewissermaßen das Herz oder das Zentralnervensystem des ganzen Elektrizitätswerkes ist, so wurde auf sie ganz besondere Sorgfalt verwendet.

Von dem unter der eigentlichen Hochspannungsanlage befindlichen Keller nehmen vier Hauptspeisekabel ihren Anfang; sie sind die Hauptschlagadern, die sich im Körper der Stadt in viele dünnere Verteilungskabel auflösen und so den Strom den Transformatoren zuführen. In diesen Transformatoren wird alsdann der hochgespannte Strom in den niedriggespannten ungefährlichen Gebrauchsstrom von 220 Volt fast ohne Verluste umgewandelt und durch ein zweites, das Sekundärnetz, den einzelnen Häusern zugeführt, um hier entweder Licht zu spenden oder den Betrieben als billige Kraftquelle zu dienen.

Neuköllns Verwaltungsorganisation und Beamtenschaft.

Vom städtischen Bürodirektor *Maerker*, Neukölln.

Im Jahre 1899, als durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 13. Februar 1899 der Landgemeinde Rixdorf die Annahme der Städteordnung gestattet und das Ausscheiden aus dem Kreisverbande Teltow genehmigt wurde, ging eine vollständige Neuorganisation des Verwaltungsapparates vor sich. Die unter der Herrschaft der Kreis- und Landgemeindeordnung vereinigte Amts- und Gemeindeverwaltung wurde getrennt und die Polizeiverwaltung vom Staat übernommen; die Kommunalverwaltung mußte der Städteordnung gemäß organisiert werden. Während sich unter der Herrschaft der Landgemeindeordnung die kommunalen Körperschaften aus 7 Mitgliedern des Gemeindevorstandes und 24 Mitgliedern der Gemeindevertretung zusammensetzten, mußte nach der Städteordnung eine Vermehrung der Mitglieder um das Doppelte erfolgen. Wie aus der nachfolgenden statistischen Übersicht hervorgeht, bestand das erste Magistratskollegium der jungen Stadt aus 12, die Stadtverordnetenversammlung aus 48 Mitgliedern. Mit der gleich nach der Stadtwerdung einsetzenden ganz außergewöhnlichen Steigerung der Bevölkerungsziffer mußte natürlicherweise auch eine Vermehrung der Mitglieder der städtischen Körperschaften und namentlich auch der Beamtenschaft einsetzen.

Statistische Übersicht.

Jahr	Einwohnerzahl	Beamte		Magistrats-mitglieder	Stadt-verordnete
		Anzahl	Prozentualer Zuwachs		
1884	21 462	15		—	—
1889	30 227	17	13 %	—	—
1894	50 464	24	41 %	—	—
1899*)	85 182	63	163 %	12	48
1904	116 402	139	121 %	13	48
1909	207 859	311	124 %	17	72
1912	255 509	377	21 %	20	72

*) Stadtwerdung.

Das zwanziggliedrige Magistratskollegium besteht z. Zt. aus 8 besoldeten und 12 unbesoldeten Mitgliedern und zwar aus den beiden Bürgermeistern, 2 Stadtbauräten sowie 4 besoldeten und 12 unbesoldeten Stadträten. Von den beiden Bauräten hat einer das Tiefbau-, der andere das Hochbaudezernat inne. Die übrigen besoldeten Magistratsmitglieder sind bis auf eins aus der juristischen Laufbahn hervorgegangen. Die unbesoldeten Magistratsmitglieder, die auf 6 Jahre gewählt werden und von denen alle 3 Jahre die Hälfte ausscheidet und durch Neuwahlen ersetzt wird, sind frühere Stadtverordnete und Ehrenbeamte. Sie gehören den verschiedensten Berufen an, denen sie z. T. noch nachgehen. Unter ihnen befindet sich 1 Jurist, 1 Arzt, 7 Angehörige von Handel und Gewerbe, 2 Handwerker und 1 Landwirt.

Das Anwachsen der Verwaltungsgeschäfte hat des öfteren eine Verteilung und Vermehrung der Dezernate notwendig gemacht und dazu geführt, daß unbesoldete Magistratsmitglieder die Leitung bestimmter und umfangreicher Verwaltungszweige in uneigennützigster Weise übernommen haben. Augenblicklich ist die Verwaltung in 11 Dezernate geteilt, von denen 8 in den Händen der besoldeten Mitglieder liegen.

Die Stadtverordnetenversammlung, deren Mitgliederzahl — z. Zt. 72 — wie die der unbesoldeten Magistratsmitglieder durch Ortsstatut festgesetzt ist, setzt sich aus Kreisen der Grundbesitzer, des Mittelstandes — Kaufleuten, Handwerkern — und Angehörigen der Arbeiterschaft zusammen. Ihr Geschäftsgang wird durch eine besondere Geschäftsordnung geregelt. Auf Grund derselben wird zu Beginn jeden Jahres aus ihrer Mitte ein Vorsitzender, ein Stellvertreter, zwei Beisitzer sowie ein Schriftführer und ein stellvertretender Schriftführer gewählt. Die beiden letzten Ämter sind bisher immer 2 besoldeten Gemeindebeamten übertragen worden.

Für die Vorberatung der alljährlich aufzustellenden Etats sowie für die Prüfung der Jahresrechnungen hat die Versammlung einen Rechnungsausschuß und für die Vorbereitung der Wahlen der Magistratsmitglieder und der Beschlüsse über Beamtenanstellungen einen Wahlausschuß eingesetzt.

Das einmütige Zusammenarbeiten beider Körperschaften hat in erster Linie zur Größe Neuköllns beigetragen. Es kommt zur vollen Wirkung in den vielen Deputationen und Kommissionen, welche die städtischen Körperschaften, von dem Recht des § 59 der Städteordnung Gebrauch machend, zur dauernden Verwaltung und Beaufsichtigung der zahllosen Geschäftszweige eingesetzt haben. Welchen vielseitigen Aufgaben sie sich zu widmen haben und in welcher Weise sie sich zusammensetzen, geht aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

A. Deputationen.

Finanz- und Kassendeputation.

Zuständigkeit: Steuerordnungen, Anleihesachen, Anlegung von Kassenbeständen, Bankverkehr, Regelung und Beaufsichtigung des Kassenwesens.

Deputation für die städt. Hypothekenanstalt.

Deputation für die Köllnischen und Rixdorfer Wiesen', für die Rüsterlaken, Tempelhofer und Judenwiesen.

Zuständigkeit: Verwaltung und Beaufsichtigung der Wege nebst Zubehör in den Köllnischen und Rixdorfer Wiesen, Rüsterlaken, den Tempelhofer und Judenwiesen.

Deputation für die Zusammenlegung von Grundstücken.

Zuständigkeit: Beschlußfassung über alle die Zusammenlegung betreffenden Angelegenheiten und Vollziehung des Rezesses.

Deputation für die höheren Knabenschulen.

Zuständigkeit: Verwaltung des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, der Oberrealschule und der Realschule.

Deputation für die höhere Mädchenschule und die Mädchenmittelschule.

Zuständigkeit: Verwaltung der höheren Mädchenschule und der Mädchenmittelschule.

Städtische Schuldeputation.

Zuständigkeit: Verwaltung der Gemeindeschulen.

Krankenhausdeputation.

Zuständigkeit: Verwaltung des städtischen Krankenhauses in Buckow.

Deputation für die städtische Badeanstalt.

Deputation für die Volksbibliothek.

Deputation zur Beratung der durch Ortsstatut gegen die Verunstaltung von Ortsstraßen geregelten Angelenheiten.

Tiefbaudeputation.

Zuständigkeit: Bau, Pflasterung und Unterhaltung von Straßen und Brücken mit der Befugnis zu Vereinbarungen mit den Hauseigentümern über die Pflasterung von Bürgersteigen sowie bauliche Unterhaltung des Schiffahrtskanals mit der Befugnis, die Nutzungen zu verpachten. Verwaltung der Kanalisation. Vorschläge für die Inanspruchnahme von Straßengelände durch Vorgartenzelte, Schaukästen, Baumaterialienlagerung usw.

Deputation für die Bewirtschaftung der Rieselgüter.

Zuständigkeit: Verwaltung der städtischen Rieselgüter mit der Befugnis zur Verpachtung von Teilen und Nutzungen derselben. Beaufsichtigung des Wirtschaftsbetriebes.

Hochbaudeputation.

Zuständigkeit: Bau und Unterhaltung sämtlicher städtischen Gebäude, Denkmalspflege.

Grundeigentumsdeputation.

Zuständigkeit: Erwerbung, Veräußerung, Verwertung und Unterhaltung des städtischen Grundeigentums mit der Befugnis zur selbständigen Verpachtung und Vermietung von städtischen Grundstücken und Gebäuden bis zum jährlichen Mietpreis von 1500 Mk., Begutachtung von Bebauungsplanangelegenheiten.

Verkehrsdeputation.

Zuständigkeit: Regelung und Überwachung des allgemeinen, des Straßenbahn- und Eisenbahnverkehrs, des Markt- und Postwesens usw., Vorschläge für die Benennung von Straßen und Plätzen.

Deputation für das Feuerlöschwesen, Fuhrwesen usw.

Zuständigkeit: Feuerlöschwesen, städtisches Fuhrwesen, Straßenreinigung und Müllbeseitigung, Bau und Betrieb der Bedürfnisanstalten.

Gartendeputation.

Zuständigkeit: Verwaltung der Anpflanzungen und Gartenanlagen auf öffentlichen Schmuckplätzen, Promenaden und städtischen Grundstücken.

Armendeputation.

Zuständigkeit: Verwaltung der städtischen Armenangelegenheiten und Stiftungen, des Armen- und Siechenhauses, der Waisenabteilung und des Obdachs.

Gewerbedeputation.

Zuständigkeit: Verwaltung der gewerblichen und sozialen Angelegenheiten (Fortbildungsschule, Arbeitsnachweis, Innungs-, Krankenkassen-, Gewerbe-, Kaufmannsgerichtssachen usw.)

Deputation für das städtische Leihamt.

Deputation für die städtischen Friedhöfe.

Zuständigkeit: Verwaltung der Friedhöfe.

Deputation für die Freibank.

Zuständigkeit: Verwaltung der Freibank.

Deputation für die städtischen Werke.

Zuständigkeit: Verwaltung der Gasanstalt und des Elektrizitätswerks.

B. Kommissionen.

Kuratorium zur Verwaltung des Wohltätigkeitsfonds.

Zuständigkeit: Beschlußfassung über die Bewilligung von Unterstützungen, Darlehen usw.

Kuratorium zur Verwaltung der Boddinstiftung.

Zuständigkeit: Verwaltung der Boddinstiftung.

Gesundheitskommission.

Zuständigkeit: Gesundheitspolizeiliche Angelegenheiten (§ 11 des Gesetzes vom 16. September 1899).

Kommission zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Vorstand der städt. Sparkasse.

Zuständigkeit: Verwaltung der städtischen Sparkasse nach Maßgabe der Satzung.

Unter tunlichster Rücksichtnahme auf die den Dezernaten der Magistratsmitglieder überwiesenen Geschäftszweige sind die einzelnen Verwaltungsbureaus eingerichtet und angegliedert. Bei der dauernden Zunahme der Verwaltungsgeschäfte und der dadurch bedingten Vermehrung der Dezernate mußten auch sie des öfteren geteilt bzw. unter der Leitung eines Bureauvorstehers neu eingerichtet werden. Die größeren Verwaltungsbureaus wie Tiefbauamt, Hochbauamt, Armenverwaltung, Steuerverwaltung, Verwaltung für die soziale Gesetzgebung, Kassenverwaltung haben ihre besonderen Registraturen, während die Geschäfte der übrigen kleineren Bureaus durch die dem Dezernat I unterstehende Hauptregistratur kontrolliert werden. Die Hauptregistratur ist gleichzeitig die Zentral-Annahme- und Geschäftsverteilungsstelle, in der alle Eingänge zur Präsentation gelangen. Dem Dezernat I angegliedert ist ferner die Botenmeisterei, an deren Spitze zur Beaufsichtigung und Kontrolle des Dienstes der Unterbeamten ein Verwaltungsinspektor steht, und ferner die mit weiblichen Arbeitskräften besetzte Zentralkanzlei, die von einer Vorsteherin geleitet wird und alle vorkommenden Kanzleiarbeiten fast ausschließlich durch Benutzung von Schreibmaschinen anfertigt. Von den in der Kanzlei beschäftigten Maschinenschreiberinnen wird in der Beherrschung des Kurzschrift-Systems Stolze-Schrey eine derartige Fertigkeit verlangt, daß sie in der Lage sind, Stenogramme nach Diktat aufzunehmen und zu vervielfältigen. Nicht unerwähnt soll hierbei bleiben, daß seit einem Jahre neben der Kanzlei noch eine städtische Druckerei zur Herstellung von Vervielfältigungen, insbesondere aber zur Drucklegung von Stadtverordnetenvorlagen eingerichtet worden ist. Sie ist mit einer Schnellpresse neuester Konstruktion ausgestattet und hat unter sachverständiger Leitung durchaus rationell und zufriedenstellend gearbeitet. Demnächst wird die

Druckerei durch Übernahme des Anschlagwesens in städtische Verwaltung eine erhebliche Erweiterung erfahren müssen.

Wenn nicht der Umfang einzelner Verwaltungsgeschäfte die Einrichtung besonderer Verwaltungsbureaus begründete, so hat man in der Regel zwecks Ersparung von Kräften darauf Bedacht genommen, gleiche oder ähnliche Verwaltungsgeschäfte unter einem Bureauvorsteher zu vereinigen und möglichst alle Bureaus im Rathause unterzubringen. So sind auch heute noch die Stadthauptkasse, Sparkasse, Steuerkasse, die neu errichtete Hypothekenanstalt, das Leihamt unter der Leitung des Rendanten vereinigt. Eine Ausnahme von der Unterbringung im Rathause machen die Verwaltungsbureaus der städtischen Werke (Gas- und Elektrizitätswerk), das Bureau der Krankenhausverwaltung, der Straßenreinigung, die Zweigstellen der städtischen Steuerkasse und der Sparkasse, die Standesämter usw. Auf Anordnung des Magistratsdirigenten ist eine Kommission gebildet worden, die unter Leitung eines Magistratsdezernenten eine ständige Kontrolle über den gesamten Geschäftsverkehr und die Geschäftsverteilung zu üben hat und die auch namentlich dazu berufen ist, Vereinfachungen im Registratur- und Geschäftsverfahren herbeizuführen. Eine solche Maßnahme war in der jungen Verwaltung um so notwendiger, als der Aufbau des Verwaltungskörpers niemals Schritt halten konnte mit der Zunahme der Verwaltungsgeschäfte. Es war auch unmöglich, in der kurzen Zeit diejenige Anzahl eingearbeiteter und geschulter Arbeitskräfte selbst heranzubilden, die die immer erneuten und vermehrten Geschäfte erforderten. Es mußte daher oft auf in anderen Verwaltungen ausgebildete, bereits eingearbeitete Kräfte zurückgegriffen werden. Trotzdem steht die Zahl der in der Vorbereitung und Ausbildung begriffenen mittleren Beamten zu derjenigen der bereits angestellten im Mißverhältnis und zwar betragen die ersteren fast noch 60 %. Erst in einem Jahrzehnt wird sich ein angemessener Ausgleich erzielen lassen.

Während bei der Stadtwerdung im Jahre 1899 die damalige Amts- und Gemeindeverwaltung über einen Personalbestand von insgesamt 63 verfügte, zählte das gesamte Personal am 1. April 1912 folgende Personen:

A. Beamte einschl. der im Vorbereitungsdienst befindlichen und sonst. beschäftigten Personen der allgemeinen Verwaltung.

12 höhere Beamte,
237 mittlere Beamte, darunter 36 technische Beamte,
128 Unterbeamte,
136 Diätare und Anwärter,
34 Maschinenschreiberinnen und sonstige weibliche Angestellte.

B. Bedienstete und solche in der Vorbereitung.

25 in der Hauptverwaltung,

63 in der Verwaltung der städtischen Werke, darunter 18 technische Kräfte,

20 im Krankenhaus,

32 Maschinenschreiberinnen }
22 Bureauanwärter . . . } in der Verwaltung der städt. Werke.

Zu den höheren Beamten gehören die beiden ärztlichen Direktoren des städtischen Krankenhauses, die technischen Leiter des Gaswerks und des Elektrizitätswerks, 3 Stadtbauinspektoren, davon 2 für Tiefbau, der 3. für Hochbau, ferner der Direktor der städtischen Fortbildungsschule, der Direktor des statistischen Amts und 3 Magistratsassessoren. Von den 3 Assessoren ist der eine Mitdezernent der Armenverwaltung, der andere Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts und der dritte Leiter der städtischen Rechtsauskunftsstelle.

Bei den mittleren Beamten unterscheidet man die Kategorien der besonderen gehobenen Stellen, der Oberstadtsekretäre, der Bausekretäre, der Stadtsekretäre, der Magistratssekretäre, der Bauassistenten und der Bureauassistenten.

Für die mittlere Beamtenlaufbahn werden nur Zivilanwärter, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und mindestens im Besitze des Zeugnisses für die Unterprima einer Vollanstalt sind oder Militäranwärter, die während ihrer Militärzeit als Oberfeuerwerker, Zahlmeister-Aspiranten, etatsmäßige Schreiber oder in ähnlichen Stellungen beschäftigt waren, angenommen. Die Zivilanwärter haben eine dreijährige Supernumerarzeit abzuleisten, während der sie in den wichtigsten Verwaltungsabteilungen beschäftigt werden. Die Militäranwärter haben während einer dreimonatigen informatorischen Beschäftigung und einer sechsmonatigen Probedienstleistung ihre Brauchbarkeit für den Bureau- und Kassendienst darzutun. Sowohl die Zivil- als auch die Militäranwärter sind verpflichtet, an einem zweijährigen Unterrichtskursus, der von Assessoren und höheren Bureaubeamten geleitet wird, teilzunehmen. Nach erfolgreicher Ableistung der Vorbereitungszeit werden sie zu Diätaren ernannt und in dieser Eigenschaft als Beamte auf Vorbereitung angestellt.

Zum Aufrücken der Diätare in Bureauassistentenstellen ist die erfolgreiche Ablegung des Assistenten-Examens erforderlich. Bedingung zur Zulassung ist u. a. eine zweijährige diätarische Beschäftigung in der städtischen Verwaltung. Die Prüfung ist eine mündliche und schriftliche und erstreckt sich auf den Hauptinhalt der für die Verwaltung in Betracht kommenden Gesetze und Bestimmungen. Insbesondere wird

eine eingehende Kenntnis des Bureau-, Etats-, Kassen- und Rechnungswesens verlangt.

Nach dreijähriger Tätigkeit können Bureauassistenten, sofern sie in ihrem Amte über das Mittelmaß hinausgehende Befähigung und Fertigkeit bewiesen haben, das Stadtsekretär-Examen ablegen. Eingehende Kenntnis sämtlicher für die städtische Verwaltung in Frage kommenden Gesetze und Bestimmungen wird in diesem Examen verlangt. Die Prüfungen werden vor einer Kommission abgelegt, die sich aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden, einem Magistratsmitgliede, dem Bureaudirektor und den von Fall zu Fall zu ernennenden Bureauvorstehern der Prüflinge zusammensetzt.

Bureauassistenten, die nicht zu Stadtsekretären aufrücken, können nach einwandfreier 15 jähriger Tätigkeit als Assistent zu Magistratssekretären befördert werden.

An technischen Beamten werden in der Hochbau- und Tiefbauverwaltung Bausekretäre und Bauassistenten beschäftigt. Außerdem sind im Hochbauamt 1 Architekt und im Vermessungsamt 1 Landmesser als Beamte angestellt.

Als Bauassistenten werden nur Techniker mit abgeschlossener Baugewerksschulbildung eingestellt. Für das Aufrücken der Assistenten in Bausekretärstellen ist die Ablegung einer Prüfung erforderlich. Bedingung für die Zulassung zu diesem Examen ist die Vollendung des 28. Lebensjahres, der Besitz des Zeugnisses für den einjährigen Militärdienst und eine fünfjährige einwandfreie Tätigkeit in der städtischen Verwaltung als Bauassistent.

Die technischen und Betriebsbeamten sowie die Kanzlei- und Unterbeamten werden zunächst auf dreimonatige Kündigung angestellt. Nach sechsjähriger Tätigkeit kann ihre lebenslängliche Anstellung erfolgen.

Die Beamten erhalten Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung nach den für die Staatsbeamten jeweilig geltenden Grundsätzen. Für die Pensionierung der dauernd angenommenen Bediensteten kommt ein Gemeindebeschluß in Frage, welcher ihnen, ohne daß sie jedoch einen Anspruch darauf haben, dieselben Leistungen wie den Beamten zubilligt mit der Einschränkung, daß ihnen die Hälfte der von der Invalidenversicherung gewährten Bezüge zur Anrechnung gebracht wird. Im übrigen kann den Bediensteten auch durch Beschluß beider Körperschaften ein Rechtsanspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung eingeräumt werden.

Die Besoldung der Beamten und der Bediensteten ist durch eine Besoldungsordnung und einen Normalbesoldungsplan geregelt.

Reisekosten und Tagegelder werden den Beamten nach einem erst vor kurzer Zeit revidierten Reisekostenregulativ gewährt. Die Unfallfürsorge für Beamte und Bedienstete regelt ein Ortsstatut nach den für Reichs- und Staatsbeamte geltenden Grundsätzen.

Eine besondere Stelle in der Beamtenschaft nehmen die, wenn auch nicht unter den Beamtenbegriff engeren Sinnes fallenden Ehrenbeamten ein. Die Stadt bedient sich ihrer auf den verschiedensten Gebieten der städtischen Verwaltung und nur ihrer hingebenden Tätigkeit ist es zu danken, daß die mit zu den wichtigsten Aufgaben der Stadt gehörende, nach dem Elberfelder System eingerichtete Armenpflege in segensreicher Weise ausgeübt wird.

Das wichtigste Amt unter den Ehrenbeamten nehmen die Bezirksvorsteher ein, die den 24 Stadt- und 7 Unterbezirken vorgesetzt sind. Sie sind zugleich Vorsteher der Armenkommission ihres Bezirks, der außer ihnen ehrenamtlich tätige Armenpfleger und Pflegerinnen angehören. Für jeden Bezirk wird ferner zur Ausübung der Waisenpflege ein Waisenrat gewählt, dem Waisenpfleger und Pflegerinnen zur Hilfeleistung beigegeben sind. Im übrigen sind Ehrenbeamte in den Steuerkommissionen und als Schiedsmänner tätig. Sie alle versehen ihr Amt ehrenhalber und bekommen demzufolge eine Vergütung für ihre Tätigkeit nicht gezahlt.

Die gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle Neuköllns.

Von Magistratsassessor *Lange*, Neukölln.

Die vor 5 Jahren zusammen mit dem Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft gegründete, später von der Stadt in eigene Regie übernommene öffentliche Rechtsauskunftsstelle erteilt an Minderbemittelte unentgeltlich Auskunft auf allen Gebieten des privaten und öffentlichen Rechts, zumal der Arbeiterversicherung. Wie groß bei der immer zunehmenden Komplikation des Rechts das Bedürfnis nach einer solchen Stelle bei den minderbemittelten Bevölkerungskreisen ist, beweist die Zahl der im letzten Geschäftsjahr erteilten Auskünfte (7200). In überraschend kurzer Zeit ist es der von einem Volljuristen geleiteten Auskunftsstelle gelungen, sich das Vertrauen der Ratsuchenden zu erwerben und so in der sozialpolitischen Entwicklung der Stadt zu einem wichtigen Faktor zu werden.

Die Erfahrung hat auch hier gelehrt, daß dem Rechtsunkundigen mit der bloßen Rechts*auskunft* regelmäßig nicht gedient ist, daß ihm vielmehr in geeigneten Fällen auch ein wirksamer Rechts*schutz* gewährt werden muß. Allerdings ist die Rechtsauskunftsstelle nicht dazu da, um jeden Preis den „Kampf ums Recht" zu führen, sondern sie versucht zunächst unter verständiger Würdigung der Interessen der Gegenpartei eine gütliche, außergerichtliche Regelung des Streitfalls zu erzielen. Mit ca. 1100 Briefen ist im letzten Geschäftsjahr dieser friedensrichterlichen Tätigkeit der Rechtsauskunftsstelle gedient worden. Ist sie doch bei absoluter Unparteilichkeit und Unabhängigkeit wie keine andere Stelle dazu geschaffen, als Einigungsamt im wahrsten Sinne des Wortes zu fungieren.

Ist eine Einigung nicht zu erzielen, dann unterstützt die Rechtsauskunftsstelle den Ratsuchenden bei der Geltendmachung begründeter Ansprüche nach Kräften. Sie fertigt unentgeltlich Klagen und Schriftsätze, verschafft der Partei das Armenrecht, führt die Korrespondenz mit dem auswärts wohnenden Armenanwalt, betreibt zumal bei Unterhaltsansprüchen die Zwangsvollstreckung und führt die Pflegschaft für eheliche Kinder bei Unterhaltsklagen gegen ihren Vater, sowie für solche Personen, die Ansprüche auf dem Gebiet der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung erheben wollen. Eine persönliche Vertretung

einer Partei wird vor den ordentlichen Gerichten nicht übernommen, wohl aber vor dem Reichs-Versicherungsamt.

Rechtsberatung und Rechtsschutz kommen dann nicht mehr in Frage, wenn der Auskunftssuchende aus Rechtsunkenntnis bereits seine Ansprüche verloren hat oder wenn er sich zum Abschluß eines für ihn wirtschaftlich schädlichen Geschäfts verleiten ließ. Diesem Schaden sucht die Rechtsauskunftsstelle vorzubeugen durch geeignete Aufklärung des Publikums über häufig wiederkehrende Rechtsverhältnisse und Vorgänge im Wirtschaftsleben. Der Verbreitung von Rechtskenntnissen dienen der Aushang geeigneter Mitteilungen im Wartezimmer, die Verteilung der vom Verbande der Deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen (Vorsitzender: Oberbürgermeister Kaiser, Neukölln) herausgegebenen Flugblätter, die regelmäßige Veröffentlichung der gleichfalls vom Verbande gelieferten Pressenotizen und die gemeinverständliche Erörterung von Rechtsfragen in den Lokalblättern. Dem Kampfe gegen Schwindelfirmen jeder Art widmet die Rechtsauskunftsstelle besondere Aufmerksamkeit, wobei sie von den in Frage kommenden Behörden in dankenswerter Weise unterstützt wird.

Dem minderbemittelten Rechtsunkundigen in der täglich zunehmenden Wirrnis der Gesetze und Verordnungen ein Führer zu sein, ihn bei der Geltendmachung seiner Ansprüche tatkräftig zu unterstützen, drohendem Schaden vorzubeugen und dem Geschädigten das Gefühl der Erbitterung gegen die Rechtsordnung zu nehmen, das sind die Aufgaben der gemeinnützigen Rechtsauskunftsstelle. In der Erfüllung dieser Aufgaben dient sie nicht nur dem Einzelnen, sondern auch der Allgemeinheit und der Erhaltung des sozialen Friedens.



Städtisches Krankenhaus. Gesamtansicht.

Das städtische Krankenhaus Neukölln.

Von Prof. Dr. *Sultan*, Direktor der chirurgischen Abteilung.

Das moderne Krankenhauswesen hat sich zu einem mächtigen Kulturfaktor entwickelt, und sowohl der Staat wie die Städte, welche sich ihrer großen sozialen Aufgaben bewußt sind, wetteifern darin, Musteranstalten zu errichten, in denen bis ins kleinste den gewaltigen, noch vor wenigen Jahrzehnten ungeahnten Fortschritten der Hygiene und der gesamten ärztlichen Wissenschaft Rechnung getragen wird. Was unsere modernen Krankenhäuser auszeichnen soll, ist aber nicht allein die restlose Erfüllung dieser ärztlich-wissenschaftlichen Erfordernisse, sondern ihre Vereinigung mit der auch ästhetisch einwandfreien Ausgestaltung des Krankenhausbaues. Es ist nicht gleichgültig, ob die Baulichkeiten eines Krankenhauses in ihrer Gesamtanlage und in allen Einzelheiten einen harmonisch schönen Eindruck hervorrufen oder nicht. Der Blick auf ein wohlgepflegtes schönes Gärtchen, das ruhig vornehme Äußere eines Nachbargebäudes, eine wohl abgestimmte Farbenzusammenstellung in den Krankenräumen selbst, in denen große, mit frischen Blumen versehene Blumentische stehen, alle diese Dinge wirken auf den empfindsamen Menschen wohltuend, ohne daß er sich der Ursache bewußt ist; sie bringen eine ruhige Gemütsstimmung hervor, deren ein Kranker in viel höherem Maße als ein Gesunder bedarf. Man bezeichne solche Dinge nicht als überflüssigen Luxus, den man ruhig sich sparen könne, denn die Kosten des Baues brauchen deswegen nicht um einen Pfennig gesteigert zu werden. Eine geschickte Hausfrau, welche mit Liebe zur Sache in ihrer Küche waltet, wird mit den gleichen

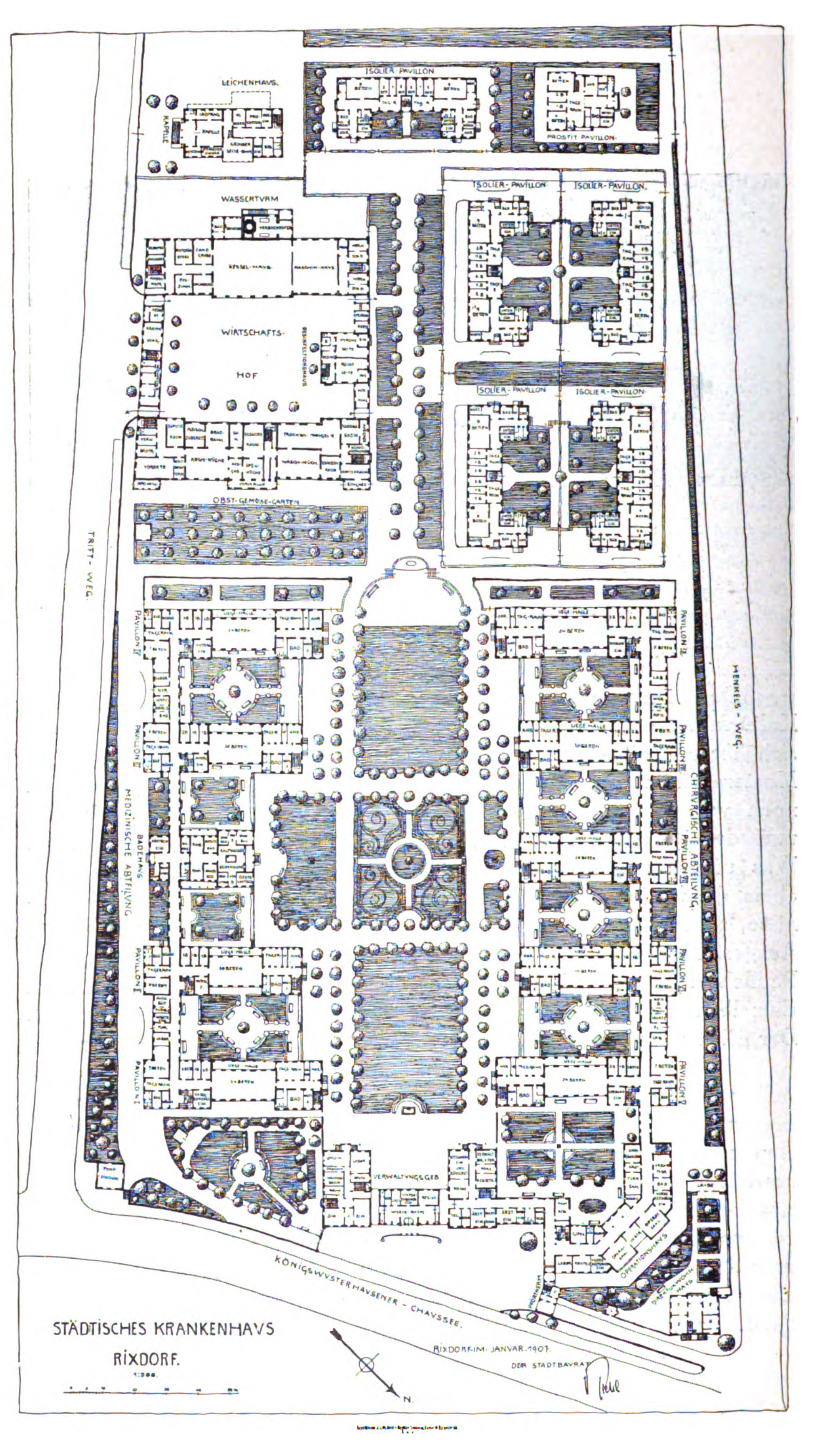


Abb. 1. Gesamtgrundriß.

Mitteln ein appetitliches Mahl herrichten, mit denen eine andere kaum den Hunger zu stillen versteht.

Wenn unser neues, von Stadtbaurat Kiehl erbautes und im Oktober 1909 dem Betrieb übergebenes städtisches Krankenhaus der Kritik nach der angegebenen Richtung hin standhält, so liegt die Ursache zum nicht geringsten Teil in der harmonischen Zusammenarbeit zwischen

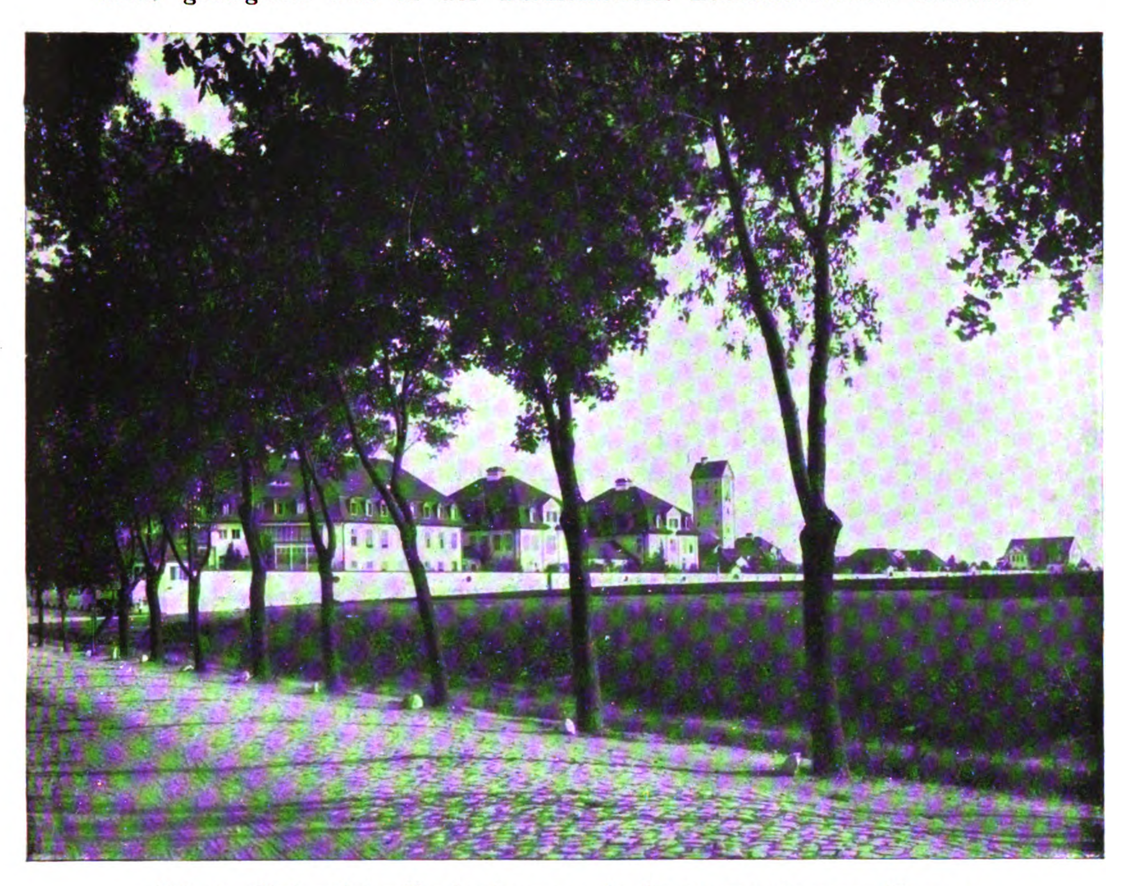


Abb. 2. Blick auf das Krankenhaus von der Königswusterhausener Chaussee.

dem Erbauer des Krankenhauses und seinem ärztlichen Berater. Gemeinsames Studium der gesamten Krankenhausfragen, gemeinsame Besichtigung der bedeutendsten Krankenanstalten Deutschlands und gemeinsame Bearbeitung des Projektes in allen seinen Einzelheiten, das mußte dem Bau zum Wohle gereichen und hat ihm, wie mir scheint, eine besondere Note verliehen.

Die vorliegende Beschreibung will in großen Umrissen ein Gesamtbild des Krankenhauses geben und Einzelheiten nur dann hervorheben,

wenn sie besonderes Interesse beanspruchen. Damit glaube ich auch dem wiederholt ausgesprochenen Wunsche vieler am Krankenhausbau interessierter Architekten und Ärzte, die unser Krankenhaus besichtigt haben, genügend nachzukommen.

Das Krankenhaus befindet sich auf einem 32 Morgen großen, von vier öffentlichen Straßen umgrenzten Terrain und wird bei vollem Ausbau der Unterbringung von ungefähr 900 Krankenbetten dienen. Zurzeit sind 450 Betten im Betriebe und Räume für weitere 260 Betten im Bau begriffen. Die **gesamte Anlage** ist aus dem Grundriß Abb. 1 ersichtlich, sie setzt sich in ihren Hauptteilen aus zweigeschossigen Pavillons zusammen, welche durch geschlossene, heizbare Gänge miteinander verbunden sind. So ist es möglich, die Kranken von ihrer Station nach dem Operationshaus, dem Badehaus, dem Röntgenlaboratorium und dem mediko-mechanischen Übungssaal zu befördern, ohne sie den Unbilden der Witterung auszusetzen. Die an der Königswusterhausener Chaussee gelegene Front wird vom Verwaltungsgebäude eingenommen; westlich davon sind die Pavillons der chirurgischen Abteilung mit dem Operationshause angeordnet, östlich die Pavillons der inneren Abteilung mit dem Badehause. Hinter dieser Hauptgruppe, welche in sich ein geschlossenes Ganzes bildet und einen geräumigen Garten umschließt, liegen die Infektionspavillons, die Wirtschaftsgebäude mit Maschinen- und Kesselhaus, das Desinfektionshaus und das Leichenhaus. Der zentrale Garten dient nur dem innern Betriebe und den Kranken zur Erholung, er wird von den neue Kranke zuführenden Krankenwagen nicht berührt; diese fahren vielmehr an den Außenseiten der Pavillons vor und liefern die Kranken dort ab. Ein eigenes Wasserwerk versorgt die Krankenanstalt mit hygienisch einwandfreiem Grundwasser, ein eigenes Elektrizitätswerk liefert Strom für Beleuchtungs- und Kraftzwecke, eine besondere Pumpstation treibt die Abwässer der Kanalisation zu.

Die Heizung sämtlicher Gebäude wird als Fernheizung vom Kesselhaus aus besorgt, und zwar ist allgemein der Grundsatz durchgeführt worden, daß in den von Kranken bewohnten Räumen Warmwasserheizung, in allen anderen Niederdruckdampfheizung zur Anwendung gelangt. Die Erzeugung des Warmwassers für Heizzwecke erfolgt derart, daß sich in dem Kellergeschoß jedes zu beheizenden Gebäudes ein Wasserboyler befindet, und daß dieses durch zentrale Dampfzuführung erhitzte Wasser in dem betreffenden Gebäude dauernd zirkuliert. Außerdem besteht eine vom Kesselhaus ausgehende zentrale Warmwasserversorgung für sämtliche Räume des Krankenhauses.

Alle Wasser- und Heizrohre, sowie die Gas- und elektrischen Leitungen liegen in unterirdischen, begehbaren, 2 m hohen Kanälen.

Auf Grund der anderweitig gemachten ungünstigen Erfahrungen ist von einer maschinellen Ventilationsanlage durchweg Abstand genommen worden. Der Abzug der schlechten Luft erfolgt durch natürlichen Auftrieb in Ventilationsschächten, in denen Heizkörper zweckentsprechend angeordnet sind; die Zufuhr frischer Luft erfolgt, nachdem sie erwärmt und filtriert ist, ebenfalls durch eigenen Auftrieb in be-



Abb. 3. Verwaltungsgebäude.

sonders hierfür konstruierten Kanälen, denen zur Vorwärmung und zur Beförderung des Auftriebes Heizkörper eingebaut sind.

Um einen richtigen Maßstab für die Beurteilung der Kosten des Krankenhausbaues im Vergleich zu andern Krankenhäusern zu erhalten, muß hervorgehoben werden, daß hier die Anlage eines eigenen Wasserwerkes (108 000 Mk.), einer elektrischen Zentrale (140 800 Mk.), einer Pumpstation (59 500 Mk.) und 25 000 Mk. für Straßenregulierung notwendig waren. Zieht man diese Summen von den Gesamtausgaben ab, dann werden bei vollem Ausbau des Krankenhauses die Kosten für Bau und innere Einrichtung zusammen die Summe von 8000 Mk. pro Krankenbett voraussichtlich nicht übersteigen.

Das große, aus einem Mittelbau und zwei Seitenflügeln bestehende **Verwaltungsgebäude** (Abb. 3) beherbergt in seinem Mittelteil die Räume für Untersuchung und Abfertigung der Aufnahme heischenden Kranken und im Obergeschoß einen großen Vortragssaal, der gleichzeitig als Schwesternspeisesaal dient. In den Erdgeschossen der Seitenflügel sind die Diensträume der Verwaltung und die Apotheke, in den Ober-

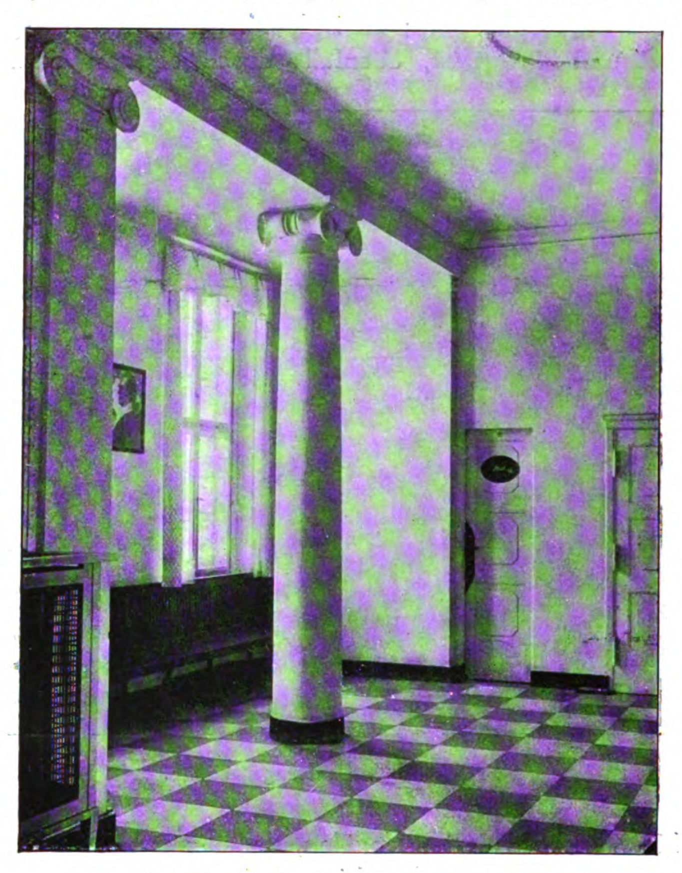


Abb. 4. Warteraum in der Aufnahme.

geschossen Ärzte- und Schwestern-Kasinos untergebracht, während die ausgebauten Dachgeschosse Personalwohnungen enthalten.

Für die Grundrißgestaltung der einzelnen **Pavillons** waren folgende Gesichtspunkte maßgebend: Jede Krankenstation sollte reichlich mit Isolierzimmern versehen sein, um Schwerkranke, Sterbende und frisch Operierte absondern zu können, sie sollte ein geräumiges Untersuchungs- bezw. Verbandzimmer enthalten und eine Liegehalle mit genügendem Raum, um die Kranken der Station bei günstigem Wetter bequem ins

Freie schaffen zu können (Abb. 5). Außer dem Hauptkrankensaal sollte ferner noch ein kleiner Krankensaal für 5—7 Betten mit gesondertem Bad und Klosett vorhanden sein, um unabhängig von den eigentlichen Infektionsabteilungen schon auf jeder Station gewisse Fälle von an-



Abb. 5. Blick auf die Liegehallen eines Pavillons.

steckenden Krankheiten von den übrigen Kranken isolieren zu können. In wie zwangloser Weise alle diese Forderungen sich erfüllen ließen, lehrt ein Blick auf den Grundriß (Abb. 6). Die Mitte wird von dem Hauptkrankensaal zu 24 Betten nebst Liegehalle eingenommen; zu beiden Seiten schließt sich je ein Kopfteil an. Der eine enthält drei Isolierzimmer zu ein, zwei und drei Betten, ferner den oben erwähnten

kleinen Saal für sieben Betten und das Untersuchungs- bezw. Verbandzimmer; der andere Kopfteil beherbergt den Tageraum, die Bäder, Teeküche und Wäscheräume. Jede Station ist mit einem Fäkalien- und Sputumsterilisator ausgerüstet.

Instrumenten-, Verband- und Apothekenschränke sind überall in die Wände eingebaut; das hat den großen Vorteil, daß sie fast unverwüstlich sind, daß sie keinen Platz fortnehmen und durch die Glastüren jederzeit eine Übersicht gestatten, welche die Kontrolle der Ordnung und Sauberkeit sehr erleichtert.

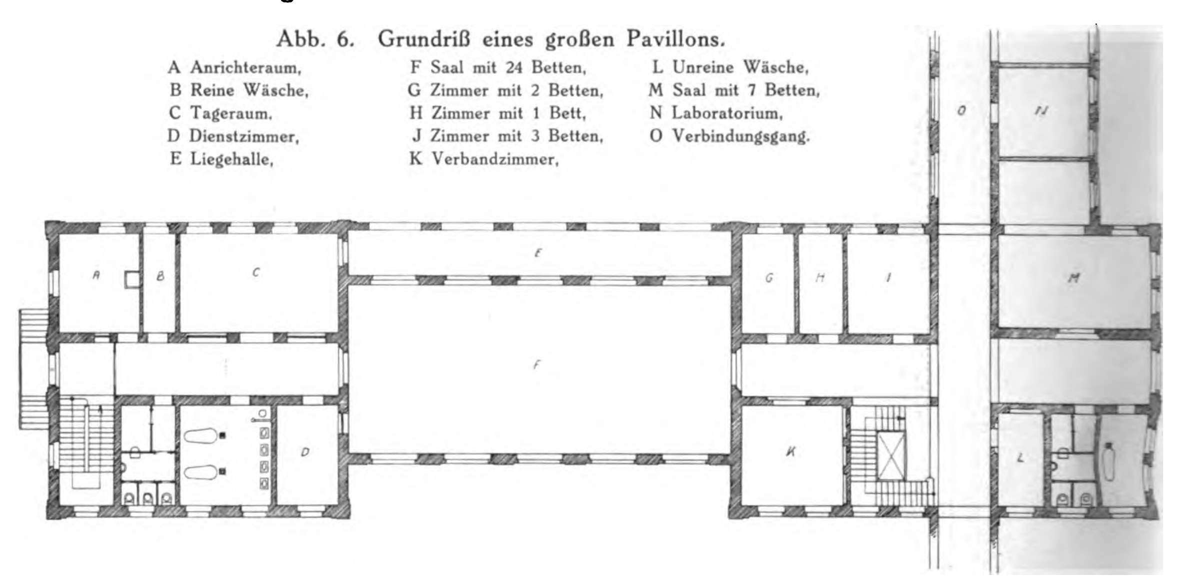


Abb. 6. Grundriß eines großen Pavillons.

A Anrichteraum, B Reine Wäsche, C Tageraum, D Dienstzimmer, E Liegehalle, F Saal mit 24 Betten, G Zimmer mit 2 Betten, H Zimmer mit 1 Bett, J Zimmer mit 3 Betten, K Verbandzimmer, L Unreine Wäsche, M Saal mit 7 Betten, N Laboratorium, O Verbindungsgang.

Zu den Obergeschossen führen für Betten benützbare Fahrstühle.

In den ausgebauten Dachgeschossen sind Wohnungen für die in dem betreffenden Pavillon beschäftigten Ärzte und Schwestern vorgesehen.

Das **Operationshaus** ist mit seinen beiden Operationssälen genau nach Norden orientiert. Die Anordnung der Räume, die sich im Betriebe als sehr zweckmäßig erwiesen hat, ist aus dem Grundriß Fig. 7 ersichtlich. Ein breiter nach dem Garten geöffneter und zu einer Vorhalle ausgebauter Korridor liegt den Operationssälen gegenüber und gewährleistet beste Durchlüftung und reichliche Lichtzufuhr. Zwischen dem großen aseptischen und kleineren septischen Operationssaal befindet sich der Instrumenten- und Sterilisierraum. Seine ganze nördliche Wand wird von den eingebauten Instrumentenschränken eingenommen, an der gegenüberliegenden Wand sind die Sterilisatoren für die automatisch dauernd auf Körpertemperatur regulierten Kochsalzlösungen und der große Verbandstoffsterilisator angeordnet. Die

Instrumentenkocher sind in die Wand zwischen Instrumentenzimmer und Operationssaal jederseits eingebaut, so daß die Instrumente von

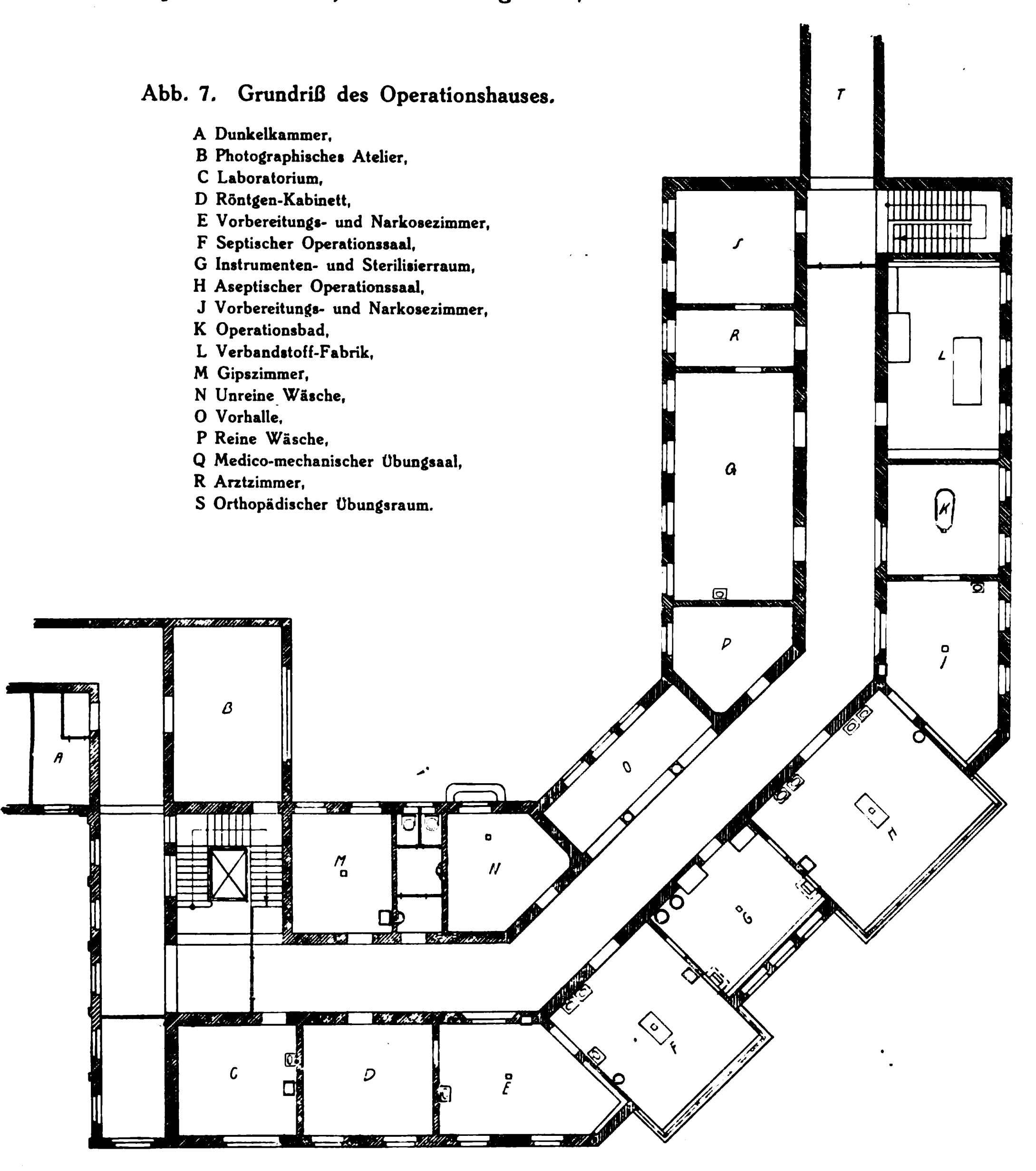


Abb. 7. Grundriß des Operationshauses.

A Dunkelkammer,
B Photographisches Atelier,
C Laboratorium,
D Röntgen-Kabinett,
E Vorbereitungs- und Narkosezimmer,
F Septischer Operationssaal,
G Instrumenten- und Sterilisierraum,
H Aseptischer Operationssaal,
J Vorbereitungs- und Narkosezimmer,
K Operationsbad,
L Verbandstoff-Fabrik,
M Gipszimmer,
N Unreine Wäsche,
O Vorhalle,
P Reine Wäsche,
Q Medico-mechanischer Übungsaal,
R Arztzimmer,
S Orthopädischer Übungsraum.

beiden Seiten her dem Kocher entnommen werden können. Ein darüber gebauter Abzugsschacht mit eingebauter Aspirationsheizung sorgt für Beseitigung des Wasserdampfes.

Die Abendbeleuchtung der Operationssäle liegt ganz außerhalb der Innenräume und wird durch große Bogenlampen bewerkstelligt, welche teils zwischen den Oberlichtfenstern und teils in die Seitenwände der Säle eingelassen sind. Dadurch erhält man ein so helles

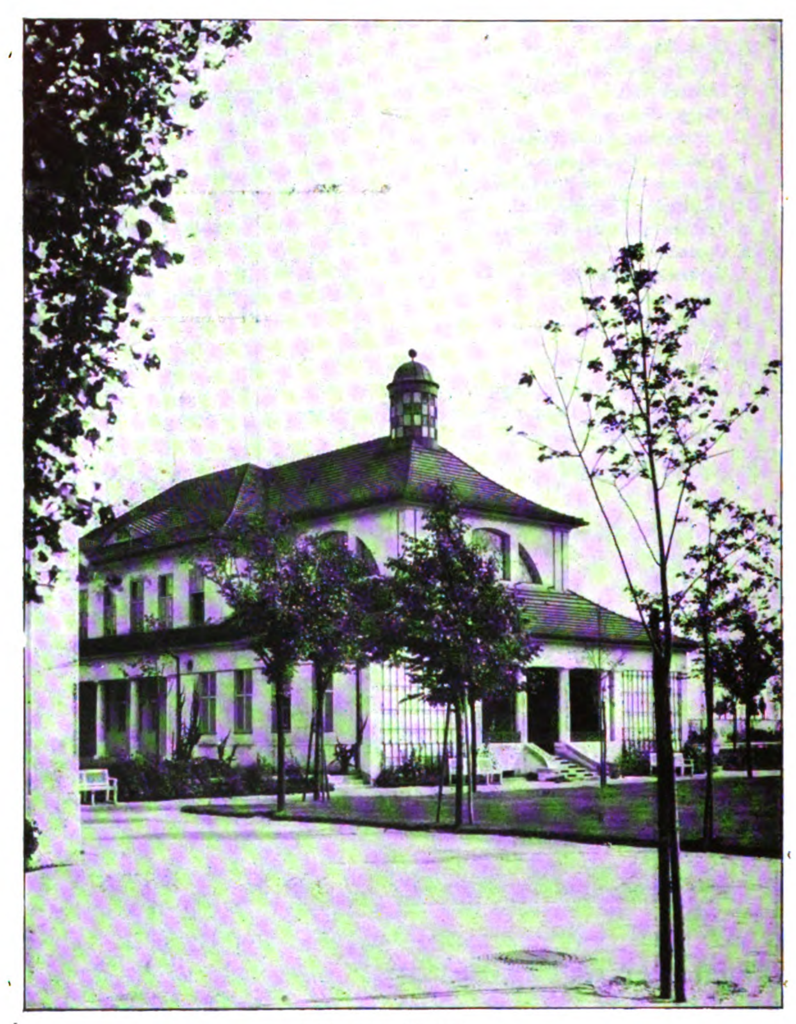


Abb. 8. Badehaus.

und zerstreutes Licht, daß die Schatten fast ganz aufgehoben werden und ein übersichtliches Operieren, z. B. auch in den Tiefen der Bauchhöhle, ohne alle Reflektoren oder Hilfsbeleuchtungen möglich ist. Der große Vorteil dieser Beleuchtung ist das Fehlen aller Staubfänger und jeglicher Wärmeentwicklung.

Neben jedem Operationssaal befindet sich ein Vorbereitungs- bezw. Narkosezimmer; das an den großen Operationssaal anschließende Vorbereitungszimmer ist mit einer Verdunklungsanlage versehen und steht gleichzeitig für alle notwendigen endoskopischen Untersuchungen zur Verfügung.

Die aus dem Grundriß ersichtliche Lage des chirurgischen Röntgenkabinetts ist so gewählt worden, daß nicht nur jeder Kranke der Abteilung im Bett hierher transportiert werden kann, sondern daß man

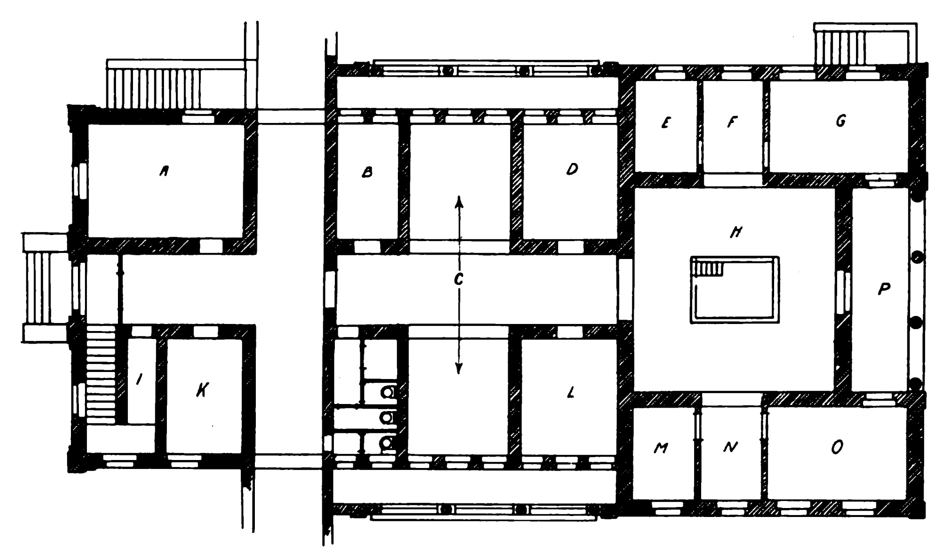


Abb. 9. Grundriß des Badehauses.

A Röntgen-Kabinett,
B Wäscheraum,
C Ruhe- und Massageraum,
D Medizinische Bäder,
E Sandsterilisation,
F Abkühlungsbäder,
G Sandbad,
H Kaltwasserbehandlung,
J Dunkelkammer,
K Raum für Quarzlampe,
L Römisch-irisches Bad,
M Raum-Inhalatorium,
N Nasen- und Rachen-Inhalatorium,
O Elektrische Bäder,
P Liegehalle.

auch direkt aus dem Operationssaal mit einem narkotisierten Kranken jederzeit leicht hierher gelangen kann.

Ein Operationsbad, ein mediko-mechanischer und orthopädischer Übungssaal, ein Raum für Verbandstoff-Herrichtung, ein Laboratorium für wichtige Untersuchungen während der Operation und ein besonderes Gipszimmer vervollständigen die Einrichtung des Operationshauses.

Das **Badehaus** bildet das Zentrum der inneren Abteilung und steht durch heizbare Gänge mit den inneren Pavillons in Verbindung. Es ist (siehe Abb. 9) mit allen modernen Einrichtungen einer rationellen Badebehandlung versehen; es enthält außerdem im Erdgeschoß das

Röntgenkabinett der inneren Abteilung und im Obergeschoß Räume für zeitweilige Unterbringung unruhiger Kranker.

Die im hinteren Teile des Grundstückes gelegenen **Infektionspavillons** (Abb. 10) sind sämtlich mit Sterilisatoren versehen, um die ganze Wäsche, bevor sie ins Waschhaus kommt, keimfrei machen zu können und so die Übertragung ansteckender Krankheiten zu verhindern.



Abb. 10. Infektionspavillon.

Das **Leichenhaus** bildet den südöstlichen Winkel der Anlage und mündet mit seiner Front auf die Triftstraße, wohin auch der Leichentransport geleitet wird, so daß davon das übrige Krankenhausgrundstück nicht berührt zu werden braucht. Außer den vorhandenen Sektionssälen befinden sich hier große Speziallaboratorien für alle mikroskopischen, bakteriologischen und chemischen Untersuchungen. Von diesen Räumen getrennt liegt der dem Publikum zugängliche feierlich und stimmungsvoll gehaltene Leichenaufbahrungssraum. Im Kellergeschoß sind unter anderem die Stallungen für Versuchstiere und ein Tieroperationsraum untergebracht.

Die sämtlichen **Wirtschaftsräume** bilden einen in sich abgeschlossenen Häuserkomplex und umschließen einen großen geräumigen Wirtschafts-

hof, der sich mit 2 Durchfahrten nach der Triftstraße öffnet. Die Zu- und Abfuhr von Kohlen und allen anderen Materialien ist infolgedessen von dem übrigen Krankenhausgrundstück vollständig getrennt, so daß in keiner Weise eine Belästigung daraus entstehen kann.



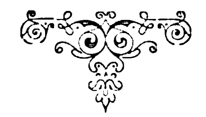
Abb. 11. Blick auf die Wirtschaftsgebäude und den Wasserturm.

Die nordöstliche Seite dieses Komplexes wird von den Küchen- und Waschräumen, die südwestliche Seite vom Kessel- und Maschinenhaus eingenommen, während die beiden anderen Seiten des Häuserquadrats vom Desinfektionshaus und von Wagenremisen und Stallungen gebildet werden. Der Wirtschaftshof ist unterkellert und mit zahlreichen Einwurföffnungen versehen, durch welche die Kohlen in den darunter befindlichen Kohlenkeller geschüttet werden. Dem-

entsprechend ist das Kesselhaus vertieft angelegt, so daß sein Fußboden mit dem des Kohlenkellers in gleicher Ebene sich befindet und die Kohlen in kleinen Wagen direkt vor die Kessel gefahren werden können.

Der Schornstein befindet sich im Innern des Wasserturmses; durch seine Lage im südöstlichen Teile des Grundstückes ist bei den vorherrschenden, westlichen Winden eine Rauchbelästigung des Krankenhauses vermieden worden.

Was die Ausgestaltung des Wirtschaftsbetriebes anlangt, so verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß durch die Überweisung der gesamten Milchproduktion eines städtischen Rieselgutes die Lieferung einwandfreier Mich gewährleistet ist, daß dem Krankenhause zur Verwertung der Abfälle eine große Schweinemästerei angegliedert worden ist, ferner eine Anlage für Eisbereitung und eine für künstliche Herstellung sämtlicher Mineralwässer, sowie ein Gewächshaus und eine Gärtnerei. Dazu kommt noch eine jetzt in Ausführung begriffene eigene Bäckerei. Der unschätzbare Wert aller dieser wirtschaftlichen Einrichtungen liegt nicht so sehr in der billigen Herstellung, als vielmehr in der Garantie für tadellose Beschaffenheit der Nahrungs- und Genußmittel, wie sie durch Bereitung in eigener Regie sichergestellt ist.



Kohlentransport- und Verladeanlage des Gaswerks Neukölln.

Die Kohlentransport- und Verladeanlage wurde von der Firma J. Pohlig Aktiengesellschaft in Cöln geliefert. Diese Firma baut seit langen Jahren als Spezialität derartige Anlagen und hat unter anderen die städtischen Gaswerke von Königsberg i. Pr., Brandenburg a. H., Charlottenburg, Berlin (Gitschinerstraße), Köln-Ehrenfeld, München-Moosach, Lüttich, Haag, Helsingfors, Venedig mit Kohlen- und Koksverlade-Einrichtungen ausgestattet. Die Firma ist besonders durch ihre patentierten fahrbaren Waggonkipper, sowie durch ihre vorzüglich arbeitenden Selbstgreifer bekannt.

F. & H. Wessel (Ausführung von Hoch- und Tiefbau).

Die Firma F. und H. Wessel, Berlin W. 57, Potsdamerstraße 96, beteiligt sich mit großem Erfolg an der Bauausführung bemerkenswerter kommunaler Bauten. Namentlich die Stadt Neukölln übertrug ihr sehr bedeutende Arbeiten, z. B. die Maurerarbeiten zum Rathausneubau, zur Gemeinde-Doppelschule in der Elbestraße, für die höhere Mädchenschule in der Berlinerstraße, die Vorschule des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Erweiterungsbauten der Gasanstalt u. a.

Im übrigen hat seit einer längeren Reihe von Jahren die Firma F. & H. Wessel hervorragende Ausführungen größerer staatlicher und kommunaler Bauten übernommen und zwar Arbeiten in großem Umfange, wie das Märkische Museum in Berlin, das Rudolph-Virchow-Krankenhaus, das Evangelische Johannesstift in Spandau, das Reichsgesundheitsamt in Dahlem nnd zahlreiche andere Bauten.

H. Windler, Königlicher Hoflieferant, Berlin N. 24.

Die in Ärztekreisen wohlbekannte, im Jahre 1819 begründete Firma H. Windler, Königl. Hoflieferant, Berlin N. 24, Friedrichstr. 133a, war bei der Beschaffung der inneren Einrichtung des Neuköllner Stadtkrankenhauses in Buckow betraut mit der Lieferung von 18 Operations-Tischen, 40 Instrumenten-Tischen, 65 Irrigator-, Flaschen- usw. Ständern, 88 diversen Stühlen, 121 aseptischen Spiegeln, 54 Verbandstoffbehältern, sowie Konsolen, Fußbänken usw. für 1 Aufnahme-, 3 Operations-, 2 Vorbereitungs-, 12 Untersuchungs-Zimmer und 1 Gipsraum, sowie mit Lieferung des sämtlichen Bedarfes an Operationsinstrumenten.

Es ist selbstverständlich, daß die Gegenstände den neuesten Anforderungen der Asepsis zu entsprechen hatten, und daß diese Aufgaben in den eigenen, mit allen modernen maschinellen Einrichtungen ausgerüsteten Werkstätten der Firma zu voller Zufriedenheit des Auftraggebers erledigt wurden. Die Firma hat, wie bei anderen Gelegenheiten, auch beim Neuköllner Stadtkrankenhaus bewiesen, daß sie durchaus leistungsfähig und allen zeitgemäßen Anforderungen gewachsen ist.

Paul Hardegen & Co., G. m. b. H., Berlin SO. 33.

Die großen Anforderungen, die heutzutage an moderne Telephon- und Signal-Anlagen gestellt werden, die große Betriebssicherheit, welche in Anbetracht der Tatsache, daß unsachgemäße Ausführung von Arbeiten einer Blitzableiter-Anlage dem zu schützenden Gebäude anstatt des erwarteten Schutzes Verderben bringen kann, des weiteren die große Gefahr, welche eine mangelhafte Starkstrom-Anlage für die Feuer-

sicherheit der mit elektrischen Anlagen versehenen Gebäude bedeutet, macht es zur notwendigen Bedingung, daß zur Ausführung derartiger Anlagen nur noch Firmen herangezogen werden, die in der Lage sind, für die absolute Güte und Betriebssicherheit ihrer Anlagen jede Garantie zu übernehmen. Darauf ist es wohl zurückzuführen, daß in der Stadt Neukölln sowie im benachbarten übrigen Groß-Berlin die Spezialfirma Paul Hardegen & Co., G. m. b. H., Fabrik elektrischer Apparate, Berlin SO. 33, Zeughofstr. 8, als Installations-Firma in der Reihe der Lieferanten den ersten Platz einnimmt. Durch eine Reihe von mustergültig ausgeführten Anlagen hat es die Firma dank der unermüdlichen Tätigkeit und der Tatsache, daß sie sich alle Errungenschaften der Neuzeit als Spezialfirma auf ihrem Gebiet stets zu nutze machte, dahin gebracht, daß sie das Vertrauen ihrer Auftraggeber in so großem Maße besitzt.

F. & M. Lautenschläger, Kgl. Hoflieferant, Berlin, Chausseestr. 92.

Die Firma ist bekannt als eine der ersten und maßgebenden, welche sich der Krankenhaus- und Laboratorium-Einrichtungen, sowie als ebenso bedeutende Spezialität der Ausstattung von Operationssälen, chirurgischen Privatkliniken und bakteriologischen Laboratorien widmete.

Seit Einführung der Asepsis in der Chirurgie arbeitete sie an den Ausbau dieses Spezialgebietes mit Erfolg unablässig weiter und hat die Anregungen von Schimmelbusch, des verdienstvollen Schülers von Bergmann, vielseitig ausgestaltet.

In der Bakteriologie war bekanntlich Robert Koch der bahnbrechende Führer; seine ehemalige Arbeitsstätte, das Königl. Institut für Infektionskrankheiten, wurde von F. & M. Lautenschläger ausgerüstet.

Für die Stadt Neukölln hat die Firma zahlreiche Einrichtungen an das neue Krankenhaus Buckow bei Rixdorf geliefert.

Die Holzindustrie in Neukölln.

Die Tischlerei hatte in der historischen Entwicklung des Erwerbslebens im ehemaligen Rixdorf eine durchaus nicht untergeordnete Rolle.

Vor ungefähr 35 Jahren wurden bekanntlich Grund und Boden Neuköllns noch von den eingewanderten böhmischen Bauern bestellt; als in dem nahen Berlin die Baulichkeiten für die emsig schaffende Industrie nicht mehr reichen wollten, als die Zeit der raschen Ausdehnung und des Blühens für Berlin und seine Vororte einsetzte, da bildete sich die Vereinigung „Bauverein der Tischler und Berufsgenossen". Er fand in dem südwestlichen Zipfel Neuköllns ein Neuland zur Ansiedelung der Mitglieder.

Hier errichteten die Handwerksmeister ihre Werkstätten und legten den Grund für die sich später in vielen Betrieben über die ganze Stadt ausbreitende Holzindustrie.

Viele der zu jener Zeit gegründeten Werkstätten errangen oder behielten eine größere Bedeutung für die Öffentlichkeit und am Markte.

Unter solchen Firmen, die aus kleinen Anfängen hervorgingen und sich dann zum Fabrikbetriebe übergehend in stets aufsteigender Linie entwickelten, befand sich auch die Möbelfabrik W. Laborenz, welche, im Jahre 1869 in Berlin gegründet, 1879 nach Neukölln übersiedelte.

Der Gründer dieser Betriebe interessierte sich frühzeitig für fabrikmäßige Herstellung von Möbeln und Holzteilen für die damals im großen Aufschwung befindliche Nähmaschinenfabrikation. Daher hatte er auch als einer der ersten die aus Amerika zuerst zu uns gekommene Holzbearbeitungsmaschine in seinem Betriebe benutzt. Der Betrieb wurde nach und nach erweitert, es wurden weitere Fabrikationsgegenstände

aufgenommen, darunter die Erzeugung von Tischen aller Art und ganz besonders auch die Herstellung von Bureaumöbeln nach amerikanischem System. Die Firma W. Laborenz, Neukölln, Knesebeckstr. 107, hat sich mit den Erzeugnissen im In- und Auslande einen guten Ruf erworben. Sie arbeitet mit etwa 200 Arbeitern und 100 Hilfsmaschinen.

Conveyor-Baugesellschaft m. b. H., Berlin.

Diese Firma fabriziert Transportanlagen nach modernstem Prinzip und als besondere Spezialität ihre automatischen Conveyor-Anlagen, das sind Becherwerke, welche in der Lage sind, infolge ganz vollkommener Konstruktion Kurven, sowohl in vertikaler, wie horizontaler Ebene anstandslos zu durchfahren und damit den Transport des Materials unter Überwindung jeglicher örtlicher Schwierigkeiten nach jedem Punkte des Raumes vorzunehmen, ohne daß eine Umladung erforderlich wird. Diese Conveyor-Konstruktionen, welche vielseitig patentamlich geschützt sind, finden ganz besonders ausgedehnte Verwendung zur Bekohlung von Kesselhäusern in Elektrizitätswerken und sonstigen größeren Kraftzentralen, wie auch zur automatischen Bekohlung der Retorten in Gaswerken. Die Anlagen zeichnen sich aus durch einen vollkommen automatischen Betrieb, so daß durch dieselben eine große Anzahl von Arbeitskräften erspart und der Transport des geförderten Materials mit äußerst geringen Kosten bewerkstelligt wird. Auch zur Beschickung von Lagerplätzen und dergleichen, wie zu allen andern Zwecken, wo es sich um den Transport von Massengütern. wie Kohle usw. handelt, finden diese Transportanlagen weitgehendste Verwendung und verdrängen dieselben infolge ihrer vielseitigen Vorzüge alle älteren Transportmittel, insbesondere Elevatoren, Transportbänder und Schnecken, welchen Transportmitteln die neuen Conveyor-Konstruktionen weit überlegen sind. Der Kraftbedarf der Anlagen ist ein sehr geringer und damit auch die auftretende Abnutzung, so daß die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen hierdurch noch weiterhin erhöht wird. Infolge des automatischen Betriebes der ganzen Anlagen ist auch die Bedienung derselben nur eine geringe, so daß ein einziger Arbeiter den ganzen Kohlentransport vornehmen und überwachen kann, selbst in Fällen, wo es sich um umfangreiche und komplizierte Anlagen handelt. Durch die vollkommene Raumbeweglichkeit dieser Becherwerke lassen sich dieselben auch den schwierigsten örtlichen Verhältnissen anpassen und ergeben auch dort noch einen rationellen und vorteilhaften Betrieb, wo andere Transportmittel versagen oder außerordentliche Komplikationen herbeiführen. Die Firma ist zur Projektbearbeitung gern bereit und steht auf Anfragen auch mit Ingenieurbesuch zur Verfügung. Dieselbe hat u. a. auch die umfangreiche Anlage für das Elektrizitätswerk Neukölln ausgeführt.

Aktiengesellschaft Lauchhammer.

Zu den bekanntesten Eisenwerken, deren Erzeugnisse in allen Städten zu finden sind, zählen die Betriebe der Aktiengesellschaft Lauchhammer, die sich in Lauchhammer, Riesa a. d. Elbe, Gröditz b. Riesa, Burghammer befinden, die auch in Berlin-Wittenau Werkplätze besitzt, sowie Berliner technische Bureaus und Musterlager. Das mit einem Aktienkapital von 10 Millionen arbeitende Werk beschäftigt gewöhnlich rund 5000 Arbeiter bei einem Umsatz von etwa 35 Millionen Mark.

In dem Werk Lauchhammer wird die Eisengießerei in umfangreichster Weise betrieben und gerade der dort erzeugte Bauguß für Säulen, dekorative Bauteile, Kandelaber und Laternen, Straßenbrunnen, Feuermelder usw., Guß nach beliebigen Modellen, erfreut sich in der deutschen Architektur und von seiten städtischer Architekten allgemeiner Verwendung. Das Werk Lauchhammer ist an und für sich ein sehr

interessanter Betrieb, der auch emallierte Gegenstände in den erdenklichsten Ausführungsarten mit deutscher oder ausländischer Porzellanemaille herstellt. Besonders Badewannen für städtische Gebäude und Spitäler, Wascheinrichtungsgarderoben, Hausentwässerungsgegenstände, Wandbrunnen, sowie Wasch- und Kochkessel auch für Schlachthöfe usw. kann der Besucher entstehen sehen.

Der Kunstguß wurde schon seit vielen Jahren im Werke Lauchhammer erzeugt, und je nach den gewünschten Zwecken veredelt, geschliffen, bronziert, vernickelt, verkupfert usw. Die Modelle entsprechen modernen Geschmacksrichtungen.

Bekannt sind auch die Schlossereierzeugnisse Lauchhammers. Von der Wendeltreppe, dem eisernen Fenster und Geländer bis zu Masten für elektrische Licht- und Kraftleitungen, stilsicher ornamentierten Rohrmasten und Transformatorhäusern, werden alle Bedarfsobjekte, selbst für Kasernen und Feuerwehrdepots und für die Tropen hergestellt.

Die Eisenkonstruktions-Werkstätten in Riesa und Berlin-Wittenau bauen nach eigenen und fremden Entwürfen Brücken und Hochbauten, ganze Hallen und Gebäude in Eisenfachwerk, Wassertürme, Schützen- und Schleusentore und Masten für drahtlose Telegraphie.

Zu den neueren Anlagen der Aktiengesellschaft Lauchhammer rechnen die Betriebe für Maschinenbau, von denen Kräne und Aufzüge mit elektrischem Antrieb, mechanische Transport- und Verladeeinrichtungen und Hüttenwerksmaschinen und eine ganze Reihe anderer Spezialitäten in Kommune und Fabrik, in vielen Industrien Eingang und beste Beurteilung gefunden haben.

Die Bronzegießerei für Denkmäler und plastische Kunstwerke kann ebenfalls auf die ältesten Gründungsjahre des Werkes zurücksehen. Dieser Betrieb ist einer der wenigen seltenen deutschen, die nach dem Wachsausschmelzverfahren als auch in Sand geformte Denkmäler und Gedenktafeln hergestellt haben, welche auch in aller Welt zur Aufstellung kamen. Besondere Maschinen liefern Vergrößerungen und Verkleinerungen gegebener Modelle.

Das Werk Riesa erzeugt als Martinwerk Siemens-Martin-Flußeisen für eigenen und fremden Bedarf, also Façoneisen jeder bekannten Nummer, Grobbleche, Riffelbleche und Rinnenbleche. Auf Werk Riesa erzeugt das Rohrwalzwerk nahtlose gezogene Rohre; eine besondere Rohrzieherei für stumpf geschweißte Rohre, Verzinkerei, Rohrschlangenbau arbeitet für entsprechende Spezialzwecke. Besonders Heiz- und Kühlschlangen und Dampfüberhitzer nach neuesten Gesichtspunkten bilden auch den Gegenstand der Erzeugung.

Auf Werk Gröditz endlich sind die bekannten Röhrengießereien der Aktiengesellschaft Lauchhammer, wo von dem einfachen gußeisernen Muffen- und Flanschenrohr bis zum schwachwandigen Kanalisationsrohr jede Façon und jede Stärke hergestellt wird. Die Graugießerei arbeitet für Wasserwerke, Straßenbau, Gasanstaltseinrichtungen, die Weichgußfittingsfabrik und Stahlformgießerei haben ihre besonderen Spezialitäten, z. B. Röhrenfaçons für höchste Drucke.

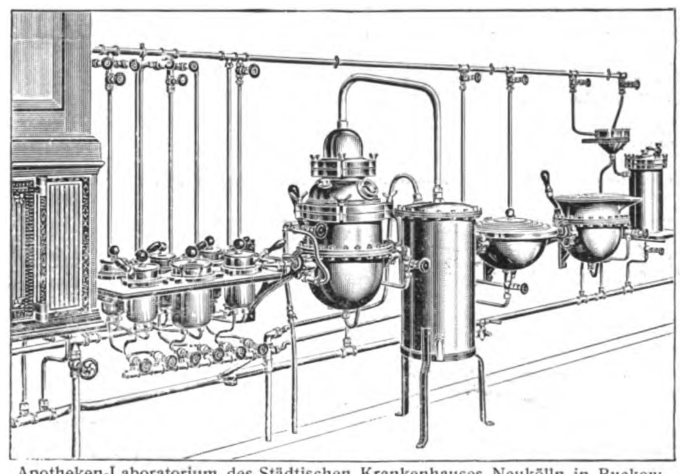
Das Werk Burghammer führt die gewöhnlichen Eisengießereiarbeiten für Handelsguß usw. aus.

Zu erwähnen ist noch, daß auch Raseneisenerz von der Aktiengesellschaft Lauchhammer für die Gasreinigung und Verhüttung gewonnen wird. Es wird selten ein Werk geben, daß so umfangreiche Beziehungen zur kommunalen Technik unterhält, wie die hier geschilderten Betriebe, und der Name Lauchhammer hat seinen altbewährten Klang seit Jahrzehnten.






Digitized by Google



Apotheken-Laboratorium des Städtischen Krankenhauses Neukölln in Buckow.

Letzte Auszeichnungen:
Turin 1911: 3 große Preise.
Dresden 1911: goldene Medaille.
Brüssel 1910: Großer Preis und goldene Medaille.


G.E.STECHERT
& Co.


UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 119575550